

Presseschau

Aktuelles aus unserem Land



Die Landtagsfraktion

CDU

vom 15.06.2016



Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Top-Themen

SILVESTERNACHT CDU und FDP setzen Jäger unter Druck	1
Chronologie der Widersprüche VON FABIAN KLASK	2
Abgeschnitten vom Informationsfluss	3
Konzepte gegen die Einbrecher gesucht	4
Jeder 100. Einbruch führt zu Haft	5
Über 40 Prozent der Einbruchversuche scheitern	6
Kein Risiko für Täter	7

CDU-Landtagsfraktion / CDU NRW

Ulla Thönnissen weist ihre Kritiker in die Schranken	8
LANDTAGSWAHL CDU benennt Bernd Petelkau als Kandidat	9
Geerlings will Body-Cams für die Neusser Polizei	10

Landtag

HIER IN NRW Der Landtag hat zu viele Abgeordnete	11
--------------------------------------------------	----

Wirtschaft / Industrie / Energie

Acht Aktenordner reisen nach Brüssel	12
"Wir werden teilweise bewusst belogen"	14
Kommunen machen Druck	15
1. Testzug aus China erreicht Wanne-Eickel	16
Deutsche Behörden verpassen die Digitalisierung	17
Mehr freies W-Lan in den Städten	18
Gabriel will mehr Transparenz beim Internet Dana Heide	19
Ein bisschen mehr wie Estland sein	20
DIGITALISIERUNG Genug gewartet	21
Gespräche über Lohnkürzung bei RWE ohne Ergebnis	22
FDP-Chef Lindner im Tagebau: Absage an den Kohle-Ausstieg	22
Schlechteres Rating: RWE-Aktie bricht ein	23
Hoffnung auf Großansiedlung in Marl	24
Amprion: Strommasten bleiben stehen	25
Tariftreue: Land entschlackt Gesetz	26
Das Land entschlackt die Vergabe-Bürokratie	27
NRW korrigiert Tariftreuegesetz	27
Rot-Grün muss Tariftreuegesetz überarbeiten	28

Arbeit/Gesundheit/Soziales

Fachkräftemangel ist die Zukunftssorge Nummer eins	29
Lehrlinge	30

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Zahl der Azubis in OWL auf historischem Tiefstand	31
Mehr neue Jobs für Frauen als für Männer	32
Gericht schränkt Kindergeld für EU-Ausländer ein	32
Lauterbach will Demenz-Studien vereinfachen Tests im fortgeschrittenen Alter	33
Soziale Absicherung nur für Aufenthaltsberechtigte	34
Kassen könnten Milliarden sparen	35

Haushalt / Finanzen

Westspiel kauft Kasino-Fläche	35
Westlotto bangt um Nachwuchs-Tipper	36
Land gewährt nach Unwettern Soforthilfe	37
Bis zu 2500 Euro Hilfe für Unwetter-Opfer	37
Land zahlt auch Privaten Fluthilfe	38
Wichtiger Marktzins sinkt unter null Prozent	39
Zehnjährige Bundesanleihen unter null	40
Die Last der negativen Zinsen	41
Länder wollen an Schäubles Milliarden	42
Datenpanne: Sparkasse zeigt 70 Kunden bei der Schufa an	43
Die CSU bewegt sich doch	44

Schule / Hochschule / Kultur / Medien

"Das Turboabi hat katastrophale Folgen"	45
Erste Schulen verbieten Panini-Bilder	46
Grundlage für den Schultag	47
Neuer Super- Rechner eingeweiht	47
Das digitale Radio braucht einen fairen Wettbewerb	48
RUNDFUNKBEITRÄGE Wofür das ganze Geld?	50
Beitragsservice nahm im Vorjahr 8,1 Milliarden Euro ein	50
Das bisschen Haushalt	51
8,1 Milliarden für ARD, ZDF & Co.	52

Innere Sicherheit / Justiz

De Maiziere: Wachsam bleiben!	53
Sicherheitskonzepte für Stadien in Frankreich werfen Fragen auf	53
JVA	54
Ein Beobachter des Grauens?	55
Bundesliga soll für Fanzüge zahlen	56
Orlando: BKA prüft deutsche Spur	57
Rote Karte für Hooligans	58
Drei Kinder außer Lebensgefahr	58
"Wir machen aus der EM einen Friedhof"	59

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Furcht vor neuer Randalie beim Spiel Deutschland gegen Polen	60
Gewerkschaften klagen: Polizei fehlt Nachwuchs	61
Maas macht gegen Kinder-Ehen mobil	62
Maas: Zwangsehen nicht dulden	63
Pragmatische Justiz	64

Familie / Frauen / Integration

Fast alle Asylanträge von Tunesiern abaelehnt	64
Maghreb-Streit geht in die Verlängerung	65
"Staatsangehörigkeit ist mehr als eine Ortswahl"	66
Bundesregierung bietet Gespräche über Asylrechtsänderung an	67
Grüne AfD-Helfer	68
Maghreb: Kraft sieht den Bund am Zug	68
"Keine Umkehr der Beweislast"	69
Gauck solidarisiert sich mit Muslimen	70
NRW-Grüne: "Keine sicheren Herkunftsländer"	70
Nichts weiter als weiße Salbe	71
Unsicherheit im Reisebus Privat-PKW und ÖPNV riskanter	71
Sichere Maghreb-Staaten? NRW hat Vorbehalte	72
Hendricks fördert Integration mit 800 Millionen Euro	73
Test für Schwarz-Grün	74
Hilfe, die verpufft	74
Realitätstest für die Grünen	75
"Der Ton wird rauer"	76

Verkehr / Bauen

Was kann die Bleifüße bremsen?	77
Nun mal langsam	78
Im Land der Raser	78
Nicht der Weisheit letzter Schluss	79
Rangelerei um die deutschen Autobahnen	80
DB - wie Dauerbaustelle	81
"Section Control" soll Zahl der Unfälle auf AI reduzieren	82
Minister Groschek: Nicht für mehr Flüge ausgesprochen	82

Umwelt /Landwirtschaft / Verbraucher

Grünen-Fraktion diskutiert Mindestpreise für Fleisch	83
Grüner Streit um Mindestpreis für Fleisch	84
Abkehr vom Billigkotelett	85
Wenn der Postmann Scooter fährt	87
Verbotene Tierfalle aufgestellt	88

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Neue Sorgen wegen PCB unter Tage	89
NRW-Bauern erhalten 9,5 Millionen Euro	90
Jagdfunktionär verurteilt	91
Oberjäger in der Falle	91
Rommel will Urenco stilllegen	92
Zukunft in NRW geschmiedet	93
Wisent-Projekt vor dem Aus	94
Kommen die Wisente wieder hinter Gitter?	95
Kommunales / Sport	
"Duisburg ist beides"	96
Wenn nur die Kirche im Dorf bleibt	97
Internationales	
Rücktritt mitten in der Krise mit der Türkei	98
Brüssel: Erfolge bei Abkommen mit Türkei "labil"	99
Erratischer Erdogan	100
Sonstiges	
Guter Despot, böser Despot:	101
Af D reicher als FDP	102
Studie Frauke Petry trifft in Talkshows die meisten Falschaussagen	103
schnell schneller EXPRESS	104
Der Glaube an die besseren Argumente	105
Trauerfeier für Rupert Neudeck	106
"Seine Tat in der Not fehlt"	108
Abschied von Rupert Neudeck	109
Umfragen	
Neue Umfrage besänftigt die CSU	109
Vertrauensverluste und Polarisierung	110
So pazifistisch wie die Deutschen sind nur wenige	113

Kölner Stadtanzeiger vom
15.06.2016, S. 1

SILVESTERNACHT

CDU und FDP

setzen Jäger

unter Druck

Düsseldorf. Nach der Aussage von Kölns Ex-Polizeichef Wolfgang Albers vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags erhöht die Opposition den Druck auf Innenminister Ralf Jäger (SPD). Albers habe eindeutig Jägers Verteidigungsstrategie widersprochen, wonach die politische Bedeutung der Übergriffe erst am 4. Januar erkennbar gewesen sei, sagte Ina Scharrenbach, CDU-Obfrau im Silvesterausschuss. Der Ex-Polizeipräsident hatte gesagt, die politische Brisanz sei ihm „spätestens am 2. Januar“ klar gewesen. Das Innenministerium wollte die Aussagen nicht kommentieren. (kla)

› **Themen des Tages Seite 2**

› **Leitartikel Seite 4**

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 2

Chronologie der Widersprüche

Aussage des ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten bringt Innenminister Jäger in Bedrängnis

VON FABIAN KLASK

Düsseldorf. Knapp vier Stunden lang musste Kölns entlassener Polizeipräsident Wolfgang Albers vor dem Silvester-Untersuchungsausschuss aussagen. Sein Auftritt sorgt bei FDP und CDU im Landtag für deutliche Zweifel an der Verteidigungsstrategie von Innenminister Ralf Jäger (SPD): Dass nur der damalige Polizeichef unmittelbar nach den Übergriffen die Brisanz des Themas erkannt haben könne, hält CDU-Frau Ina Scharrenbach für unglaubwürdig. FDP-Mann Marc Lürbke meint, es sei nun deutlich, dass der Minister Albers nur als „Sündenbock“ genutzt habe. Beide werfen der Landesregierung vor, viel zu lange untätig gewesen zu sein. Nach dem ersten öffentlichen Auftritt des Ex-Polizeichefs seit einigen Monaten lässt sich nun eine neue Chronologie der Widersprüche und Versäumnisse nachzeichnen.

NEUJAHR, KURZ NACH MITTERNACHT: Polizeipräsident Wolfgang Albers, der zwischen Weihnachten und Neujahr Urlaub hat, erfährt zum ersten Mal, dass es auf dem Bahnhofsvorplatz Probleme gegeben hat. Von einer „privaten Silvesterparty“ ruft er in der Leitstelle an, um den Beamten „ein gutes neues Jahr“ zu wünschen. Die berichten ihrem Chef, dass der Bahnhofsvorplatz gegen Mitternacht geräumt werden musste. Es geht noch nicht um sexuelle Übergriffe, sondern um junge Männer, die mit Raketen auf Passanten schießen.

1. JANUAR, 8.57 UHR: Die Kölner Polizei verschickt die inzwischen berühmte Meldung „Ausgelassene

Stimmung – Feiern weitgehend friedlich“. Der Pressesprecherin hätten am frühen Morgen noch keine Informationen zum Chaos aus der Nacht vorgelegen, heißt es später.

IM VERLAUF DES TAGES: Im Düsseldorfer Ausschuss sagte Albers jetzt, die Chefin seiner Pressestelle habe ihn an Neujahr angerufen und erstmals von sexuellen Übergriffen berichtet. In diesem Gespräch treffen beide eine folgenreiche Entscheidung, die später Kern der Vertuschungsvorwürfe sein wird: Man will die alte Pressemitteilung nicht korrigieren, sondern „erst mal Fakten“ sammeln.

Dass man schon mehr weiß, zeigt die sogenannte WE-Meldung („Wichtiges Ereignis“), die Köln an das Düsseldorfer Innenministerium schickt und die auch auf das BlackBerry von Minister Ralf Jäger geht und in den Postfächern von Hannelore Krafts Mitarbeitern in der Staatskanzlei landet. Darin ist erstmals von elf sexuellen Übergriffen und einer Vergewaltigung mit einem Finger die Rede, begangen durch eine 40- bis 50-köpfige nordafrikanische Männergruppe.

2. JANUAR: Spätestens an diesem Samstag, sagte Albers, „sei ihm die politische Brisanz“ der Ereignisse deutlich gewesen. Er habe geahnt, dass die Ereignisse „erhebliche Auswirkungen“ auf die „Migrations- und Flüchtlingspolitik“ haben würden. Der Öffentlichkeit hat man noch immer nichts von den Vorfällen berichtet. Albers zögert. Warum? „Mir war klar, dass diese Pressemeldung ganz viel auslösen wird“, sagt er. Damit bestätigt er indirekt die immer wieder erhobenen Vorwürfe, dass das Präsidium bewusst Informationen zurückgehalten hat.

Erst um 16:58 Uhr am 2. Januar spricht die Polizei erstmals in einer

Pressemittelung von Übergriffen am Bahnhof. „Kölner Stadt-Anzeiger“ und „Express“ hatten zu dieser Zeit schon längst auf ihren Internetseiten berichtet. Rund 1,3 Millionen Mal wurden die Texte allein in den ersten drei Tagen angeklickt.

WIDERSPRUCH ZUR LANDESREGIERUNG: Hier unterscheiden sich Albers' Darstellungen zudem von denen der Landesregierung. Dort will niemand aus dem Kreis der Meldungsempfänger die politische Dimension der Vorfälle aus der Silvesternacht erkannt haben. „Die vier WE-Meldungen ließen keine Schlüsse auf die heute bekannte Dimension zu“, heißt es etwa in einem Papier über die Kommunikation der Landesregierung, mit dem Jäger und Kraft ihre zögerliche Reaktion rechtfertigen wollen. Auch Albers habe die Tragweite der hundertfachen Übergriffe am Wochenende nicht erkannt, verteidigt sich Jägers Haus. Er sei davon ausgegangen,

dass das Ministerium über den normalen Dienstweg informiert worden sei und seine Einschätzung zur politischen Bedeutung dort „geteilt wird“, betont dagegen Albers.

Innenminister Jäger will erst am 4. Januar mit seinen ranghöchsten Beamten über Köln gesprochen haben. Inzwischen beteuern Hannelore Kraft, die über Neujahr im Urlaub war; und Ralf Jäger sogar per Eidesstattlicher Versicherung, bis Montag nach Silvester mit niemandem über das Kölner Geschehen gesprochen zu haben. Die Botschaft: Wir haben keinen Einfluss auf die sehr zögerliche Öffentlichkeitsarbeit der Polizei genommen.

4. JANUAR: Albers gibt eine Pressekonzferenz. Er berichtet von 1000 Männern aus dem arabischen oder nordafrikanischen Raum, die in der Silvesternacht am Bahnhof gewesen seien. Aus dieser Menge sei es zu den Übergriffen gekommen.

Erst da, sagen Jägers Leute jetzt, habe man die Dimension erkennen können.

6. JANUAR, 14 UHR: Wolfgang Albers trifft sich im Innenministerium mit Jägers Staatssekretär Bernhard Nebe und den Polizeixperten des Hauses. Man will über die aktuellen Erkenntnisse reden.

WIDERSPRUCH ZUR LANDESREGIERUNG: Über den weiteren Verlauf des Gesprächs gibt es unterschiedliche Darstellungen. Jäger

und Nebe behaupten, sie hätten Albers in der Woche nach Silvester mehrfach mit Nachdruck dazu gedrängt, offen über die Herkunft der Tatverdächtigen, von denen viele einen Flüchtlingsstatus hatten, zu sprechen. So auch am 6. Januar. Die Botschaft lautet: Köln ist selbst für die schlechte Kommunikation verantwortlich. Albers sagt dagegen: Er könne sich an eine solche nachdrückliche Aufforderung nicht erinnern. Nebe habe ihm lediglich gesagt, er könne im Zusammenhang mit den Verdächtigen „jetzt ruhig auch über Flüchtlinge reden“.

8. JANUAR: Jäger entlässt Albers. Er sei nicht mehr der Richtige, um das Vertrauen in die Kölner Polizei zurückzugewinnen.

11. JANUAR: In einer Sondersitzung des NRW-Innenausschusses wirft Jäger der Kölner Polizei Fehler vor. Einer davon: Die Kölner hätten mit der Einsatzleitung an Silvester einen Beamten des höheren statt des gehobenen Dienstes betrauen müssen, der eine bessere Ausbildung für komplizierte Lagen habe.

WIDERSPRUCH VON ALBERS: Das sei in allen Jahren so üblich gewesen. „Mich wundert, dass die Kritik im Nachhinein kommt“, sagte der 60-Jährige vor dem Untersuchungsausschuss.

› Leitartikel Seite 4

Abgeschnitten vom Informationsfluss

Die Ausflüchte der NRW-Regierung in der Aufklärung der Kölner Silvesternacht

Das Schweigen der Landesregierung ist ohrenbetäubend und anhaltend. Letzteres muss nicht viel heißen, denn von der schnellen Truppe ist Hannelore Krafts Kabinett ohnehin nicht. Aber seit



VON PETER PAULS

der die Regierung eigenes Nicht-Wissen demonstrativ zu einer Tugend umdeutet. Man stelle sich vor, die Vorstände einer Sparkasse würden auf diese Weise zu rechtfertigen versuchen, dass sie mit finanziellen Unre-

dem Auftritt des früheren Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers vor dem Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Kölner Silvesternacht am Montag gäbe es vor allem für Krafts Innenminister Ralf Jäger eine Menge zu erklären.

Was immer der „Kölner Stadt-Anzeiger“ kurz nach den Silvesterübergriffen an Behörden-Verfehlungen vermutet und durch Recherche nachgewiesen hatte – Albers bestätigt es jetzt im Nachhinein. Vor allem stellt er eines heraus: Sein Dienstherr, der Innenminister, und damit die Regierung hätten im Bilde sein müssen über die Ausschreitungen eines entfessel-

ten Mobes im eigenen Hause eigentlich nichts zu tun hätten.

Immerhin hat Albers, der von Jäger gefeuerte Polizeichef, eingeräumt, was ihm nach Silvester alsbald vorgeworfen worden war: Die Öffentlichkeit wurde über die Geschehnisse getäuscht, Informationen etwa zu den Herkunftsländern mutmaßlicher Täter wurden zurückgehalten oder nur vage formuliert. Alles mit einer politischen Absicht: Negative Auswirkungen auf die Flüchtlingsdiskussion sollten so vermieden werden. Sagt Wolfgang Albers.

Wer all das längst vermutet hatte, darf sich bestätigt sehen. Weiterhin offen ist dagegen die Rolle des Innenministeriums. Hat es die Vernebelungs-Praxis gebilligt, begünstigt, gar verlangt? Gibt es in Düsseldorf eine solch patriarchalische Informationskultur? Hält die Regierung die Öffentlichkeit für zu dumm, sich ihre Meinung zu bilden? Und glaubt sie tatsächlich, sie könne in Zeiten von Internet und Twitter Informationsströme noch eigenmächtig steuern?

Sollte die Landesregierung – wie von ihr behauptet – tatsächlich erst am 4. Januar von den Übergriffen und ihrer Tragweite erfahren haben, läge also, nachdem in Kölner Zeitungen sowie den sozialen Medien ausführlich davon zu lesen gewesen war – dann ist sie selbst auf beklemmende Weise vom Nachrichtenstrom abgeschnitten. Vom internen Informationsfluss, wie man jetzt weiß, sowieso. Aber was weiß diese Regierung denn dann überhaupt noch?

Der Ex-Polizeipräsident hat vom Innenminister eine zentrale Rolle in dem ganzen Skandal zugewiesen bekommen. In Albers' Person und Funktion konzentriert sich demnach die Verantwortung für das Verhalten der Behörden in der Silvesternacht und die anschließende Kommunikation. Albers ist Schlüsselfigur und Sündenbock zugleich. Es sieht gerade sehr danach aus, dass jetzt Jäger auf die Hörner genommen wird.

Der Innenminister hätte im Bilde sein müssen über die Ausschreitungen, in deren Folge „Köln“ zum Inbegriff für Ängste vor sexueller Gewalt und Überfremdung wurde

ten Mobs, in deren Folge „Köln“ weltweit zu einem Inbegriff für Ängste vor sexueller Gewalt und Überfremdung wurde.

Ihm, so Albers, sei die politische Tragweite der Exzesse am Hauptbahnhof, im Wesentlichen begangen von jungen Migranten, spätestens am 2. Januar klar gewesen. Und er sei fest davon ausgegangen, dass das Ministerium seine Einschätzung teile. Albers hat als leitender Beamter auf den Dienstweg vertraut. Dieser Dienstweg aber hat offenbar versagt. Darauf hat die Öffentlichkeit nun Brief und Siegel: Sowohl die Regierungschefin als auch ihr Innenminister haben an Eides statt versichert, sie hätten nichts, aber auch gar nichts über die Kölner Geschehnisse gewusst.

Wie mag das zu erklären sein? Ist der besagte Dienstweg an langen Wochenenden – wie am Jahreswechsel – außer Kraft gesetzt? Oder folgt er doch einer politischen Opportunität? Es ist schon eine bemerkenswerte Volte, mit

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 10

Konzepte gegen die Einbrecher gesucht

Die Grenzen schließen? Oder nur bessere Kontrollen? Das Aachener Polizeipräsidium arbeitet am Rückgang der Wohnungseinbrüche.

VON MARLON GEGO

Aachen/Düren/Heinsberg. Dirk Weinspach hat in den 80er Jahren noch selbst erlebt, was geschlossene Grenzen bedeuten, ehrlich gesagt hat er es manchmal auch am eigenen Leib erfahren. Weinspach möchte nicht ins Detail gehen, er wohnte in den Niederlanden und pendelte täglich nach Deutschland, heute sagt er: „Die Grenze zu überqueren, war jeden Tag ein kleines Abenteuer.“

Weinspach ist mittlerweile Polizeipräsident in Aachen und regelmäßig in wechselnder Weise mit Grenzfragen befasst. Vergangene Woche las er in unserer Zeitung, welchen Einfluss die Grenzkontrollen auf die Zahl der Wohnungseinbrüche im Raum Aachen hatten, und der Tenor der Berichterstattung hat ihn nachdenklich gemacht. Weinspach sagt: „Richtig ist: Wir brauchen auch Grenzkontrollen. Wir brauchen keine nationale Abschottung.“ Die Polizei müsse für Einbrecher unberechenbar bleiben.

„Richtig ist: Wir brauchen auch Grenzkontrollen. Aber wir brauchen keine nationale Abschottung. Die Polizei muss für Einbrecher unberechenbar bleiben.“

**DIRK WEINSPACH,
POLIZEIPRÄSIDENT AACHEN**

Polizei und Bundespolizei hatten errechnet, dass während der Grenzkontrollen kurz hinter dem belgisch-deutschen Grenzübergang an der A44 nach den Anschlägen von Paris am 13. November die Zahl der Wohnungseinbrüche im Aachener Raum in den ers-

ten zwei Wochen um 53 Prozent gegenüber demselben Zeitraum im Vorjahr zurückgegangen war. Aber in den folgenden zwei Wochen der insgesamt vierwöchigen Grenzkontrollen sei die Zahl der Einbrüche nicht wesentlich niedriger gewesen als im Jahr zuvor. Und: Es gab einen Verdrängungseffekt, sagt Weinspach.

Während in Aachen die Autobahngrenze kontrolliert wurde – in den ersten zwei Wochen fast durchgängig, in den darauffolgenden zwei Wochen eher sporadisch –, stieg die Zahl der Einbrüche im Kreis Heinsberg um 70 Prozent gegenüber demselben Zeitraum im Vorjahr an, im Kreis Düren um 28 Prozent. Weinspach sagt: „Um Verdrängungseffekte auszuschließen, bräuhete man durchgehend Grenzanlagen und durchgängige Kontrollen“, so wie damals, in den 80er Jahren. „Aber was würde das für unser Lebensgefühl bedeuten?“

Nur: Was bedeuten ständig steigende Zahlen von Wohnungseinbrüchen und Autodiebstählen im Grenzgebiet für das Lebensgefühl in der Region?

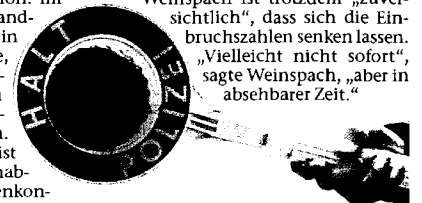
Weinspach weiß, dass auch die Aachener Polizei gefordert ist, er weiß, dass im Grenzgebiet die Polizei präsenter sein muss. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat dem Aachener Polizeipräsidium deswegen nicht mehr nur einen Anteil an einer Einsatzhundertschaft zur Verfügung gestellt, sondern nun gleich die ganze Hundertschaft. Weinspach sagt, dass sich so leichter Schwerpunktkon-

trollen und -einsätze organisieren ließen, er spricht von „intelligenten und kreativen Konzepten, die wir erarbeiten müssen“. Auch in Kooperation mit der niederländischen (Autodiebstähle) und der belgischen Polizei (Wohnungseinbrüche). Christoph Kuhl, stellvertretender Leiter des am Polizeipräsidium für Diebstähle zuständigen Kriminalkommissariats 14, sagt in diesem Zusammenhang, dass viele der Einbrecher „aus den Ghettos in und um Lüttich“ kommen. Dort lebten die reisenden Täter, oft aus Südosteuropa. Von dort aus fahren sie nach Deutschland, brechen ein, und kehren auf schnellstem Weg wieder nach Belgien zurück. Das erschwert die Strafverfolgung enorm.

Zu den vielen, die sich um Lösungen bemühen, zählt auch die CDU-Landtagsfraktion. Im März stellte sie im Landtag einen Antrag, in dem sie forderte, auch in Nordrhein-Westfalen endlich die Schleierfahndung einzuführen. Schleierfahndung ist eine verdachtsunabhängige Personenkon-

trolle, die Polizei darf theoretisch jederzeit jeden kontrollieren. In 13 Bundesländern ist dies geübte Praxis, nur Berlin, Bremen und NRW verweigern sich bislang. Zu den Unterzeichnern des Antrags gehörte der Baesweiler Landtagsabgeordnete Hendrik Schmitz (CDU). „Wo die Schleierfahndung angewandt wird“, sagte Schmitz gestern gegenüber unserer Zeitung, „gehen Einbruchszahlen, Autodiebstähle und Drogen Schmuggel zurück.“

Doch der Antrag wurde in Düsseldorf mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsmehrheit und der Piraten abgelehnt. Innenminister Jäger sagte damals, dass die Schleierfahndung „kein Allheilmittel ist, sondern ganz im Gegenteil einen tiefen Grundrechtseingriff darstellt“. Polizeipräsident Weinspach ist trotzdem „zuversichtlich“, dass sich die Einbruchszahlen senken lassen. „Vielleicht nicht sofort“, sagte Weinspach, „aber in absehbarer Zeit.“



Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 1

Jeder 100. Einbruch führt zu Haft

Verurteilungsquote in NRW unter Bundesschnitt. 150 Taten täglich an Rhein und Ruhr

Von Dietmar Seher

An Rhein und Ruhr. Im Schnitt wird in Nordrhein-Westfalen täglich rund 150-mal in Häuser und Wohnungen eingebrochen. Doch bei 100 Einbrüchen landet am Ende lediglich ein Täter hinter Gittern, weitere 0,7 Prozent erhalten Bewährungsstrafen. Die allermeisten kommen unbehelligt davon.

Die geringe Verurteilungsquote in Nordrhein-Westfalen, die noch weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2,6 Verurteilungen je 100 Täter liegt, führt in den Polizeipräsidien der Region jetzt zu einer Debatte über die Wirksamkeit der Strafverfolgung.

Letzter Auslöser war die Freilassung von zwei gefassten Einbrechern in Bochum, die vom Balkan stammen und keinen Wohnsitz in Deutschland haben. Die Inhaftierung der unter 20-Jährigen war von der Staatsanwaltschaft aus Grün-



Täglich wird 150-mal in NRW eingebrochen. Die wenigsten Täter müssen ins Gefängnis.

FOTO: DPA

den der „Verhältnismäßigkeit“ abgelehnt worden. Die Entscheidung hatte zu heftigem Protest der Einbruchopfer geführt.

Dabei ist der Vorgang kein Einzelfall. Frank Lemanis von der Bochumer Polizei sagte unserer Redaktion: Reisende Täter aus Südost- und Osteuropa seien hier „drei bis fünf Monate“ aktiv. „Diese wer-

den häufig nur ein bis zweimal bei versuchten Einbrüchen festgenommen und reisen dann wieder aus, weil in solchen Fällen keine Untersuchungshaft verhängt wird.“ Lagen dann die Ergebnisse von Spurensicherung und der DNA-Analyse auf dem Tisch, „können Einzelfälle zwar noch zugeordnet werden, aber keine großen Serien“. Dies führe aus Sicht Lemanis' dazu, dass viele Strafverfahren mit einem Haftbefehl für einen Täter endeten, „der sich nicht mehr in Deutschland aufhält“.

Mangelnde Ausstattung der Justiz?

Auch aus einem anderen großen Polizeipräsidium kommt der Hinweis auf die mit 3,4 Verurteilungen pro einhundert Einbrecher höhere Verurteilungsquote in Bayern – einer der Gründe könne auch in der mangelnden Ausstattung der Justiz in Nordrhein-Westfalen lie-

gen, heißt es dort. Im Essener Polizeipräsidium hingegen loben die zuständigen Beamten des Einbruchdezernats die Zusammenarbeit mit ihrer Staatsanwaltschaft ausdrücklich. NRZ

Bericht/Klartext Seite 2

GROßTEIL DER VERFAHREN WIRD EINGESTELLT

Die **Aufklärungsquoten** bei Einbrüchen liegen in Nordrhein-Westfalen mit zehn bis 15 Prozent niedrig. Sie kennzeichnen die Zahl der Fälle, in denen die Polizei einen Tatverdächtigen nennen kann.

Staatsanwälte an Rhein und Ruhr betonen darüber hinaus, sie müssten einen Großteil der Verfahren wieder einstellen, weil die Beweislage nicht ausreiche.

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 2

Über 40 Prozent der Einbruchversuche scheitern

Nirgendwo sonst haben Täter in Deutschland so oft zugeschlagen wie in NRW – das Innenministerium ergreift Maßnahmen

Von Dietmar Seher

An Rhein und Ruhr. Die Wut ist groß. Bundesweit meldeten die deutschen Innenminister 167 000 Einbrüche für das Jahr 2015. Ein Höchststand. Allein 62 000-mal hat es Mieter und Eigentümer in NRW getroffen. 1800-mal räumten Täter Wohnungen in Bochum aus, 3029-mal in Essen; 2230 Einbrüche gab es in Duisburg, 630 in Hagen. Nirgends sonst zwischen Nordsee und Alpen haben Täter so oft zugeschlagen.

NRW-Innenminister Ralf Jäger will die Welle brechen. Das neue Einbruchs-Radar im Internet soll der Bevölkerung signalisieren: Hier müsst Ihr aufpassen! Das Landeskriminalamt wird künftig regelmäßig neueste Erkenntnisse und Daten veröffentlichen. Die Aufklärung wird verstärkt. Das lohnt. Über 40 Prozent der Einbruchversuche, Tendenz steigend, scheitern an Nachbarn oder Sicherungsmaßnahmen der Sorte „Riegel vor!“. Ein Appell, der auch von Polizisten vor Ort massiv unterstützt wird: keine Scheu! Ruft 110 an, wenn etwas auffällt!

Immerhin: Erste Daten deuten an, dass die Einbruchszahlen für 2016 in einigen Städten, Bochum und Essen etwa, wieder abnehmen. Welche Erkenntnisse haben die Polizeibehörden im Ruhrgebiet? Eine Umfrage der NRZ zeigt überraschende Übereinstimmungen.

Die Täter

Die Revier-Polizeien bestätigen die Behauptung, dass die Täter vor allem aus Ost- oder Südosteuropa kommen. Frank Draganski von der Kriminalpolizei in Essen nennt als Herkunfts-Regionen den Balkan und Georgien. „Es sind einreisende Einbrecher aus den südosteuropäi-



Im Schutz der Dunkelheit? Einbrecher sind oft bereits in den späten Nachmittagsstunden aktiv.

FOTO: DPA

schen Staaten“, sagt auch Ralf Bode vom Präsidium Hagen. Der Bochumer Polizeisprecher Frank Lemanis weiß von einer „überproportionalen Zunahme organisierter, reisender Tätergruppen aus Südost- und Osteuropa, die hier drei bis fünf Monate aktiv sind“. In Dortmund weist Kim Freigang auf die erfolgreiche Arbeit der Ermittlungskommission „Schmelzer“ und „Engel“ hin. Letztere kam 25 Bosniern auf die Spur. Sie hatten „Stützpunkte“ im Ruhrgebiet und stammten aus der bosnischen Stadt Zenica. Festgenommene gelten dort als „Gefallene“ und werden sofort ersetzt.

Die Beute

Schon der materielle Schaden ist hoch. Die Polizei Duisburg spricht für 2015 von 5,3 Millionen Euro. Pro Wohnung wären das im Schnitt 4200 Euro. In Essen sind es fast acht Millionen gewesen, pro Fall ein Schaden von 4525 Euro. Die Täter sind auf Bargeld, Schmuck und Elektronik aus. Einer bundesweiten Schätzung zufolge kommt es bei jedem zweiten Einbruch zudem zu Verwüstungen. Opfer leiden aber auch psychisch. Die Essener Kripo: „Das hinterlässt starke Beein-

trächtigungen.“ Jeder zweite Betroffene ziehe später aus.

Die Tatorte

Die Täter unterscheiden nicht zwischen „armen“ und „reichen“ Vierteln. Ob Eigenheim oder Wohnblock: „Wir haben keine Inseln der Glückseligkeit“, so der Dortmunder Polizeisprecher Kim Freigang.

Die Tatzeiten

Einbrecher kommen keineswegs nur nachts. In Zweier- oder Dreier-Gruppen sind sie gern auch in den späten Nachmittagsstunden aktiv. Dann, wenn Berufstätige noch nicht zu Hause sind und im Herbst das noch ausgeschaltete Licht ihre Abwesenheit verrät, sagt Frank Draganski.

Die Strafverfolgung

Der Bürger stellt sich das so vor: Die Schuldigen werden ausfindig gemacht, die Beweise herangeschafft, die Justiz urteilt ab. So ist es aber nur im Idealfall. Tatsächlich haben von 100 Einbrüchen 98 keine strafrechtlichen Folgen für die Täter. „Wir machen unsere Hausaufgaben“, sagen sie bei der Kripo in Essen vorsichtig, betonen die gute Zusammenarbeit mit den Staatsanwälten. Frank Lemanis vom Bochumer Präsidium sagt: Die reisenden Täter würden „nur ein bis zweimal bei versuchten Einbrüchen festgenommen. Sie reisen dann wieder aus, weil keine Untersuchungshaft verhängt wird. Wenn die Ergebnisse der Spurensicherung kommen, können Einzelfälle zwar zugeordnet werden, aber keine großen Serien. Viele Strafverfahren enden mit einem Haftbefehl für einen Täter, der sich nicht mehr in Deutschland aufhält“.

**Neue Rhein Zeitung
vom 15.06.2016, S. 2**

Kein Risiko für Täter

Selten Haft für Einbrecher

Von Peter Toussaint (p.toussaint@nrz.de)

Das ist kein gutes Zeugnis für den Innenminister und seine Polizei. Die Einbrecher reisen weitgehend unverfolgt durch NRW und bedienen sich skrupellos am Eigentum der Bürger, die reichlich Steuern dafür bezahlen, dass der Staat sie beschützt. Das wird seit Jahren beklagt – und hat doch nur wenig Folgen. Die Polizei ist mehr mit der Kontrolle vor Fußballstadien beschäftigt als mit dem Streifendienst im Viertel. Also rüsten die Bürger mit teuren Schlössern auf und achten verstärkt auf ihr Haus und das des Nachbarn. Das zeigt ein klein wenig Erfolg. Wirklich sicher macht das unsere Städte noch nicht.

Aachener Nachrichten vom 15.06.2016, S. 17

Ulla Thönnissen weist ihre Kritiker in die Schranken

Die Aachener CDU-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete gibt sich **kämpferisch** und will ihren Sitz im Landtag verteidigen

Aachen. Die Aachener CDU schickt ihre Vorsitzende Ulla Thönnissen und den Landesvorsitzenden Armin Laschet als Kandidaten in den Landtagswahlkampf. Während Laschet bei der Aufstellungsversammlung 91,1 Prozent erhielt, entfielen auf die Landtagsabgeordnete nur 78,9 Prozent.

Frau Thönnissen, 2012 sind Sie in Aachen mit einer Mehrheit von 90,2 Prozent als Kandidatin nominiert worden, am Montag waren es elf Prozent weniger. Sind Sie in einem Negativtrend?

Thönnissen: Damals war ich noch nicht Kreisvorsitzende. Und in den letzten drei Jahren gab es in der Aachener CDU viele Baustellen. Denken Sie nur an den Bruch der schwarz-grünen Koalition und die damit verbundenen Grabenkämpfe. Das ist jetzt alles Geschichte und die CDU ist bestens aufgestellt. Aber auf dem Weg dahin musste viel inhaltliche und strukturelle Aufbauarbeit geleistet werden. Und da kann man es auch nicht allen recht machen. Insofern werte ich das Ergebnis als Erfolg.

Können Sie die Aufbauarbeit konkretisieren?

Thönnissen: Wir werden beim nächsten Parteitag am 24. Juni unsere Satzung endlich modernisieren und auch an die Landessatzung anpassen. Wir haben Prozesse in der Geschäftsstelle verändert und entsprechend auch neue

Technik eingeführt.

Und Sie haben den Geschäftsführer ausgewechselt: Carsten Mannheims hat Harro Mies ersetzt.

Thönnissen: Als eine langjährige Buchhaltungsmitarbeiterin in den Ruhestand gegangen ist, boten sich im Zuge der Prozessoptimierung auch personelle Veränderungen an. Der Geschäftsführer ist allerdings Angestellter der Landespartei, insofern ist auch der Wechsel von der CDU-NRW vorgenommen worden.

Von 38 stimmberechtigten Delegierten für Ihren Wahlkreis haben acht gegen Sie gestimmt. Waren Sie erleichtert, dass es nicht mehr waren?

Thönnissen: Ich war einerseits erleichtert, dass es genau die acht waren, die sehr offen mit ihrer Kritik mir gegenüber sind. Auf der anderen Seite war ich aber viel mehr erfreut darüber, dass auf diejenigen, die unseren notwendigen Modernisierungsprozess tatkräftig begleitet haben, auch hundertprozentig Verlass ist. Da hat sich niemand beirren oder beeinflussen lassen. Der Weg, den wir gegangen sind, war notwendig. Und die Kritiker, die sagen, ich mache zu viel, die kann ich nur bitten, zukünftig ihre Energie für unseren inhaltlichen Kurs einzusetzen.

Am 26. November stellt die Landes-CDU die Liste für die kommende Wahl auf. Auf welche Plat-

zierung hoffen Sie? 2012 waren Sie nicht so gut platziert, haben den Sprung in den Landtag knapp verpasst, sind erst 2015 nachgerückt.

Thönnissen: Im Bezirk Aachen werden acht Kandidaten antreten. 2012 waren sieben davon Männer, die allesamt vor mir platziert (und im Landtag) waren. Ich bin davon überzeugt, dass die nächste Reserveliste anders aussieht.

Welche Chancen rechnen Sie sich für ein Direktmandat aus?

Thönnissen: Unabhängig vom Kandidaten, den die SPD erst im Oktober nominiert, rechne ich mir gute Chancen aus, das Direktmandat für die CDU zu gewinnen. Der Wechsel in NRW ist dringend erforderlich, das spüren die Menschen auch in Aachen. (akai)



Will im Landtag bleiben: Ulla Thönnissen. Foto: Andreas Herrmann

**Kölner
Stadtanzeiger
vom 15.06.2016,
S. 24**

LANDTAGSWAHL

**CDU benennt
Bernd Petelkau
als Kandidat**

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Kölner CDU, Bernd Petelkau, strebt ein weiteres politisches Amt an. Auf der Versammlung der Lindenthaler Christdemokraten wurde der 51-Jährige am Dienstagabend als Kandidat für die nordrhein-westfälische Landtagswahl im Mai 2017 mit 89 Stimmen gewählt.

Petelkau wird damit 2017 in seinem Heimatwahlkreis Lindenthal antreten, in dem er auch CDU-Stadtbezirksvorsitzender ist.



*Bernd
Petelkau*

Der Lindenthaler Bezirksvertreter Alexander Born erhielt als einziger Gegenkandidat acht Stimmen. Er wirft Petelkau vor, zu viele Ämter anzuhäufen.

Zuvor hatte die Union die Landtagsabgeordneten Serap Güler für den Wahlkreis Innenstadt/Kalk sowie Christian Möbius für den Wahlkreis im Kölner Norden benannt. In Porz tritt Florian Braun an. (adm)

Neuss Grevenbroicher Zeitung vom 15.06.2016, S. C1

Geerlings will Body-Cams für die Neusser Polizei

Der CDU-Vorsitzende will auf einem Parteitag ein Thesenpapier zur Inneren Sicherheit ausarbeiten, das Impulse für das Land NRW gibt.

VON CHRISTOPH KLEINAU

NEUSS Bei Mohamed Issa nehmen Anfragen auch von Privatleuten zu, die ihr Hab und Gut vor Dieben schützen wollen. In Gegenden, in denen oft eingebrochen wurde, lässt der Inhaber eines Sicherheitsdienstes mit Sitz in Essen und an der Neusser Königstraße sogar im Kundenauftrag Streife fahren. „Noch nicht in Neuss“, sagt Issa, aber so weit möchte es Jörg Geerlings auch gar nicht kommen lassen. „Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass sie keine privaten Sicherheitsdienste anheuern müssen, um sich sicher zu fühlen“, betont der CDU-Stadtverbandsvorsitzende.

Am Samstag macht Geerlings auch aus diesem Grund das Thema „Innere Sicherheit“ zum Gegenstand eines Stadtparteitages. Seine Vorstellung geht dahin, dass am Ende der Arbeit in Plenum und Workshops ein Thesenpapier zum Thema formuliert wird, das von Neuss aus einen Impuls in die Landespolitik vermittelt. So selbstbewusst sei man schon, sagt er.

Das Thema fällt nicht vom Himmel. Nach einer Diskussionsveranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Günter Krings und einer Podiumsdiskussion „Update für die Sicherheit?“ Anfang des Jahres hatte der Vorstand vielmehr die Überzeugung, Innere Sicherheit ausführli-

cher behandeln zu wollen. Zudem, so betont Geerlings, gehöre das Thema zum Markenkern der CDU und könne – wenn es sich auf Polizeiarbeit bezieht – über die Landesregierung beeinflusst werden.

Lob für die Initiative der CDU gibt es auch vom politischen Gegner – wenn dabei eigene Zuständigkeiten nicht ausgeblendet bleiben. Es sei schade, so Hartmut Rohmer, der langjährige Leiter des Landeskriminalamtes, „wenn das Thema immer bei der Polizei landet“. Denn wer die Diskussion nicht nur aufruft, um den Landtagswahlkampf zu beginnen, der müsse auch die kommunale Verantwortung ansprechen. „Die Beachtung des Sicherheitsgefühls

der Bevölkerung ist wichtig“, sagt der SPD-Stadtverordnete, doch werde das auch durch Ordnung und Sauberkeit mitbestimmt – und die sind Sache der Stadt. Der Umstand, dass der Kommunale Servicedienst personell aufgestockt wird, zeige ihm, dass diese Verantwortung auch zunehmend angenommen wird.

Der Ablaufplan für den Stadtparteitag sieht vor, dass Ansgar Heveling MdB, der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, zum Thema Sicherheit in Deutschland sprechen wird, bevor Richter Heiner Cöllen mal die Frage klärt: „Bund – Land – Kommune: Wer ist

zuständig?“ Polizei sei zwar eine Landesaufgabe, sagt Geerlings, der sich für Videoüberwachung sowie Schulterkameras (Body-Cams) als Bestandteil der Polizeiausrüstung einsetzt und die Bürokratie mit dem Ziel abbauen möchte, „mehr Polizei auf der Straße“ zu sehen. Aber schon diese Forderung macht deutlich, „dass uns vor Ort das Thema Polizei in der Ausübung trifft.“

Die Stimme der Opfer fehlt auf dem Podium, sagt Eduard Bales als Sprecher des „Weißen Ring“ nicht ohne Bedauern. Ereignisse wie in Köln in der Silvesternacht oder jetzt bei der EM würden aber unterstreichen, dass man sich mit dem Thema Innere Sicherheit beschäftigen muss. „Alleine mit Vorsichtsmaßnahmen zu reagieren, ist zu wenig.“

Inhaltliche Arbeit in drei Workshops geplant

Datum Der Stadtparteitag beginnt am Samstag, 18. Juni, um 11 Uhr im Marienhaus an der Kapitelstraße.

Teilnehmer Zur Diskussion und Mitarbeit ist auch eingeladen, wer nicht CDU-Mitglied ist.

Ablauf Nach Vorträgen wird in drei Workshops an den Themen „Innere Sicherheit in NRW“, „Rettungswesen, Feuerwehr und Katastrophenschutz“ sowie „Sicherheit in Neuss“ gearbeitet.

Rheinische Post vom 15.06.2016, S. 4

KOLUMNE: HIER IN NRW

Der Landtag hat zu viele Abgeordnete

Der Umbau hat sich gelohnt. Die vielen Besucher, die in den Düsseldorfer Landtag kommen, sind recht angetan von der Film- und Dia-Show auf der riesigen 240-Grad-Panorama-Leinwand. Hier wird Politik, wie sie im Plenarsaal des Landtags stattfindet, zu einem faszinierenden, fast hautnah nachvollziehbaren Erlebnis. Billig war das Ganze allerdings nicht. Knapp drei Millionen Euro hat der behindertengerechte Kinosaal gekostet.

Das Parlament am Rheinufer ist nun mal das Herzstück der Landespolitik, auch wenn im Laufe der Zeit wichtige Kompetenzfelder auf die europäischen Institutionen übergegangen sind. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das bevölkerungsreichste Bundesland, sondern kann für sich auch in Anspruch nehmen, das wirtschaftlich bedeutsamste zu sein. Dass sich diese Vorrangstellung auch in der Größe des Landtags widerspiegeln darf, liegt auf der

In Spitzenzeiten gab es in Düsseldorf 239 Landtagsabgeordnete. Derzeit sind es nicht viel weniger: 237. Es müsste eine unverrückbare Obergrenze geben. Doch ein Parteienkonsens ist nicht absehbar.



DETLEV
HÜWEL

Hand. Gleichwohl erscheint die Zahl der Abgeordneten zu hoch: 237 Frauen und Männer aus fünf verschiedenen Parteien sitzen seit 2012 im Landtag. Offen mag keiner darüber reden, aber hinter vorgehaltener Hand räumt so mancher Beobachter ein: „Ja, es sind zu viele.“

Lange Zeit hatte der Landtag 200 Mitglieder. Infolge des komplizierten Wahlrechts mit Überhang- und Ausgleichsmandaten ist die Zahl der Sitze immer wieder mal nach oben geschnellt. In den 90er Jahren waren es sogar 239 Abgeordnete. Mit 237 Politikern ist der derzeitige Landtag nicht weit von diesem Ausreißer entfernt.

Es gibt Wege, solch eine unnötige und überdies kostspielige Aufblähung des Parlaments zu verhindern. So könnte man mithilfe einer Wahlrechtsreform eine Obergrenze festlegen, die nicht überschritten werden darf. 201 Abgeordnete scheinen nach wie vor angemessen zu sein. Der Landtag in Bayern hat 180 Mit-

glieder, der von Niedersachsen 137. Sage jetzt niemand, die Arbeitslast in NRW wäre für „nur“ 201 Abgeordnete zu groß. Ich frage mich schon seit Langem: Muss der Landtag im Sommer wirklich eine neunwöchige Sitzungspause einlegen?

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat vor einiger Zeit einen Vorstoß zur Begrenzung der Bundestagsmandate unternommen – und ist damit prompt gescheitert. SPD, Grüne und Linkspartei fürchten, benachteiligt zu werden, und legen sich quer. In NRW ist es den Parteien im Landtag trotz zweijähriger Verhandlungen nicht gelungen, in zentralen Fragen wie Wahlrechtsalter und Schuldenbremse zu einem Konsens zu kommen. Eine Übereinkunft für eine Wahlrechtsreform samt „Deckelung“ der Mandate ist daher in absehbarer Zeit auch hier in NRW nicht zu erwarten.

Ihre Meinung? Schreiben Sie unserem Autor: kolumne@rheinische-post.de

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 9

Acht Aktenordner reisen nach Brüssel

„Keine Showveranstaltung“: 80 Landräte und Bürgermeister reisen zu EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Es geht um Tihange. **Es geht um Tihange.**

VON MADELEINE GULLERT

Brüssel. Am Ende waren es acht Aktenordner, die die kommunale Allianz gegen Tihange mit nach Brüssel gebracht hat. Acht Aktenordner, die das Ende des umstrittenen belgischen Atommeilers Tihange 2 vorantreiben sollen. „Wir müssen europaweit Druck ausüben“, sagte der Aachener Städte- regionsrat Helmut Etschenberg (CDU), der die Allianz von 80 Kommunen aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg anführt. Dass er einmal Vorreiter im Kampf gegen einen Atommeiler werden würde, hätte er vor einigen Jahren noch nicht vermutet. „Ich war immer ein Technikgläubiger“, sagte Etschenberg gestern. Geändert habe sich das mit der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima. Nun will er mit allen Mitteln erreichen, dass Tihange 2 vom Netz muss. Dafür kämpfe er mit all seinen Möglichkeiten.

Informationsansprüche

Gestern war das die Übergabe eines Fragenkatalogs in Brüssel an Martin Schulz (SPD), Präsident des EU-Parlaments. Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU), Stephan Pusch (CDU), Landrat im Kreis Heinsberg, und Dutzende Bürgermeister aus der Region fordern ein sogenanntes Auskunftsersuchen. Eigentlich richtet sich das Schreiben an die Europäische Kommission, namentlich an Miguel Arias Cañete, den zuständigen Kommissar für Klimaschutz und Energie. Der hatte aber noch keine Zeit für Etschenberg. „Noch nicht“, betonte der Städteregionsrat. Man sei schon in Planungen für ein Treffen. Von Schulz und dem Europäischen Parlament erhoffen sich die regionalen Vertreter Unterstützung.

„Natürlich zeige ich mich solidarisch mit den Kommunen“, sagte Schulz, als er die Unterlagen entgegennahm. „Ich bin gegen den Betrieb von Tihange 2“, sagte Schulz, der die kommunalen Vertreter noch in seinen engen Terminplan zwischen ein Treffen mit Ban Ki Moon und einem türkischen Journalisten gepackt hatte. Er sei vor dem Termin mit den Ti-

hange-Gegnern gefragt worden, ob er sich als Parlamentspräsident denn mit einer Sache gemein machen dürfe, erzählte er. Und beantwortete das für sich ganz klar mit einem Ja. „Natürlich bin ich nicht neutral. Als Bewohner der Region fühle ich mich nicht sicher mit Tihange“, sagte der Würselener, der noch in typischer Schulz-Art erwähnen musste, dass Würselen die schönste Stadt der Welt sei. Da konnte Würselens Bürgermeister Arno Nelles (SPD) nur zustimmen. Lautes Lachen im kleinen Konferenzsaal des EU-Parlamentsgebäudes. „Aber das ist keine Showveranstaltung“, sagte der Aachener

Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU). Nein, auch inhaltlich wolle man etwas erreichen.

Die Allianz bittet die Kommission, ihr alle Informationen zum Atommeiler Tihange 2 bei Lüttich,

„Ich als Bewohner der Region fühle ich mich nicht sicher mit Tihange.“

MARTIN SCHULZ (SPD), PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

der nur rund 65 Kilometer Luftlinie von Aachen entfernt liegt, zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll, wenn es nach den Kommunen geht, Informationsansprüche gegenüber Belgien geltend machen und prüfen, ob das Land gegen Vorgaben aus den europäischen Verträgen verstößt. „Das steht uns zu“, sagte Philipp. Die belgischen Meiler Tihange 2 bei Lüttich und Doel 3 bei Antwerpen sind umstritten, weil sich in deren Reaktordruckbehältern Tausende Haarrisse – manche Wissenschaftler sprechen von Wasserstofflocken – befinden.

Schulz versprach, das Schreiben an die Kommission, aber auch an den Petitions- und Umweltausschuss des Europäischen Parlaments weiterzuleiten. Unterstützung gab es gestern schon von der Aachener EU-Abgeordneten Sabine Verheyen (CDU) und der Fraktionsvorsitzenden der europäischen Grünen, Rebecca Harms, die beide an der Übergabe teilnahmen. „Wir können Mitgliedssta-

ten nicht vorschreiben, welche Energiearten sie auswählen“, sagte Verheyen. „Doch wenn sie sich für

Kernenergie entscheiden, muss die Sicherheit gewährleistet sein.“ Das glaubt eben auch Etschenberg, der nicht dogmatisch ist und deshalb auch nicht fordert, dass alle AKW in Belgien vom Netz gehen, sondern eben nur Tihange 2.

„Tihange ist 2017 vom Netz“

Zu Erfolgsaussichten wollte Schulz keine Prognose wagen. „Aber politischer Druck hilft immer“, sagte er und machte den Kommunen Mut: „Die Kommission wird das nicht übergehen können.“ Und dann setzte Schulz die Tihange-Problematik in einen größeren politischen Zusammenhang und kritisierte politische Strömungen in Europa, die die Nationalstaaten wieder stärken wollen.

Aber dass man in Sachen Tihange nichts machen könne, sei eben ein Beispiel dafür, dass mehr Europa erstrebenswerter sei als weniger Europa.

„Spätestens 2017 ist Tihange 2 vom Netz“, sagte Etschenberg. Da sei er sich persönlich sicher. Doch auch wenn er die beiden juristischen Klagen der Städteregion gegen den Betrieb von Tihange 2 als aussichtsreich ansieht („Unsere Chancen stehen gut.“): Erfolg werde man viel eher auf dem politischen Weg erzielen, glaubt er. Politischer und öffentlicher Druck sind eine wichtige Währung für die Atomkraftgegner.

Deshalb wurde auch penibel darauf geachtet, dass viele und gute Fotos von dem Termin in Brüssel gemacht werden konnten. Ein Foto mit Schulz erzeugt eben Öffentlichkeit.

Falls die mal abflachen sollte, hält Etschenberg schon die nächste „Raketenstufe“ bereit, wie er kampfeslustig erklärt. Er habe gerade eine von der Städteregion in Auftrag gegebene Klimastudie erhalten, die die Betroffenheit der Region bezogen auf Tihange 2 darstellen soll. „Was da drinsteht, ist deprimierend.“ Man halte das Papier zunächst zurück und setze es ein, wenn man den Eindruck erhalte, es tue sich nichts mehr: „Wir geben nicht auf.“



NRW fordert begrenzte AKW-Laufzeiten

NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) betonte gestern in Düsseldorf, das Land sei an der Seite der Regionen und Bürgermeister. Es vergehe mittlerweile keine Woche mehr ohne neue Störfallmeldung über die „Bröckel-Reaktoren“ Tihange oder Doel. „Das flößt uns nicht gerade Vertrauen ein“, stellte er fest. Deshalb müsse der Bund die Initiative ergreifen, damit ältere Atomkraftwerke über eine europaweit verbindliche Laufzeitenbegrenzung abgeschaltet würden, sagte Rimmel. Über einen entsprechenden Antrag mehrerer Bundesländer werde die Umweltministerkonferenz beraten.

Die Allianz der 80 gegen Tihange

Eine Allianz von rund 80 Kommunen aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg macht Druck in Sachen Tihange 2:

Die beteiligten Kreise: Aachen, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Düren, Ennepe-Ruhr, Euskirchen, Heinsberg, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Erft, Neuss, Viersen, Vulkaneifel und Wesel.

Die beteiligten Städte und Gemeinden: Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Bedburg, Düsseldorf, Elsdorf, Erkelenz, Eschweiler, Gulpen-Wittem, Hagen, Hamminkeln, Heerlen, Herzogenrath, Hürtgenwald, Hürth,

Kerkrade, Kerpen, Koblenz, Köln, Gelsenkirchen, Krefeld, Maas-tricht, Meerbusch, Meerssen, Mönchengladbach, Monschau, Nürnberg, Rheinbach, Roetgen, Simmerath, Solingen, Stolberg, Vaals, Wetter, Würselen und rund 30 aus Luxemburg.

Die Bezirksschülervertretung der Städteregion Aachen fordert ebenfalls das sofortige Abschalten von Tihange 2 und Doel 3. Helmut Etschenberg überreichte in Brüssel gestern auch den Brief der Schüler.



Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 28

„Wir werden teilweise bewusst belogen“

TIHANGE 2 Städteregionsrat Etschenberg zur Sicherheit des maroden Atomkraftwerks

Herr Etschenberg, warum haben Sie den Fragenkatalog der Städteregion Aachen zum Pannen-Reaktor Tihange 2 in Brüssel überreicht und nicht per Post an den EU-Parlamentspräsidenten geschickt?

Weil wir neben der juristischen Vorgehensweise den politischen Druck erhöhen müssen. Wir wollen die Informationen, die uns vom belgischen Anlagenbetreiber

☛ Dass der Reaktor nicht sicher ist, beweist er selbst in kurzen Abständen

Electrabel und der Atomaufsichtsbehörde Fanc zu Tihange 2 bisher verweigert werden, über ein Auskultursuchen der EU einholen.

Wer ist wir?

80 Kommunen aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg mit acht Millionen Menschen. Deshalb wählen wir den Weg über das EU-Parlament. Martin Schulz, der Präsident des EU-Parlaments, unterstützt unser Anliegen.

Die Belgier haben mit Tihange 2 offenbar kein Problem ...

Das mag vor vier Monaten noch so gewesen sein. Aber auch in Belgien kommt Bewegung in die Sache. Die direkt benachbarte deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien hat inzwischen einen Parlamentsbeschluss gefasst, der von allen Parteien getragen wird. Tihange 2 soll stillgelegt werden, bis der Sicherheitsnachweis erbracht ist. Ich bin sicher, dass wir auch belgische Kommunen gewinnen

können, sich bei uns zu beteiligen. Bis 2025 am Netz

Die Atomkraftwerke Tihange 2 bei Lüttich und Doel 3 bei Antwerpen stehen wegen ihrer hohen Pannenanfälligkeit und Tausender feiner Risse in den Druckbehältern in der Kritik. Sie sind 40 Jahre alt und sollen nach dem Willen der belgischen Regierung dennoch bis 2025 am Netz bleiben. Vergangenen Freitag war Tihange 2 nach einer Panne an einem Turbinenmotor im nichtatomaren Teil der Anlage erneut automatisch abgeschaltet worden. Der Meiler soll am heutigen Mittwoch wieder in Betrieb gehen. (pb)

Ihr Vertrauen in die belgische Atomaufsicht ist nicht besonders groß?

Wie auch? Der höchste Aufsichtsbeamte der Atomaufsicht in Belgien war jahrelang der Chef der Betreiber dieser Atomkraftwerke. Wir werden nicht objektiv informiert. Ich behaupte, dass wir teilweise bewusst belogen werden.

Das ist ein schwerer Vorwurf.

Ja. Aber der lässt sich belogen. Wir haben beispielsweise gefragt: Wo ist das Originaldokument des Verwaltungsakts, das besagt, Tihange 2 darf wieder ans Netz? Da heißt es nur: Das liegt vor. Gesehen haben wir es nicht. Wenn alles ordnungsgemäß abgelaufen ist, kann man es auch vorlegen. Dass der Reaktor nicht sicher ist, beweist er selbst in kurzen Abständen. Sonst würde er sich nicht

ständig abschalten.

Wie ist der Stand bei der juristischen Auseinandersetzung?

Die erste Klage vor dem Staatsrat ist eingereicht. Der muss klären, ob es eine ordnungsgemäße Genehmigung für die Wiederaufnahme des Betriebes gibt. Die zweite Klage zur Betroffenheit ist in Vorbereitung: Was passiert eigentlich, wenn etwas passiert?

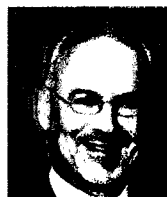
Den Fragenkatalog haben Sie überreicht. Was kommt danach?

Wir werden uns mit dem für Klimapolitik und Energie verantwortlichen EU-Kommissar Miguel Arias Cañete treffen. Und wir werden die Studie eines Forschungsinstituts vorstellen, das die Folgen einer Atomkatastrophe bei Tihange 2 untersucht hat.

Gibt es die Ergebnisse schon?

Ja. Wir werden damit an die Öffentlichkeit gehen, sollte das Interesse an dem Thema abflauen. Was da drinsteht, ist erschreckend.

Das Gespräch führte
Peter Berger



Helmut Etschenberg (68), CDU-Politiker, ist seit 2009 erster Städteregionsrat der damals neu geschaffenen Städteregion Aachen. Zuvor war er Kreisdirektor des Kreises Aachen und Stadtdirektor von Monschau.

Kölnische Rundschau vom 15.06.2016, S. 5

Kommunen machen Druck

80 Bürgermeister fordern Auskunft über Tihange

BRÜSSEL. Kommunen aus der Grenzregion zu Belgien machen weiter Druck gegen die umstrittenen belgischen Atomkraftwerke. Rund 80 Kommunen haben nun Auskunft über das AKW Tihange 2 bei Lüttich verlangt. Dafür überreichten Vertreter der Dreiländerregion Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg EU-Parlamentspräsident Martin Schulz gestern in Brüssel ein Auskunftsersuchen, das auch an die Europäische Kommission geht. Die soll ihre Informationsansprüche gegenüber Belgien geltend machen. Vom Euro-

parlament erhoffen sich die Kommunen politische Unterstützung für ihr Anliegen, sagte der Chef des Kommunalverbands Städteregion Aachen, Helmut Etschenberg.

Die Kommission soll außerdem prüfen, ob die Wiederinbetriebnahme des Reaktors Tihange 2 gegen europäisches Recht verstößt. Der Meiler war im März 2014 wegen Sicherheitsbedenken abgeschaltet worden und trotz Haarrissen im Dezember 2015 wieder ans Netz gegangen. Nordrhein-Westfalen erklärte sich solidarisch mit den Regionen.

Die Menschen seien durch den belgischen Kernreaktor

Tihange 2 verunsichert und stark beunruhigt, schreibt der Kommunalverband Städteregion dem EU-Kommissar für Energie, Miguel Arias Canete. In einem Schadensfall wären mehr als acht Millionen Menschen zum Teil existenziell betroffen.

Das Land sei an der Seite der Regionen und Bürgermeister, sagte NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) in Düsseldorf. Es vergehe mittlerweile keine Woche mehr ohne neue Störfallmeldung über die „Böckel-Reaktoren“ Tihange oder Doel. „Das flößt uns nicht gerade Vertrauen ein“, stellte der Minister fest.

In anderen grenznahen Regionen gebe es ähnliche Probleme. Deshalb müsse der Bund die Initiative ergreifen, damit ältere Atomkraftwerke über eine europaweit ver-

bindliche Laufzeitenbegrenzung abgeschaltet würden, sagte Remmel. Über einen entsprechenden Antrag von NRW und anderen Bundesländern werde die Umweltministerkonferenz beraten. Auch die Urananreicherungsanlage Gronau, die nach unbestätigten Informationen Doel und Tihange mit Brennstoff versorgt, müsse stillgelegt werden. (dpa)

Bild vom 15.06.2016 , S. 9

1. Testzug aus China erreicht Wanne-Eickel



Herne - Nach einer Strecke von 11 300 Kilometern erreichte gestern ein Testzug aus China das Container Terminal Herne.

Die Fahrt dauerte 17 Tage, ging über Kasachstan, Russland, Weißrussland und Polen. Sie ist der Start

einer Kooperation zwischen dem Hafen Li-anyungang am Pazifik und der Wanne-Herner Eisenbahn- und Hafengesellschaft, die eine regelmäßige Zugverbindung zwischen beiden Städten einrichten. Die Chinesen wollen so das Revier und

Westeuropa erschließen.

Hernes OB Frank Duda (53): „Wir setzen auf die Marke ‚Mittelpunkt des Ruhrgebiets‘. Das schafft uns beste Aussichten für viele Unternehmen hier am Standort und mit Expansionschancen in alle Welt.“

Foto: THOMAS SCHMIDT/STADT HERNE

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 18

Deutsche Behörden verpassen die Digitalisierung

Bund, Länder und Kommunen zahlen viel Geld für IT-Dienstleistungen. Ein Netzwerk entsteht daraus nicht. Fachleute schlagen Alarm.

dc. BERLIN, 14. Juni. Deutschland belegt in Europa Spitzenränge, wenn es um Wirtschaftswachstum, technische Innovation und den Aufbau von Arbeitsplätzen geht. Umso erstaunlicher ist sein Abschneiden in einer anderen Disziplin – dem Aufbau einer modernen digital vernetzten Verwaltung: Dort liegt Deutschland unter den 28 EU-Staaten derzeit auf Platz 19 hinter Italien und knapp vor Zypern. Das zeigt ein von der Europäischen Kommission vorgelegter Report zum Thema Digitalisierung.

Der deutsche Normenkontrollrat, der sich im Auftrag der Bundesregierung für Bürokratieabbau und moderne Verwaltung einsetzt, schlägt deshalb nun Alarm. „Wir dürfen so nicht weitermachen, es ist fünf vor zwölf“, sagte der Vorsitzende des Kontrollrats, Johannes Ludewig, dieser Zeitung. „Nachbarn wie Dänemark und Österreich sind uns in dieser Hinsicht mittlerweile um zehn Jahre voraus.“

Um die Mahnung zu untermauern, hat das beim Kanzleramt angesiedelte Wächtergremium am Dienstag ein Gutachten mit einem detaillierten Arbeitsprogramm für die Entscheidungsträger vorgelegt, allen voran für Bundesregierung und Landesregierungen. Die Überschrift lautet: „Wie der Aufstieg gelingen kann.“ Bund und Länder müssten sich dringend stärker und verbindlicher um den koordinierten Aufbau einer digital vernetzten Verwaltung kümmern, so die Kernforderung des Gremiums.

Auf den ersten Blick wirkt das Thema „digitale Verwaltung“ eher technisch und abstrakt. Seine praktische Bedeutung wurde aber beispielsweise mit der Flüchtlings-

krise anschaulich: Da Bundespolizei, Länderpolizeien, Ausländerämter und Sozialbehörden nicht auf digitalen Datenaustausch eingestellt waren, ließ sich monatelang nicht klären, wie viele Flüchtlinge sich wo in Deutschland aufhalten. Es kam zu Doppelregistrierungen, weil die eine Behörde nicht feststellen konnte, ob eine andere Behörde die Person womöglich schon registriert hatte.

Die Arbeit an besseren Verwaltungsabläufen kam erst unter akutem Druck in Gang – auch der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, steuerte dazu mit seiner Erfahrung aus der Arbeitsverwaltung viele Hinweise und Mahnungen bei. Im Februar beschloss der Bundestag ein „Datenaustauschverbesserungsgesetz“. Nun werden Personendaten, Fingerabdrücke und andere wichtige Informationen gleich mit dem ersten Behördenkontakt in einem standardisierten Format auf einer zentralen Datenbank abgelegt, auf die dann bald alle anderen zuständigen Behörden zugreifen können.

Es gibt aber auch andere Beispiele – solche, die zeigen, wie bürgerfreundlich eine digitale Verwaltung sein kann, betont Ludewig. So sei es etwa in Österreich für Eltern nicht mehr nötig, Kindergeld zu beantragen. Denn sobald die Geburt eines Kindes registriert ist, klärt die Verwaltung automatisch, welcher Kindergeldanspruch besteht, und weist die Auszahlung an. In Deutschland scheitert so etwas meist schon an technischen Hürden – die Infrastruktur für Datentransfers über Ressortgrenzen und föderale Ebenen hinweg fehlt. Dabei liefert gerade Österreich den Beleg, dass der Föderalismus kein unüberwindbares Hindernis sein muss.

Zwar ist es auch in Deutschland nicht so, dass der Verwaltung das Geld für den Aufbruch ins digitale Zeitalter fehlen würde, wie der Normenkontrollrat feststellt. Seinen Hochrechnungen zufolge geben

Bund, Länder und Kommunen jedes Jahr rund 13 Milliarden Euro für IT-Dienstleistungen aus. Dass Problem sei aber, dass Bund, Länder und Kommunen „eigenständige IT-Lösungen“ entwickeln und betreiben würden, „anstatt gemeinsame Komponenten zu verwenden“, moniert der Rat.

Zudem herrsche hierzulande eine Kultur vor, die Behördenzusammenarbeit „ausschließlich an den Verwaltungs- und nicht an den Nutzerinteressen“ auszurichten, heißt es in dem Gutachten. Ähnliche Hinweise lieferte kürzlich eine Studie der Hertie School of Governance: Von 1200 befragten Behördenleitern erkannte nur jeder vierte einen Nutzen darin, Bürger in die Gestaltung digitaler Verwaltungsleistungen einzubeziehen. Das IT-Dienstleistungsunternehmen CSC Deutschland hat für den Normenkontrollrat ermittelt, dass etwa die Hälfte der Kommunen höchstens zwei Online-Dienste anzubieten hat.

Eigentlich hatte der seit Jahren bestehende IT-Planungsrat von Bund und Ländern derlei Fehlentwicklungen vermeiden und den koordinierten Aufbau einer digitalen Verwaltung vorantreiben sollen. Tatsächlich ist dies offenbar misslungen – vor allem fehlten dem Planungsrat in entscheidenden Fragen Einfluss und politischer Rückhalt. Daher fordert das Gutachten, der föderalen Zusammenarbeit mit einem neuen IT-Staatsvertrag auf festerer Grundlage klare Ziele zu setzen – und auch ein gemeinsames „Digitalisierungsbudget“ einzurichten, damit Pläne nicht zwischen Finanzzuständigkeiten zerrieben werden.

Um die vielen losen Enden in Sachen digitale Verwaltung sinnvoll zusammenzufügen, wäre nach Rechnung des Normenkontrollrats ein Budget von insgesamt 1,7 Milliarden Euro für fünf Jahre nötig. Verglichen mit den 13 Milliarden Euro pro Jahr sei das ein eher überschaubarer Betrag – zumal ihm die Aussicht auf Einsparungen in Milliardenhöhe gegenüberstehe, sollte die „konsequente Digitalisierung der wichtigsten Verwaltungsleistungen“ gelingen.

Wo Digitalisierung Arbeit bedroht

Die Debatte über die Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt ist unter Wissenschaftlern längst entbrannt. Weitgehende Einigkeit herrscht aber darüber, dass Algorithmen und Roboter künftig weitere Tätigkeiten übernehmen, die heute noch von Menschen ausgeübt werden – auch wenn das Ausmaß dieser Substitution ebenso schwer vorherzusagen ist wie die Zahl der neuen Arbeitsplätze, welche der technische Fortschritt bringt.

Einer neuen Untersuchung zufolge sind die Beschäftigten in einigen Regionen Deutschlands jedoch besonders gefährdet. Das staatliche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat berechnet, wie groß der Anteil der Beschäftigten ist, die in einem Beruf arbeiten, in dem mehr als 70 Prozent der Tätigkeiten schon heute durch Computer oder Maschinen erledigt werden könnten. Für ganz Deutschland sind das 15 Prozent, was rund 4,5 Millionen Beschäf-

tigten entspricht. Im Saarland liegt der Wert allerdings bei 20 Prozent und damit ebenso deutlich über dem Mittel wie in Thüringen (19) und Baden-Württemberg (17). Grund dafür sei die Berufsstruktur – relativ viele Beschäftigte gibt es dort im verarbeitenden Gewerbe. In den Dienstleistungsmetropolen Berlin (8) und Hamburg (9) sind die Werte am niedrigsten. Zudem sind Arbeitnehmer im Helferbereich laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deutlich stärker gefährdet als Fachkräfte. sv.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016 , S. 20

Mehr freies W-Lan in den Städten

Die Abschaffung der Störerhaftung dürfte den Ausbau beschleunigen – davon will die Telekom profitieren

bü. DÜSSELDORF, 14. Juni. Die Deutsche Telekom umwirbt Städte und Gemeinden mit einem neuen Angebot für öffentliche Hotspots. Der Bonner Telefonriese will ihnen Hardware und Datenvolumen verkaufen, damit Bürger in Rathäusern und anderen städtischen Gebäuden kostenlos ins Internet kommen. Weil Deutschland bei der Versorgung mit öffentlichen W-Lan-Zugängen im Vergleich mit anderen Industriestaaten zurückhängt, sieht die Telekom einen großen Bedarf. Für Cafés, Restaurants und Geschäfte, die mit kostenlosem Internet auf Kundenfang gehen, hat sie seit geraumer Zeit Hotspot-Lösungen im Angebot. Das neue Paket mit der Bezeichnung Public W-Lan 4.0 ist speziell auf Kunden der öffentlichen Hand zugeschnitten. Vertrieben wird es von der Geschäftskundensparte T-Systems, die von Berlin aus Bund, Länder und Kommunen betreut.

„Mit ihrem Angebot treibt die Telekom die Verbreitung öffentlicher W-Lans voran“, sagte Patrick Molck-Ude, der das Netzgeschäft mit Großkunden verantwortet. Nach Konzernangaben kommen hierzulande auf 10 000 Einwohner knapp zwei kostenlose öffentli-

che Hotspots, in Großbritannien dagegen 28. Spitzenreiter sei Südkorea mit 37 freien Zugängen. Freies W-Lan sei für Städte und Gemeinden ein wichtiger Standort- und Imagefaktor, sagte Helmut Dedy, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Dass der Ausbau trotzdem nur zögerlich vorankam, lag vor allem an der Störerhaftung, die die Betreiber bis Anfang Juni für illegales Verhalten der Nutzer in Anspruch nahm. Nach der gesetzlichen Neuregelung erwartet Dedy deshalb einen beschleunigten Ausbau. „Im Ergebnis wird die Bevölkerung an immer mehr Orten ein öffentliches W-Lan-Netz nutzen können“, sagte er. Die Kosten für die Kommunen hängen unter anderem davon ab, wie groß die zu versorgenden Flächen sind und wie viele Nutzer gleichzeitig ins Netz können. In der Basisvariante der Telekom werden monatlich 39 Euro fällig, außerdem Einmalkosten für die Hardware von knapp 300 Euro und eine monatliche Servicegebühr für die Technik. Nutzer können dann bis zu einer Stunde frei surfen, um sich die Wartezeit in Rathäusern und Ämtern zu vertreiben.

Telekommunikationsexperte Torsten J. Gerpott von der Universität Duisburg-

Essen wundert sich, dass die Telekom mit dem Hotspot-Paket so spät auf den Markt kommt, obwohl der Bedarf schon länger erkennbar sei. Offenbar dauerten Innovationsprozesse bei der Telekom immer noch zu lange. Der Konzern konkurriert mit zahlreichen anderen Anbietern, und der Kabelnetzbetreiber Unitymedia etwa ist mit dem „Powerspot-Service“ für Geschäftskunden auf dem Markt, den das Unternehmen auch öffentlichen Kunden anbietet. Einige städtische Behörden versorgten ihre Besucher schon über Powerspot mit freiem W-Lan, sagte ein Sprecher. Die laufenden Kosten für die Ämter liegen bei mindestens knapp 60 Euro im Monat.

Gute Chancen bescheinigt Gerpott W-Lan-Angeboten für kleine und mittlere Geschäftskunden. Dort fehle es oft an Know-how, und die Hotspots seien in diesem Segment noch „sehr ausbaufähig“. Bei Städten und Kommunen werden die Telekom-Anbieter seiner Ansicht nach schon deshalb nicht so gut ankommen, weil die Preise zu hoch seien. Es gebe dort meistens Fachleute, die eine „entsprechende Leistung zu deutlich niedrigeren Kosten“ produzieren könnten.

Handelsblatt vom 15.06.2016 , S. 7

Gabriel will mehr Transparenz beim Internet

Anbieter sollen tatsächliche Netzgeschwindigkeiten offenlegen.

Dana Heide

Berlin

Es ist ein Problem, das nicht jedem bekannt ist: Man schließt ein schnelles Datenpaket mit einem Provider ab, doch wenn man das Internet dann nutzt, ruckelt der Videostream, und die Musikübertragung stockt. Der Grund: Der Provider hat zu viel versprochen, er kann die bezahlte Geschwindigkeit nicht liefern. Die Bundesnetzagentur hat in bundesweiten Tests herausgefunden, dass es in „dieser Hinsicht über alle Technologien, Produkte und Anbieter hinweg eine deutliche Diskrepanz gibt“. Wie das Handelsblatt erfuhr, will Bundeswirtschaftsminis-

ter Sigmar Gabriel (SPD) dem nun mit einer neuen Transparenzverordnung begegnen. Zwar können Internetnutzer ihre Leitung auf diversen Internetseiten auch selbst testen und dann gegebenenfalls mit ihrem Anbieter nachverhandeln. Das findet Gabriel aber nicht praktikabel genug: „Bislang ist es für viele Verbraucher zu schwer, Informationen über die realen Übertragungsraten ihres Internetzugangs zu erhalten“, sagte er dem Handelsblatt. Mit einer neuen Verordnung der Bundesnetzagentur,

die dem Bundeswirtschaftsministerium nachgeordnet ist, sollen Internetanbieter dazu verpflichtet werden, Verbrauchern vor Vertragsabschluss ein Informationsblatt zu übermitteln, in dem die minimale, die normalerweise zur Verfügung stehende und die maximale Datenübertragungsraten für Download und Upload aufgeschlüsselt werden. Die Unternehmen sollen zudem klar darüber informieren müssen, wann der Vertrag beendet werden kann. Gabriel wird die Verordnung am Mittwoch dem Kabinett zur Kenntnisnahme vorlegen und dann in den Bundestag geben.

Handelsblatt vom 15.06.2016, S. 9

Ein bisschen mehr wie Estland sein

Die Digitalisierung der Verwaltung kommt hierzulande nicht voran. Politiker fordern nun einen verpflichtenden Staatsvertrag.

Dana Heide

Johannes Ludewig wirkt frustriert. Seit Jahren mahnt er, dass die öffentliche Verwaltung digitalisiert werden muss, legt Studien vor, warnt, seine Appelle werden immer dramatischer. Wenn man mit ihm über das Thema spricht, klingt Ungeduld in seiner Stimme. Denn sein Mahnen hat bisher wenig genutzt, Deutschlands Verwaltung ist in weiten Teilen noch nicht digitalisiert. Nun startet der Vorsitzende des Normenkontrollrats (NKR) einen neuen Versuch.

„Wir brauchen einen neuen IT-Staatsvertrag, der noch bis zur Bundestagswahl auf den Weg gebracht werden muss“, fordert Ludewig. Es gibt zwar schon jetzt einen Vertrag zwischen Bund und Ländern, in dem der Wille zur Zusammenarbeit bei der Digitalisierung der Verwaltung beteuert wird. Der Vertrag sei aber nicht verbindlich, und so bastelten sich Bund und Länder alle ihre eigenen IT-Lösungen, wenn überhaupt. „Wenn wir bei der Digitalisierung der staatlichen Verwaltung vorankommen wollen, müssen sich Bund und Länder verbindlich dazu verpflichten, gemeinsam Standards und Schnittstellen zu entwickeln, und zwar mit einem gemeinsamen Budget für die Digitalisierung“, fordert Ludewig. Er rechnet mit einem Bedarf von 1,7 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre. Zurzeit geben Bund und Länder für eigenständige IT-Lösungen 13 Milliarden aus.

Der Rückstand bei der Digitalisierung der Verwaltung ist dramatisch: In einer aktuellen Studie der EU-Kommission belegt Deutschland im europaweiten Vergleich beim Bereich Digitale Öffentliche Dienstleistungen nur Platz 19 - hinter Polen, Irland, Spanien, Frankreich und Großbritannien. Der Indikator misst etwa, wie oft Bürger und Unternehmen auf vorausgefüllte digitale Dokumente zurückgreifen können oder ob und inwieweit Open Data genutzt wird, also der Daten-

schatz, den die Behörden aggregiert haben.

Auch das letzte Gutachten des NKR war zu dem Schluss gekommen,

dass von den untersuchten Kommunen die Hälfte nicht mehr als zwei Onlinedienste anbietet und nur wenige mehr als zehn. Bund, Länder und Kommunen entwickeln und betreiben eigenständige IT-Lösungen, anstatt gemeinsame Komponenten zu verwenden, kritisierte das Gutachten. Das koste nicht nur Milliarden, sondern führe auch dazu, dass die Bürger digitale Verwaltungsdienstleistungen wenig nachfragen. Eine Umfrage der Hertie School of Governance und des Kongressveranstalters Wegweiser zeigte erst vergangene Woche, dass zum Beispiel nur bei gerade einmal zehn Prozent der befragten Behörden Bürger ihren elektronischen Personalausweis nutzen können.

Zuletzt ist das Nebeneinanderher der Datenverwaltungen auf den verschiedenen Ebenen bei der Flüchtlingskrise aufgefallen. So mussten die Daten der Asylsuchenden mangels einheitlicher Erfassung immer wieder registriert werden.

Die Bundesregierung gibt zwar vor, an dem Rückstand etwas ändern zu wollen. Zur Kabinettsklausur in Meseberg ließen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) etwa von Estlands Premierminister Taavi Rõivas erklären, wie das baltische Vorbild (erster Platz beim EU-Ranking) seine Verwaltung modernisiert hat. Es ist nicht das erste Mal, dass die Bundesregierung zeigen will, dass sie das Thema auf dem Schirm hat. Doch passiert ist bisher wenig. „Die gesamte Führungsebene auf Bund-

und Länderebene setzt sich viel zu wenig für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ein“, kritisiert Ludewig.

Unterstützung für seinen Vorstoß bekommt Ludewig nun auch von

den Koalitionsparteien. „Es gibt bei der digitalen Verwaltung ein Umsetzungsproblem. Bund, Länder und Kommunen blockieren sich oft gegenseitig“, sagte Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. „Daher macht es Sinn, die Zusammenarbeit verpflichtend zu machen. Ein Staatsvertrag kann dafür eine gute Möglichkeit sein.“ Auch Klingbeil kritisiert, dass die Regierung das Thema nicht ernst genug nimmt. „Es besteht dringender Handlungsbedarf. Unternehmen können heute nicht digital mit Behörden kommunizieren. Da wird großes wirtschaftliches Potenzial verschenkt.“ Innenminister de Maizière müsse das Thema engagierter voranbringen und auch Kanzlerin Merkel solle sich mehr einsetzen, fordert Klingbeil.

Auch Jens Koeppen (CDU), Vorsitzender des zuständigen Bundestagsausschusses Digitale Agenda, unterstützt den Vorstoß von Ludewig. Er findet, dass bei der Digitalisierung der Verwaltung zu lange auf Freiwilligkeit gesetzt wurde. „Die ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Bundesministerien und der Länder wird nicht freiwillig passieren, das hat diese Legislaturperiode gezeigt“, sagte er dem Handelsblatt. „So etwas kann man nur mit einem verpflichtenden Staatsvertrag machen.“ Auch ein gemeinsames Digitalisierungsbudget für Bund und Länder hält er für sinnvoll. Insgesamt wünscht Koeppen sich mehr Engagement der Bundesregierung, warnt aber davor, nur Innenminister de Maizière den Schwarzen Peter zuzuschieben. Auch die anderen Ressorts würden nicht genug für die Digitalisierung der Verwaltung tun.

Anfang nächster Woche kommen Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen zum Kongress „Staat und Verwaltung“ unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister de Maizière in Berlin zusammen.

Handelsblatt vom 15.06.2016 , S. 15

DIGITALISIERUNG

Genug gewartet

Bund und
Länder
müssen stärker
kooperieren,
verlangt
Dana Heide.



der digitalen Verwaltung in Europa, in dem Deutschland nur den 19. Platz belegt.

Der Staat verschenkt damit nicht nur Einsparpotenzial bei seinem Budget, sondern auch Möglichkeiten, seinen Unternehmen und Bürgern das Leben leichter zu machen. Denn für viele staatliche Dienstleistungen wäre es heutzutage rein technisch nicht mehr nötig, zum Amt zu gehen, etwa wenn man einen neuen Wohnsitz, ein Gewerbe oder ein Auto anmelden möchte.

Experten mahnen schon seit Jahren, dass sich in Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nur wenig tut. Und wenn etwas gemacht wird, dann macht jede staatliche Stelle ihr eigenes Ding. Am

Es gibt Bereiche, da muss Deutschland im internationalen Vergleich nicht vorne mit dabei sein. Beim Tabakkonsum pro Kopf etwa, da lässt man gern anderen Ländern den Vortritt, oder wo weltweit die höchsten Mieten fällig werden. Anders ist das bei dem jüngst von der Europäischen Kommission veröffentlichten Ranking zum Stand

Ende passen dann die digitalen Schnittstellen nicht zueinander, und die Bürger müssen sich in jeder Stadt an ein neues Portal gewöhnen.

Die Forderung, Länder und Bund nun zur Zusammenarbeit bei der Digitalisierung zu verpflichten, ist daher eine Idee, über die es sich lohnt, genauer nachzudenken. Denn eine solche vertragliche Verpflichtung würde das Thema auf eine neue Ebene heben und könnte der Digitalisierung der Verwaltung einen neuen Schub geben. Ein immer wieder erhobener Vorwurf ist doch, dass das Thema von Bund, Ländern und Kommunen nicht ernst genug genommen wird. Das könnte man dann kaum noch behaupten. Dadurch stiege auch der Anreiz, die Kapazitätsfrage zu lösen - sowohl im fachlichen Sinne als auch in Bezug auf personelle Ressourcen.

Natürlich darf Deutschland nun angesichts des enormen Rückstands bei der digitalen Verwaltung auch nicht in blinden Aktionismus verfallen. Nicht alle digitalen Dienstleistungen machen Sinn. Nicht alle Behörden müssen untereinander vernetzt werden, auch um den gläsernen Bürger zu verhindern. Zudem muss selbstverständlich die Sicherheit der Daten gewährleistet sein. Bei alledem gilt jedoch: Zusammen findet man immer bessere Lösungen als allein.

Die Autorin ist Korrespondentin in Berlin.

Sie erreichen sie unter:
heide.d@handelsblatt.com

Kölnische Rundschau vom 15.06.2016, S. 6

Gespräche über Lohnkürzung bei RWE ohne Ergebnis

Versorger wollen wegen schwieriger wirtschaftlicher Lage Einkommen der Mitarbeiter deutlich reduzieren

ESSEN. Bei RWE sind Gespräche über eine Gehaltskürzung für die Mitarbeiter in der Stromerzeugung gestern ergebnislos verhandelt worden. Die Stimmung sei „angespannt“ gewesen, berichtete ein Sprecher der Gewerkschaft IGBCE. Das Unternehmen wollte sich zu Inhalten des Treffens nicht äußern. Am 4. und 5. Juli wollen die Parteien erneut zusammenkommen.

In den RWE-Kraftwerken und im Braunkohletagebau arbeiten nach Unternehmensangaben rund 14 000 Menschen. Kürzungspläne

gibt es laut IGBCE auch beim großen RWE-Konkurrenten, der ausgegliederten Eon-Kraftwerkstochter Uniper. Dort stünden am 24. Juni in Hannover Gespräche über tarifvertragliche Kürzungen an. Angesichts dramatisch gefallener Großhandelspreise wollen die Konzerne laut Gewerkschaft die Einkommen spürbar reduzieren. Nach einem Flugblatt der IGBCE möchte RWE in der Stromerzeugung das Weihnachtsgeld entfallen lassen, Urlaubstage streichen, Zulagen sowie Vermögenswirksame Leistungen kürzen. Außerdem fordere

RWE Änderungen der Arbeitszeit. Die Gewerkschaft beziffert das Gesamtvolumen der Einbußen auf ein Viertel des bisherigen Einkommens und hat Widerstand angekündigt.

Die Arbeitgeber hätten im Mai zu Tarifverhandlungen gemäß Paragraph 21 des Manteltarifvertrags aufgefordert. Darin ist geregelt, dass die Tarifparteien sich verpflichten, in Gespräche für einzelne Unternehmen einzutreten, wenn dies zur Beschäftigungsförderung oder -sicherung bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder

zur Herstellung oder Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist. Auch ein lang laufender besonders moderater Vergütungsabschluss im Januar 2017 könne einen nennenswerten Beitrag zur Kostenentlastung leisten, gibt die IGBCE die Position der Arbeitgeber in den bislang geführten Gesprächen wieder.

Im Zuge der Energiewende sind bei den Versorgern die Erträge unter Druck. Bei RWE sank der Betriebsgewinn in der konventionellen Stromerzeugung im vergangenen Jahr um 45 Prozent auf 543 Millionen Euro. (dpa/raz)

Neuss Grevenbroicher Zeitung vom 15.06.2016, S. D1

FDP-Chef Lindner im Tagebau: Absage an den Kohle-Ausstieg

VON KILIAN TRESS

GREVENBROICH Der Anblick des riesigen Schaufelradbaggers 288 war FDP-Chef Christian Lindner ein Foto bei Facebook wert. „Schweres Gerät. Ortstermin im Tagebau Garzweiler“, schrieb er dazu. In wenigen Minuten hatten etwa 200 User das Bild mit „Gefällt mir“ markiert – und rasch sammelten sich auch kritische Fragen unter Lindners Beitrag. „Ist das ein Bekenntnis zur Braunkohle?“ Lindners Antwort: „Ja. Wir können nicht gleichzeitig aus der Atom- und der Kohle-Energie aussteigen“, sagte auf Anfrage unserer Redaktion.

Die FDP-Landtagsfraktion hat sich gestern im Tagebau über die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft im Rheinischen Revier informiert. Die Abgeordneten kamen mit Matthias Hartung, Vorstand von RWE Power und RWE Ge-

neration SE, zu einem Gedankenaustausch zusammen. Nach einer Fahrt durch die Grube und einem Abstecher zum Umsiedlungsort Neu-Immerath haben die Freidemokraten einen Beschluss gefasst: Sie lehnen den vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle ab und fordern die Landesregierung auf, auf die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II zu verzichten. „Die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung geht zu Lasten von tausenden Arbeitsplätzen in NRW. Das ist das Gegenteil von Planungssicherheit und industriepolitischer Verantwortung“, so Fraktionschef Lindner. Verschärft werde die Situation durch die Pläne der Bundesregierung für einen „Klimaschutzplan 2050“, der vorsehe, dass die Stromerzeugung aus Kohle schon deutlich vor dem Jahr 2050 beendet werden

soll. „Wir sind überzeugt, dass die Stromerzeugung aus fossilen Quellen zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit und einer wirtschaftlichen Energieversorgung in unserem Land auf absehbare Zeit unverzichtbar ist“, heißt es in dem Beschluss. Ein vorzeitiger Kohleausstieg würde revierweit mehr als 100.000 Arbeitsplätze in Energieerzeugung und mittelständischen Zulieferbetrieben vernichten. Der FDP-Kreistagsabgeordnete Rolf Kluthausen sieht ebenfalls die Notwendigkeit, den Strom weiter aus Braunkohle zu beziehen. Die Hochleistungstrassen, die künftig die Windenergie von Norden nach Süden transportieren sollen, seien schon drei Jahre im Rückstand: „Mit Blick auf die Bürgerinitiativen, die überall mobil machen, wird sich das weiter um Jahre verzögern.“

Rheinische Post vom 15.06.2016, S. B10

Schlechteres Rating: RWE-Aktie bricht ein

Die amerikanische Agentur Standard & Poor's droht, das Papier als Ramsch zu bewerten. Die Gespräche über eine 25-prozentige Lohnkürzung für Kraftwerker wurden vertagt. Auch der Konkurrent Uniper will die Gehälter kürzen.

VON ANTJE HÖNING

ESSEN Die Lage für den zweitgrößten deutschen Energiekonzern spannt sich weiter an. Die RWE-Aktie brach gestern um über fünf Prozent ein und war Schlusslicht im Dax, nachdem die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) die Bonitätsnote auf „BBB-“ gesenkt hatte. Das ist gerade noch eine Note der Güte „Investment Grade“. Bei einer weiteren Senkung wird RWE zum Ramsch-Papier. Das hält S&P durchaus für möglich: Der Ausblick lautet bereits negativ. „Die Gefahr, dass die RWE-Aktie ein Junk Bond wird, ist real“, sagte Sven Diermeier von Independent Research.

Das hätte gravierende Folgen für den Konzern: Er ist dann vertraglich verpflichtet, Geschäftspartnern – etwa im wichtigen Handelsbereich – Sicherheiten zu stellen. Ansonsten dürfen diese nicht weiter mit RWE handeln. Auch die Kosten für neue Kredite würden sich erhöhen: Je schlechter eine Rating-Note, desto mehr Risikoaufschlag verlangen die Geldgeber. Bei 27 Milliarden Euro Schulden, die RWE hat, eine besondere Belastung. Eine RWE-Sprecherin sagte: „Wenn man sich die Beweggründe von S&P anschaut, so kommt das Downgrade für uns leider nicht unerwartet.“ Vor kurzem hatte Finanzvorstand Bernhard Günther erklärt, der Konzern habe

genug Reserven und sei auf eine Rating-Senkung vorbereitet.

Standard & Poor's begründete die Herabstufung mit der Empfehlung der Atomkommission, wonach RWE 6,5 Milliarden in den neuen Fonds zur Finanzierung des Atomausstiegs zahlen soll. Zudem fürchten die Bonitätswächter, dass der Börsengang der grünen Tochter die künftigen Cashflows von RWE senkt. Sie beurteilen RWE zwei Stufen schlechter als Konkurrent Eon, der die Note „BBB+“ hat. Eon hat bereits erklärt, den Scheck an den Atomfonds schreiben zu können.

Um die Kosten zu drücken, will RWE nun die Gehälter der Mitarbeiter in den Kraftwerken laut Gewerkschaft IG BCE um 25 Prozent senken. Gestern fanden erste Gespräche über einen Notlagen-Tarifvertrag statt. Die Atmosphäre sei angespannt gewesen, sagte der IG BCE-Sprecher. „Wir lehnen die Gehaltseinschnitte rundweg ab.“

Stattdessen bietet die Gewerkschaft an, den Beginn der normalen Lohn tariff-Verhandlungen vorzuziehen und in diesem Rahmen auch über eine neue Altersteilzeit-Regelung im gesamten Konzern zu sprechen. Bisher sollen nach den Vorstellungen von RWE nur die 10.000 Beschäftigten in Tagebauen und Kraftwerken Opfer bringen. Insgesamt hat der Konzern aber 59.800

Beschäftigte.

Die Gewerkschaft Verdi prüft, ob es überhaupt einen Notlagen-Tarif für RWE geben kann, da der Absturz der Strompreise ein Branchen- und kein RWE-Problem ist. Notlagen-Tarife sind nach dem Manteltarifvertrag nur für einzelne Unternehmen möglich, wenn diese in besonderen Schwierigkeiten stecken. Am 4. und 5. Juli sollen die Gespräche in eine neue Runde gehen.

Auch Konkurrent Uniper, in den Eon seine Kohle- und Gaskraftwerke abgespalten hat, leidet unter dem Fall der Strompreise. Uniper hat die Gewerkschaften nun ebenfalls zu Gesprächen über Sparmaßnahmen wegen wirtschaftlicher Probleme aufgefordert. Der Düsseldorfer Konzern habe aber noch nicht gesagt, ob er wie RWE Weihnachts- und Urlaubsgeld, Urlaubstage und vermögenswirksame Leistungen kürzen will, so die Gewerkschaften. Am 24. Juni soll es erste Verhandlungen geben. Uniper wollte weder Inhalte noch Termine kommentieren. Uniper-Finanzvorstand Christopher Delbrück hatte aber bereits im April angekündigt: „Es wird notwendig sein, die Personalkosten zu senken.“ Heilige Kühe werde es nicht geben. Wo und wie viele Stellen wegfallen, soll im zweiten Halbjahr feststehen. Uniper hat rund 14.000 Beschäftigte, davon 5000 in Deutschland.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 6

Hoffnung auf Großansiedlung in Marl

Westerweiterung des Chemieparks: Evonik bestätigt Verhandlungen

Von Stefan Schulte

Essen. Nach vielen Jahren des Stillstands könnte es mit der Westerweiterung des Chemieparks Marl doch noch etwas werden. Der Evonik-Konzern, Betreiber des Chemieparks, bestätigte auf Anfrage, mit potenziellen Investoren über eine Ansiedlung zu verhandeln. Es gebe Hoffnung, in den nächsten Wochen zum Abschluss zu kommen, hieß es aus der Essener Evonik-Zentrale.

Die bereits vor rund zwölf Jahren in Angriff genommene Westerweiterung des Chemieparks Marl gehört zu den weniger ruhmreichen Kapiteln des Essener Chemiekonzerns. Seinerzeit wurde eine komplette Siedlung westlich des bestehenden Chemieparks leer gezogen und abgerissen, teils gegen den erbitterten Widerstand der Bewohner. Die letzten Klagen von Anwohnern wurden 2008 abgewiesen.

Auf den rund 45 Hektar machte Evonik damals eine „dringend benötigte Erweiterung“ der Industrieanlagen geltend, die Lokalpolitik zog mehrheitlich mit und sprach von Tausenden zusätzlichen Jobs. Doch bis heute hat sich nach dem Abriss der Häuser in der früheren Schlenke-Siedlung und der Umsiedlung von rund 120 Familien auf dem Gelände praktisch nichts getan.

Hunderte Arbeitsplätze möglich

Als im vergangenen Herbst Evonik-Personalchef Thomas Wessel bei einem Wirtschaftsempfang in Marl bestätigte, der Chemiepark selbst brauche das Areal nicht, weil genügend Flächen frei geworden seien, war die Enttäuschung in der Stadt groß. Freilich hat der Essener Konzern in den vergangenen Jahren mehrere hundert Millionen Euro in seinen wichtigsten deutschen Produktionsstandort investiert. Auch

dies wäre ohne den Abriss der Schlenke-Siedlung wegen zu geringer Abstände zu den Neuanlagen nicht möglich gewesen.

Nach einer Lösung für die Westerweiterung habe man dennoch weiter gesucht, heißt es bei Evonik. Aus dem Konzernumfeld war zu hören, im Falle eines Abschlusses könnten nun mehrere Hundert Arbeitsplätze entstehen. Der WDR berichtete, ein Industriekonzern wolle 1500 Stellen schaffen. Zu solchen Details äußerte sich Evonik unter Verweis auf die laufenden Verhandlungen nicht.

Die Stadt Marl betonte, die Fläche sei ein „attraktives Areal für moderne Industrieansiedlungen“. Bürgermeister Werner Arndt sagte: „Nach der Schließung des Bergwerks Auguste Victoria benötigen der Standort Marl und die umliegende Region dringend zusätzliche Arbeitsplätze.“ Eine Ansiedlung wäre deshalb „außerordentlich zu begrüßen“.

Westdeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 5

Amprion: Strommasten bleiben stehen

Netzbetreiber kündigt für Trasse in Krefeld neues Gutachten an und erwartet grünes Licht von der Bezirksregierung. Anwalt der Stadt sieht gute Chancen für Erdverkabelung.

Von Rolf Eckers

Düsseldorf. Der Dortmunder Stromnetzbetreiber Amprion ist sicher, dass er seine umstrittenen Stahlgittermasten im Westen Krefelds bald in Betrieb nehmen kann. „Wir werden die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung in Kürze vorlegen“, so Firmensprecher Andreas Preuß auf Anfrage unserer Zeitung. „Auf dieser Basis erwarten wir dann grünes Licht von der Bezirksregierung in Düsseldorf.“

Philipp Heinz beurteilt die Lage völlig anders. „Die Politik setzt bei Stromtrassen inzwischen auf Erdverkabelung und nicht auf Freileitungen“, sagt der Berliner Anwalt. Er hat die Klage der Stadt Krefeld vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen das Amprion-Projekt vertreten. Mit Erfolg. Im Dezember 2013 entschied das Gericht, dass die Bezirksregierung Düsseldorf die Freileitung ohne die notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt habe.

Die strittige Leitung verläuft weitgehend auf Krefelder Gebiet und dient einem Lückenschluss im Höchstspannungsnetz. Im Westen der Stadt nähert sich die Trasse mit ihren 70 Meter hohen Masten den Wohnhäusern bis auf 30 Meter. Krefeld hatte deshalb verlangt, dass 2,3 der 7,4 Kilometer langen Leitung als Erdkabel verlegt werden, um die Menschen vor Elektrosmog zu schützen. Das hatte die Firma wegen der hohen Kosten abgelehnt.

„Wenn Amprion jetzt neue Fakten vorlegt, muss die Öffentlichkeit erneut an dem Verfahren beteiligt werden. Erst danach kann es einen Planfeststellungsbeschluss geben“, erläutert Philipp Heinz. „Das Verfahren dauert mindestens sechs Monate.“

17 von 21 Stahlgittermasten hat Amprion bereits errichtet. „Wir sind sicher, dass wir sie nicht wieder abreißen müssen“, sagt Firmensprecher Preuß. Auch das neue Erdkabel-Gesetz für Strom-Fernleitungen des Bundes komme nicht zum Zuge. „Die rechtliche Grundlage für die Trasse in Krefeld ist eine andere“, so Preuß. „Der Vorrang für Erdkabel gilt dort nicht.“

Ökostrom muss vom Norden in den Süden der Republik

Um den im Norden reichlich vorhandenen Windkraft-Strom in den Süden der Republik zu schaffen, plant Deutschland mehrere Gleichstrom-Autobahnen. Zwei führen durch NRW: Die Trasse Emden-Osterath soll ein Erdkabel bekommen, Osterath-Philippsburg wird dagegen eine Freileitung, weil es dort bereits Masten gibt. Laut Preuß sorgt die Krefelder Trasse für eine effizientere Verteilung des Ökostroms in der Region.

Zunächst hatte die Bundesregierung vor allem auf Freileitungen gesetzt. Doch der Widerstand in der Bevölkerung gegen die riesigen Stahlgitter-

masten nimmt stetig zu, vor allem in Bayern. Hinzu kommt die Angst vor Elektrosmog. Insbesondere CSU-Chef Horst Seehofer wetterte gegen die „Monster-Trassen“. Er setzte sich schließlich durch und es kam zum Erdkabel-Gesetz, das den Vorrang für Erdleitungen bei Stromautobahnen fest-schreibt.

Der Bau solcher Trassen dauert länger und ist im Vergleich zu Freileitungen bis zu fünf Mal teurer. Zahlen müssen das die Stromverbraucher. Die Netzentgelte machen schon jetzt ein Viertel des Strompreises. Dieser Anteil wird zunehmen, wenn große Teile der Strom-Autobahnen als Erdkabel verlegt werden. Schätzungen gehen davon aus, dass der Netzausbau bis 2025 Kosten von 40 Milliarden Euro verursachen wird.

NETZAUSBAU-FAKTEN

KONVERTER Um den Gleichstrom von den Fernleitungen in Wechselstrom für die Verbraucher umwandeln zu können, will Amprion in der Nähe der Umspannanlage Osterath einen großen Konverter bauen. Er soll im Norden von Kaarst entstehen. 2020/21 soll er in Betrieb gehen. Amprion will 250 bis 300 Millionen Euro investieren. Gebraucht wird eine zehn Hektar große Fläche. Die eigentliche Anlage befindet sich in einer Halle, die rund 20 Meter hoch und etwa 20000 Quadratmeter groß sein wird.

VERZÖGERUNG Durch die Entscheidung für Erdkabel verzögert sich

der Ausbau des Stromnetzes erheblich. So dürfte die 320 Kilometer lange Trasse von Emden nach Osterath nicht vor 2025 fertig werden. Die Politik hofft, durch den Vorrang für Erdkabel Klagen zu verhindern, die sonst ihrerseits zu einer Verzögerung des Netzausbaus führen könnten.

MEINUNG

Krefelder dürfen hoffen

Von Rolf Eckers

Das die riesigen Strommasten im Krefelder Westen stehen bleiben, ist keineswegs so sicher, wie Amprion behauptet. Die Politik hat sich entschieden, Erdkabeln den Vorrang zu geben. Dies gilt zum Beispiel für die Trasse Emden-Osterath, obwohl entlang der Strecke oft keine Menschen wohnen. Angesichts dieser Fakten dürfte es Gerichten schwer fallen, den Krefeldern Kabel zu verweigern, wenn erneut gegen das Projekt geklagt wird. Allerdings verlängert diese Entwicklung den Irrsinn der Energiewende: Es gibt Ökostrom im Überfluss, aber keine Leitungen, ihn zu verteilen.



rolf.eckers@wz-plus.de

**Kölnische
Rundschau vom
15.06.2016, S. 5**

Tariftreue: Land entschlackt Gesetz

Bürokratiekosten
sollen wegfallen

DÜSSELDORF. NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) hat das umstrittene Tariftreue- und Vergabegesetz nur vier Jahre nach Inkrafttreten einschneidend verändert. Er habe das bei Opposition und Wirtschaftsverbänden als „Bürokratiemonster“ verschriene Regelwerk für öffentliche Auftragsvergaben „sprachlich und strukturell entschlackt“, sagte Duin gestern nach der Kabinettsitzung in Düsseldorf. Die Reform soll bis Ende des Jahres vom Landtag verabschiedet werden.

Mit den geplanten Veränderungen entlaste man die NRW-Wirtschaft um 28,2 Millionen Euro und die öffentlichen Vergabestellen um eine Million Euro, rechnete Duin vor. Diese künftig wegfallenden Bürokratiekosten habe er wissenschaftlich erforschen lassen. „Es hat zuletzt weniger Handwerksbetriebe gegeben, die sich überhaupt noch um öffentliche Aufträge beworben haben“, räumte der SPD-Politiker ein. (tobi)

Westfälische Nachrichten vom 15.06.2016 , S. 4

Das Land entschlackt die Vergabe-Bürokratie

-hir- **DÜSSELDORF.** Für Unternehmen soll es künftig wieder einfacher werden, Geschäfte mit der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen zu machen. Das rot-grüne Kabinett hat dafür am Dienstag die Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes entschlackt. „Unser Ziel ist es, das Verfahren zu entbürokratisieren“, sagte Wirtschaftsminister Duin. Damit reagiert die Landesregierung auf den seit vier Jah-

ren anhaltenden Protest der Unternehmen.

Den Nachweis, dass Vorgaben wie Mindestlohn von 8,85 Euro je Stunde oder Frauenförderung eingehalten werden, sollen künftig nur Unternehmen erbringen, die die Ausschreibung gewinnen. Für Aufträge bis 5000 Euro gibt es keine Auflagen. Unternehmen, die sich regelmäßig um öffentliche Aufträge bewerben, können ein Siegel beantragen,

das weitere Prüfungen ersetzt. Möglich sei, dass die Industrie- und Handelskammern diese Zertifikate ausstellen.

Die Unternehmen könnten durch die Novelle rund 28,2 Millionen Euro einsparen, bezifferte Duin die von einem Gutachter errechneten Auswirkungen. Für die öffentliche Hand gehe es nur um eine Million Euro. Als Effekt des Gesetzes hätten sich weniger Anbieter um Auf-

träge beworben, räumte der Minister ein. Er stellte klar: „Wir wollen ein anständiger Arbeitgeber sein, dafür braucht es Regeln.“

CDU und FDP forderten, Duin müsse das Gesetz ganz abschaffen. „Am Ende bleibt ein Mehr an Bürokratie“, kritisierte der CDU-Wirtschaftsexperte Hendrik Wüst. So wertete es auch der Verband Unternehmer NRW, sah aber einen Schritt in die richtige Richtung.

Rheinische Post vom 15.06.2016 , S. B9

NRW korrigiert Tariftreuegesetz

Neues Verfahren soll Auftragnehmer des Landes deutlich entlasten.

DÜSSELDORF (tor) Die rot-grüne Landesregierung will ihr umstrittenes Tariftreuegesetz korrigieren. Wie NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin gestern ankündigte, sollen die meisten Bagatellgrenzen, ab denen das Gesetz überhaupt greift, von 500 auf 5000 Euro angehoben werden. Zudem werde das Bestbieterprinzip eingeführt: Nur Anbieter, die bei einer Ausschreibung des Landes auch tatsächlich den Auftrag erhalten, müssen künftig im Nachhinein nachweisen, dass sie die komplizierten neuen Vergaberechtnlinien einhalten können.

Mit dem Gesetz, dessen erste Fassung seit 2012 gilt, will die Landesregierung die Einhaltung diverser so-

zialer und ökologischer Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sicherstellen. So sollen die Aufträge nur an Unternehmen gehen, die einen Mindestlohn leicht oberhalb des allgemein gültigen Mindestlohns von 8,50 Euro zahlen. Ebenfalls müssen die Unternehmen nachweisen, dass sie und ihre Zulieferer strenge Umwelt- und Frauenförderungsquoten erfüllen. Die Vorgaben für den Mindestlohn und die Frauenförderung sollen nicht verändert werden. Sie liegen bei einem Auftragswert von 20.000 (Mindestlohn) und 50.000 (Frauenförderung) Euro.

Laut Duin entlasten die Neueregulungen, die voraussichtlich ab 2017

in Kraft treten, die Wirtschaft um 28,2 Millionen Euro. Auch die auftragvergebende Verwaltung werde durch verschiedene Vereinfachungen des Gesetzes entlastet. Im Gespräch sei auch, eine zentrale Prüfstelle einzurichten, die pauschale Qualifizierungs-Siegel an Unternehmen vergabe. Wer das Siegel hat, gilt dann für ein oder zwei Jahre als „vergabegesetz-konform“ und muss in dieser Zeit keine Nachweise für Ausschreibungen erbringen.

Die NRW-Wirtschaft begrüßt die Neueregulungen, hätte sich aber wesentlich höhere Bagatellgrenzen gewünscht. „Wir sehen das verhalten positiv“, sagte Matthias Mainz von der IHK NRW.

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 5

Rot-Grün muss Tariftreuegesetz überarbeiten

Wirtschaftsminister Duin räumt unnötige Bürokratiekosten von fast 30 Millionen Euro ein

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) hat das umstrittene Tariftreue- und Vergabegesetz der rot-grünen Landesregierung nur vier Jahre nach Inkrafttreten einschneidend verändern müssen. Er habe das bei Opposition und Wirtschaftsverbänden als „Bürokratiemonster“ verschrieene Regelwerk für öffentliche Auftragsvergaben „sprachlich und strukturell entschlackt“, sagte Duin gestern nach der Kabinettsitzung in Düsseldorf. Die Reform soll bis Ende des Jahres vom Landtag verabschiedet werden.

Mit den geplanten Veränderungen entlastete man die NRW-Wirtschaft

um 28,2 Millionen Euro und die öffentlichen Vergabestellen um eine Million Euro, rechnete Duin vor. Diese künftig wegfallenden Bürokratiekosten habe er wissenschaftlich erforschen lassen. „Es hat zuletzt weniger Handwerksbetriebe gegeben, die sich überhaupt noch um öffentliche Aufträge beworben haben“, räumte der SPD-Politiker ein.

CDU-Wirtschaftsexperte Hendrik Wüst spottete: „Minister Duin rühmt sich heute, Unternehmen genau an der Stelle zu entlasten, an der die Landesregierung zunächst bürokratische Aufwände erzeugt hat.“ Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände forderte weitere deutliche Nachbesserungen beim



Garrelt Duin.

FOTO: DPA

Anforderungskatalog.

Ursprünglich habe die Landesregierung 2012 einen Mindestlohn für öffentliche Auftragsvergaben einführen wollen und dabei ein Gesetz geschaffen, das „zum Schluss etwas unübersichtlich geworden ist“, erklärte Duin ungewohnt offen. Seit Jahren klagten Unternehmen und Kommunen darüber, dass bei Auf-

tragsvergaben in NRW Nachweise über soziale Fragen im Betrieb wie Frauenförderung und Antidiskriminierung oder Belege zu ethisch korrekten Baumaterialien vorgelegt werden sollten.

Künftig soll nur noch der Gewinner einer Ausschreibung die Nachweise des Gesetzes erbringen. Zudem wird die Schwelle einer Nachweispflicht beim Auftragsvolumen von 500 auf 5000 Euro heraufgesetzt. Unternehmen, die häufiger für Land und Kommunen arbeiten, sollen sich bei einer neuen Siegelstelle akkreditieren können. Außerdem soll eine Servicestelle Kommunen und Unternehmen künftig bei den Formularen helfen. NRZ

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 7

Fachkräftemangel ist die Zukunftssorge Nummer eins

Viele Firmen wollen ausbilden, finden aber nicht ausreichend Bewerber. Ein Studium wird in den meisten Fällen vorgezogen.

**VON ANDRÉ SCHAEFER
UND BASIL WEGENER**

Aachen/Berlin. Fachkräftemangel ist die Zukunftssorge Nummer eins bei Deutschlands Unternehmen – weit vor Ängsten um die Konjunktur oder vor einem möglichen Brexit. Das sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer bei der Präsentation einer neuen Umfrage am Dienstag in Berlin. Daher wiegen Probleme um so schwerer, die Fachkräfte von morgen zu gewinnen. Aus Sicht der Wirtschaft spitzt sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt immer weiter zu.

Wie stellt sich die Situation für die Azubis dar?

Laut der Wirtschaft so gut wie nie. Sie würden umworben, könnten vielfach auswählen, unterschrieben oft mehrere Verträge, um sich erst dann zu entscheiden – und verdienten oft mehr als Akademiker. Auch in der Aachener Region ist man dieser Meinung. Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen, sagt: „Mit einer Ausbildung plus betrieblicher Fortbildung lässt sich das gleiche Niveau erreichen wie mit einem Bachelor- oder Masterstudium. Berufliche Bildung ist eine echte Alternative zum Studium.“ Trotzdem liegt die Zahl der Studienanfänger seit 2013 bundesweit etwas höher als die der jungen Leute, die in eine duale Ausbildung starten, gerundet jeweils mehr als eine halbe Million.

Wie viele Unternehmen bilden aus?

Rund 190 000 aktive Ausbildungsbetriebe gab es im IHK-Bereich im vergangenen Jahr. Doch 31 Prozent konnten laut DIHK-Umfrage nicht alle Plätze besetzen. Im Westen waren es 28, im Osten 45 Prozent. Während der Anteil

der Betriebe mit Lücken im Gastgewerbe mit 61 Prozent fast stabil blieb, sank er etwa im Baugewerbe um sieben Punkte auf 30 Prozent. Die Baubranche selbst führt dies auf hohe Ausbildungsvergütungen zurück – und auf Imagekampagnen. 14 000 Unternehmen bekamen gar keine Bewerbungen.

Wie ist die Situation in der Aachener Region?

Laut Auskunft der IHK Aachen nicht allzu dramatisch. Die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse liegt auf einem ähnlich hohen Niveau wie in den vergangenen Jahren. 2015 war die Zahl in der Region sogar noch um 3,5 Prozent (von 4278 auf 4428 Verträge) gestiegen. Und dennoch haben auch die Unternehmen aus unserer Region mit rückläufigen Bewerberzahlen zu kämpfen.

Wie viele finden keinen Platz?

Mit 41 000 unbesetzten Lehrstellen bundesweit wurde laut Bundesagentur für Arbeit 2015 der höchste Stand seit 1996 verzeichnet. Die Zahl unversorgter Bewerber ging leicht auf 20 700 zurück.

Warum besetzen Firmen Zehntausende Plätze nicht?

Viele junge Leute wollen lieber studieren – und das bei sinkenden Schulabgängerzahlen. Vor zehn Jahren war ein Abschlussjahrgang noch um 120 000 Schüler größer.

54 Prozent der Unternehmen beklagen auch zu wenig Ausdrucksvermögen, rund 45 Prozent mangelnde Rechenfertigkeiten der Azubis. An Disziplin, Belastbarkeit und Leistungsvermögen mangelt

es laut Umfrage auch rund jedem Zweiten – auch wenn verstärkte Disziplinprobleme laut IHK Aachen in unserer Region nicht zu verzeichnen seien. Generell stellen viele Firmen bundesweit allerdings lernschwächere Jugendliche ein.

Können junge Flüchtlinge den Mangel ausgleichen?

Bisher nicht. Nur rund drei Prozent der Betriebe geben an, Flüchtlinge auszubilden. Der DIHK geht von rund 10 000 Flüchtlingen aus, die derzeit in Ausbildung sind.

Sind Flüchtlinge für die Wirtschaft in Zukunft als Azubis wichtig?

Der DIHK sagt: Zumindest in wachsendem Maß – wenn die Koalition den Plan rasch umsetzt, dass sie nach drei Jahren Ausbildung weitere zwei Jahre nicht abgeschoben werden. Die Erfahrung zeigt: Vor einer Ausbildung stehen in der Regel der Wechsel von der Erstunterkunft in andere Wohnungen, das Deutschlernen, weitere Qualifizierungen – im Schnitt 22 Monate sind Betroffene vor Ausbildungsstart in Deutschland.

Machen die Unternehmen alles richtig?

Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) bei weitem nicht. Die Probleme konzentrierten sich auf die Hotel- und Gastronomiebranche und das Lebensmittelhandwerk. Die jungen Menschen dort würden seit Jahren eine schlechte fachliche Ausbildung, einen rüden Umgangston und Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz beklagen, sagt DGB-Vize Elke Hannack. „Es ist kein Wunder, wenn die Jugendlichen einen großen Bogen um diese Betriebe machen.“

Bild vom 15.06.2016 , S. 1

Aussichten für Lehrlinge

Berlin - **Glänzende Aussichten für angehende Azubis!**

Jeder dritte Betrieb (31 %) kann offene Lehrstellen bislang nicht besetzen, ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). 14 000 Firmen haben über-

gut wie nie

haupt noch keine Bewerbung von Schulabgängern erhalten. Besonders groß sind die

Chancen in den Branchen Gastronomie, Verkehr (Transport/Logistik) und Handel.

„Die Lage war für die Unternehmen noch nie so dramatisch wie jetzt“, sagte DIHK-Chef Eric Schweitzer. Auch junge Flüchtlinge brächten keine Entlastung. **Sie seien im Schnitt erst 22 Monate nach ihrer Ankunft bereit für eine Ausbildung.**

Neue Westfälische vom 15.06.2016, S. 1

Zahl der Azubis in OWL auf historischem Tiefstand

Mangel: In NRW gab noch nie so wenig Lehrlinge wie 2015. Mit weniger Schulabgängern und wachsendem Interesse am Studium hat vor allem das Handwerk Probleme

Von Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Bielefeld.** Die Zahl der Auszubildenden in NRW hat 2015 einen historischen Tiefstand erreicht. Zum Jahresende sind nach Angaben des statistischen Landesamts 303.681 Jugendliche in einer dualen Ausbildung gewesen und damit zwei Prozent weniger als 2014 und sogar elf Prozent weniger als 2000. Unternehmen klagen zunehmend über einen Bewerbermangel. Auch in OWL ist die Zahl der Lehrlinge so niedrig wie nie zuvor. Mit einem Rückgang von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ist der Ausbildungsmarkt in der Region jedoch nicht so angespannt wie im Rest des Landes.

Vor allem die Ausbildungsbereiche Hauswirtschaft (+6,9 Prozent) und Handwerk (+3,3 Prozent) verzeichnen ebenso wie Industrie und Handel (+2,2 Prozent) neue Tiefstände. Lediglich im öffentlichen Dienst

gibt es mit einem Plus von 5,5 Prozent mehr Auszubildende.

Während die Gesamtzahl der Auszubildenden 2015 in NRW gesunken ist, ist die Zahl neuabgeschlossener Ausbildungsverträge gestiegen. Mit einem Zuwachs von 1,8 Prozent liegt OWL über dem durchschnittlichen Wachstum von 0,5 Prozent in NRW. Das gilt insbesondere für Berufe in Industrie und Handel. Zwischen 2005 und 2015 hat die Industrie und Handelskammer (IHK) Ostwestfalen ein

Plus von 19 Prozent registriert, allerdings mit regionalen Unterschieden. „Im Kreis Gütersloh gab es ein Plus von 47 Prozent, in Bielefeld lag der Zuwachs nur bei 5,6 Prozent“, erklärt IHK-Geschäftsführer Swen Binner.

Im regionalen Vergleich ist 2015 die Zahl der Auszubildenden in Bielefeld mit 2,1 Prozent und die Zahl neuabgeschlossener Ausbildungsverträge mit 2,2 Prozent am deutlichsten zurückgegangen. „Weil die Zahl der Schulab-

gänger ebenso wie die Zahl der Schüler, die sich für eine Ausbildung interessieren, sinken, ist der Rückgang so deutlich“, erklärt der Sprecher der Agentur für Arbeit Bielefeld, Matthias Matysiak. „Die Kammern steuern mit Kampagnen dagegen.“ Nach Angaben der Handwerkskammer OWL bereits mit ersten Erfolgen. „Die Zahl der Abiturienten, die sich für eine Ausbildung entschieden, ist 2015 auf 14 Prozent gestiegen“, sagt Sprecherin Ulrike Wittenbrink.

Flüchtlinge spielen im Ausbildungsmarkt bislang kaum eine Rolle. „Asylbewerber, die seit 2015 im Land sind, mangelt es in der Regel noch an Deutschkenntnissen, weil flächendeckend konsequente Sprachkurse fehlen“, moniert der Geschäftsführer der IHK Lippe, Michael Wennemann. Zudem herrschen finanzielle Nöte und Unkenntnis über das ungewöhnliche duale Ausbildungssystem. ➤ *Kommentar*

Einstiegs Hilfen für Flüchtlinge



Azubi: Migranten finden nur schwer Lehrstellen. FOTO: DPA

■ Die IHK Ostwestfalen plant, die öffentlich finanzierten Einstiegsqualifizierungspraktika mit 100.000 Euro auszuweiten, um Flüchtlinge mit Sprach- und interkulturellen Kursen fit für das duale Ausbildungssystem zu machen.

Mehr Berufsorientierung in Schulen

Carolin Nieder-Entgelmeier

International gilt das duale Ausbildungssystem als Erfolgsgarant der deutschen Wirtschaft und als Grundstein für ein erfolgreiches Berufsleben. Die Karrierechancen sind in vielen Ausbildungsberufen ebenso gut wie die Verdienstmöglichkeiten und übersteigen viele akademische Berufe. Trotzdem sinkt das Interesse an Ausbildungen. Stattdessen zielen die immer weniger werdenden Schüler auf immer höhere Schulabschlüsse ab, um studieren zu können.

Dieser Trend zur Akademisierung lässt sich jedoch nicht mit Image- und Aufklärungskampagnen umkehren, solange in den allgemeinbildenden Schulen die Berufsorientierung eine untergeordnete Rolle spielt. Nur durch ein kontinuierliches und differenzier-

tes Aufzeigen verschiedener Berufsmöglichkeiten in allen Schulformen kann verhindert werden, dass das Abitur und ein anschließendes Studium trotz individuell unterschiedlicher Begabungen als einziger Weg zum Erfolg gelten. Kurze Praktika während der Schulzeit reichen dafür nicht aus.

Ebenso wichtig sind Zusatzqualifikationen für Migranten und Jugendliche mit schwächeren Schulabschlüssen, weil sie sich bei der Stellensuche besonders schwer tun. Wenn Jugendliche nicht ausbildungsreif sind, helfen auch Warteschleifen in Berufskollegs nicht weiter, wenn dort nur begrenzt an individuellen Defiziten gearbeitet werden kann.

*carolin.nieder-entgelmeier@
ihr-kommentar.de*

Titelseite

**Rheinische Post
vom 15.06.2016,
S. B11**

Mehr neue Jobs für Frauen als für Männer

BERLIN (mar) Frauen haben in den vergangenen zehn Jahren in fast allen deutschen Städten stärker vom Beschäftigungsaufbau profitiert als Männer. Das geht aus einer unveröffentlichten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Demnach nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen in 18 der 21 größten deutschen Städte zwischen 2005 und 2015 stärker zu als die der Männer. Die Erklärung des Instituts: „Frauen arbeiten traditionell eher in Dienstleistungsberufen – und die stellen selbst in der Industrienation Deutschland den Großteil der Arbeitsplätze“, schreibt der Studienautor Holger Schäfer. In Berlin, Köln und Hamburg sei die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Frauen zwischen 2005 und 2015 am stärksten gestiegen, heißt es in der Studie. Mit jeweils fast 30 Prozent sei das Plus dort fast doppelt so groß wie in Duisburg, dem Schlusslicht der 21 größten deutschen Städte. Nur in Berlin, Leipzig und Dresden schnitten die Männer besser ab. Leipzig habe mit 38 Prozent plus die Nase vorn. Der dortige hohe Beschäftigungszuwachs für Männer habe mit der Ansiedlung großer Firmen wie DHL, BMW und Porsche zu tun, in denen typischerweise mehr Männer arbeiten als Frauen.

Bild vom 15.06.2016 , S. 1

Gericht schränkt Kindergeld für EU-Ausländer ein

Luxemburg – EU-Staaten müssen EU-Ausländern ohne Aufenthaltsrecht kein Kindergeld zahlen. Das entschied der Europäische Ge-

richtshof (EuGH) und wies damit eine Klage der EU-Kommission gegen Großbritannien ab, die das Land auf Zahlung verpflichten woll-

te. In Deutschland benötigen EU-Ausländer keine Aufenthaltserlaubnis, um Kindergeld zu beziehen. (Rechtsache C-308/14)

Berliner Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Lauterbach will Demenz-Studien vereinfachen

SPD-Fraktionsvize legt
Kompromissvorschlag vor

VON TIMOT SZENT-IVANYI

Die Argumente sind ausgetauscht, die Fronten verhärtet. Doch nun kommt Bewegung in den Streit über die Pläne der Bundesregierung, die Möglichkeiten für Arzneimitteltests an Demenzkranken auszuweiten. SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach legte am Dienstag einen Kompromissvorschlag vor, der Chancen hat, weil darin verschiedene Bedenken von Kritikern aufgegriffen werden. Konkret schlägt der Gesundheitspolitiker vor, dass die Erlaubnis für die Medikamententests anders als bisher geplant nicht in der Patientenverfügung erteilt wird. Vielmehr soll die Erlaubnis in einem gesonderten Dokument, beispielsweise in der Versorgungsvollmacht oder der Betreuungsverfügung dokumentiert werden. Die Einwilligung soll nur wirksam sein, wenn ein Arzt über Nutzen, Folgen und Risiken von klinischen Studien aufgeklärt hat.

Tests im fortgeschrittenen Alter

Die Regierung plant, dass Arzneimitteltests an Dementen auch dann möglich sein sollen, wenn sie selbst davon nicht profitieren. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die Krankheit sehr weit vorangeschrit-

ten ist. Experten sprechen von einer gruppennützigen Forschung an nicht-einwilligungsfähigen Patienten, die bisher strikt verboten ist. Mit dem Gesetzentwurf werden Vorgaben der EU umgesetzt. Allerdings haben die nationalen Regierungen die Möglichkeit, von den Vorgaben abzuweichen. Bisher war als Voraussetzung geplant, dass Interessierte vor Ausbruch der Krankheit ihre Einwilligung in der Patientenverfügung vermerken müssen.

Sowohl in der SPD als auch in der Unionsfraktion gibt es dagegen aber Widerstände. Befürchtet wird eine Überfrachtung der Patientenverfügung und damit im Zweifel eine Entwertung. Auch Lauterbach sagte, es bestehe die Gefahr, dass die Verfügung an Akzeptanz verliere. Das müsse verhindert werden. In der Patientenverfügung geht es üblicherweise um Fragen der Weiterbehandlung in Grenzsituationen.

Lauterbach will erreichen, dass sein Vorschlag als gemeinsamer Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen in den Bundestag eingebracht wird. Er schlägt vor, für die Beratung dieses Antrags den Fraktionszwang aufzuheben, wie es bei einer Abstimmung über ethische Fragen im Parlament üblich ist.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016 , S. 17

Soziale Absicherung nur für Aufenthaltsberechtigte

Europäischer Gerichtshof erlaubt Briten, Kindergeld und Steuergutschrift für EU-Ausländer zu begrenzen

hw. BERLIN, 14. Juni. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union können ein Aufenthaltsrecht zur Bedingung für soziale Leistungen wie Kindergeld und Steuergutschrift machen. Eine solche Praxis gegenüber erwerbslosen EU-Ausländern wie in Großbritannien üblich hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg jetzt gebilligt. Eine entsprechende Klage der EU-Kommission, die darin eine Vertragsverletzung sah, wiesen die Richter zurück.

Die Behörde hatte zahlreiche Beschwerden von EU-Ausländern erhalten, die sich in Großbritannien aufhielten, dort aber nicht in den Genuss bestimmter sozialer Vergünstigungen kamen. Die britischen Behörden beriefen sich dabei auf innerstaatliches Recht: Kindergeld und steuerliche Vergünstigungen für Kinder gibt es nur, sofern sich der Antragsteller rechtmäßig im Inland aufhält. Die Kommission hielt diese Restriktion für einen Verstoß gegen EU-Recht, konkret die „Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit“.

Die Verordnung setzt die Grundfreiheiten der EU um, darunter die Freizügigkeit und den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Es ist nicht gestattet, zur unterschiedlichen Behandlung von EU-Bürgern an deren Staatsangehörigkeit anzuknüpfen. Das macht das britische Recht auch nicht – allerdings muss jeder, der Kindergeld oder steuerliche Vergünstigungen für Kinder beziehen will, vorher prüfen lassen, ob ein Aufenthaltsrecht besteht. Die Richter billigten das. Die Verordnung installiere kein gemeinsames System der sozialen Sicherheit in der EU, argumentierten sie. Vielmehr soll das Regelwerk verhindern, dass die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten doppelt greifen oder aber migrierende Unionsbürger schutzlos dastehen. Ob

und unter welchen Voraussetzungen der Anspruch besteht, sei aber Sache des Mitgliedstaates. Die Richter gestanden der Kommission zu, dass die Prüfung der EU-Ausländer eine Ungleichbehandlung darstelle. Diese sei jedoch gerechtfertigt. Jeder Mitgliedstaat, der Ausländer aufnehme, dürfe seine Finanzen schützen. Dazu könne ein Staat das Aufenthaltsrecht eines Einwanderers aus dem EU-Ausland prüfen – allerdings nur, sofern am Bestehen des Aufenthaltsrechts Zweifel bestehen, schränkten die Richter ein. Denn nur dann sei die Regelung „erforderlich“ (Az.: C-308/14).

Der Zuzug von EU-Ausländern in inländische Sozialsysteme spielt auch bei der Debatte um einen möglichen „Brexit“ eine Rolle. Vor allem die Zahl der Einwanderer aus Osteuropa hatte sich dort innerhalb des letzten Jahrzehnts vervielfacht. Auf einem EU-Gipfel im Februar beschlos-

sen die Mitgliedstaaten daher, mehr Freiräume bei der Begrenzung von Kindergeld für EU-Ausländer zu schaffen. Dabei geht es um Kinder, die sich in ihrem Heimatland aufhalten, aber über die Eltern Leistungen aus dem EU-Ausland beziehen. In diesem Fall kann künftig das Kindergeld an niedrigere Lebenshaltungskosten im Heimatland angepasst werden. Die Bundesregierung hatte im Nachgang eine entsprechende Senkung des Kindergelds in Erwägung gezogen.

Kürzlich hatte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Zugang von EU-Ausländern zu Sozialleistungen eingeschränkt. Dabei ging es um Ansprüche von Erwerbslosen. Sie argumentierte, dass sich EU-Bürger nicht einfach das Land mit den besten Sozialleistungen aussuchen können sollten. Der Bezug von Kindergeld ist hierzulande bislang nicht an eine Aufenthaltserlaubnis geknüpft.

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016 , S. 11

Kassen könnten Milliarden sparen

BIOMEDIKAMENTE Nachahmerprodukte kosten laut Barmer-Report meist ein Viertel weniger

VON TIMOT SZENT-IVANYI

Berlin. Die gesetzliche Krankenversicherung könnte Milliarden sparen, wenn auch bei Biomedikamenten konsequent Nachahmerprodukte eingesetzt würden. Zu diesem Ergebnis kommt der neueste Arzneimittelreport der Krankenkasse Barmer GEK. Kassen-Chef Christoph Straub bezifferte das Einsparpotenzial in den kommenden fünf Jahren auf mehr als vier Milliarden Euro. Da biotechnologisch hergestellte Arzneimittel eine immer größere Rolle spielen, müsse dieser „Schatz“ gehoben werden, forderte er.

Bei Arzneimitteln sind zwei unterschiedliche Gruppen zu unterscheiden: Herkömmliche Medikamente, die durch chemische Prozesse gewonnen werden und Biopharmazeutika, die durch Zellen

beziehungsweise Organismen produziert werden. Neben entzündlichen rheumatischen Erkrankungen sind chronische Darmerkrankungen ein wichtiges Einsatzgebiet derartiger Arzneimittel. Die Ausgaben für die häufig sehr teuren Biomedikamente stieg zwischen 2010 und 2015 bei der Barmer GEK um 41 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro. Sie verursachen mittlerweile etwa ein Fünftel der gesamten Arzneimittelausgaben der Kassen.

Bei beiden Klassen von Medikamenten gibt es nach dem Patentablauf des Originalpräparates deutlich preiswertere Nachahmerprodukte: Bei herkömmlichen Medikamenten werden sie als Generika bezeichnet, sie enthalten exakt den chemischen Wirkstoff, der auch im Originalpräparat enthalten ist. Bei

den biotechnologisch hergestellten Arzneimitteln nennt man die Nachahmerprodukte Biosimilars. Sie sind allerdings dem Originalprodukt immer nur „ähnlich“, weil bei biologischen Prozessen stets minimale Unterschiede entstehen. Sie gelten allerdings als genauso wirksam und sicher wie die originalen Präparate. Für die Patienten ist also ein Austausch unkritisch. Die Kassen sparen aber viel Geld, denn Biosimilars kosten laut Barmer-Report in der Regel etwa ein Viertel weniger als die Originale.

Das Sparpotenzial ist allerdings nicht so einfach zu heben. Während es bei herkömmlichen Mitteln Standard ist, dass die Patienten bei Verfügbarkeit die entsprechenden Generika bekommen, gibt es derartige Regeln wegen der beschriebenen Unterschiede bei

den Biopharmazeutika nicht. Es obliegt allein dem Arzt, welches Präparat er verschreibt. Barmer-Chef Straub sagte, er wolle an diesem Prinzip keinesfalls rütteln. „Die Aufgabe des behandelnden Arztes ist aber nicht nur, medizinisch richtig, sondern auch wirtschaftlich klug zu verordnen“, so der Vorstand. Straub beklagte, dass es offenbar noch immer Informationsdefizite und Akzeptanzprobleme bei den Ärzten gebe.

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016 , S. 24

Westspiel kauft Kasino-Fläche

BAUPLÄNE Grundstück kostet rund fünf Millionen Euro – Architektenwettbewerb geplant

VON ANDREAS DAMM

Der öffentliche Parkplatz am Deutzer Bahnhof muss dem Kasino weichen, das die Westdeutsche Spielbanken GmbH errichten wird. Das Unternehmen, eine Tochtergesellschaft der NRW-Bank, will das 2300 Quadratmeter große Grundstück für rund fünf Millionen Euro von der Stadt kaufen. Sofern der Rat in seiner Sitzung am 28. Juni zustimmt, steht dem Vertragsabschluss nichts mehr im Wege. Ein Architektenwettbewerb soll ein möglichst ansehnliches Gebäude gewährleisten.

Eine Baumgruppe, die sich neben dem Parkplatz befindet, wird den Baubeginn allerdings nicht überleben. Die Westspiel plant ei-

nen sechsgeschossigen, bis zu 27 Meter hohen Komplex. Zum Vergleich: Die Bahnhofskuppel ist etwa 20 Meter hoch. Im Erdgeschoss sind außer Stellplätzen ein größeres Restaurant und ein weiterer gastronomischer Betrieb vorgesehen, die nicht zur Spielbank gehören. Die Ebenen eins bis vier dienen überwiegend als Parkhaus. In den beiden oberen Etagen wird der Spielbetrieb mit Automaten und Roulette-Tisch seinen Platz finden. Die Betreibergesellschaft rechnet mit Baukosten in Höhe von gut 23 Millionen Euro.

„Das Gebäude soll als östlicher Abschluss des Ottoplatzes ein architektonisches Alleinstellungsmerkmal bilden“, heißt es in der

Auslobung des Planungswettbewerbs. Das Flachdach soll als „fünfte Fassade“ ebenso anspruchsvoll gestaltet werden wie die vier Außenwände. Dass sich hinter der Fassade insgesamt 171 Parkplätze befinden, soll dem Betrachter verborgen bleiben. „Wir hoffen, den Architektenwettbewerb zum Jahreswechsel abschließen zu können“, sagte ein Sprecher der Westspiel am Dienstag. 2017 werde die Planung erfolgen, bevor dann 2018 die Baukolonnen anrücken. Spätestens 2021 werde die Spielbank eröffnet. Die Betreiber erwarten rund 300 000 Besucher jährlich. Das entspricht der Zahl des Duisburger Kasinos.

Im Rathaus geht man davon aus,

dass die Abgabe aus den Spielbanklösen jährlich mehrere Millionen Euro in die Stadtkasse spülen wird. Der Verlust der Einnahmen durch die Parkgebühren am Deutzer Bahnhof werde mehr als ausgeglichen, teilt Wirtschaftsdezernentin Ute Berg den Fraktionen mit.

Das Herrichten des Grundstücks dürfte teuer werden. Leitungen und Kanäle müssen verlegt werden, Archäologen könnten auf Bodendenkmäler stoßen. Wegen der darunter fahrenden U-Bahn braucht das Gebäude zudem ein spezielles Fundament. Die erhöhten Kosten will die Verwaltung der Westspiel später erstatten, zumindest bis zu einem Betrag von 3,8 Millionen Euro.

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 7

Westlotto bangt um Nachwuchs-Tipper

Konkurrenz durchs Internet wächst. Konzern will für jüngere attraktiver machen

Von Frank Meßing

Münster. Lotto ist das beliebteste Spiel der Deutschen. In Nordrhein-Westfalen kreuzten im vergangenen Jahr täglich 2,5 Millionen Menschen „6 aus 49“-Zahlen an. Doch Lottospielen ist wegen der Konkurrenz durch illegale Anbieter, Spielhallen und Online-Plattformen längst kein Selbstläufer mehr. „Wir müssen unser Unternehmen neu justieren und stärker auf die gewandelten Anforderungen und Wünsche unserer Kunden eingehen“, sagt Andreas Kötter, der neue Sprecher der Westlotto-Geschäftsführung.

Nur wenige Kunden tippen online

Der durchschnittliche Lottospieler an Rhein und Ruhr ist 55 bis 56 Jahre alt und gibt seinen Spielschein Woche für Woche in einer der landesweit rund 3500 Annahmestellen ab. Dabei investiert er pro Jahr im Schnitt 111 Euro. Das heißt im Umkehrschluss, dass bei der staatlichen Westlotto nur zu rund fünf Prozent über das Internet getippt wird. „Lotto ist ein hoch ritualisiertes Spiel. Zahlen werden zum Teil über Generationen vererbt“, sagt Geschäftsführerin Christiane Jansen. Sie weist aber zugleich auf das Dilemma hin: Der Lottogesellschaft könnte demnächst der Nachwuchs in der Kundschaft abhanden kommen.

„Jüngere Lottospieler wollen mehr Entertainment und den Schein eher spielerisch ausfüllen“, meint Westlotto-Chef Kötter. Mit der Entwicklung einer App, der Einführung des Eurojackpots und neuen Formen von Rubbellosen



Der durchschnittliche Lottospieler tippt klassisch per Spielschein. Nur rund fünf Prozent der Tipps werden online abgegeben. FOTO: IMAGO

versuchen die staatlichen Lotterien, das Spielen attraktiver zu machen.

Doch zuletzt stagnierte der Umsatz – bei Westlotto im vergangenen Jahr für „6 aus 49“ bei 925 Millionen Euro. Insgesamt setzte die in Münster ansässige Gruppe mit rund 350 Mitarbeitern 1,68 Milliarden Euro um. Das entspricht einem Plus von 2,1 Prozent. Auf dem hart umkämpften Online-Markt konnte Westlotto seinen Umsatz um rund 20 Prozent auf 87,8 Millionen Euro steigern. Im vergangenen Jahr haben sich



Andreas Kötter. FOTO: GRABEN

63 000 Kunden neu auf dem Internetportal registriert.

Die Geschäftsführung beobachtet aber mit Sorge, dass die Spielhallen zeitgleich ihren Umsatz verdoppeln. Hinzu komme ein weiteres Phänomen: „Jeder zweite Euro aus ‚6 aus 49‘ im Internet fließt inzwischen in die Illegalität“, sagt Kötter.

Im Gegensatz zu staatlichen Anbietern zahlten die schwarzen Schafe Gewinne nicht unbedingt aus und entrichten in Deutschland keine Steuern.

Westlotto schüttete 2015 knapp 800 Millionen Euro an Gewinner in NRW aus. 654 Millionen Euro

überwies das Unternehmen, das zu 100 Prozent der NRW.Bank gehört, an gemeinnützige Einrichtungen und an den Landeshaushalt.

Der neue Chef Andreas Kötter will Westlotto nun an die neuen Begebenheiten im Markt anpassen, verstärkt Gelegenheitsspieler ansprechen und jüngere Kunden gewinnen. „Wir wissen aus der Marktforschung, dass oftmals Leute um die 30 in gesetzteren Strukturen mit dem Lottospielen beginnen, weil sie den Traum von Veränderung haben. Sie wollen wir als Stammspieler gewinnen“, sagt der Westlotto-Chef und kündigt auch einen innerbetrieblichen „Kulturwandel“ an. NRZ

**Aachener
Zeitung vom
15.06.2016, S. 10**

**Land gewährt nach
Unwettern Soforthilfe**

Düsseldorf. Nach den Unwettern der vergangenen Wochen können Privathaushalte aus besonders betroffenen Regionen in NRW eine finanzielle Soforthilfe beim Land beantragen. Je nach Haushaltsgröße könnten zwischen 1000 und 2500 Euro gezahlt werden, teilte Innenminister Ralf Jäger (SPD) gestern mit. Die Hilfe werde derzeit Betroffenen in den Kreisen Borken, Kleve, Rhein-Sieg und Wessel sowie der Stadt Bonn gewährt. Voraussetzung sei, dass Schäden in Höhe von mindestens 5000 Euro entstanden seien, die nicht versichert werden konnten. (dpa)

Express vom 15.06.2016 , S. 1

Bis zu 2500 Euro Hilfe für Unwetter-Opfer

Düsseldorf - Privathaushalte, die in NRW vom Unwetter außergewöhnlich stark betroffen waren, erhalten vom Land je nach Haushaltsgröße bis zu 2500 Euro Soforthilfe. Das hat die Landesregierung in ihrer

heutigen Kabinettsitzung beschlossen. „Wir helfen den Menschen schnell und unbürokratisch“, sagte Innenminister Ralf Jäger (55). „Mancherorts hat die Natur regelrecht gewütet. Dadurch ist großer

Schaden entstanden. Nur ein Teil davon ist überhaupt mit Geld zu beheben.“

Voraussetzung ist, dass Schäden von mindestens 5000 Euro entstanden sind, die nicht versichert werden konnten.

Landwirtschaftliche und kleine Gewerbebetriebe erhalten Hilfen für Schäden von mindestens 10 000 Euro. Anträge können bis 15. Juli 2016 bei der Verwaltung der betroffenen Kreise gestellt werden.

Rheinische Post vom 15.06.2016 , S. 1

Land zahlt auch Privaten Fluthilfe

Bis zu 2500 Euro gibt es für Haushalte, die sich nicht versichern konnten.

DÜSSELDORF (tor) Die Landesregierung will privaten Hochwasser-Opfern finanziell helfen. Nach den Unwettern der vergangenen Wochen können Privathaushalte aus besonders betroffenen Regionen eine Soforthilfe beantragen. Je nach Haushaltsgröße könnten zwischen 1000 und 2500 Euro gezahlt werden, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) nach einer Sitzung des Kabinetts.

Die Hilfe werde derzeit Betroffenen in den Kreisen Borken, Kleve, Rhein-Sieg und Wesel sowie der Stadt Bonn gewährt. Voraussetzung sei, dass Schäden in Höhe von mindestens 5000 Euro entstanden seien, die nicht versichert werden konnten. Auch kleine Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe sollen So-

forthilfen erhalten – aber erst ab einer Schadenshöhe von 10.000 Euro. Für Rückfragen können Betroffene sich unter der Rufnummer 0211 871-2300 an das Landesinnenministerium wenden.

Bei einem Besuch in der Gemeinde Sonsbeck im Kreis Wesel hatte Kraft vor rund einer Woche gesagt, die Landesregierung werde Finanzhilfen für die Hochwasser-Opfer prüfen, „um zu sehen, was das Land tun kann“. Sie sagte aber auch: „Wir können als Land keine privaten Schäden abdecken, denn man kann nicht jeden mit Steuermitteln begünstigen, der keine Versicherung abgeschlossen hat.“ Für die CDU im Landtag sind die Hilfen der Landesregierung deshalb jetzt das Ergebnis einer Kehrtwende: „Erst sagt Frau

Kraft, man könne nichts machen, nun also doch: Dieses Hin und Her hätte es nicht gegeben, wenn Rot-Grün vor zwei Jahren unseren Antrag zur Einrichtung eines Unwetterfonds unterstützt hätte“, sagte der kommunalpolitische Sprecher André Kuper.

Zumindest in diesem Punkt scheinen Landesregierung und Opposition sich inzwischen einig zu sein. Nach Jägers Worten bereitet das Kabinett derzeit die Einrichtung eines Härtefonds vor, um künftig umgehend Soforthilfen leisten zu können. Jäger fügte hinzu: „Aufgrund des Klimawandels steigt die Wahrscheinlichkeit für solche Naturkatastrophen. Es braucht dafür ein verlässliches, unbürokratisches und transparentes Verfahren.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 1

Wichtiger Marktzins sinkt unter null Prozent

maf. FRANKFURT, 14. Juni. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen ist am Dienstag erstmals unter null Prozent gesunken. Dies stellt eine Zäsur dar, weil dieser Marktzins ein wichtiger Referenzwert für Finanzprodukte in Deutschland und im Euroraum ist. Der Rückgang ist auf die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückzuführen. Zuletzt führten aber auch die Unsicherheiten um den Verbleib Großbritanniens in der EU zu Kursrückgängen am Aktienmarkt. Stattdessen waren sichere Bundeswertpapiere gefragt. Die Kursgewinne drückten die Rendite nun in den negativen Bereich. Inzwischen weisen 85 Prozent aller Bundesanleihen eine negative Rendite auf. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)

Der politische Zins

Von Holger Steltzner

Der Markt ist für viele der liebste Feind. Am Kapitalmarkt arbeiten sich Kapitalismuskritiker, Globalisierungsgegner oder Antiamerikaner genauso ab wie die Planwirtschaftler in der EU. Was machen die Gegner des Marktes eigentlich, wenn auch sie bemerken, dass der Kapitalmarkt gar kein Markt mehr ist? Vielleicht denken sie anlässlich des Epochenwechsels am Anleihemarkt einmal darüber nach, was Markt und was Politik ist.

Erstmals in der Geschichte ist die Rendite für Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren negativ. Das klingt technisch, ist aber dramatisch. Für den Finanzminister ist das eine schöne Sache. Weil der Bund für Kredite bis zehn Jahre keine Zinsen mehr zahlen muss, kann sich Schäuble für die schwarze Null feiern lassen. Für Sparer sind negative Zinsen eine Kata-

strophe, weil sie dafür bestraft werden, dass sie ihr Geld dem deutschen Staat leihen – in zehn Jahren bekommen sie weniger zurück. Das tut doch kein vernünftiger Mensch, möchte man meinen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Mehr als die Hälfte aller Staatsanleihen im Euroraum hat negative Renditen; weltweit gibt es solche Anleihen im Volumen von rund elf Billionen Dollar. Da in einer Welt ohne Zins kaum noch ein Plan für die Altersvorsorge aufgeht, steigt die Wut der Sparer. Denn früher oder später wird jeder dafür zahlen, über die Lebensversicherung, den Sparvertrag, die Pensionskasse, den Hauskauf oder die Miete, weil in so gut wie jeder Finanztransaktion der Zins steckt.

Jetzt will die Politik Notenbanken zum alleinigen Sündenbock machen. Dabei schreibt die Finanzpolitik Versicherungen oder Pensionskassen vor, den größten Teil des Geldes in Anleihen zu investieren. Die Finanzpolitik ermunterte die Zentralbanken auch zum Kauf von Staatsanleihen. Heute tut sie so, als habe sie mit den geldpolitischen Interventionen am Kapitalmarkt nichts zu tun. Dabei wurden die Notenbanken unter dem Applaus der Finanzpolitik zu den mit Abstand größten Gläubigern am Kapitalmarkt. So wurde ein Markt nach dem anderen zerstört; aus dem Marktzins wurde durch Eingriffe der Zentralbanken ein politischer Zins. Politiker mögen auf Vergesslichkeit hoffen. Doch es könnte auch sein, dass die Wähler auf die größte Umverteilung der Geschichte – vom Gläubiger zum Staatsschuldner – erst später reagieren, nämlich dann, wenn sie die Folgen dieser Politik im Portemonnaie sehen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 17

Zehnjährige Bundesanleihen unter null

Der wichtigste Marktzins für den Euro und Deutschland fällt in den negativen Bereich. Für den Kapitalmarkt ist das eine Zäsur.

mafr. FRANKFURT, 14. Juni. Die Rendite der deutschen Bundesanleihen mit zehn Jahren Laufzeit ist am Dienstag erstmals unter die Marke von null Prozent gerutscht. Mit einer Rendite von minus 0,033 Prozent erreichte sie ihr historisches Tief. Dieser Marktzins hat Signalwirkung, weil die zehnjährige Bundesanleihe als Zinsreferenz für den Euro und damit für die zweitwichtigste Reservewährung der Welt gilt. Daran orientieren sich viele Finanzprodukte wie zum Beispiel Kredite. Der Renditeverfall geht einher mit steigenden Anleihekursen, für die das Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgt.

„Das Minuszeichen vor dem Zins verdeutlicht nicht nur symbolisch, inwieweit die Welt Kopf steht“, sagt Stefan Kreuzkamp, oberster Anlagestratege in der Vermögensverwaltung der Deutschen Bank. Das Wegschmelzen dieser Referenzgröße

verzerre sämtliche Anlageklassen. Vor allem Banken und Versicherern bereitet der Zinsrückgang immer mehr Schwierigkeiten, noch ausreichende Zinsen zu verdienen. Denn die EZB kauft seit vergangener Woche auch Unternehmensanleihen. Pfandbriefe der Banken und die Anleihen von staatsnahen Förderbanken erwirbt sie schon seit längerem. Auch hier gibt es inzwischen negative Zinsen. Banken und Versicherer befinden sich in einem Anlagenotstand. Insgesamt gibt es in der Welt mittlerweile Anleihen über 9 Billionen

Euro, die eine negative Rendite haben.

Von den Staatsanleihen im Euroraum über knapp 6 Billionen Euro wiesen am Dienstag Titel über 3,1 Billionen Euro eine negative Rendite auf, wie Alexander Aldinger, Analyst der Bayern LB, berichtete. Nach Angaben der Finanzagentur, die für den Bund die Schulden verwaltet, haben nun gut 85 Prozent aller Bundesanleihen eine negative Rendite. Es gibt am Markt nur noch zehn Bundesanleihen mit einer positiven Rendite. Diese werden in den Jahren 2028 bis 2046 fällig, wie ein Sprecher der Finanzagentur mitteilte.

Für den Chefvolkswirt des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Klaus Wiener, markiert der Rückgang der zehnjährigen Rendite unter die Nulllinie „ein neues trauriges Kapitel in einem von der Geldpolitik verzerrten europäischen Anleihemarkt“. Seiner Ansicht nach stellen die stark gefallen Renditen ein großes Stabilitätsrisiko dar. Denn mit der früher oder später zu erwartenden Normalisierung des Zinsniveaus drohten erhebliche Belastungen. Bei einem plötzlichen Zinsanstieg würden die Kurse der Anleihen deutlich fallen, was bei den Investoren für hohen Abschreibungsbedarf sorgen würde.

„Zur jetzigen Bewegung massiv beigetragen haben die sich verstärkenden Unsicherheiten um einen möglichen Brexit“, sagt der Chefvolkswirt der Dekabank, Ulrich Kater. Der mögliche EU-Austritt Großbritanniens, über den die britischen Wähler am 23. Juni entscheiden werden, hat am Dienstag am Aktienmarkt abermals zu Kursverlusten geführt. Bis kurz vor Handelsschluss fiel der Dax um 1,3 Prozent auf 9536 Punkte. Professionelle Anleger sichten ihre Mittel in sichere Anleihen wie denen des deutschen Staates um.

Allerdings dürfte es der EZB zuse-

hends schwerfallen, noch ausreichend Bundesanleihen kaufen zu können. Denn nach den eigenen Vorgaben der EZB darf die Rendite der kaufbaren Anleihen nicht unterhalb des Einlagensatzes liegen, den die Notenbank von den Geschäftsbanken verlangt. Von diesen erhebt die EZB für die bei ihr geparkten Mittel einen Zins von minus 0,4 Prozent, also einen Strafzins. Doch inzwischen liegen schon 50 Prozent aller Bundesanleihen nach Be-

rechnungen der Schweizer Privatbank Pictet unter diesem Niveau. Damit hat die EZB den Markt leer gekauft. Bis Ende Mai hatte sie Bundesanleihen im Wert von 191 Milliarden Euro erworben. Das sind 17 Prozent des gesamten Umlaufs.

Im Euroraum ist Deutschland das einzige Land mit einer negativen zehnjährigen Rendite. In der Schweiz ist das schon länger der Fall. Dort liegt die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihe bei minus 0,52 Prozent. In Japan, wo die Notenbank noch aggressiver Anleihen und sogar Aktienindexfonds kauft, liegt sie bei minus 0,185 Prozent. Der Vorstand einer deutschen Bausparkasse befürchtet japanische Verhältnisse im Euroraum, sollte die extreme Niedrigzinsphase noch länger dauern. Er befürchtet eine sehr starke Konsolidierung unter den Finanzdienstleistern, der in Japan die Hälfte der Arbeitsplätze zum Opfer fiel.

Während Banken, Versicherer, Pensionskassen und Bausparkassen aufgrund der ausradierten Zinsen in existentielle Nöte geraten könnten, darf sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble freuen. Denn der Bund zahlt für seine Schulden weniger Zinsen. Im laufenden Jahr muss der Bund Zinsen von 23,8 Milliarden Euro zahlen. Im Jahr 2008 waren noch mehr als 40 Milliarden Euro nötig gewesen, obwohl der Schuldenstand damals 13 Prozent niedriger gelegen hatte. *(Eine neue Epoche am deutschen Kapitalmarkt, Seite 32).*

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016 , S. 17

Die Last der negativen Zinsen

Von Christian Siedenbiedel

Wer gehofft hatte, negative Zinsen blieben eine kurze Episode, ein Kuriosum der Weltgeschichte gleichsam, wird nun eines Besseren belehrt. Das Phänomen breitet sich im siebten Jahr der lockeren Geldpolitik in Europa immer weiter aus. Jetzt ist auch noch die Rendite der richtungsweisenden Anleihe der Bundesrepublik Deutschland mit zehn Jahren Laufzeit zum ersten Mal in ihrer Geschichte negativ geworden. Selbst altgediente Bankvorstände wundern sich, was das für eine Welt ist, in der Menschen Geld dafür bekommen, dass sie sich etwas leihen, und Geld dafür zahlen, dass sie anderen Kredit gewähren.

Viele Menschen in Deutschland ärgern sich zwar, dass sie auf ihr Ersparnis kaum noch Zinsen bekommen. In einer Umfrage der Fondsgesellschaft Union Investment beklagten sich 57 Prozent der Befragten, dass die Niedrigzinspolitik den hochverschuldeten Staaten künstlich Erleichterung verschaffe und die sparende Bevölkerung schröpfe. Eine besonders verhängnisvolle Folge der niedrigen Zinsen aber macht sich erst nach und nach bemerkbar und ist deshalb wohl noch gar nicht in vollem Umfang sichtbar: die Auswirkungen auf die Altersvorsorge.

Seit klar ist, dass die Rente in Deutschland durch die demographische Entwicklung erheblich unter Druck geraten wird, weil in Zukunft immer weniger Arbeitende immer mehr Rentner finanzieren müssen, wurde von der Politik das Drei-Säulen-Modell propagiert: Neben der staatlichen Rente sollten die Betriebsrenten und auch eine zum Teil geförderte private Vorsorge die Bedürfnisse der Menschen im Alter abdecken.

Ein sehr wichtiges Element dieser Idee, in stärkerem Maße privat vorzusorgen, ist der Faktor Zeit. Wer schon in jungen Jahren anfängt, fürs Alter zu sparen, der profitiert normalerweise in hohem Maße von der Zeit. Er erhält

am Ende nicht nur das zurück, was er angespart hat, sondern auch Zins und Zinseszins. Auf kurze Spannen betrachtet, ist der Zinseszins zwar eine vernachlässigbare Größe, auf viele Jahre aber wird er erheblich. Das „achte Weltwunder“ soll der Nobelpreisträger Albert Einstein den Zinseszins einmal genannt haben, wegen dessen unglaublicher Wirkungen über die Zeit hinweg. Genau dieser Effekt fällt weg, wenn die Zinsen nach und nach in allen Bereichen der Geldanlage-Welt negativ werden. Im Extremfall hat der Sparer die Zeit also jetzt gegen sich.

Der Wegfall des Zinseszins-Effekts macht sich in unerfreulicher Weise in verschiedenen Teilen der Altersvorsorge gleichzeitig bemerkbar. Menschen, die früher ihr Ersparnis fürs Alter in Sparbriefe und Bundesanleihen gesteckt hatten, müssen längst nahezu vollständig auf Zins und Zinseszins verzichten. Ihr Ersparnis wächst einfach nicht mehr. Auch die Garantiezinsen der Lebensversicherungen wurden immer weiter herabgesetzt; zum 1. Januar 2017 sinken sie noch einmal von 1,25 auf 0,9 Prozent. Menschen mit Lebensversicherungen oder Formen der Altersvorsorge, die auf Lebensversicherungen aufbauen, fehlt damit im Alter Geld, das sie eingeplant hatten. Diesen Effekt haben noch nicht alle Betroffenen vollständig begriffen, weil es dabei Zeitverzögerungen gibt. Auch bei den Betriebsrenten haben viele Unternehmen damit zu kämpfen, dass sie erheblich höhere Rückstellungen für zugesagte Renten bilden müssen. In dem Fall tragen die Unternehmen die Last, solange sie es können. Sie werden sich aber nach dieser Erfahrung

Die Negativzinsen sind wie ein Virus, das sich ausbreitet. Was heißt das für die Altersvorsorge?

zurückhalten, das System auszubauen. Jetzt hat auch ein großer Pensionsfonds angekündigt, für künftig eingezahlte Beiträge deutlich weniger Rente auszuschütten als bisher. Das Virus der negativen Zinsen breitet sich offenkundig immer weiter aus. Gerade für sicher gehaltene Formen des Sparens und der Altersvorsorge entwickeln auf einmal viel Unsicherheit.

Was folgt daraus? Soll man nicht mehr für das Alter sparen? Ist nun doch die staatliche Rente aus dem Umlageverfahren das einzige System, das in Zeiten negativer Zinsen mit einiger Zuverlässigkeit Geld ohne Verlust von heute nach morgen transferieren kann? Dafür spricht nicht viel. Die Schwierigkeiten der staatlichen Rente mit der Demographie sind schließlich nicht verschwunden. Wie viel jemand da am Ende herausbekommen wird, hängt erheblich von politischen Entscheidungen ab, die nicht prognostizierbar sind. Die Rente wird eine Basisversicherung bieten – wer im Alter mehr haben will, muss sparen. Zum Glück sieht es so aus, dass es weiterhin Sparkonten geben wird, auf denen keine negativen Zinsen fällig werden. Solange es Bargeld gibt, ist es für Banken zumindest nicht einfach, negative Zinsen von Privatkunden zu verlangen, weil diese ihr Geld sonst abheben. Man kann also weiter sparen, bekommt im Extremfall aber nur das zurück, was man zur Seite gelegt hat.

Trotzdem ist Sparen fürs Alter keineswegs sinnlos, sondern dringend geboten. Wer mehr Rendite will, braucht Aktien oder Aktienfonds. Dabei besagt ein alter Grundsatz der Finanzwissenschaft: Keine Mehrrendite ohne Mehrisiko, das gilt auch hier. Auch Immobilien schlagen sich als Altersvorsorge bislang gut. Zwar ist es unwahrscheinlich, dass der Preisanstieg am Immobilienmarkt so weitergeht. Aber wer die Immobilie selbst nutzt und nicht verkaufen will, kann vorübergehende Marktentwicklungen aussitzen.

Rheinische Post vom 15.06.2016, S. 5

Länder wollen an Schäubles Milliarden

Die Ministerpräsidenten erwarten von der Kanzlerin, dass sie morgen bei ihrer Konferenz doch noch den Weg für eine Bund-Länder-Finanzreform in dieser Wahlperiode ebnet. Bei den Flüchtlingskosten sind die Länder schon am Ziel.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Die Bundesländer haben vor der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) morgen mit der Bundeskanzlerin ihren Druck auf die Bundesregierung nochmals verstärkt, die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen noch in dieser Wahlperiode anzupacken. „Die Länder sind aufeinander zugegangen. Unser gemeinsames Angebot an den Bund liegt seit Wochen auf dem Tisch. Jetzt erwarten wir, dass auch der Bund sich bewegt und einem fairen Kompromiss zustimmt“, sagte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). „Wenn die Bundesregierung sich jetzt in die Büsche schlagen würde, wäre das Verantwortungsverweigerung“, sagte Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), der amtierende Chef der MPK.

Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern – ein hochkompliziertes System der Geldverteilung – müssen neu geordnet werden, weil Ende 2019 der Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt II für Ostdeutschland auslaufen. Die Länder hatten sich nach langwierigen Verhandlungen untereinander Ende 2015 auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Demnach soll ihnen der Bund 9,7 Milliarden Euro ab 2020 zusätzlich überweisen – wobei dieser Betrag dynamisch mit der Wirtschaftsleistung wachsen soll. Damit wäre sichergestellt, dass kein Land schlechter dastünde als bisher, Ostdeutschland weiter durchfinanziert wäre und die Geberländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen im Länderfinanzausgleich den noch spürbar entlastet würden.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte diesen Ländervorschlag jedoch abgelehnt, weil er einseitig zulasten des Bundes geht. Abgesehen davon, dass Schäuble den Ländern nur 8,5 Milliarden Euro geben möchte, hält er auch das Konzept für falsch. Denn die Finanzhilfen für die ärmsten Bundesländer würde die Ländergemeinschaft allein dem Bund überlassen. Schäuble hatte unlängst erklärt, er sehe kaum mehr Chancen für eine Einigung in dieser Wahlperiode – auch das war ein Teil des Pokers.

„Für eine Hängepartie gibt es keinen wirklich erklärbaren Grund“, reagierte NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD). Es gehe nicht, dass Schäuble einfach sage: „Hauptsache, der Bund hat die schwarze Null, Länder und Kommunen kriegen den Schwarzen Peter.“ Auch Sieling sieht weiter den Bund am Zuge, nicht die Länder. „Wenn der Bundesfinanzminister jetzt verbreiten lässt, die Länder müssten sich endlich bewegen, ist das ziemlich verquer“, sagte er. Das sei kein „seriöser Verhandlungsstil“.

Die Länder setzen nun auf Merkel: Sie soll Schäuble bewegen, dem Ländervorschlag im Wesentlichen doch noch zuzustimmen, man sei ja nicht mehr weit auseinander. Bei dieser MPK ist aber erneut keine Einigung zu erwarten. Man werde sich lediglich auf das weitere Prozedere einigen, hieß es in Länderkreisen. Das Thema Finanzreform bleibe damit aber auf dem Tisch und werde im Herbst weiter diskutiert.

Bei der Verteilung der Flüchtlingskosten kommen die Länder dagegen morgen einen guten Schritt voran.

Nach dem Entwurf des Beschlussvorschlags für die MPK, der unserer Redaktion vorliegt, wird der Bund deutlich mehr für Unterbringung und Integration der Flüchtlinge an Länder und Kommunen zahlen. Bisher überweist der Bund für jeden Asylbewerber im Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Asylbescheids monatlich 670 Euro. Da der Betrag zu gering ist, hatte der Bund für das Jahresende eine genaue „Spitzabrechnung“ zugesagt. Diese Abrechnung wird nun auf den 30. September vorgezogen. Für das vierte Quartal 2016 gibt es dann eine weitere Abschlagszahlung.

Insgesamt steigerte das Vorziehen der „Spitzabrechnung“ die Leistung des Bundes an die Länder 2016 um eine Milliarde Euro, so das Papier. Auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhöht der Bund seine Hilfe 2016 von bisher 350 Millionen auf eine Milliarde Euro. Für die Kosten der Unterkunft anerkannter Asylbewerber zahlt der Bund den Kommunen 2016 zusätzlich 400 Millionen, 2017 dann 900 Millionen und 2018 1,3 Milliarden Euro. Insgesamt steigen die Leistungen des Bundes für Flüchtlinge 2016 auf 17,75 Milliarden Euro. In dem Papier heißt es: „Die Länder gehen davon aus,

dass der Bund über die im September 2015 zugesagten strukturellen Hilfen hinaus eine einmalige Integrationspauschale zahlt.“

Dieser Punkt im Beschlusspapier steht aber in eckigen Klammern – darüber bestand also noch keine Einigung.



Rheinische Post vom 15.06.2016, S.
B11

Datenpanne: Sparkasse zeigt 70 Kunden bei der Schufa an

VON ANDREAS GRUHN

MÖNCHENGLADBACH Eine Computerpanne bei der Sparkasse Mönchengladbach hat in den vergangenen Wochen zu falschen negativen Schufa-Einträgen bei 70 Kunden geführt. Das räumte das Institut auf Nachfrage unserer Redaktion ein. „Aufgrund der Umstellung eines EDV-Verfahrens kam es bei der Datenmigration zu einem Übertragungsfehler, bei dem vereinzelt fehlerhafte Meldungen an die Schufa generiert und übertragen wurden“, teilte die Sparkasse Mönchengladbach mit. Daraufhin wurden in der Auskunft, bei der etwa Mobilfunkanbieter, Kreditgeber oder auch Online-Händler die Bonität von Kunden erfragen, Negativeinträge für die betroffenen Kunden gefertigt – mit der Folge, dass diese plötzlich nicht mehr kreditwürdig waren. „Alle Fälle wurden schnell und unbürokratisch bereinigt, der Vorgang wurde komplett gelöscht“, sagte ein Sprecher der Sparkasse.

Die Folgen negativer Einträge bei einer Auskunft wie der Schufa können gravierend sein. Der Mönchengladbacher Rechtsanwalt Siegfried Bönnen erfuhr von dem Negativeintrag, nachdem die Kreditkartenfirma American Express ihm nach 32 Jahren die Kreditkarte ohne Limit gekündigt hatte. „Ich habe zu-

erst an einen Online-Betrüger gedacht“, sagt Bönnen, der vor der Meldung einen nahezu perfekten Basisscore-Wert von 99,4 Prozent hatte. Erst eine Selbstauskunft bei der Schufa offenbarte eine angeblich offene Forderung der Sparkasse in Höhe von 252.312 Euro – also ein Negativeintrag. „Und das ist ein Ausschlusskriterium für das Geschäftsleben“, sagt Pamela Wellmann, Juristin bei der Verbraucherzentrale NRW.

Obwohl Bönnen seit 2009 gar nicht mehr Kunde der Sparkasse ist, konnte er plötzlich keine Reisen mehr zu Klienten und Mandanten

buchen. Seine Hausbank, die Volksbank, strich den Kreditrahmen. Die Sparkasse betont nun: „Wir haben den Fehler unverzüglich behoben und

„Ich habe zuerst an einen Online-Betrüger gedacht“

Siegfried Bönnen
Ehemaliger Kunde der Sparkasse
Mönchengladbach

die rückstandslose Löschung aller falschen Meldungen bei der Schufa unverzüglich veranlasst.“

Eine Studie des Bundesministeriums für Verbraucherschutz hatte bereits 2009 alarmierende Zahlen fehlerhafter Datensätze bei den Auskunfteien festgestellt. Seitdem kann jeder Verbraucher einmal im Jahr seine Daten kostenfrei einsehen und Fehler korrigieren lassen. „Wir raten dringend dazu, die Daten jedes Jahr zu überprüfen“, sagt Verbraucherschützerin Wellmann. „Man hat ein Recht auf Löschen fehlerhafter Daten.“

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016 , S. 5

Die CSU bewegt sich doch

Im Streit der Koalition über die Erbschaftsteuer ist ein Kompromiss in Sicht

Berlin/München – Nach zähem Ringen um die Reform der Erbschaftsteuer zeichnet sich zwischen den Koalitionspartnern von CSU, CDU und SPD ein Kompromiss ab. Wie die *Süddeutsche Zeitung* am Dienstag aus Verhandlungskreisen erfuhr, hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Verhandlungsführer von CSU und SPD, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel, für Donnerstagvormittag in sein Büro eingeladen, um den Deal zu besiegeln. Es ist das zweite Treffen binnen weniger Tage. Eine Einigung käme gerade noch rechtzeitig vor dem am Nachmittag im Bundeskanzleramt geplanten Gipfel der Ministerpräsidenten der Länder mit Angela Merkel. Der Gipfel soll nach den anhaltenden koalitionsinternen Streitigkeiten endlich ein Signal der Einigkeit aussenden. Man hoffe, das Thema Erbschaftsteuer bis zum Nachmittag abgeräumt zu haben, verlautele aus dem Finanzministerium.

Bayerns Ministerpräsident Seehofer zeigte sich am Dienstag im Landtag in München verhalten optimistisch. „Entweder es geht, oder es geht nicht.“ Nachdem er dem Bundesfinanzminister jüngst vorgeworfen hatte, unfähig zu sein, eine zustimmungsfähige Steuerpolitik zu organisieren, zeigte er sich umgänglich. Schäuble sei eben „ein nicht einfacher Mensch“. Ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung ergänzte, dass man bei Schäuble erst an Ei-

nigung glauben könne, „wenn sie notariell besiegelt ist“.

Dass es am Donnerstag gelingen könnte, dafür spricht vor allem, dass sich Seehofer und die bayerische Wirtschaft bewegt haben. Der CSU-Chef hatte hochrangige Wirtschaftsvertreter in der vergangenen Woche in die Staatskanzlei nach München eingeladen, um – nach dem Motto „Wir haben vieles erreicht, können aber nicht alles durchsetzen“ – eine Linie für die abschließenden Gespräche in Berlin abzustimmen. Die Wirtschaftsverbände, so verlautete danach, hätten sich kompromissbereit gezeigt, weil sie die Sorge umtreibe, dass es ohne Einigung noch schlimmer kommen könnte. Es gelte: „Das Erreichte sichern und größere Schäden abwenden“. Außerdem gelte der Deal nur für ein Jahr. Bayerns Finanzminister Markus Söder möchte im Bundestagswahlkampf die Regionalisierung der Erbschaftsteuer durchsetzen.

Es ist ein Versprechen, das hilft, die Unternehmen zu beruhigen, und das gleichzeitig Seehofer den Segen für die Berliner Gespräche erteilt. Der CSU-Chef ist offenbar zu Zugeständnissen bei den Nachweispflichten für eine Steuerbefreiung bereit. Ursprünglich hatte er diese Befreiung für Betriebe mit fünf Vollzeitstellen gefordert, jetzt dürfen es wohl auch nur vier sein. Profitieren würde immer noch die große Mehrheit der Unternehmen vom Handwerksbe-

trieb bis zur Bäckerei, die von aufwendigen Bürokratievorschriften befreit würden.

Und die SPD? Sie beharrt darauf, das Aufkommen an der Erbschaftsteuer zu steigern. Was nach Auskunft aus Verhandlungskreisen der Union „kein Problem“ ist. Der gesichtswahrende Deal könnte also so aussehen: Seehofer gewinnt als Anwalt der meisten Firmen. Gabriel sorgt über höhere Steuerzahlungen von großen Firmen für mehr Gerechtigkeit. Und Schäuble kann dem Bundesverfassungsgericht, das die Bundesregierung überhaupt erst mit der Reform beauftragt hat, Vollzug melden.

Schon vorab beigelegt haben Bund und Länder ihren Streit um einen anderen Punkt der Gipfelagenda: Wie sie die Kosten aufteilen, die bei der Integration bestätigter Asylbewerber entstehen. Die Länder stimmten dem Angebot des Bundes zu, die Kosten der Unterkunft für bestätigte Asylbewerber komplett zu übernehmen. Wie aus der Beschlussvorlage weiter hervorgeht, ist der Bund bereit, einmalig in diesem Jahr den Zuschuss für unbegleitete Minderjährige von jährlich 350 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro zu erhöhen. Eine weitere Milliarde gesteht Schäuble den Ländern bei der Endabrechnung der tatsächlichen Flüchtlingskosten bis 30. September 2016 zu. Offen ist noch, ob er die von den Ländern geforderte einmalige Integrationspauschale zahlt. **GAM, WIW**

Neue Westfälische vom 15.06.2016, S. 4

„Das Turboabi hat katastrophale Folgen“

Das OWL-Interview: Marcus Hohenstein, Vorsitzender der Elterninitiative „G9 jetzt NRW“, spricht über den Kampf um Wahlfreiheit, das geplante Volksbegehren und Politiker, die 100.000 Stimmen einer Volksinitiative für das neunjährige Gymnasium ignorieren

Herr Hohenstein, warum hat das Turboabitur so einen katastrophalen Ruf?

MARCUS HOHENSTEIN: Weil das achtjährige Gymnasium (G8) katastrophale Auswirkungen hat. Es gibt drei besonders gravierende Folgen. Erstens müssen Kinder bis vier Uhr unterrichtet werden, was dazu führt, dass Freizeitaktivitäten kaum noch ausgeübt werden können, worunter vor allem Vereine leiden. Zweitens gibt es Abiturienten, die nicht volljährig und damit auch nicht geschäftsfähig sind. Viele wissen zudem nicht, was sie nach der Schule machen sollen. Drittens sinkt die Bildungsqualität. Hochschulen und Unternehmen beklagen, dass Abiturienten nicht mehr über eine ausreichende Studienbeziehungswise Ausbildungsfähigkeit verfügen.

Warum kämpfen Sie gegen das Turboabitur?

HOHENSTEIN: Ich bin Gymnasiallehrer und Vater einer Tochter, die ein Gymnasium besucht. Ich kenne beide Perspektiven und erlebe, wie die Leistungen der Schüler abfallen und wie sich ihre Lebensgestaltung verändert. Ich sehe, wie meine Tochter inhaltlich massiv unterfordert ist, weil das Lernniveau so niedrig geworden ist. Es gibt zwar mehr Unterrichtsstunden, aber weniger Inhalt. Zudem haben Schüler kaum Möglichkeiten, Erlerntes zu verarbeiten.

Was ist ihr größter Kritikpunkt?

HOHENSTEIN: Mich regt persönlich am meisten auf, dass immer mehr Oberstufenschüler in psychiatrischer Behandlung sind, weil ihr Leben nur noch aus Schule besteht. Das ist ein Verbrechen.

Können Sie dem Turboabitur auch irgendwas Positives abgewinnen?

HOHENSTEIN: Nein. Die Idee, man könnte die Unterrichtsstundenzahl, die in neun Jahren unterrichtet wurde, auch in acht Jahren unterrichten, indem man Stunden von Hauptfächern wie Deutsch, Mathe und Englisch streicht und durch zusätzliche Kurse in der Oberstufe ersetzt, hat nichts Sinnvolles.

Studien zeigen aber, dass G8-Abiturienten in den Fächern Mathe und Englisch besser abschneiden als G9-Abiturienten.

HOHENSTEIN: Bei Studien muss man sehr genau hinschauen, welche Interessen vertreten werden. Pauschale Aussagen über besseres Abschneiden können nie das Ergebnis einer methodenkritischen Studie sein. Kritik aus



In acht oder neun Jahren zum Abitur? In NRW tobt ein heftiger Streit um das sogenannte Turboabitur, das 2005 eingeführt wurde.

FOTO: DPA

der Wirtschaft und aus der Hochschullandschaft belegen das sinkende Bildungsniveau.

Ihre Initiative kämpft für eine Rückkehr zum G9. Die Landesregierung rückt jedoch nicht vom G8 ab. Welche Chancen rechnen Sie sich aus?

HOHENSTEIN: 2014 und 2015 haben wir für eine Volksinitiative mehr als 100.000 Unterschriften gesammelt und dem Landtag vorgelegt. Diese Initiative ist an den Politikern jedoch abgeperlt. Bezeichnend dafür, dass sich die Politik-Elite von der Bevölkerung abgekapselt hat, ist das Zitat der schulpolitischen Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Sigrid Beer, bei einem runden Tisch von NRW-Schulministern Sylvia Löhrmann. Beer sagte: „Zum Glück leben wir in einer repräsentativen Demokratie und nicht in einer Demoskopie. Hier entscheiden immer noch wir und nicht das Volk.“ Doch

2017 werden wir passend zum Wahlkampf zur Landtagswahl ein Volksbegehren organisieren und Unterschriften sammeln.

Die Landeselternschaft der Gymnasien in NRW hat von den Mitgliedern des Verbands das eindeutige Mandat erhalten, sich für eine Rückkehr zum G9 einzusetzen. Wie sehen die nächsten Schritte aus?

HOHENSTEIN: Es laufen viele Gespräche zum künftigen Volksbegehren mit Politikern. Die Elterninitiative hat den Verein „Mehr Zeit für Kindheit und Jugend“ gegründet, der die Aufgabe hat, die Finanzierung des Volksbegehrens durchzuführen. Das ist ein langwieriger Prozess, doch wenn der Verein so weit ist, werden wir offensiv Spenden einsammeln, um für eine Rückkehr zum G9 zu werben.

In Niedersachsen, Hessen und Bayern gab es ähnliche Debat-

ten um das Turboabitur.

HOHENSTEIN: In Bayern haben 80 Gymnasien ein freiwilliges Zusatzjahr eingeführt. Derzeit wird über eine landesweite Einführung nachgedacht, weil der Zulauf enorm ist. In Hessen ist vor drei Jahren die Wahlfreiheit für alle Schulen eingeführt worden. Das hat dazu geführt, dass es landesweit nur noch 20 Schulen gibt, die das G8 anbieten. In Niedersachsen sind wieder alle Gymnasien auf neun Jahre umgestellt worden.

Welcher Weg ist für NRW am besten?

HOHENSTEIN: Alle Modelle führen zum Ziel. Eltern und Kinder haben die Wahlfreiheit. In Hessen herrscht jedoch ein Konkurrenzkampf unter den Schulen, weil es durch die Wahlfreiheit deutliche Schülerverschiebungen gibt. So hatten vorzügliche Gymnasien nur noch zweizügige Anmeldezahlen. Diesen

Konkurrenzkampf wollen viele Gymnasialleiter in NRW nicht haben. Dementsprechend ist vielen ein reibungsloser Übergang, so wie in Niedersachsen, lieber. Für uns als Elterninitiative ist es jedoch egal, auf welchem Weg wir die Wahlfreiheit bekommen.

Halten Sie das Gymnasium für die geeignete Schulform für die G8-Umsetzung?

HOHENSTEIN: Nur NRW hat Gesamtschulen von dem Modell ausgenommen. In Niedersachsen wurde G8 an Gymnasien und Gesamtschulen eingeführt. An den Gesamtschulen aber nach fünf Jahren wieder abgeschafft. NRW hat das G8 an Gesamtschulen nie eingeführt, weil das offensichtlich in der Politik schon immer ein Gespür dafür gab, dass das Modell bei Eltern unbeliebt ist und es ein großes Interesse daran gibt, mit Hilfe des G8 Schülerströme in Richtung Gesamtschulen zu len-

ken. Für Eltern, die sich das G9 wünschen, sind Gesamtschulen jedoch keine Alternative, weil Gesamtschulen gebundene Ganztagschulen sind. Das Ziel, Kindern mehr Lebenszeit außerhalb von Schule zu ermöglichen, ist dort nicht umsetzbar.

Würde eine Rückkehr nicht für zusätzliche Belastungen sorgen?

HOHENSTEIN: In Hessen und Niedersachsen hat die Umstellung ohne große Belastungen funktioniert. Schulleiter in Hessen haben öffentlich erklärt, dass die eigenständige Umstellung innerhalb eines Monats funktionieren kann. In vielen Fällen haben Lehrer die G8-Unterrichtsmaterialien einfach weiter genutzt, sie hatten allerdings wieder mehr Zeit, um das Erlernte mit Übungsaufgaben auch zu vertiefen.

Das Gespräch führte Carolin Nieder-Entgelmeier

Zur Person: Marcus Hohenstein

- Marcus Hohenstein ist Vorsitzender der Elterninitiative „G9 jetzt NRW“. Die Initiative fordert, dass Eltern und Schüler die Wahlfreiheit gegeben wird, an einem Gymnasium in ihrer Nähe das Abitur nach Klasse 13 mit höchstens 30 Wochenstunden in den Klassen 5 bis 10 zu erreichen.
- Hohenstein unterrichtet an einem Gymnasium in

Siegen Physik und evangelische Religion. Der 49-Jährige ist Vater einer Tochter, die ein Gymnasium besucht.

- Als Vorsitzender der Initiative hat Hohenstein bereits Repressalien erlebt: „Die Bezirksregierung hat meinen Schulleiter angerufen und gefragt, ob es Maßnahmen geben kann, die zu meiner Suspendierung führen könnten.“



Vorsitzender der G9-Initiative: Marcus Hohenstein.

Volksbegehren

- Voraussetzung eines Volksbegehrens in NRW sind die Unterschriften von mindestens acht Prozent der Stimmberechtigten, als rund einer Million Menschen. Die Initiative „G9 jetzt NRW“ plant mit dem Verein „Mehr Zeit für Kindheit und Jugend“ für Frühjahr 2017 ein Volksbegehren.
- Das letzte erfolgreiche Volksbegehren in NRW

wurde 1987 vom Landtag von der „Bürgeraktion gegen die Kooperative Schule“ übernommen. Aufgrund sinkender Schülerzahlen hatte der Landtag eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes beschlossen, wonach Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien zu sogenannten kooperativen Schulen zusammengefasst werden sollten.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016 , S. 3

Erste Schulen verbieten Panini-Bilder

Immer wieder kommt es zu Streit in der Pause und Ablenkung im Unterricht

Von Dagmar Hornung

Ruhrgebiet. Ob Müller, Özil oder Schweinsteiger: Irgendwer fehlt immer. Wollen Fußballfans ihr Panini-Sammelalbum komplett füllen, müssen sie tauschen. Pünktlich zum EM-Start hat das Feilschen auch auf deutschen Schulhöfen seinen Höhepunkt erreicht. Zum Ärger der Schulen, die Panini daher teilweise verbieten.

Lehrer berichten von Ablenkung im Unterricht, Rängeleien auf dem Schulhof und betrügerischen Geschäften. So soll eine Schülerin in Esslingen 50 Euro für drei fehlende Sticker an einen Klassenkameraden gezahlt haben. Im Tauschrausch geht offenbar der Bezug zum Geld verloren, sofern Kinder im Grundschul-Alter den überhaupt schon haben. Immerhin: Ohne Tauschen kostet es nach Berechnungen des Ma-

thematikers Paul Harper statistisch gesehen 522,90 Euro (747 Packungen mit fünf Stickern zum Preis von 70 Cent), ein Panini-Album zu komplettieren.

An der Glückaufschule Ückendorf in Gelsenkirchen gibt es ein Panini-Verbot. „So versuchen wir den Schulfrieden zu bewahren“, erklärt Leiter Ulrich Sander. Andernfalls komme es häufig zu Streit. Etwa wenn Schüler nach einem Tausch Sticker zurück wollen – denn nicht alle Kinder verstehen schon, wie das Tauschgeschäft funktioniert.

Zudem lenke das Spielen vom Unterricht ab. Während der Schulstunden sei das Tauschen zwar ohnehin verboten, aber die Bilder hätten die Kinder trotzdem dabei. „Was im hintersten Winkel des Pausenhofs passiert, können wir nicht im-

mer kontrollieren“, so Sander.

An der Don-Bosco-Schule in Duisburg-Walsum gebe es keine Probleme mit Panini, sagt Schulleiter Jürgen Altenbeck. Die Schüler sind im EM-Fieber und organisieren auch Wetten. Egal, ob Wetten oder Tauschen – bisher laufe alles sportlich und fair. Und ohne Einsatz von Geld.

An der Don-Bosco-Schule sind Gratis-Panini-Sammelalben verteilt worden. Ein Ausgrenzungsproblem von Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien sieht Jürgen Altenbeck bei seiner Schülerschaft standortbedingt nicht. Dass an der Don-Bosco-Schule einmal Schluss ist mit Tauschen, sei aber nicht ausgeschlossen: „Wenn es großen Streit gibt oder gestohlen wird, würde auch ich Panini verbieten“, sagt Altenbeck.

Westfälischer Anzeiger
vom 15.06.2016, S. 5

Grundlage für den Schultag

Initiative verschafft
Kindern Frühstück

Von Marie Frech

OBERHAUSEN • Dienstagmorgen, 7.30 Uhr, in einer Oberhausener Grundschule: Gina, sechs Jahre alt, schaut noch etwas verschlafen aus, sie kaut nachdenklich auf ihrer Brotstulle herum. „Heute haben wir nicht zuhause gefrühstückt, der Papi musste schnell zur Arbeit“, sagte sie nach einem Schluck aus dem Saftglas.

„Papi“ dürfte in dem Moment erleichtert gewesen sein, dass seine Tochter in ihrer Schule ein Frühstück bekommt. Denn die Grundschule von Rektorin Sabine Mentgen gehört zu den 20 in Oberhausen und Duisburg, an denen Ehrenamtliche vom Verein „Brotzeit“ Kinder morgens mit Stullen, Obst und mehr versorgen.

Eine Umfrage unter ihren 320 Grundschulern zeigt laut Rektorin Mentgen bedrückende Zahlen: „Ein Drittel der Kinder hat gesagt, dass es nicht frühstückt.“ Damit liegt die Schule im traurigen Schnitt. Nach verschiedenen Studien gehen morgens bis zu 30 Prozent der Schüler in Deutschland ohne Frühstück zum Unterricht.

Experten zweifeln zwar, ob diese Zahlen belastbar sind. Einig sind sie sich, dass sich der Schullalltag mit einem Frühstück besser meistern lässt. „Das ist wichtig, um nach der Nacht die Energiespeicher wieder aufzufüllen“, sagt die Ernährungswissenschaftlerin Ulrike Arens-Azevedo. Das gemeinsame Familien-Frühstück finde allerdings seltener statt. „Das liegt an den insgesamt veränderten Tagesstrukturen, etwa

durch die Arbeitswelt.“

Die Energiespeicher wieder auffüllen und einen entspannten gemeinsamen Start in den Schultag – das will „Brotzeit“ ermöglichen. Der von Schauspielerin Uschi Glas gegründete Verein versorgt nach eigenen Angaben inzwischen bundesweit 7500 Schüler mit kostenlosem Frühstück. Finanziert wird die Initiative über Spenden. Helfer, vor allem Senioren, sind bei der Essensausgabe engagiert. Sie erhalten eine für Ehrenamtliche übliche Übungsleiterpauschale. Eine Discounterkette stellt Essen und Trinken kostenlos zur Verfügung.

„Brotzeit“ wird auch in Hamburg von der Politik gefördert. Eine wünschenswerte Entwicklung sei das für andere Bundesländer, sagt Glas. Ihr Projekt wird aber auch kritisiert: „Manche sagen, wir würden faule Eltern fauler machen“, sagt die 72-Jährige. Dabei haben Eltern aus verschiedenen Gründen nicht immer die Möglichkeit, ihre Kinder zu versorgen. „Natürlich ist das gemeinsame Familienfrühstück das Ideal – aber wie ist das zu erreichen? So können die Kinder wenigstens satt und fröhlich in den Unterricht.“

Zumindest der Oberhausener Oberbürgermeister Daniel Schranz (CDU) gibt sich schon einmal begeistert: „Die teilnehmenden Schulen hier sind sehr zufrieden.“ Aber es gebe auch andere Schulen in der Stadt, die ein Frühstücksprogramm auf die Beine stellen. • dpa

Bild vom
15.06.2016, S. 9

Neuer Super- Rechner eingeweiht

Duisburg/Essen – Mit diesem Computer muss man rechnen! Gestern wurde der neue Hochleistungsrechner (3,3 Mio. Euro teuer) der Uni Duisburg-Essen eingeweiht. „magnitUDE“ steht aber nicht auf dem Campus, sondern in einer Halle von Logport. Er zählt zu den TOP 500 Rechnern weltweit und zu den 20 schnellsten Deutschlands. Während in einem üblichen Heim-PC vier Prozessorkerne arbeiten, sind es bei diesem wassergekühlten Superrechner 13 500! Er wird genutzt, um hochkomplexe Rechnungen durchzuführen. Duisburgs OB Sören Link: „Davon profitiert der Wissenschaftsstandort Duisburg, aber auch die Wirtschaft vor Ort.“ **toki**

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 15

Das digitale Radio braucht einen fairen Wettbewerb

Öffentlich-rechtlichen Sendern fällt es leicht, von UKW zu DAB+ zu wechseln, weil dafür Gebührengeld bereitsteht. Für lokale Privatkanäle aber geht es bei den Kosten um die Existenz. Die Politik muss sie sichern.

Von Siegfried Schneider

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Zukunft des Radios digital sein wird. Ebenso offensichtlich ist, dass es für die digitale Verbreitung von Radioprogrammen keinen Königsweg gibt. Das zeigen nachdrücklich die Beiträge zur DAB-Debatte in dieser Zeitung.

Mit DAB+ und dem Internet stehen zwei Verbreitungswege zur Verfügung, die beide Vor- und Nachteile für Verbraucher und Anbieter haben und sich gerade deshalb ideal ergänzen: DAB+ ist nach einer notwendigen Simulcastphase, in der beide Übertragungsstandards noch parallel genutzt werden, deutlich kostengünstiger für die Anbieter als UKW und Internetradio. Für die Hörer bietet es im Vergleich zu UKW eine größere Programmvierfalt, die allerdings nicht annähernd an die Vielfalt des Internets heranreicht. Auch die Rückkanalfähigkeit des Internets ist bei DAB+ nicht gegeben. Dafür ist DAB+ im Gegensatz zum Netradio für die Nutzer kostenfrei sowie problemlos mobil und ohne vertragliche Bindung zu empfangen.

DAB+ ist also für Anbieter und Hörer deutlich wirtschaftlicher. Das liegt auch an der längeren Wertschöpfungskette im Internet, bei der vor allem die Serviceprovider im stationären und W-Lan-Bereich und zusätzlich Mobilfunkbetreiber im mobilen Bereich profitieren. Darüber hinaus erscheint es politisch und gesellschaftlich geboten, etwa in Krisensituationen über einen flächendeckenden terrestrischen Kommunikationsweg zu verfügen. Eine Fortführung des heutigen Geschäftsmodells für Hörfunkveranstalter wird über das Internet nur sehr schwer möglich sein, wohingegen dies mit DAB+ im digitalen Zeitalter realisiert werden kann.

DAB+ wird also nicht das einzige System sein, über das Digitalradio verbreitet wird. Aber es gibt eine Reihe guter Gründe, warum DAB+ eine sehr wichtige Rolle bei der digitalen Verbreitung von Hörfunkprogrammen spielen kann und sollte. DAB+ wird in Deutschland aber nur

dann erfolgreich sein, wenn sich sowohl öffentlich-rechtlicher wie privater Rundfunk engagieren und die Politik unterstützende Maßnahmen in die Wege leitet.

Tatsache ist, dass es eine völlig unterschiedliche Ausgangslage für die beiden Seiten des dualen Systems gibt. Während die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (Kef) den Landesrundfunkanstalten 89,4 Millionen Euro und dem Deutschlandradio 63,6 Millionen Euro für die weitere Entwicklung von DAB+ in der Beitragsperiode zwischen 2017 und 2020 zur Verfügung stellt, müssen die privaten Anbieter die Kosten für eine unbestimmt lange Simulcastphase aus ihren Werbeeinnahmen finanzieren.

Das ist für landesweite Anbieter eher machbar als für lokale und regionale Sender. Belegt wird das durch die Ergebnisse der Studie zur wirtschaftlichen Lage des Rundfunks in Deutschland, die für landesweite Anbieter einen deutlichen höheren Kostendeckungsgrad ausweist als für lokale und regionale Angebote. Auch wenn die Verbreitungskosten in den Hörfunkunternehmen eine eher nachrangige Größe darstellen, richten diese Zusatzkosten im lokalen/regionalen Bereich eine sehr hohe und im Grunde kaum zu nehmende Finanzierungshürde auf. Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei der Markteinführung mit Gebührenmitteln entsprechend unterstützt wird, muss man in dieser Phase zumindest die lokalen Anbieter auch in einer angemessenen Weise fördern.

Um faire Ausgangsbedingungen zu schaffen, müssen die Politik und der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen Beitrag leisten, um eine erfolgreiche Marktdurchdringung von DAB+ zu erreichen. Notwendig sind insbesondere eine schrittweise Reduzierung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Hörfunk auf sechzig Minuten nach dem Beispiel des NDR- und des WDR-Gesetzes, um die Einnahmesituation privater Hörfunkanbieter zu verbessern.

Es muss die Möglichkeit der Bereitstellung kostengünstiger Sendeplätze für lokale und landesweite private Angebote auf den DAB-Multiplexen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geben. Die privaten Anbieter könnten dadurch ihre Programme zu kalkulierbaren Fixpreisen verbreiten. Auch beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk würde das zu einer Senkung der eigenen Kosten führen. Die Netze des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind von allen Rundfunkteilnehmern durch ihre Beiträge finanziert. Sie sollten daher auch privaten Marktteilnehmern zumindest für eine Übergangsphase zur Verfügung stehen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte zudem auf Frequenzwechsel von bisher rein digitalen Programmen auf das analoge UKW verzichten, wie das der Bayerische Rundfunk mit seinem Jugendprogramm

„Puls“ für 2018 plant. Ein solches Vorgehen schmälert die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Privatprogrammen erheblich und verhindert wiederum notwendige Investitionen in die digitale Zukunft.

Diese Maßnahmen sind notwendig, aber nicht ausreichend, um eine annähernde Chancengleichheit bei der Einführung von DAB+ zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk sicherzustellen. Unabdingbar ist darüber hinaus eine zeitlich begrenzte staatliche Förderung in der Simulcastphase. Aus der Versteigerung der Rundfunkfrequenzen im vergangenen Jahr (Digitale Dividende

II) haben Bund und Länder 1,33 Milliarden Euro Gesamterlöse erzielt, die zu gleichen Teilen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt wurden. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass die Mittel für den Breitbandausbau und die Digitalisierung eingesetzt werden sollen.

Es wäre also naheliegend, aus diesen Erlösen für die privaten Anbieter eine bestimmte Fördersumme zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollten zeitlich begrenzt so lange zur Verfügung stehen, bis eine Hörfunknutzung auf DAB+ erreicht ist, die eine realistische Möglichkeit bietet, die privaten Programme erfolgreich vermarkten zu können. Für die privaten Anbieter ist die Verbreitung über das Internet unabdingbar. Damit sind aber bei den kleineren und mittelständischen Rundfunkanbietern die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten erreicht. Auch das unterstreicht die Notwendigkeit einer Förderung der Verbreitung von DAB+.

Ergänzt werden muss dies um drei Aspekte: Auf europäischer Ebene muss im Rahmen der Diskussion zur Universaldienste-Richtlinie eine verpflichtende Ausstattung von Audio-Empfangsgeräten mit Multinorm-Empfangschips erreicht werden. Neue Radios müssen UKW-, DAB+- und Internetempfang anbieten. Die Automobilbranche sollte verpflichtet werden, dass jedes neue Autoradio sowohl UKW als auch DAB+ empfangen kann. Die Politik sollte verbindlich festlegen, dass Multinormchips auch in Smartphones eingebaut werden. Auf allen Geräten, mit denen man Radio hören kann, muss das technologieneutral möglich sein.

Für die Landesmedienanstalten spielt bei der Digitalisierung des Hörfunks die terrestrische Verbreitung weiterhin eine wichtige Rolle. Deshalb unterstützen die Landesmedienanstalten die Markteinführung von DAB mit zahlreichen Maßnahmen. Die Landesmedienanstalten sprechen sich für die Einrichtung eines zweiten bundesweiten DAB+-Multiplex aus und werden die entsprechenden Kapazitäten nach einem Frequenzzuordnungsverfahren bundesweit ausschreiben. Für ihren jährlichen Digitalisierungsbericht beauftragen die Landesmedienanstalten

eine Studie über Stand und Entwicklung der Digitalisierung des Hörfunks in Deutschland und legen damit jährlich aktuelle Zahlen vor. Die von den Landesmedienanstalten 2015 beauftragte Reichweitenstudie hat den Anbietern von priva-

ten Digitalradioprogrammen erstmals repräsentative Reichweitendaten zur Werbemarktung geliefert. Im Jahr 2016 werden sich die Landesmedienanstalten an einer Studie beteiligen, deren Zielsetzung es ist, die Grundlage für einen Ausweis regelmäßiger Reichweitendaten von DAB+-Angeboten zu schaffen.

Die Forderung nach einem konkreten Abschalttermin für UKW ist in der aktuellen Situation nicht förderlich. Die Hörfunkverbreitung über UKW muss für die privaten Anbieter so lange gegeben sein, solange sie UKW für eine erfolgreiche Vermarktung benötigen. Eine Abschaltung der UKW-Verbreitung für die privaten Hörfunkprogramme muss folglich von den Unternehmen selbst bestimmt werden können. Dabei muss aber auch klar sein, dass UKW-Frequenzen, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk abschal-

tet, keiner weiteren Verwendung im Hörfunk zugeführt werden dürfen.

Die privaten Anbieter müssen sich in DAB+ engagieren, und sie werden es, sollte die Nutzung von DAB+ in den kommenden Jahren die Zwanzig-Prozent-Grenze überschreiten. Diese Marke erscheint vor dem Hintergrund der Entwicklung in den zurückliegenden Jahren durchaus realistisch. Dabei bietet DAB+ die Chance, die technischen Nachteile und Versorgungsprobleme vor allem von lokalen und regionalen UKW-Radios zu beheben und damit Chancengleichheit in der Versorgung zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sowie innerhalb des privaten Rundfunks herzustellen.

Fördermaßnahmen von Landesmedienanstalten für die DAB+-Verbreitung von lokalen und regionalen Hörfunkprogrammen zeigen, dass die bereitgestellten Übertragungskapazitäten weitgehend vollständig nachgefragt werden. Dass DAB+ für private Anbieter attraktiv sein kann, belegen die Beispiele München und Nürnberg, wo neben bundes- und landesweiten Angeboten auch lokale Programme ausgestrahlt werden. Insgesamt stehen den Hörern dabei 48 beziehungsweise 47 Programme zur

Verfügung, davon dreißig beziehungsweise 26 Programme von privaten Anbietern. Die Anzahl der lokalen Bewerber war in beiden Städten höher als die zur Verfügung stehenden Kapazitäten.

Digitales Radio

Jürgen Brautmeier, Chef der Landesmedienanstalt in Düsseldorf, und Marc Jan Eumann, Medienstaatssekretär von NRW haben an dieser Stelle (F.A.Z. vom 15. April) die Debatte über das digitale Radio eröffnet und kritisiert, wie der Wechsel von UKW auf DAB hierzulande vonstattengeht. Die ARD-Intendanten Willi Steul, Karola Wille und Ulrich Wilhelm haben geantwortet. Heute schreibt Siegfried Schneider über den Stand der Dinge aus Sicht der Landesmedienanstalten, die den Markt der privaten Rundfunkanbieter regulieren. (F.A.Z.)

stehenden Kapazitäten.

Siegfried Schneider ist Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM).

Handelsblatt vom 15.06.2016, S. 26

RUNDFUNKBEITRÄGE

Wofür das ganze Geld?

Die mangelnde Akzeptanz des GEZ-Nachfolgers ist selbst verschuldet, sagt **Catrin Bialek**.



Beitragsservice, der 2013 die Rolle der ungeliebten GEZ übernommen hat. Selbstbewusst

Die Zeiten haben sich geändert, selbst bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Früher trieb die Gebühren-einzugszentrale, kurz GEZ, die Einnahmen bei den Bürgern für die Sendeanstalten von ARD und ZDF ein. Über Details und Mechanik gab es allerdings wenig Auskunft.

Ganz anders der Beitragsservice, der 2013 die Rolle der ungeliebten GEZ übernommen hat. Selbstbewusst

präsentiert die Verwaltungsgemeinschaft der Rundfunkanstalten nun schon im zweiten Jahr ihren Jahresbericht, stellt aufgeschlüsselt nach Bundesländern die Einnahmen vor, präsentiert den Verwaltungsaufwand - der kleiner sein soll als der zum Einziehen der Kirchensteuer - und verteidigt gar die Truppe der Nichtzahler, die noch immer mehr als zehn Prozent ausmacht. Ein sehr transparentes und damit professionelles Gebaren.

Und doch klagt der Beitragsservice über mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Problem, das jedoch hausgemacht ist.

Zum einen ist es dem Beitragsservice bislang nicht gelungen, eine wirksame Erklärung für die eingeforderten Gebühren zu präsentieren. Das Geld hat sich im vergangenen Jahr auf 8,1 Milliarden Euro belaufen - das ist eine stolze Summe, mit der sich viel anfangen lässt. Doch viele Bürger sehen oft nur die mittelmäßigen, aber teuren Shows oder die klischeehaften, öden TV-Serien.

Muss man dafür wirklich Geld bezahlen?

Dabei finanzieren die Öffentlich-Rechtlichen ein gigantisches Reich aus Dokumentaren, Musikern, Kinderunterhaltern und vielen mehr. Das britische Pendant BBC hat einmal Bürger in einem Selbstversuch dazu gebracht, eine Zeit lang auf sämtliche dieser Leistungen zu verzichten. Kein öffentlich-rechtliches Fernsehen, Radio oder Internet. Ein armes Leben, so deren ehrliches Fazit.

Zum anderen ist es aber genau jenes gigantische und komplizierte Geflecht von Programmern, das vielen Beitragszahlern nicht behagt. Muss es wirklich so viele verschiedene öffentlich finanzierte Rundfunkanstalten in Deutschland geben, fragen sich immer mehr Menschen. Neun Rundfunkveranstalter in der ARD, dazu das ZDF und das Deutschlandradio. Das wichtige Bedürfnis der Bürger nach fundierten Programmen sollte nicht mit Ineffizienz der

staatlichen Angebote beantwortet werden.

Mit Einführung des Rundfunkbeitrags hat sich die Schar der Zahler vor zwei Jahren drastisch erhöht. Die Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro liegen auf einem Sperrkonto. Statt nun beherzt eine Beitragssenkung voranzutreiben, die Rede ist von 30 Cent, warnen die Verantwortlichen lieber vor einem „Jo-Jo-Effekt“ - Gebühren hoch, Gebühren runter, und der Bürger wird immer unzufriedener. Dabei wäre es im Sinne der fleißigen Beitragszahler, zu viel kassiertes Geld erstattet zu bekommen.

Mit verantwortungsvollem Handeln lässt sich das Akzeptanzproblem sicherlich eindämmen. Wenn sich dazu noch überragende Programme gesellen - umso besser.

Die Autorin ist Teamleiterin IT und Medien. Sie erreichen sie unter: bialek@handelsblatt.com

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 7

Beitragsservice nahm im Vorjahr 8,1 Milliarden Euro ein

HAUSHALTSABGABE Rund elf Prozent der Konten befinden sich in einem Mahnverfahren

Es läuft alles nach Plan. Das ist die Botschaft, die der Beitragsservice anlässlich der Veröffentlichung des Jahresberichts 2015 hat. 8,13 Milliarden Euro - inklusive der Anteile der Landesmedienanstalten in Höhe von 153 Millionen - wurden im Vorjahr eingenommen. 1,24 Milliarden Euro entfielen 2015 auf den WDR.

Generell sind die Einnahmen durch die Umstellung auf die Haushaltsabgabe im Jahr 2013 deutlich gestiegen. Im Vergleich zu 2014 wurden vergangenes Jahr jedoch 193 Millionen weniger eingenommen, was sich vor allem aus der Beitragssenkung zum 1. April 2015 auf aktuell 17,50 Euro pro Monat erklärt.

Das jetzige Sinken der Einnahmen verlaufe aber planmäßig, von einem Einbruch könne keine Rede sein, sagte Stefan Wolf, Geschäftsführer des Beitragsservice. Man geht nun von stabilen Einnahmen in den kommenden Jahren aus.

Der Beitragsservice selbst kostet im Jahr 171 Millionen Euro. 1046 Mitarbeiter hat er auf Vollzeitstellen umgerechnet.

Insgesamt gibt es 44,7 Millionen Beitragskonten. Neu angemeldet wurden 2015 insgesamt 1,7 Millionen Wohnungen. Pro Konto werden jährlich 3,83 Euro aufgewendet, das ist eine Quote von 2,1 Prozent an den Gesamterträgen. Damit liege man deutlich unter den drei bis vier Prozent, die etwa die Kirchen an die Finanzämter für das Einholen der Kirchensteuer abtreten.

4,8 Millionen Beitragskonten befinden sich zurzeit im Mahnverfahren, das sind rund 10,9 Prozent aller Konten. Das Spektrum reicht dabei von Zahlungserinnerungen (1,13 Millionen) bis zu Vollstreckungsersuchen (1,4 Millionen). Der Anteil der Zahler, die im Verzug sind, ist in den Bundesländern unterschiedlich. Den niedrigsten Wert hat Bayern mit 8,7 Prozent,

NRW liegt mit 11,9 Prozent über dem Durchschnitt. (amb)

Länder streiten über künftige Höhe

Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten wird in dieser Woche noch keine Entscheidung über die künftige Höhe des Rundfunkbeitrags fallen. In der verbleibenden Zeit sei kein einstimmiges Votum mehr zu erreichen, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Einige Länder strebten nach wie vor eine Senkung an, andere wollten den Monatsbeitrag wie Rheinland-Pfalz stabil halten. Die Entscheidung wird nun wohl erst im Herbst 2016 fallen.

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hatte im April empfohlen, den monatlichen Rundfunkbeitrag für den Zeitraum von 2017 bis 2020 um 30 Cent auf dann 17,20 Euro abzusenkten. (epd)

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016 , S. 27

Das bisschen Haushalt

Seit 2013 muss jeder die Rundfunkabgabe zahlen – das klappt nicht in jedem Bundesland gleich gut

In Bayern wohnen einer Statistik der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zufolge die Beitragszahler mit der besten Zahlungsmoral, in Bremen die mit der schlechtesten. Nur einer von zwölf Beitragszahlern landet im Süden im Mahnverfahren, im Norden ist es jeder siebte. Das geht aus dem Jahresbericht des Kölner Beitragsservice hervor, der unter anderem Auskunft darüber gibt, was der Rundfunkbeitrag im Jahr 2015 in die Kassen gespült hat. 8,13 Milliarden Euro stehen dort in der Bilanz, wovon allerdings gut 150 Millionen Euro abgezogen werden müssen, die an die über die Privatsender wachenden Landesmedienanstalten gehen. Übrig bleiben 5,76 Milliarden Euro für die ARD, etwa zwei Milliarden Euro fürs ZDF und 218 Millionen Euro fürs Deutschlandradio.

Der Beitragsservice, der 2013 mit der Umstellung auf die Haushaltsabgabe die GEZ ersetzte, sieht die Erträge im von ihm erwarteten Rahmen und lobt sich für seine erfolgreichen Konsolidierungsversuche. Probleme der Vergangenheit seien erkannt und gelöst worden. Als problematisch galt etwa ein Spitzenwert von 300 000 Kundenanrufen pro Tag, was die

Leitungen weitgehend lahmlegte. Der Beitragsservice sei damals de facto nicht erreichbar gewesen, gibt man verschämt zu. Inzwischen sind es nur noch um die 20 000 Anrufer täglich, die beim Beitragsservice inzwischen sogar mehrheitlich einen Gesprächspartner vermittelt bekommen.

Die Überlastung resultierte vor allem aus den Problemen, die aus der sogenannten Direktanmeldung entstanden. Seit der Umstellung von GEZ-Gebühr auf den Rundfunkbeitrag zahlt der Zuschauer nicht mehr pro TV- oder Radio-Gerät in seiner Wohnung, sondern jeder Haushalt muss bezahlen – egal, ob und wie viele Geräte er zu Hause hat. Der Beitragsservice hat nach der Umstellung jene Bürger, die nicht angemessen auf das Anmeldeersuchen des Beitragsservice reagierten, kurzerhand selbst als Beitragszahler angemeldet und dann entsprechende Zahlungsaufforderungen versandt. Das führte zu Mehreinnahmen – aber auch zu mehr Arbeit.

Der Beitragsservice kann und will bald wieder Personal abbauen

Im Schnitt geraten 10,9 Prozent der zahlungspflichtigen Haushalte ins Mahnver-

fahren. Die Quote der jeweiligen Bundesländer entspreche dabei im Wesentlichen der Verteilung von Schulden im Bundesgebiet, heißt es. Am nächsten kommen der Durchschnittsquote die Menschen im Senzgebiet des MDR, wo 10,64 Prozent der Beitragskonten im Mahnverfahren geführt werden. Beim WDR sind es 11,9 Prozent, beim SWR nur 9,95 Prozent. Bremen – dem Land mit den meisten Schulden – kommen die Berliner mit 12,6 Prozent am nächsten. Dahinter rangieren die Saarländer mit 12,28 Prozent. Fast gleichauf liegen der NDR und der HR mit einer Mahnquote von 11,53 und 11,50 Prozent.

Der Beitragsservice sieht sich mit seinen Verbesserungen auf einem guten Weg. Bis Ende des Jahres will er zudem Personal abbauen, von 1207 Mitarbeitern, die er Ende 2014 noch zählte, auf unter tausend. Etwa 32 Cent pro Beitragszahler verwende man jeden Monat für die Einziehung des Beitrags, was einem Anteil von 2,11 Prozent entspreche, vermeldet man stolz und verweist auf drei bis vier Prozent Kosten, die bei der Einziehung der Kirchensteuer entstünden.

HANS HOFF

Westdeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

8,1 Milliarden für ARD, ZDF & Co.

Der Beitragsservice der öffentlich-rechtlichen Sender legt seinen Jahresbericht vor. Die Gesamterträge sinken um 2,32 Prozent.

Von Peter Kurz

Köln. Wer eine Fabrik besichtigt, kann bei der Herstellung von Produkten zusehen. In Köln-Bocklemünd gibt es ein Unternehmen, das sich mit der industriellen Verarbeitung von Briefen befasst. Diese werden deshalb in so großen Mengen bei dieser Firma abgegeben, weil sie „Geschäftsbeziehungen“ mit praktisch jedermann in Deutschland pflegt: Der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio.

Der hieß früher mal GEZ. Doch seit der Umstellung Anfang 2013 von einer gerätegebundenen Gebühr auf einen davon unabhängigen Beitrag von 17,50 Euro pro Monat und Wohnung geht es nicht mehr um den unfreundlich klingenden Begriff des Gebühreneinzugs, sondern man kann netter daherkommen – eben als Beitragsservice.

Ein Gutteil der derzeit 1046 Mitarbeiter ist damit befasst, die Kommunikationslawine von etwa 70 000 Vorgängen pro Tag, das meiste noch als Brief, zu verarbeiten. Briefe, in denen es etwa um Adressänderungen, um Anträge auf Beitragsbefreiung oder auch Beschwerden oder Beschimpfungen geht, werden geöffnet, eingescannt und abgearbeitet. Gestern hat der Beitragsservice die Zahlen des Jahresberichts 2015 vorgestellt.

Gesamterträge

44,7 Millionen Beitragskonten gibt es aktuell. Die Erträge aus den Rundfunkbeiträgen, mit denen der öffentliche Rundfunk finanziert wird, lag 2015 bei 8,131 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Verringerung um 193 Millionen Euro (minus 2,32 Prozent). Die ARD-Anstalten bekommen zusammen 5,76 Milliarden Euro (WDR: 1,2 Milliarden Euro). Ans ZDF gehen gut zwei Milliarden und ans Deutschlandradio 218 Millionen Euro. An die Landesmedienanstalten fließen gut 153 Millionen Euro.

Verwaltungskosten

Ganz früher war es so, dass der Rundfunkbeitrag von der Deutschen Post eingezogen wurde, und die Sozialbehörden waren für die Anträge auf Befreiung von der Zahlungspflicht zuständig. Mittlerweile liegt das alles in der Hand des gemeinsamen Beitragsservice der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Und der wehrt sich dagegen, dass die Verwaltungsaufwendungen zu hoch seien.

So gab es auch schon den Vorschlag, die Beiträge von den Finanzämtern, ähnlich wie bei der Kirchensteuer, einziehen zu lassen. Doch die ließen sich das mit drei bis vier Prozent des Kirchensteuervolumens bezahlen, argumentiert der Beitragsservice, da arbeite

man selbst effektiver. Der Anteil der Aufwendungen, gemessen an den Gesamterträgen, betrage nur 2,11 Prozent. Pro Beitragskonto und Jahr entstünden Aufwendungen von 3,83 Euro. Durch einen Abbau des Personals von 1207 Mitarbeitern Ende 2014 auf geplant 965 Ende 2017 soll dieses Verhältnis so bleiben.

Nichtzahler

Spektakuläre Fälle von Zahlungsverweigerung machen immer wieder die Runde. Die Gerichte sind stark beschäftigt mit Streitigkeiten um die Beitragszahlungen. 2015 liefen an bundesdeutschen Gerichten etwa 3800 Klagen. Allerdings hat im März das Bundesverwaltungsgericht klagefreudige Zahlungsverweigerer entmutigt, als es den Rundfunkbeitrag für rechtmäßig erklärte: Der Beitrag darf allein für die Möglichkeit erhoben werden, dass die öffentlich-rechtlichen Programme empfangen werden können. Dennoch: Heute steht der Rundfunkbeitrag erneut beim Bundesverwaltungsgericht auf dem Prüfstand. Verhandelt werden drei Klagen gegen den WDR. Die Kläger haben kein Rundfunkempfangsgerät oder nur ein Radio. Sie wenden sich gegen den Beitrag als Haushaltsabgabe. Mit einer Entscheidung in den drei Fällen (Az.: BVerwG 6 C 35.15, 6 C 37.15, 6 C 47.15)

wird heute gerechnet.

Mahnungen und Vollstreckungen

Mit insgesamt 25,4 Millionen Mahnmaßnahmen war der Beitragsservice im vergangenen Jahr befasst – von Zahlungserinnerungen bis zu Mahnungen. Erst bei ganz hartnäckiger Zahlungsverweigerung geht es in die Zwangsvollstreckung. Die funktioniert so: Weil die Rundfunkanstalten ihre Forderungen nicht einklagen müssen, sondern per Bescheid einziehen, können sie die Sache bei bestandskräftigem Bescheid an die kommunalen Vollstreckungsbehörden weiterreichen, die das Geld dann eintreiben. Die Zahl solcher Vollstreckungsersuchen ist von 891 000 im Jahr 2014 auf 1,4 Millionen 2015 angestiegen. Der Beitragsservice betont, dass Mahnungen und Vollstreckungen im Sinne der Beitragsgerechtigkeit notwendig seien – einzelne sollen sich nicht auf Kosten aller anderen entziehen können.

Befreiung

Für Menschen, die nicht in der Lage sind, den Beitrag aufzubringen, bei persönlichen Härtefällen oder Behinderungen wie Taubheit oder Blindheit gibt es die Möglichkeit, sich ganz oder teilweise vom Beitrag befreien zu lassen. 2015 machte dies einen Wert von gut 3,3 Milliarden Euro aus.

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 1

De Maizière: Wachsam bleiben!

Nach den jüngsten Terrorattacken von Orlando und Paris appelliert der Bundesinnenminister an die Bevölkerung. Sollen Polizisten auch in der Freizeit bewaffnet sein? Die Gewerkschaft GdP hält davon wenig.

VON JAN DREBES
UND EVA QUADBECK

Berlin. Angesichts der jüngsten Terrorattacken in Orlando und Paris ist in Deutschland eine Debatte darüber entbrannt, wie es einen besseren Schutz gegen radikale Einzeltäter geben kann, die losgelöst von Terrorzellen agieren. Die Innenminister aus Bund und Ländern werden sich dem Thema auch bei ihrer Konferenz im Saarland annehmen, die heute beginnt.

„Die blutigen Attentate von Paris und Orlando zeigen, dass radikalisierte Einzeltäter eine große Gefahr sind“, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) unserer Zeitung. Er wolle mit seinen Amtskollegen auch darüber beraten, „wie wir die bereits bestehenden Sicherheitskonzepte weiterentwickeln werden“, sagte Jäger.

Am Montagabend war es in der Nähe von Paris zu einem Attentat mit wahrscheinlich islamistischem Hintergrund gekommen. Ein wegen Terrorismus verbestrafter Mann, der sich bei der Tat auf die Terrormiliz Islamischer Staat

(IS) berief, brachte im westlichen Umland der französischen Hauptstadt einen Polizisten und dessen Partnerin um. Ein Spezialkommando erschoss den Täter, der kleine Sohn des Paares konnte äußerlich unverletzt gerettet werden.

Dies sei „zweifelloso ein Terrorakt“, sagte der französische Präsident François Hollande gestern. Die Opfer seien „feige von einem

Terroristen ermordet worden“. Angesichts der jüngsten Vorfälle warnt Bundesinnenminister Thomas de Maizière jedoch davor, sich auf eine zu eng gefasste Tätergruppe zu konzentrieren. „Wir müssen uns inzwischen sowohl auf Einzelattentate als auch auf gemischte Anschläge wie in Paris und international koordinierte Terroranschläge vorbereiten, nicht mehr nur auf eines dieser Szenarien“, sagte de Maizière unserer Redaktion. „Wir brauchen aber auch in der Bevölkerung eine erhöhte Achtsamkeit, wenn sich Familien-

angehörige, Nachbarn oder Freunde radikalisieren“, sagte der CDU-Politiker.

Der Polizistenmord von Paris wirft zudem die Frage auf, wie gut deutsche Beamte eigentlich gegen derlei Attacken geschützt sind – auch nach Dienstschluss. Wären Polizisten besser geschützt, wenn sie etwa ihre Dienstwaffe bundesweit ohne Einschränkungen mit nach Hause nehmen dürften? Bisher gelten in den Ländern unterschiedliche Regelungen.

Solchen Überlegungen steht die Gewerkschaft der Polizei allerdings kritisch gegenüber. Ihr Vorsitzender Oliver Malchow sagte unserer Redaktion: „Einen effektiven Schutz bringt das meiner Auffassung nach bei einem solchen Bedrohungsszenario wie jüngst in der Nähe von Paris aber nicht“, sagte der GdP-Chef. Wichtiger sei, dass die Beamten regelmäßig an Einsatz-, Schieß- und Eigensicherungstrainings teilnehmen könnten, mahnte er. ▶ Seite 2

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 3

Sicherheitskonzepte für Stadien in Frankreich werfen Fragen auf

Randalierer sind kein Phänomen der Vergangenheit, sagt André Schulz, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Probleme meist nicht öffentlich.

VON CHRISTOPH RUF

Paris. „Frankreich-Bashing ist zu einfach“: Das sagt zumindest der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz. Im Interview spricht er nun über die Schwierigkeiten der Polizeiarbeit angesichts der grenzüberschreitenden Probleme wie dem IS-Terror und dem Hooliganismus.

Herr Schulz, das Thema Hooligans ist seit dieser EM zurück auf der Agenda. Überrascht Sie das?
Schulz: Nein. Jährelang hieß es ja immer, dass Hooliganismus ein Phänomen der Vergangenheit sei. Uns lagen aber schon seit Jahren Erkenntnisse vor, dass viele aus dieser Szene gesellschaftlichen Rückenwind spüren und wieder aktiv werden. Hogesa, also die Bewegung „Hooligans gegen Salafiten“, war da schon ein Symptom dafür. Dass man jetzt verstärkt ins Ausland reist, gehört auch dazu.

Weg waren die Hooligans also nie?
Schulz: Nein, aber sie waren im Fußball nur noch eine Randerscheinung, weil sie sich an völlig anderen Tagen als den Spieltagen an völlig anderen Orten zu ihren Schlägereien verabredet haben – was die breite Öffentlichkeit so gut wie nie mitbekommt. Jetzt ist das anders, bei der EM werden sie sichtbar. Und sie ziehen massiv Unbeteiligte in ihre Auseinandersetzungen rein. Es ist aber auch nicht so, dass Russen und Engländer zufällig aufeinandergeprallt wären. Vieles ist lange verabredet.

Muss man die Kritik an der französischen Polizei nicht relativieren? Dass die Terror-Abwehr viele Ressourcen bindet, müsste spätestens nach dem Doppelmord von Maginville doch jeder verstehen.
Schulz: Natürlich. Die Vielzahl der Probleme ist das Problem – bei uns in Deutschland, aber vielleicht noch mehr in Frankreich, wo hun-

derte, vielleicht auch tausende Menschen leben, bei denen man vermutet oder weiß, dass sie zu einem Terrorakt in der Lage wären. Dazu kommen die einsamen Wölfe, die jahrelang völlig unauffällig lebten und plötzlich zuschlagen.

Die Polizei kennt ihre Pappenheimer, kann aber nicht jeden unter Kontrolle haben – ist das eine Parallele zwischen Terror und Hooliganismus?

Schulz: Letztlich schon, was nicht

heißt, dass dem Staat völlig die Hände gebunden sind. Es gab in Deutschland mehrere hundert Gefährder-Ansprachen, also das Signal an Fußball-Gewalttäter, dass sie gut daran tun, nicht das Land zu verlassen. Wir wissen aber auch, dass das oft nichts fruchtet und diese Leute zum Teil trotzdem nach Frankreich gefahren sind. Wir können auch davon ausgehen, dass hunderte polnische Hooligans in Frankreich sind.

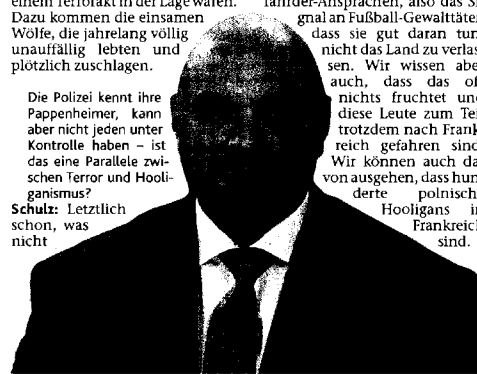
Und das kann man nicht verhindern?

Schulz: Die Polizei hat nicht die Mittel, jedem einzelnen von denen rund um die Uhr auf den Füßen zu stehen. Zudem haben wir offene Grenzen und in Deutschland nur sporadische Grenzkontrollen.

Wie aber kann es sein, dass es mitten in einem WM-Stadion fünf Minuten dauert, bis die Polizei – wie in Marseille – vor Ort ist, um russische Schläger in ihre Schranken zu weisen?

Schulz: Das im Detail zu bewerten, mag ich mir aus der Entfernung nicht anmaßen. Auffällig scheint mir aber, dass mit den Sicherheitskonzepten der Stadien etwas nicht stimmen kann, wenn auch rivalisierende Fans nicht voneinander getrennt sitzen. Auch das System mit personalisierten Tickets ist natürlich fragwürdig, wenn man nicht kontrolliert, ob der Name auf der Karte mit dem Inhaber übereinstimmt. Aber wenn Sie das bei jedem Einzelnen tun würden, müssten die Zuschauer sich morgens anstellen, wenn nachmittags das Spiel ist.

Also ist alles nicht so einfach, wie sich das manche vorstellen...
Schulz: Mir ist es jedenfalls so einfach, wenn jetzt einige Lautsprecher Frankreich-Bashing betreiben. Es stimmt schon, dass dort nicht auf allen Ebenen die Kooperationsangebote angenommen werden. Aber wenn derzeit, im Vorfeld des Spiels gegen Polen, elf deutsche Kollegen in Frankreich sind, dann muss man dazusagen, dass bei einem Turnier in Deutschland auch nicht mehr französische Kollegen wären.



André Schulz, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter weiß, dass es bei der EM Probleme gibt. Foto: imago/Methodi Popov

Bild vom 15.06.2016, S. 8



IM KNAST!

Ramadan- Behandlung für Brandstifter

Düsseldorf – Seit einer Woche sitzen Adel D. (26) und Mohamed B. (26) wegen der Brandstiftung in der Flüchtlingsunterkunft an der Messe (28 verletzte Flüchtlinge, 10 Mio. Euro Schaden) in U-Haft (BILD berichtete).

Bizarrr: Während sie im Heim noch Streit wegen der Fastenzeit Ramadan anzettelten (zu wenig Essen) haben sie in der JVA Düsseldorf in Ratingen jetzt Ramadan-Behandlung gewünscht!

Zur Erinnerung: In der Flüchtlingsunterkunft an der Messe hatten Mohamed B. (Marokkaner) und Adel D. (Algerier) über das Mittagessen gemosert. Trotz Fastenzeit wollten sie warme Speisen, die es (aus Rücksicht auf die meist muslimischen Bewohner) nicht gab.

Weil ihnen das kalte Buffet nicht ausreichte, soll Adel D. im Auftrag von Mohamed B. eine Matratze angezündet und den Großbrand ausgelöst haben.

Derzeit sitzen beide räumlich getrennt voneinander in der JVA Düsseldorf. Im Knast nehmen nach BILD-Informationen beide aktiv am Ramadan teil. Das heißt: nach dem Wecken um 6 Uhr verzichten sie auf ihr Frühstück. Ebenso auf das Mittagessen um 12 Uhr. Dafür werden beide Gerichte zwischen 17 und 18 Uhr mit dem Abendessen nachgeliefert.

Bis etwa 20 Uhr haben sie dann die Möglichkeit ihr Essen in der Küche des Freizeitsraums warm zu machen. Wollen sie die Speisen, wie zu Ramadan üblich, erst nach Sonnenuntergang, müssen sie sie kalt essen.

Im Knast dürfen sich die beiden Männer nicht begegnen, damit sie sich nicht absprechen können. Deshalb brauchen sie auch nicht arbeiten. Den Tag verbringen sie überwiegend in ihren Zellen. Jeder hat eine Stunde Hofgang. Dem Vernehmen nach benehmen sie sich im Knast ruhig und freundlich.

Über das Essen haben sie sich noch nicht beschwert.



Freiwilligen-Suche löst Hass-Welle aus

Düsseldorf – Vergangene Woche suchte die Düsseldorfer Flüchtlingsbeauftragte Miriam Koch via Facebook nach Freiwilligen, die im Heim an der Robstraße



folgte eine Welle von Hass. Motto: Sollen die Flüchtlinge ihr Essen doch selbst tragen. Die Wahrheit ist: Das taten sie auch! Im Wechsel halfen immer etwa 15 Flüchtlinge. Da Frauen und Kinder aber z.B. keine Wasserkisten schleppen können und am

Weekende nicht so viele im Heim waren, wurden eben Freiwillige gesucht (die sich auch meldeten). Miriam Koch haben die „üblen Kommentare“ bestürzt: „Entweder man hilft - oder man lässt es sein. Aber solche Kommentare braucht kein Mensch.“

gea



Düsseldorf
berrisch
41564 Kaarst
54 20 62
mail: bauer-berrisch@amx.de

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Ein Beobachter des Grauens?

Am Freitag soll in Detmold das Urteil über einen früheren Auschwitz-Wachmann gesprochen werden. Die Staatsanwaltschaft fordert sechs Jahre Haft. Das Gericht könnte darüber hinausgehen.

Von Reiner Burger

DÜSSELDORF, 14. Juni

Vermutlich ist es der letzte Auschwitz-Prozess, der am Freitag in Detmold zu Ende geht. Zwar sind derzeit noch zwei weitere Auschwitz-Fälle in Neubrandenburg und Kiel zur Hauptverhandlung zugelassen. In Neubrandenburg ist aber unklar, wann der Prozess gegen einen ehemaligen KZ-Sanitäter von Auschwitz beginnen kann; der 95 Jahre alte Angeklagte hat gesundheitliche Probleme. Und in Kiel gilt eine 92 Jahre alte Frau, die in Auschwitz als Funkerin eingesetzt war, derzeit ebenfalls als verhandlungsunfähig. Reinhold Hanning aber erfreut sich vergleichsweise guter Gesundheit. Seit Februar muss sich der 94 Jahre alte Mann aus Lage im Landkreis Lippe (an zwei Stunden je Verhandlungstag) wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 170 000 Fällen verantworten. Am Freitag will das Landgericht nach bisheriger Planung das Urteil verkünden.

Der frühere SS-Mann Hanning war Anfang 20, als er nach Auschwitz versetzt wurde. Bis 1944 war Hanning als Mitglied eines sogenannten SS-Totenkopfsturmbanns als Wachmann eingesetzt. Es war die Zeit, als die fabrikmäßige Tötung mit der „Trennung der Menschen in wenige Arbeitsfähige und mehrheitlich dem Tode Geweihte bis hin zur Vernichtung der Leichen in Asche“ ihren Höhepunkt erreichte, wie es in der Anklageschrift der nordrhein-westfälischen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur Aufklärung von NS-Verbrechen heißt. Nach Überzeugung von Oberstaatsanwalt Andreas Brendel bewachte Hanning sowohl das Stammlager Auschwitz als auch „Selektionen“ an der Rampe im Lagerteil Birkenau. Er ist sich sicher, dass Hanning wusste, dass ständig neuangekommene Deportierte in Birkenau grausam und heimtückisch vergast wurden. Hanning habe als SS-Mann dazu beigetragen, dass die Mordfabrik Auschwitz reibungslos funktionieren konnte.

Das Detmolder Verfahren ist ein wichtiger Prozess. Schoa-Überlebende bekamen doch noch ihre Chance, von der deutschen Justiz angehört zu werden. Opferanwalt Thomas Walther, der in Detmold einige Nebenkläger vertritt, ist überzeugt: Überlebende der Vernichtungslager können im Gerichtssaal ein Stück ihrer geraubten Menschenwürde zurückbekom-

men, wenn sie von ihren schrecklichen Erlebnissen und von ihren ermordeten Angehörigen erzählen. Die Justiz wiederum nutzte eine der letzten Möglichkeiten der strafprozessualen Aufarbeitung eigener Versäumnisse. Denn der strafrechtliche Umgang mit Auschwitz zählt zu den unrühmlichen Kapiteln der deutschen Rechtsprechung. Vor 50 Jahren kämpfte der damalige hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer dafür, durch umfassende Anklagen die Mitverantwortung aller in Auschwitz eingesetzten SS-Leute deutlich zu machen. Jedem sei der Sinn des Konzentrationslagers klar gewesen.

Doch Bauer scheiterte mit diesem Ansatz. Und 1969 kam dann der Bundesgerichtshof (BGH) in seiner Revisionsentscheidung zu den Frankfurter Auschwitzprozessen zu dem Ergebnis, dass nicht jeder, der in die Vernichtungsmaschinerie eingebunden war, dafür auch verurteilt werden könne. Notwendig sei der Nachweis, dass ein SS-Mann an bestimmten Taten beteiligt war. Bald ging die Justiz weit über diese Anforderungen hinaus, und es wurden meist nur noch solche SS-Leute verurteilt, denen nachgewiesen werden konnte, an einem bestimmten Tag einen bestimmten Menschen getötet zu haben. Das aber war nur selten möglich.

Erst 2011 kam es zu einer Neubewertung: Das Landgericht München verurteilte den früheren SS-Mann John Demjanjuk wegen Beihilfe zum Mord in Tausenden Fällen, allein weil er im Vernichtungslager Sobibór als Wachmann eingesetzt war. Seither gelten bei der Beurteilung der Taten von SS-Leuten wieder jene Maßstäbe, die in anderen Strafverfahren für Beihilfe immer schon angewandt wurden.

Das Demjanjuk-Verfahren war der „Türöffner“ für weitere Verfahren gegen die letzten noch lebenden SS-Leute. Es sind Greise wie Hanning oder Oskar Gröning, der „Buchhalter von Auschwitz“, der dafür zuständig war, das Geld der Deportierten zu verbuchen und im vergangenen Jahr in Lüneburg wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Gröning hatte von vorneherein zugegeben, dass er wie jeder andere in Auschwitz nach kurzer Zeit wusste, welchem Zweck das Lager diene.

Hanning dagegen schwieg zunächst. Erst Ende April wandte er sich mit einer persönlichen Erklärung an die Nebenkläger. Er bereue, einer verbrecherischen Organisation angehört zu haben, sagte er. „Ich schäme mich dafür, dass ich das Unrecht sehend geschehen lassen und dem nichts entgegengesetzt habe.“ Trotzdem plädierte die Verteidigung vergangene Woche auf Freispruch. Auch durch den Prozess seien keine Beweise dafür erbracht worden, dass Hanning in Auschwitz direkt an Verbrechen beteiligt war. Er habe zu keinem Zeitpunkt Menschen

getötet, geschlagen oder dabei geholfen, sagte Anwalt Johannes Salmen. Noch gelte die Rechtsprechung des BGH, die den Nachweis einer konkreten Tat verlangte.

Tatsächlich wurde das Münchner Urteil gegen Demjanjuk nie rechtskräftig, weil der frühere SS-Helfer vor einer Entscheidung des BGH starb. Auch über die Revision im Fall Gröning hat der BGH noch nicht entschieden. Salmen erinnerte auch daran, dass es an Gerichten in

Deutschland lange üblich war, frühere SS-Leute nur dann wegen Beihilfe zum Mord zu verurteilen, wenn sie in „reinen“ Vernichtungslagern wie Sobibór und Treblinka eingesetzt waren. Auschwitz beurteilten Gerichte deshalb anders, weil es neben dem Vernichtungslager Birkenau das Stammlager oder das Arbeitslager Monowitz gab, wo ein Teil der Deportierten zunächst Zwangsarbeit leisten mussten.

Im Verlauf des Detmolder Verfahrens gab es immer wieder Hinweise, dass die Kammer diese Argumentation nicht überzeugt. Ende April weitete sie die Tatvorwürfe gegen Hanning deutlich aus. Gegen den früheren SS-Mann werde nun wegen Beihilfe zu allen Morden in Auschwitz zwischen Januar 1943 und Juni 1944 verhandelt, teilte die Vorsitzende Richterin mit. Davor ging es in dem Verfahren vor allem um die Ermordung der ungarischen Juden, die im Mai 1944 begonnen hatte, die Anklage bezog sich im Wesentlichen auf diese sogenannte Ungarn-Aktion. Doch dann legte ein Gutachter dar, wofür Hannings 3. Kompanie des Totenkopfsturmbanns Auschwitz zuständig war. Die im Stammlager Auschwitz stationierte Kompanie sei auch an der Bewachung eintreffender Deportationszüge im Vernichtungslager Birkenau beteiligt gewesen. Und Gruppenführer wie Hanning hätten bei der Bewachung eine zentrale Koordinierungsaufgabe wahrgenommen.

In einer Erklärung, die Hanning Ende April von seinem Verteidiger vorlesen ließ, bestätigte der Angeklagte, dass seine Kompanie an der, wie er formulierte, „Judenrampe“ Leute abgestellt hatte. Zugleich beteuerte Hanning, selbst nie an die Rampe abkommandiert gewesen zu sein. Einmal habe er sich „nach Dienstschluss“ angesehen, wo die neue Bahnlinie nach Birkenau verlegt wurde. Ein anderes Mal habe er sich in seiner „Freizeit“ in das Gebiet zwischen dem Stammlager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau begeben. Schon auf halber Strecke habe man den Geruch der Krematorien in Birkenau wahrgenommen. „Ich wollte absolut nicht nach Birkenau. Ich habe immer zugehört, dass ich dort nicht zum Einsatz kam“, hieß es in der Erklärung.

Der Version, wonach Hanning ein unschuldiger Freizeit-Beobachter des Grauens in Auschwitz war, scheint die Detmolder Schwurgerichtskammer keinen Glauben zu schenken. Unlängst erteilte die Vor-

sitzende Richterin den rechtlichen Hinweis, dass das Gericht den Angeklagten nicht nur wegen Beihilfe zum Mord, sondern auch wegen Mittäterschaft verurteilen könnte. Hanning muss also damit rechnen, an diesem Freitag zu einer höheren Strafe als von der Staatsanwaltschaft gefor-

dert verurteilt zu werden. Sie plädierte auf sechs Jahre Haft. „Der Angeklagte hat am Vernichtungswerk des Lagers mitgewirkt“, sagte Oberstaatsanwalt Brendel. Man sei es den mehr als eine Million Opfern von Auschwitz schuldig, die Verbrechen auch heute noch zu verfolgen.

Neue Westfälische vom 15.06.2016, S. 5

Bundesliga soll für Fanzüge zahlen

Fußball: NRW-Innenminister Jäger sieht die Sonderzüge der Bahn als Beitrag für mehr Sicherheit im Reiseverkehr

Von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat von den deutschen Fußballverbänden finanzielle Hilfe für die Einsätze länderübergreifender Fan-Sonderzüge verlangt. In einem Gespräch mit dieser Zeitung nannte Jäger eine Beteiligung von DFB und DFL „einen wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit im Fan-Reiseverkehr“. NRW habe bereits gute Erfahrungen mit einem entsprechenden Pilotprojekt gemacht. Jäger kündigte an, die geforderte Unterstützung bei der Innenministerkonferenz im saarländischen Mettlach-Orscholz (15. bis 17. Juni) anzusprechen.

Mit den frisch ausgehandelten Fernsehverträgen verfüge die Liga über den erforderlichen finanziellen Spielraum, um ihrer Mitverantwortung für die Sicherheit des Spielbetriebs gerecht zu werden, sagte Jäger. Es könne nicht sein, dass der Aufwand für den Reiseverkehr allein auf den



Klare Ansage: NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). FOTO: DPA

Steuerzahler abgewälzt werde. Angesichts der Belastung der Polizei sei es zudem dringend geboten, jede mögliche Entlastung zu prüfen. Die Deutsche Fußball-Liga erhält ab 2017 für vier Jahre die Rekordsumme von 4,64 Milliarden Euro.

Bislang müssten die Fans einzelne Regionalverbindungen mühsam aneinanderreihen, bis sie die Austragungsorte erreichen, sagte Jäger. Mit mehr Sonderzügen soll sich das ändern. So sei es am Ende möglich, den mit Fußball ver-

bundenen Aufwand für die Polizei zu verringern. Fußballesätze binden enorme Kräfte, nach Angaben des Innenministeriums nehmen sie rund ein Drittel der Gesamtzeit der 18 Einsatzhundertschaften (Bereitschaftspolizei) ein.

Außerdem würden Fahrgäste, die keinen Bezug zu den Stadionbesuchen hätten, durch den erhöhten Einsatz von Fan-Zügen weniger gestört werden, sagte Jäger. Der SPD-Politiker sieht bei allen Beteiligten eine „grundsätzliche Bereitschaft, die Ausweitung der Sonderzüge bundesweit zu etablieren“. Jetzt gehe es darum, das zu finanzieren.

NRW setzt daneben weiterhin auf die Begleitung der reisenden Fußballanhänger durch Fan-Betreuer der Vereine. „Das trägt ebenfalls zu mehr Sicherheit bei“, so Jäger. „Die Betreuer sind nah dran an der Fan-Szene und verfügen über die notwendige Glaubwürdigkeit, um in bestimmten Situationen dazwischen zu gehen.“

Rheinische Post vom 15.06.2016, S. 1

Orlando: BKA prüft deutsche Spur

In einer Sendung von Seddique Mateen, dem Vater des Attentäters von Orlando, wurde 2013 für Spenden auf ein Düsseldorfer Sparkassenkonto geworben. Der Innenminister ruft zu mehr Wachsamkeit auf.

VON JAN DREBES, STEFANI GEILHAUSEN
UND EVA QUADBECK

BERLIN/DÜSSELDORF Das Bundeskriminalamt prüft nach dem Massaker in einem Nachtclub in Orlando im US-Bundesstaat Florida Verbindungen des Attentäters nach Deutschland. Man stehe in Kontakt zu den US-Behörden, bestätigte eine BKA-Sprecherin unserer Redaktion, ohne Details zu nennen.

In einer Sendung von Seddique Mateen, dem Vater des bei einem Schusswechsel mit der Polizei getöteten Omar Mateen, wurde vor drei Jahren um Spenden auf ein Konto der Düsseldorfer Stadtparkasse geworben. Seddique Mateen, der aus Afghanistan in die USA eingewandert ist und sich politisch für seine Heimat engagiert, moderiert laut „Washington Post“ eine lokale Fernsehsendung. In der „Durand Jirga Show“ kündigte er zum Beispiel vor einem Jahr seine Kandidatur für die afghanische Präsidentschaftswahl an. Zumindest 2013 soll Mateen die Bankverbindung angegeben haben.

In NRW prüfen nun Finanz- und Staatsschutzermittler der Polizei die Geldbewegungen des Sparkassenkontos. Damit dürften sie jedoch schnell zu einem Ende kommen:

Nach Informationen unserer Redaktion sind auf das 2013 eröffnete und 2014 wieder aufgelöste Konto nur zwei Zahlungen eingegangen – in Höhe von 100 und 70 Euro. Auch der Geldwäschebeauftragte der Sparkasse sei mit dem Fall befasst, sagte ein Sprecher. Ihm zufolge wurde das Konto aber weder auf den Namen Mateen noch den der TV-Sendung eingerichtet, sondern gehörte einem Hildener Verein – der ist nach Ansicht der Ermittler aber nie mit politischen oder finanziellen Aktivitäten aufgefallen. Ob Seddique Mateen, der in einem seiner Videos die Taliban als „Kriegsbrüder“ bezeichnet, mit dem Verein in Kontakt stehe, sei Gegenstand der Ermittlungen, hieß es aus der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass die Kontonummer vom Sender ohne Mateens Wissen eingeblendet wurde. In der gleichen Sendung wurde auch eine Kontoverbindung bei der weltgrößten Bank Wells Fargo gezeigt.

Mateens Sohn hatte am Wochenende in dem Club, der bei Homosexuellen beliebt ist, 49 Menschen erschossen und sich zur Terrormiliz Islamischer Staat bekannt. Unter-

dessen ist es am Montagabend nahe Paris zu einem weiteren Attentat mit islamistischem Hintergrund gekommen. Ein wegen Terrorismus vorbestrafter Mann, der sich zum IS bekannte, brachte einen Polizisten und dessen Partnerin um. Ein Polizeikommando erschoss ihn später.

Angesichts dieser Vorfälle hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die deutsche Bevölkerung zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. „Wir müssen uns inzwischen sowohl auf Einzelattentate als auch auf gemischte Anschläge wie in Paris und international koordinierte Terroranschläge vorbereiten, nicht mehr nur auf eines dieser Szenarien“, sagte de Maizière unserer Redaktion. „Wir brauchen aber auch in der Bevölkerung eine erhöhte Achtsamkeit, wenn sich Familienangehörige, Nachbarn oder Freunde radikalisieren“, betonte er: „Solche Hinweise an die Behörden sind unverzichtbar für die Verhinderung von Terroranschlägen.“ Die Radikalisierung erfolge nicht nur im Internet, sondern beginne regelmäßig auch im persönlichen Umfeld der Menschen, sagte de Maizière.

Rheinische Post vom
15.06.2016, S. 2

Rote Karte für Hooligans

VON GIANNI COSTA

Es ist Fußball-Europameisterschaft – und Hooligans aus Russland, England, Deutschland und anderen Ländern bestimmen die Schlagzeilen. Die Krawalle bei der EM sind Schläge gegen den Sport. Es sind Kriminelle, die den Fußball als ihre Bühne missbrauchen. Die Uefa hat das richtige Zeichen gesetzt: Wer wiederholt randaliert, dessen Team fliegt. Und zwar aus dem Turnier. Auch wenn am Ende als einziges Land Island im Wettbewerb übrigbleibt, weil es die friedlichste Anhängerschaft hat.

Damit nimmt die Uefa besonders die nationalen Verbände in die Pflicht, das Problem mit den Schlägertrupps endlich in den Griff zu bekommen. Die schieben die Verantwortung gerne von sich. Die Leidtragenden sind die Polizisten in Frankreich, die wegen der Terrorgefahr ohnehin schon am Limit arbeiten.

Umso mehr muss man sich schütteln, wenn man Stimmen von russischen Politikern hört, die Straftaten ihrer Landsleute auch noch bejubeln. Die sind mit ihren verbalen Angriffen mindestens so gefährlich wie die Schläger auf den Straßen.

Rheinische Post vom 15.06.2016, S. 3

Drei Kinder außer Lebensgefahr

Die Mutter bestreitet, ihre drei Kinder aus dem Fenster geworfen zu haben.

VON JENS VOSS

KREFELD Am Tag nach der unfassbaren familiären Katastrophe in Krefeld-Hüls, bei der eine Mutter verdächtigt wird, ihre drei Kinder aus dem zweiten Stock eines Wohnhauses geworfen zu haben, gibt es immerhin eine positive Nachricht: Die drei Kinder im Alter von drei, fünf und sechs Jahren sind nach Mitteilung der Polizei nicht mehr in Lebensgefahr. „Ihr Gesundheitszustand ist ernst, aber stabil“, teilte die Polizei knapp mit. Ob die Kinder, die aus mehreren Metern Höhe auf Asphalt gefallen sind, bleibende Schäden erlitten haben, lässt sich zur Zeit noch nicht sagen. Dies teilte

ein Sprecher der Krefelder Staatsanwaltschaft auf Anfrage mit.

Die tatverdächtige Mutter schweigt bisher weitgehend zu den Hintergründen der Tat, teilte die Polizei weiter mit. Nur in einem Punkt hat die 33-Jährige nicht geschwiegen: Laut Polizei hat sie bestritten, die Kinder aus dem Fenster geworfen zu haben.

In Hüls sitzt der Schock über das schreckliche Geschehen noch tief; vor dem Haus wurden gestern erste Kerzen und Blumen platziert – als Bekundungen des Mitgeföhls und als Ausdruck der Hoffnung, dass die

Kinder von ihren schweren Verletzungen vollständig genesen werden.

Staatsanwalt und Polizei waren weiter zurückhaltend mit Äußerungen. Ein Grund ist der Opferschutz. Wie immer es mit den Kindern weitergeht – sie sollen geschützt, ihre Identität abgeschirmt werden. Auch über den Vater der Kinder verlautete gestern nichts. Neben medizinischen Fragen geht es im Hintergrund auch um Fragen des Sorgerechts. In solchen Fällen prüft das Jugendamt, was mit dem Sorgerecht geschieht und ob die Kinder in Obhut gegeben werden.

Rheinische Post vom 15.06.2016, S. 4

„Wir machen aus der EM einen Friedhof“

Ein 25-jähriger Islamist tötet bei Paris einen französischen Polizisten und dessen Freundin, zeigt es live im Internet und droht dem Land.

VON CHRISTINE LONGIN

PARIS Es war eine ruhige Einfamilienhaussiedlung mit hohen Hecken um die Vorgärten, die am Montagabend vom Terrorismus erschüttert wurde. Im Namen des Islamischen Staats tötete der 25-jährige Larossi Abballa in Magnanville, rund 50 Kilometer von Paris entfernt, einen Polizisten und dessen Lebensgefährtin, die ebenfalls bei der Polizei arbeitete. Der dreijährige Sohn des Paares erlebte den Messerangriff mit, erlitt aber keine Verletzungen. Der bereits wegen Terrorplanung vorbestrafte Täter veröffentlichte noch während des Überfalls ein Live-Video bei Facebook, in dem er drohte: „Wir werden aus der EM einen Friedhof machen.“ Die von der Terrormiliz IS als Sprachrohr genutzte Nachrichtenagentur Amak verbreitete das Video. Darin wendet sich Abballa an Frankreichs Präsidenten François Hollande und sagt, er habe den Polizisten und seine Frau erbarmungslos getötet.

Dem Pariser Staatsanwalt François Molins zufolge begann das Drama am Montag kurz nach 20 Uhr, als Abballa dem 42-jährigen Kommandeur vor dessen Haus auflauerte und ihn mit einem Messer tötete. Danach folgte ein Nervenkrieg im Innern des Hauses, wo sich der 25-Jährige stundenlang verschanzte. Er erstach dort die 36-jährige Lebensgefährtin und ließ ein blutiges Messer auf dem Tisch zurück. Die Elite-Einheit Raid, die ein Nachbar zu Hilfe gerufen hatte, verhandelte zunächst mit dem Angreifer. Dabei bekannte der Täter seine Zugehörigkeit zum IS und berief sich auf einen Appell der Dschihadistenorganisation, „die Ungläubigen zusammen mit ihren Familien zu töten“.

Als Abballa drohte, sich in die Luft

zu sprengen, griff die Polizei gegen Mitternacht ein und befreite das Kind des Paares, das das Gemetzel hatte mitansehen müssen. Im Haus fanden Polizisten eine Liste mit weiteren potenziellen Zielen, darunter die Namen mehrerer bekannter Personen und Berufsgruppen wie Journalisten, Polizisten und Rapper.

Abballa war 2013 wegen Vorbereitung von Terrorakten zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er unter Anrechnung seiner U-Haft auch absaß. Damals ging es um die Rekrutierung Freiwilliger für eine afghanisch-pakistanische Terrorzelle. Nach seiner Haft meldete er sich laut Molins vorschriftsmäßig bei den Behörden und wies sowohl einen Wohnsitz als auch Arbeit in seinem eigenen Sandwich-Lieferdienst nach. Der in einem Sozialbau in Mantes-la-Jolie bei Paris lebende Sohn marokkanischer Einwanderer geriet im Februar erneut ins Visier der Justiz, weil er Kontakt zu einem nach Syrien abgewanderten mutmaßlichen IS-Kämpfer hatte. Der Verdächtige wurde abgehört und geortet. „Es gab kein Element, das die Vorbereitung eines Terroraktes ergab“, sagte Molins.

Nach der Bluttat, die Präsident François Hollande als „eindeutig terroristische Handlung“ bezeichnete, nahm die Polizei drei Bekannte von Abballa fest. Es handele sich um Männer im Alter von 27, 29 und 44 Jahren, sagte der Staatsanwalt Molins. Nähere Details nannte er nicht. Innenminister Bernard Cazeneuve hatte zuvor gesagt, es gehe nun darum, mögliche Komplizen zu finden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden aber weder Waffen noch Sprengstoff gefunden.

Bereits im vergangenen Jahr wa-

ren bei den Anschlägen in Paris drei Polizisten getötet worden. Deshalb ist es den Beamten seit den Attentaten des 13. November erlaubt, auch außerhalb des Dienstes ihre Waffen zu tragen. Außerdem werden sie aufgefordert, ihren Nachhauseweg in Zivil anzutreten. Auch Abballas Opfer trug keine Uniform.

Seine Tat passt zu einem Szenario, das die französischen Sicherheitskräfte fürchten: das eines radikalisierten Einzeltäters. „Er konnte mit relativ einfachen Mitteln sehr schweren Schaden anrichten“, sagte Polizeisprecher Jérôme Bonet im französischen Fernsehen. Der IS hatte Dschihadisten, die nicht in Syrien und im Irak kämpfen, ausdrücklich dazu aufgerufen, „einsame Wölfe“ zu werden und die „Ungläubigen“ zu bekämpfen. „Tötet sie mit Messern, spuckt ihnen ins Gesicht, distanziert euch von ihnen“, forderte Salim Benghalem, einer der französischen IS-Anführer, im Februar 2015 in einem Video.

Der Islamismusexperte Mathieu Guidère warnte im Radiosender France Info vor weiteren Attentaten: „Orlando war das Aufbruchssignal zu einer Serie von Anschlägen.“ Der IS habe vor Beginn des Ramadan seine Anhänger vor allem in drei Ländern zu Angriffen aufgerufen: in den USA, Frankreich und Großbritannien. In Frankreich ist die Angst vor allem rund um die EM besonders groß. Rund 90.000 Polizisten und private Wachleute bewachen das Fußballereignis. In den ersten Monaten des Jahres wurden laut Innenminister Bernard Cazeneuve bereits mehr als 100 Islamisten festgenommen. „Wir sind einer Bedrohung ausgesetzt, die noch lange dauern wird“, sagte Cazeneuve.

Die Welt vom 15.06.2016, S. 1

Furcht vor neuer Randalie beim Spiel Deutschland gegen Polen

Behörden warnen vor Ausschreitungen zwischen Hooligans aus beiden Ländern. Grenzkontrollen wegen der EM-Partie am Donnerstag in Paris verstärkt. Uefa bestraft Russland nach Übergriffen in Marseille

Bei der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich droht die nächste Eskalation der Gewalt: Die zuständigen Experten der deutschen Polizei warnen vor Schlägereien zwischen deutschen und polnischen Hooligans rund um das Spiel der beiden Länder am Donnerstag in Paris. Bei einem „unkontrollierten Aufeinandertreffen“ müsse mit „unmittelbar beginnenden körperlichen Auseinandersetzungen“ gerechnet werden, heißt es in einem internen Schreiben der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS), das der „Welt“ vorliegt. Die bei der Polizei Nordrhein-Westfalen angesiedelte ZIS mit Sitz in Duisburg beobachtet und registriert bundesweit Fußball-Gewalttäter. Sie ist für den internationalen Informationsaustausch zuständig, liefert anderen Ländern Hintergründe über deutsche Hooligans sowie Empfehlungen für polizeiliche Einsatzkonzepte.

Die ZIS spricht auf polnischer und deutscher Seite von Gruppen der Kategorien B und C – gewaltbereit beziehungsweise Gewalt suchend. Es kursiert eine Zahl von angeblich 450 deutschen Hooligans, mit denen am Donnerstag gerechnet wird. Die ZIS nennt dazu keine konkreten Zahlen. Aber im Internet tauchten bereits Fotos von polnischen wie auch von deutschen „Fans“ auf, die sich schon in Frankreich aufhalten und

einer der beiden Kategorien zugerechnet werden. Aus ihren Erfahrungen und den gesammelten Informationen befürchten die Experten der ZIS, dass die Hooligans jederzeit in der Lage sind, „sich zu einer gewaltbereiten Störgruppe zusammenzuschließen“.

Das besondere Problem der EM in Frankreich: Sie gilt „aus Störersicht“ wegen der vergleichsweise kurzen Anfahrtswege und der Reisefreiheit als besonders attraktiv. Die deutsche Bundespolizei will deshalb Hooligans, die zur Partie Deutschland gegen Polen in Paris unterwegs sind, möglichst schon an der Grenze stoppen. Sie kann Fans, die als gewaltbereit eingestuft sind, allerdings nicht einfach an der Ausreise hindern. Es komme auf andere, „gerichts feste Faktoren“ an wie etwa die Ausrüstung oder auffälliges Verhalten, sagte ein Sprecher der nordrhein-westfälischen Bundespolizeidirektion Sankt Augustin. Neben den Grenzen zu Belgien und den Niederlanden würden auch die Flughäfen in den kommenden Tagen weiter verstärkt überprüft. Ebenso seien Zivilstreifen in den Thalys-Zügen nach Paris unterwegs.

Nach den heftigen Ausschreitungen am Samstag in Marseille zwischen Anhängern der russischen und der englischen Mannschaft hat die Disziplinarkommission der europäischen Fußball-Union Uefa dem russischen Verband RFS die Dunkelgelbe Karte gezeigt. Ab sofort spielt Russland bis zum Ende der Euro-

pameisterschaft auf Bewährung. Sollte es wieder zu Krawallen der russischen Fans im Stadion kommen, wird die russische Nationalmannschaft vom Turnier ausgeschlossen. Diese Uefa-Anweisung gilt bis zum Ende der EM am 10. Juli. Zudem muss der russische Verband, der die Sanktion unmittelbar nach der Verkündung akzeptierte, eine Geldstrafe in Höhe von 150.000 Euro zahlen.

Russlands Nationaltrainer Leonid Sluzki appellierte an die Vernunft der Fans: „Wir brauchen euren Rückhalt. Bitte konzentriert euch aber auf die legale Unterstützung. Wir müssen unbedingt jede Gefahr vermeiden, vom Turnier ausgeschlossen zu werden.“ laga/lwa/jay

Siehe Kommentar und Seite 22

Forderung: Kein Alkohol bei Fußballspielen

Angesichts der Ausschreitungen bei der Fußball-EM hat **Lorenz Caffier** (CDU) ein striktes Alkoholverbot gefordert. „Solche verschärften Maßnahmen vor den Stadien und auch auf dem Weg zum Spielort wären ein wirksames Mittel“, sagte der **Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern** der „Welt“. Der Sprecher der unionsgeführten Innenministerien verlangte ein striktes Vorgehen gegen Hooligans: „Wir müssen es schaffen, dass solche Randalierer viel häufiger auch strafrechtlich verurteilt werden.“ **Seite 6**

Russlands Prügel-EM

SVEN FLOHR

Die Fußball-Europameisterschaft in Frankreich hat ein massives Gewaltproblem. Das Turnier wird von den Geistern der Vergangenheit eingeholt. Wie schon bei der WM 1998 wüthen Hooligans in allen Teilen des Landes. Schlägertrupps nehmen Innenstädte auseinander, gehen auf andere Fangruppen los und liefern sich sogar im Hochsicherheitstrakt Stadion unbehelligt wüste Auseinandersetzungen. Sicherheitsbehörden und Veranstalter versagen auf ganzer Linie.

Die europäische Fußball-Union Uefa versucht nun mit einer Strafe, der Lage Herr zu werden. Der Verband sprach am Dienstag gegen Russland einen Ausschluss auf Bewährung und eine Geldstrafe von 150.000 Euro

aus. Komme es zu weiteren Ausschreitungen, werde die Mannschaft aus dem Turnier genommen. Dass es nur die Russen traf und nicht auch randalierende Engländer, Nordiren oder Deutsche, ist darin begründet, dass russische Krawallmacher auf den Tribünen gewütet hatten. Hier ist die Uefa Hausherr. Dass ihr eigenes Sicherheitskonzept völlig fehlerhaft ist, ist offensichtlich. Die harte Strafe ist auch ein Versuch, dies zu übertünchen. Richtig ist sie dennoch. Ob sie auch Wirkung erzielt, fraglich.

Manchen Krawallmachern dürfte es egal sein, ob ihre Mannschaft im Wettbewerb bleibt. Sie „spielen“ ihr eigenes Turnier, die Prügel-EM. Und bekommen dafür auch noch Unterstützung. Unerträglich waren die Aussagen des russischen Parlamentsvizepräsidenten Igor Lebedew, der den Schlägertrupps aus der Heimat quer durch Europa ein „Gut gemacht, Jungs“ zurief. Auch die ersten Reaktionen nach dem ausgesprochenen Urteil lassen wenig Einsicht erhoffen.

Der Kreml-Sprecher nannte das Verhalten seiner Landsleute zwar „inakzeptabel“, zog sich dann aber in die Opferrolle zurück. Er appelliere an die Fans, sich nicht provozieren zu lassen. Ein Hohn – der Gewaltexzess der Russen in Marseille war detailliert durchgeplant.

Russland wird immer mehr zum Schurkenstaat des Sports. Am 5. August beginnen die Olympischen Sommerspiele von Rio, und am Freitag entscheidet sich, ob russische Leichtathleten daran überhaupt teilnehmen dürfen. Momentan sind sie wegen flächendeckenden Dopings gesperrt. In zwei Jahren findet dann die Fußball-WM in Putins Reich statt. Guten Gewissens kann dieses Turnier dort kaum noch ausgetragen werden. In der Debatte war dies längst, selbst beim Weltverband. Die Fifa wird sich die Veranstaltung aber wieder schönreden. So bleibt nur eine Reisewarnung: Vom Besuch von WM-Spielen 2018 ist abzuraten.

Westdeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Gewerkschaften klagen: Polizei fehlt Nachwuchs

Berlin. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sorgt sich um ausreichend qualifizierten Nachwuchs. „Wir haben nicht nur eine sinkende Zahl an Bewerbern, sondern auch die Qualität der Bewerber nimmt ab“, sagte der BDK-Vorsitzende André Schulz. Zudem habe man eine hohe Zahl an Abbrechern in der Polizeiausbildung. Schulz kritisierte, dass die Polizei fast ausschließlich Abiturienten nehme, „selbst für den mittleren Dienst“. Laut der Deutschen Polizeigewerkschaft sind die Bewerberzahlen in manchen Ländern teilweise um etwa 40 Prozent eingebrochen. *dpa*

Express vom 15.06.2016 , S. 2

Maas macht gegen Kinder-Ehen mobil

Berlin - Bundesjustizminister Heiko Maas hat an die Behörden appelliert, Zwangsehen und Polygamie auch bei Flüchtlingen nicht anzuerkennen. „Niemand, der zu uns kommt, hat das Recht, seine kulturelle Verwurzelung oder seinen religiösen Glauben über unsere Gesetze zu stellen“, sagte er „Bild“. Der SPD-

Politiker betonte: „Zwangsehen dürfen wir nicht dulden, erst recht nicht, wenn minderjährige Mädchen betroffen sind.“

Bei den Behörden waren in den vergangenen Monaten etliche Asylbewerber mit minderjährigen „Ehefrauen“ vorgestellt geworden. Einige von ihnen kamen mit gemeinsa-

men Kindern. „Wenn die Ehefrau minderjährig ist, wird immer das Jugendamt eingeschaltet, das dann entscheidet, ob die Familie zusammenbleibt oder nicht“, erklärte eine Sprecherin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Das Oberlandesgericht Bamberg hatte allerdings im Mai entschieden, dass ein als

Vormund bestelltes Jugendamt nicht über den Aufenthaltsort einer 15-jährigen Syrerin entscheiden dürfe, die mit ihrem volljährigen Cousin verheiratet worden war.

Polygamie ist in Deutschland nicht erlaubt. In vielen islamischen Staaten dürfen Männer aber bis zu vier Ehefrauen haben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
15.06.2016, S. 6

Maas: Zwangsehen nicht dulden

Umgang mit minderjährigen verheirateten Migrantinnen

elo./chh. BERLIN/BEIRUT, 14. Juni. Politiker von SPD und CDU schauen zunehmend kritisch auf Zwangs- und Mehrfachehen von nach Deutschland kommenden Migrantinnen. In jüngster Zeit hatte es Berichte gegeben, dass unter diesen auch einige hundert verheiratete Minderjährige seien sowie Männer mit mehreren Ehefrauen. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will Mehrfachehen in Deutschland nicht anerkennen. Er sagte der „Bild“-Zeitung: „Niemand, der zu uns kommt, hat das Recht, seine kulturelle Verwurzelung oder seinen religiösen Glauben über unsere Gesetze zu stellen.“ Deshalb dürften Mehrfachehen nicht anerkannt werden. Mehrfachehen sind in Deutschland verboten. Wenn ein anerkannter Asylbewerber einen Antrag auf Familiennachzug stellt, darf dieser sich nur auf einen Ehepartner beziehen.

Der Justizminister wendet sich auch gegen Zwangsverheiratungen Minderjähriger. Zwangsehen dürften nicht geduldet werden, „erst recht nicht, wenn minderjährige Mädchen betroffen sind“, sagte Maas. Erst kürzlich hatte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) gefordert, der Kinder- und Jugendschutz müsse auch für Flüchtlingskinder gelten. Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder (CDU), hatte gesagt, die Ehe beruhe auf einer freiwilligen Entscheidung von Mann und Frau, die sich gleichberechtigt gegenüberstünden. Eine Unterdrückung der Frau könne in keiner Form akzeptiert werden. Nach Aussage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird das Jugendamt eingeschaltet, wenn es sich um verheiratete Minderjährige handele. Dieses entscheide, ob die Familie zusammenbleibe.

Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) sagte dieser Zeitung: „Kinderehen darf es in Deutschland nicht geben.“ Deshalb sei es richtig, zu prüfen, inwiefern diejenigen, die langfristig nach Deutschland kommen, auch ausschließlich nach deutschem Recht zu behandeln seien. Bundesjustizminister Maas habe den Auftrag der Justizministerkonferenz bekommen, schnellstmöglich einen entsprechenden Vorschlag zu machen. „Ich erwarte einen entsprechenden Vorschlag noch in diesem Jahr“, sagte Kühne-Hörmann. Sie unterstütze, dass man jetzt prüfe, ob man das Heiratsalter in Deutschland entsprechend anhebe oder ob man andere Wege finde, sol-

che Ehen in Deutschland nicht anzuerkennen. Auch in Deutschland seien Ehen unter 18 Jahren unter strengen Voraussetzungen rechtlich möglich. „Wenn es für eine Neuregelung mit Blick auf die Kinderehen aber notwendig ist, das Heiratsalter in Deutschland auf 18 Jahre festzusetzen, dann würde ich diesen Weg mitgehen“, sagte die Ministerin.

In Syrien, woher die größte Gruppe der zuletzt Eingewanderten stammt, sind Fragen des Personenstandsrechts wie die Ehe weitgehend den Religionsgruppen überlassen. Das Mindestalter für die Eheschließung liegt bei 13 Jahren für Mädchen und 15 Jahren für Jungen. Es bedarf aber sowohl der Zustimmung eines männlichen Vormunds, etwa des Vaters oder eines Großvaters, sowie der Genehmigung durch einen Richter, der prüfen soll, ob die Jugendlichen reif für die Ehe sind. Das Mindestalter für eine Ehe ohne solche Beschränkungen liegt in Syrien für Mädchen bei 17 Jahren und für Jungen bei 18 Jahren. Ehen Minderjähriger in Syrien kommen vor allem in ländlichen und ärmeren Gegenden mit niedrigem Bildungsstand vor und betreffen sowohl muslimische als auch christliche Familien. Muslimische Männer können in Syrien – wie in vielen anderen muslimischen Ländern – bis zu vier Frauen heiraten, so sie diese versorgen können.

In Afghanistan, dem Herkunftsland der drittgrößten Gruppe der Asylsuchenden im ersten Halbjahr dieses Jahres, ist das gesetzliche Mindestalter für die Ehe 16 Jahre für Mädchen und 18 für Jungen; der Vater des Mädchens oder ein Gericht können aber unter bestimmten Bedingungen einer Heirat mit 15 Jahren zustimmen. Kinderheirat steht in Afghanistan unter Strafe; das entsprechende Gesetz kommt aber kaum zur Anwendung. Trotz des Verbots ist die Verheiratung von Kindern insbesondere in ländlichen, von Stammes-traditionen geprägten Gebieten eine weitverbreitete Praxis. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen sogar Sechsjährige verheiratet wurden. Dabei geht es häufig um Schulden, die durch die „Weggabe“ einer Tochter beglichen werden, oder um Fehden zwischen Familien, die nach dem traditionellen Verständnis durch die Heirat versöhnt werden sollen. Die afghanische Menschenrechtskommission schätzt zudem, dass mehr als 60 Prozent der Ehen in Afghanistan ohne Einwilligung eines oder beider Ehepartner zustande kommen.

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Pragmatische Justiz

VON WOLFGANG JANISCH

Solche Sätze sind ja schnell dahingesagt, und im Grunde ist auch nichts falsch daran. Mehrfachehen dürfen in Deutschland nicht anerkannt werden, Zwangsehen ebenfalls nicht, erst recht nicht, wenn Minderjährige betroffen sind. Das hat Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) klargestellt. Nur ist dies erst der Einstieg in das Problem und noch nicht dessen Lösung.

Beispiel Polygamie: Natürlich lässt sich die Mehrfachehe ächten – das deutsche Recht tut dies bereits. Solche Ehen werden nicht anerkannt. Andererseits: Soll man die deutschen Eheprinzipien auf Kosten der Frauen durchsetzen, die – womöglich gegen ihren Willen – in polyga-

mer Ehe leben? Die deutsche Justiz geht damit bisher pragmatisch und menschlich um: Sie gewährt nur solche Ansprüche, die auf den Ehemann gerichtet sind, etwa Unterhalt und Erbschaft. Ansprüche auf Kosten der Allgemeinheit werden den Mehrfach-Ehefrauen dagegen versagt.

Das Aufeinandertreffen so vieler Rechtskulturen in Deutschland macht differenzierte Antworten erforderlich. Eine deutliche Verschärfung der Regeln wäre jedoch bei den Ehen mit Minderjährigen notwendig. Dass die Gerichte bisweilen sogar die Heirat von 14-Jährigen anerkennen, widerspricht fundamentalen Grundsätzen unserer Rechtsordnung; dass solche Ehen aus freiem Willen geschlossen werden, ist schwerlich denkbar. Hier sollte Maas nachbessern.

Bild vom 15.06.2016 , S. 2

Fast alle Asylanträge von Tunesiern abgelehnt

Berlin – **Doch noch Bewegung im Streit um Asylsuchende aus Marokko, Tunesien und Algerien (Maghreb-Staaten)?** Freitag entscheidet der Bundesrat, ob sie künftig einfacher abgeschoben werden, indem die drei Länder zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt werden.

Einige grün (mit-)regierte Länder haben sich gestern überraschend nicht festgelegt, wollen

weiter mit der Bundesregierung verhandeln. Bislang hatten sich die Grünen gesperrt. Ein Grund: Homosexualität ist in den drei Ländern strafbar (bis zu 3 Jahre Gefängnis). Auch Journalisten, Oppositionelle werden verfolgt.

ABER:

► **Fast alle Anträge von Asylsuchenden aus den Maghreb-Staaten wurden 2016 abgelehnt.** Nur 0,5 % der Bewerber aus Tu-

nesien durften bleiben (Marokko 2,2 %; Algerien 1,4 %).

► **Nur 3 % der Zuwanderer in Deutschland stammen aus den Maghreb-Staaten. Aber jede vierte Straftat eines Flüchtlings geht laut Bundeskriminalamt auf ihr Konto.**

► Die Zahl der ausreisepflichtigen Asylbewerber aus den Maghreb-Staaten stieg bis Ende April auf 7253. Abgescho-

ben wurden in 2016 bislang nur rund 250.

► Zugleich kommen weiter viele Asylsuchende übers Mittelmeer, 2016 sind schon 3000 Menschen bei der Überfahrt ertrunken, schätzt das UN-Flüchtlingshilfswerk. **Die Bundesregierung erhofft sich von der Gesetzesänderung ein Sinken der Flüchtlingszahlen und Toten.** (hak)

Berliner Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Maghreb-Streit geht in die Verlängerung

Bundesrat-Abstimmung über sichere Herkunftsländer: Grüne in Stuttgart noch unentschlossen. Vermittlungsausschuss in Sicht

VON KARL DOEMENS

Der Streit über die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten geht in die Verlängerung. Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg vermied bei einer Kabinettsitzung eine Festlegung ihres Abstimmungsverhaltens am Freitag im Bundesrat. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) kündigte an, man suche weiter nach einem Kompromiss – „in den nächsten Tagen und womöglich auch darüber hinaus“. Beobachter werten dies als Hinweis auf ein mögliches Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat.

Geringe Anerkennungschancen

Angesichts der sehr niedrigen Anerkennungsquoten von Asylbewerbern aus Algerien, Tunesien und Marokko hatte der Bundestag im Mai mit den Stimmen von Union und SPD beschlossen, diese drei Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. Dadurch würde das Asylverfahren deutlich verkürzt. Die Bundes-Grünen lehnen das Vorhaben angesichts der Menschenrechtsslage entschieden ab. Auch aus rot-grünen Ländern waren in den vergangenen Tagen negative Signale gekommen.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Dort kommt

die große Koalition aber nur auf 20 von 69 Stimmen. Für eine Mehrheit bräuchte sie die Unterstützung des grün-schwarzen Baden-Württembergs, des schwarz-grünen Hessens und vier weitere Stimmen. Die könnte entweder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein oder Sachsen-Anhalt beisteuern. Oder es müssten zwei kleinere Länder zustimmen.

Dass eine solche Mehrheit bei der Bundesratsitzung am Freitag zustande kommt, gilt als sehr unwahrscheinlich. Wegen des Widerstandes der Regierungs-Grünen haben Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein eine Enthaltung angekündigt, die faktisch wie ein Nein wirkt. Über das Abstimmungsverhalten von Baden-Württemberg und Hessen wird erst am Donnerstagabend in internen Länder-Runden entschieden. Doch hat der grüne Parteirat in Hessen am Wochenende den vorliegenden Gesetzestext klar abgelehnt. Auch die Grünen in Baden-Württemberg haben starke Bauchschmerzen.

Allerdings droht in Stuttgart ein ernster Koalitionskrach mit der CDU, die auf eine zustimmende Passage im Koalitionsvertrag verweist. Vor diesem Hintergrund haben die Grünen-Realos ein großes Interesse an einer gesichtswahrenden Einigung. Bereits im März

hatten sie im Bundesrat eine Resolution durchgesetzt, die eine Altfallregelung und eine Sicherung des Rechtsschutzes auch im verkürzten Verfahren vorsah. Bislang sei die Union auf diese Forderungen nicht eingegangen, wird bei der Ökopartei bemängelt.

Sollte sich die Union nun doch bewegen, wäre eine Einigung mit Baden-Württemberg, Hessen und einem dritten Land mit grüner Regierungsbeteiligung noch denkbar, heißt es in Länderkreisen. Der Hinweis von Kanzleramtschef Altmaier, man habe bislang alle wichtigen Entscheidungen in der Flüchtlingskrise im Konsens getroffen und strebe das auch dieses Mal an, könnte als Signal der Gesprächsbereitschaft gewertet werden.

Ein Kompromiss vor dem Freitag wird von Beobachtern für unrealistisch gehalten. Doch könnte nach einem Nein der Länderkammer der Vermittlungsausschuss angerufen werden – entweder von der Bundesregierung oder vom Bundesrat selbst. Dann ginge der Streit in die nächste Runde. Der Stuttgarter Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zeigte sich am Dienstag zuversichtlich, dass man sich am Ende einigen werde.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Im Gespräch: Der Völker- und Ausländerrechtler Kay Hailbronner

„Staatsangehörigkeit ist mehr als eine Ortswahl“

Herr Hailbronner, Sie haben die doppelte Staatsangehörigkeit immer skeptisch gesehen. Fühlen Sie sich angesichts der Äußerungen des türkischen Präsidenten Erdogan über Bundestagsabgeordnete mit türkischer Herkunft und teils auch türkischer Staatsangehörigkeit bestätigt?

Die doppelte Staatsangehörigkeit als solche ist nicht das Problem. Sie kann als Ausdruck einer doppelten Zugehörigkeit und Verbundenheit mit einem Staat auch sinnvoll sein. Aber sie muss immer auch im Hinblick auf ihre integrationsschädlichen oder -nützlichen Wirkungen in einer konkreten Situation gesehen werden. Das Problem ist die damit verbundene Inanspruchnahme der deutsch-türkischen Bevölkerung durch die Türkei und die türkischen Verbände. Offenbar mit Erfolg, wenn sich ein nicht unerheblicher Teil dieser Bevölkerung mit der „türkischen Ehre“ nach dem Verständnis Erdogans identifiziert.

Aber wäre das nicht im Fall einer Aufgabe der türkischen Staatsangehörigkeit genauso?

Das ist richtig. Aber die Abschaffung der Optionspflicht und die ideologische Überhöhung der doppelten Staatsangehörigkeit als Ausdruck eines neuen multikulturellen Lebensgefühls haben nicht dazu beigetragen, die Integration zu fördern. Eher im Gegenteil. Jedenfalls gewinnt man diesen Eindruck, wenn man die Reaktion der deutsch-türkischen Bevölkerung und ihrer Verbände auf den Beschluss des Bundestags analysiert.

Wenn ein deutscher Bundestagsabgeordneter auch die türkische Staatsangehörigkeit hat, welche Konsequenzen könnte das haben?

Unmittelbar kann die türkische Regierung keinen Einfluss ausüben. Aber es ist natürlich keineswegs ausgeschlossen, dass die türkischen Staatsorgane einen Doppelstaater als primär türkischen Staatsangehörigen in Bezug auf das Verständnis der Loyalitätspflichten behandeln, selbst wenn im Strafrecht im Hinblick auf Landesverrat und Beleidigung der Ehre und so weiter formal keine Unterscheidung gemacht werden sollte. Und natürlich könnten es sich auch einige türkischstämmige Abgeordnete des Deutschen Bundestags zumindest überlegen, ob sie nicht stärker „türkische“ Interessen vertreten sollten, wenn ihnen der Verlust ihres Mandats als Folge einer mangelnden Unterstützung durch das türkischstämmige Wahlvolk droht. Dass die türkische Regierung hier nicht zimperlich ist, ihren Einfluss auszuüben, hat sie in der Vergangenheit deutlich gezeigt.

Hat Erdogan hier ein Druckmittel?

Die Druckmittel sind eher mittelbar, solange sich ein Doppelstaater nicht auf türkisches Staatsgebiet begibt. Die türkische Regierung könnte neben der Drohung der

Entziehung der türkischen Staatsangehörigkeit – was wohl eher unwahrscheinlich ist – mit der Aktivierung einer Wehrpflicht türkischer Staatsangehöriger drohen.

Die Wehrpflicht wird in der Tat oft als Beispiel eines möglichen Loyalitätskonflikts genannt, aber ist das nicht überholt?

Die Wehrpflicht hat bisher in der Praxis keine Rolle gespielt. Ganz ausschließen kann man aber die Möglichkeit einer Heranziehung zur Wehrpflicht nicht, insbesondere, nachdem in Deutschland die Wehrpflicht faktisch abgeschafft worden ist und damit das rechtliche Argument der Vermeidung einer doppelten Inanspruchnahme entfällt.

Gibt es Einschränkungen beim Erben oder beim Grundstückserwerb?

Die Türkei hat schon vor vielen Jahren Nachteile aus der Aufgabe der türkischen Staatsangehörigkeit im Erbrecht und Grundbesitzerwerb gesetzlich dadurch beseitigt, dass ehemaligen Türken ein Sonderstatus eingeräumt worden ist, der diese Nachteile beseitigt hat. Es gibt also keinen zwingenden Grund für die Notwendigkeit einer Beibehaltung der türkischen Staatsangehörigkeit als Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft.

Sollte die aktuelle Debatte Anlass zu einer abermaligen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sein?

Zumindest wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie sich die großen

Flüchtlingsbewegungen längerfristig auf die Zusammensetzung des deutschen Staatsvolks auswirken. Aufgrund des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit kraft Geburt auf deutschem Staatsgebiet wird künftig ein erheblich größerer Teil deutscher Staatsangehöriger in wesentlich anderen kulturellen und religiösen Vorstellungen verwurzelt sein. Auch nach Inkrafttreten des Integrationsgesetzes wird die deutsche Staatsangehörigkeit durch Flüchtlinge vermittelt, die kaum hinreichende Integrationsanforderungen erfüllen, sofern man nicht die „überwiegende“ Sicherung des Lebensunterhalts und (bescheidene) „hinreichende“ Kenntnisse der deutschen Sprache schon als ausreichende Garantie ansieht, dass sich die Eltern von extrem religiösen Vorstellungen und einer kaum den Integrationszielen verhafteten illiberalen Lebenshaltung gelöst haben. Es gibt zu denken, wenn der Soziologe Koopmans aufgrund mehrerer Studien feststellt, dass 47 Prozent der Muslime in Westeuropa fundamentalistische Glaubensauffassungen vertreten. Ob die Antwort in einem restriktiveren Staatsangehörigkeitsrecht liegt, ist damit nicht ausgemacht. Aber man sollte jedenfalls nicht ganz vergessen, dass Staatsangehörigkeit mehr ist als Wahl des Aufenthaltsortes und die Aufnahme einer Beschäftigung.

Das Gespräch mit Kay Hailbronner, Direktor des Forschungszentrums Ausländer- und Asylrecht an der Universität Konstanz, führte Reinhard Müller.



Kay Hailbronner

Foto: Uta Kramarz

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016 , S. 6

Bundesregierung bietet Gespräche über Asylrechtsänderung an

Scheitert Zustimmung am Widerstand der Grünen?

Lt./rso. BERLIN/STUTT GART, 14. Juni. Die Bundesregierung hat den Grünen Gespräche angeboten, um der Einstufung der Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsländer im Bundesrat eine Mehrheit zu verschaffen. Die betreffende Asylrechtsänderung steht am Freitag auf der Tagesordnung des Bundesrates und kann nur in Kraft treten, wenn dort eine Mehrheit der Länder-Repräsentanten zustimmt. Die Grünen sind in zehn der 16 Bundesländer an der Regierung beteiligt. Viele rot-grüne Landesregierungen haben sich inzwischen festgelegt, dem Gesetzentwurf am Freitag entweder nicht zuzustimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) sagte am Mittwoch im Fernsehen, es solle seitens der Bundesregierung mit den Ländern neue Gespräche „in den nächsten Tagen und womöglich darüber hinaus geben“, um doch noch die Zustimmung zu der Gesetzesänderung zu erreichen.

Es ist das dritte Mal, dass für die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer die Zustimmung von Bundesländern benötigt wird, in denen Grüne mitregieren. Beim ersten Mal, als es um die Einstufung einiger Balkanländer ging, verhalf Baden-Württemberg dem Vorhaben zur Mehrheit und isolierte sich damit innerhalb der Grünen. Beim zweiten Mal, da wurden die Länder des Westbalkans als sichere Herkunftsländer klassifiziert, gelang es den Grünen, eine gemeinsame Haltung zu wahren. Damals erhielten sie als Zugeständnis von der Bundesregierung die Zusage, es werde an anderer Stelle im Asylverfahrensgesetz Erleichterungen für Asylbewerber geben.

Altmaier machte am Mittwoch keine Andeutungen, womit die Bundesregie-

rung dieses Mal möglicherweise den Grünen entgegenkommen könnte. Die gegen die Gesetzesänderung eingestellten Grünen argumentieren, es gebe in allen betreffenden nordafrikanischen Ländern eine staatlich gestützte Verfolgung bestimmter Minderheiten, etwa Homosexueller. Altmaier sagte am Mittwoch lediglich, es solle sichergestellt werden, dass Menschen, die aufgrund ihrer Neigung oder ihres persönlichen Engagements in jenen Ländern ein Verfolgungsrisiko hätten, weiterhin in Deutschland auf jeden Fall Schutz erhalten könnten. Der Kanzleramtsminister deutete an, dass Verhandlungen mit den Grünen in dieser Frage möglicherweise nicht bis zur Bundesratssitzung am Freitag abgeschlossen sein könnten. Daher richteten sich Mutmaßungen darauf, die Abstimmung über den Gesetzentwurf könne möglicherweise vertagt werden; auch ein Vermittlungsverfahren nach einer

Abstimmungsniederlage der Regierung wurde für möglich erachtet. Zu den Ländern, die sich schon entschieden haben, nicht zu der notwendigen Mehrheit von 35 Stimmen für den Entwurf beizutragen (also sich zu enthalten oder dagegen zu stimmen), zählen Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz. Hessen und Baden-Württemberg wollen ihr Abstimmungsverhalten hingegen erst am Freitag vor der Bundesratssitzung festlegen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sagte, er sei zuversichtlich, dass am Freitag eine Entscheidung getroffen werde. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung geht es vor allem um die Gruppe der „vulnerablen Personen“ in den Maghreb-Staaten, also Journalisten, Homosexuelle und politische Akteu-

re, die unter Verfolgung und Repressionen zu leiden haben. „Für diese Menschen aus den sicheren Herkunftsstaaten muss ein sicheres Verfahren gewährleistet werden“, sagte Kretschmann.

Die Menschenrechtssituation in den Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien sei – anders als vormals in den Balkanstaaten – leider „unklar“ und „prekär“. „Wir müssen den Kern des Asylrechts schützen, ohne uns selbst zu überfordern“, sagte Kretschmann. Er zeigte sich betont offen für die Verhandlungen mit der Bundesregierung: Er werde keine Kautelen für die Verhandlungen mit der Bundesregierung benennen, es sei auch das Ziel seiner Regierung, dass die Bundesregierung handlungsfähig sei. Politisch Verfolgte müssten in Europa Schutz bekommen, zugleich handle es sich beim Streit über die sicheren Herkunftsstaaten nicht allein um eine verfassungsrechtliche Frage, in der Politik gehe es immer auch darum, Probleme zu lösen.

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung im Bundesrat am Freitag, wollen Grüne und CDU in Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative zur Beschleunigung von Asylverfahren auf den Weg bringen. Das kündigte der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Andreas Schwarz, am Dienstag an: „Unser Ziel ist ein praxistauglicher Mechanismus, um Asylentscheidungen generell zu beschleunigen. Schnellere Verfahren sollen dann angewandt werden, wenn die Schutzquote von Asylsuchenden aus einem Land über einen längeren Zeitraum unter eine bestimmte Quote fällt.“ Schwarz sagte, diese Lösung „entgifte“ die Auseinandersetzung über Asylverfahren, weil damit die Verfahrensbeschleunigung an die Sachentscheidungen des Bundesamtes für Migration geknüpft werden könnte.

**Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 15.06.2016, S.
8**

Grüne AfD-Helfer

Was die Grünen treibt, die Pläne der Koalition zu verhindern, Algerien, Tunesien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, ist bislang nicht klargeworden. Es ist schlicht falsch zu behaupten, Verfolgte aus diesen Staaten hätten keine Chance mehr, Asyl zu erhalten. Die Zahl der Anerkennungen dürfte nicht geringer sein als heute. Grünen-Politiker selbst haben einen Vorschlag wieder aufgefrischt, der in dieselbe Richtung zielt, ja fast noch weiter geht: Unterschreite die Anerkennungsquote für Bewerber aus einem Land eine bestimmte Grenze, könne automatisch das Verfahren für sichere Herkunftsländer gelten. Wo ist da der Unterschied zu den Plänen der Koalition? Haben die Grünen noch etwas ganz anderes im Sinn? Wollen sie mehr Geld für ihre Landesregierungen? Vor allem die NRW-Grünen müssen sich fragen lassen, ob sie von allen guten Geistern verlassen sind. Erst „Köln“ – jetzt eine Blockade gegen die Konsequenzen? Die AfD ist gerade in Umfragen auf dem Weg nach unten. Wer wissen will, wie und warum es wieder nach oben geht, wende sich vertrauensvoll an die Grünen. kum.

Kölnische Rundschau vom 15.06.2016 , S. 1

Maghreb: Kraft sieht den Bund am Zug

Einstufung als sichere Herkunftsstaaten droht an Grünen zu scheitern

DÜSSELDORF. Im Streit zwischen Bund und Ländern um die Frage, ob die Maghreb-Staaten sichere Herkunftsländer sind, sieht NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Bundesregierung am Zug. „Unser Problem, was die Schutzsuchenden aus Maghreb-Staaten an-

geht, ist nicht die Deklaration zu sicheren Herkunftsländern, sondern die Tatsache, dass wir die nicht rückführen können“, sagte Kraft. Die Abkommen, die die Bundesregierung geschlossen habe, seien nicht tragfähig. „Wir sitzen hier auf einer großen Zahl bereits entschiedener

Verfahren und können die Rückführung nicht organisieren.“ Daran müsse die Bundesregierung arbeiten und habe entsprechende Anforderungen des Bundesrats noch nicht erfüllt.

Die Länderkammer soll am Freitag entscheiden, ob Algerien, Marokko und Tunesien

zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Wegen des Widerstands bei den Grünen droht das vom Bundestag beschlossene Gesetz zu scheitern. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte Gespräche für eine Einigung an. (dpa/afp)

Politik S. 4 u. Kommentar

Kölner Stadtanzeiger vom
15.06.2016, S. 5

„Keine Umkehr der Beweislast“

Einschätzung zu sicheren Herkunftsländern

Frau Lumpp, sollen Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer eingestuft werden?

Wie ein Land etikettiert wird, ist aus UNHCR-Sicht weniger wichtig. Entscheidend ist vielmehr, ob ein Schutzbedürftiger im Einzelfall wirklich Schutz erhalten kann. Das bleibt nach unserer Auffassung prinzipiell gewährleistet. Denn die gesetzliche Vermutung, dass ein Herkunftsstaat „sicher“ ist, kann in jedem Einzelfall widerlegt werden.

Das Innenministerium sieht eine „Umkehr der Beweislast“. Ist das mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar?

Es gibt keine Umkehr der Beweislast. Wie bisher gilt der Amtsermittlungsgrundsatz, das heißt die Behörde muss selbst die notwendigen Tatsachen ermitteln. Der Antragsteller muss dabei darlegen, warum er internationalen Schutz beansprucht. Das war aber schon immer Kern jeder Anhörung im Asylverfahren, kann also bei den „sicheren Herkunftsländern“ nichts Neues und anderes sein.

Ist das ganze Gesetz nur Show?

Das würde ich nicht sagen. Immerhin muss seit dem zweiten Asylpaket über Antragsteller aus „siche-

ren Herkunftsstaaten“ in der Regel binnen einer Woche entschieden werden.

Wie steht der UNHCR zu beschleunigten Verfahren?

Es kann sinnvoll sein, einfache Fälle beschleunigt zu behandeln. Es ist nun mal gut, wenn die Betroffenen schnell wissen, wie es weitergeht. Wenn allerdings ein Verfahren binnen einer Woche abgeschlossen sein soll, ist es wichtig, dass jeder Antragsteller vorher Zugang zu umfassender Verfahrensberatung hat. Hier sehen wir noch Nachbesserungsbedarf. Zudem sollten Asylsuchende mit besonderen Bedürfnissen, etwa traumatisierte Personen, von solchen Schnellverfahren ausgenommen sein.

Das Gespräch führte
Christian Rath



Katharina Lumpp von der UN-Flüchtlingsbehörde UNHCR setzt sich seit mehr als 20 Jahren für den

Schutz und die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden ein.

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 6

Gauck solidarisiert sich mit Muslimen

RAMADAN Bundespräsident kommt als Nachbar zum Fastenbrechen in Berlin-Moabit – Imam dankt für die Geste

VON TOBIAS PETER

Berlin. Je einfacher eine Geste ist, desto mehr Kraft kann sie entfalten. Als das Fastenbrechen eröffnet ist, nimmt Bundespräsident Joachim Gauck die Plastikschaale mit den Datteln in die Hand und hält sie seinen Sitznachbarn auf den Holzbänken hin, damit diese sich eine süße, kleine Frucht nehmen können. Dem Imam, der Frau mit dem Kopftuch und natürlich auch Gaucks Lebensgefährtin Daniela Schadt. Als Letzter nimmt er selbst eine Dattel.

Der Kern dieses Abends soll die Verbundenheit der Menschen im Alltag sein. Gauck ist, wie er selbst sagt, nicht nur als Bundespräsident zum Fastenbrechen mit mehreren Hundert Menschen in Berlin-Mo-

abit gekommen, sondern als Nachbar – da das Schloss Bellevue nur zwei Kilometer entfernt liege. Es sind Deutsche und Flüchtlinge, Muslime, Christen und andere eingeladen. Fasten bedeutet Verzicht und für die Muslime im Ramadan Geduld, bis nach Sonnenuntergang gegessen werden darf. „Dass Sie alle mit uns warten, ist auch ein Zeichen des Mitgefühls“, sagt der Imam Abdallah Hajir.

So viel Gemeinsamkeit ist keine Selbstverständlichkeit in Tagen, in denen der türkische Moscheedachverband Ditib den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) vom Fastenbrechen in der Sehlik-Moschee wieder ausladen hat. Hintergrund ist das aufgeheizte Klima nach der Armenien-

Resolution des Bundestags, in der die Ermordung von 1,5 Millionen Armeniern 1915 im Osmanischen Reich als „Völkermord“ bezeichnet wird. Beim Fastenbrechen in Moabit spielt dieser Streit keine Rolle. Veranstalter ist das Bezirksamt gemeinsam mit vielen lokal verwurzelten Organisationen, vom deutsch-arabischen Moscheeverein „Haus der Weisheit“ bis zur evangelischen Kirchengemeinde. Doch nach dem Massaker von Orlando sind die Vorbehalte gegen Muslime in der Gesellschaft ein Thema. Bei manchem sei die Angst vor dem islamistischen Terror zu einer Angst vor den Muslimen geworden, sagt Gauck.

Wie die Gemeinsamkeit funktioniert, über die der Bundespräsi-

dent spricht, lässt sich auf dem Spielplatz beobachten, der zum Gelände am Otto-Platz gehört. Hier rennen und schaukeln Kinder unterschiedlichster Herkunft – und das während Gaucks Rede. Andere Kinder sitzen brav am Platz. So wie die zehnjährige Liada, die vor zehn Monaten aus Syrien gekommen ist und schon recht gut Deutsch spricht. Aber weiß sie auch, wer der Mann ist, der da spricht? „Nein“, antwortet sie. Und schüttelt verschämt den Kopf.

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 1

NRW-Grüne: „Keine sicheren Herkunftsländer“

Maghreb-Staaten: Neuregelung steht auf der Kippe

An Rhein und Ruhr. In der Debatte um die Frage, ob die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen, haben sich die NRW-Grünen erneut deutlich positioniert: „Unsere Haltung ist klar: Für uns sind Marokko, Tunesien und Algerien keine sicheren Herkunftsländer“, sagte der Co-Vorsitzende Sven Lehmann gestern der NRZ. Damit sieht es aus als, als werde sich NRW wie andere grün mitregierte Bundesländer bei der Abstimmung im Bundesrat am Freitag enthalten, womit die Neuregelung auf der Kippe steht.

In den Maghreb-Staaten würden „Homosexuelle verfolgt und gefoltert, Journalisten eingesperrt und Frauen dis-

kriminieren“, begründete Lehmann die Haltung der Grünen. Das Gesetz der Bundesregierung sei „vom Ursprung her falsch“. Wenn es wirklich darum gehe, Kriminelle schneller abzuschicken, dann müsse die Regierung für bessere Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsländern sorgen. „Die Asylgesetzgebung in Deutschland noch weiter anzuschließen, das werden wir als Grüne nicht mitmachen“, so Lehmann.

Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) forderte die Bundesregierung gestern auf, Abschiebehindernisse zu beseitigen. Die bisherigen Abkommen seien nicht tragfähig. *jes/dpa*

Klartext Seite 2 / Bericht Magazin

Neue Rhein Zeitung
vom 15.06.2016, S. 2

Nichts weiter als weiße Salbe

Von Jan Jessen
(j.jessen@nrz.de)

Zu „sicheren Herkunftsstaaten“

Algerien, Marokko und Tunesien sind Länder, in denen die Menschenrechtssituation insbesondere für Frauen, Homosexuelle und Journalisten prekär ist, daran gibt es nichts zu rütteln. Andererseits haben sich aus den Maghreb-Staaten vor allem junge Männer auf den Weg nach Europa gemacht, die häufig in Asylverfahren frank und frei zugeben, was sie dazu bewogen hat: nämlich der Wunsch nach einem besseren Leben. Und das ist kein Asylgrund. Klar ist auch, dass junge Nordafrikaner überdurchschnittlich häufig in der Kriminalitätsstatistik auftauchen, also eine Problemgruppe darstellen. Werden sie schneller und konsequenter abgeschoben, würde sich das in der Heimat herumsprechen – Deutschland wäre nicht mehr so attraktiv.

Trotzdem ist die geplante Deklaration der drei Maghreb-Länder zu „sicheren Herkunftsstaaten“ vor allem eines: eine populistische Maßnahme, um den nach der Kölner Silvesternacht entflammten Volkszorn abzukühlen. Sie wäre, falls sie umgesetzt wird, eine weitere Beschneidung des Asylrechts – viel mehr aber nicht. Bereits jetzt können bestimmte Herkunftsländer prioritär in den Asylverfahren behandelt werden; Kriminelle verirken ihr Recht auf Asyl sowieso. Bei Abschiebungen müssen aber die Heimatländer mitspielen. Und daran hapert es, nicht an der Frage, ob und wie sicher ein Herkunftsland ist.

Der größte Teil der jungen Nordafrikaner kommt ohne Dokumente nach Deutschland, erhalten sie über ihre Heimatländer keine Ersatzpapiere, können sie nicht abgeschoben werden; wenn sich ihre Herkunftsländer zudem weiter wie derzeit bei der Rückübernahme ihrer Bürger querstellen, bleibt die Deklaration zu sicheren Herkunftsstaaten nichts weiter als weiße Salbe.

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016,
S. 4

Unsicherheit im Reisebus

Dürfen Kita-Kinder Reisebus fahren? Ein Beschluss aus Mülheim sorgt für Diskussionen

Von Philipp Ortmann
und Stephan Hermsen

An Rhein und Ruhr. Die Mülheimer Verwaltung hat für ihre städtischen Kindertagesstätten mit sofortiger Wirkung Richtlinien für Ausflugsfahrten festgelegt. Demnach dürfen die städtischen Kitas ab sofort nur noch Fernfahrten in Reisebussen antreten, die über Drei-Punkt-Gurte verfügen. Anderenfalls müssen sie Fahrten mit Privatautos organisieren. Ausflüge im nahen Mülheimer Umkreis dürfen dagegen mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unternommen werden.

Privat-PKW und ÖPNV riskanter

Damit sind Fahrten in Reisebussen mit Beckengurten mit sofortiger Wirkung tabu. Das bestätigte Stadtsprecher Volker Wiebels auf Anfrage. Auch in der Nachbarstadt Essen will man nun nach den Sommerferien Regeln für Busfahrten mit Kleinkindern aufstellen.

Die städtische Empfehlung aus Mülheim hat vielerorts für Verunsicherung gesorgt. So registrierte die Landesunfallkasse bereits Anfragen unter anderem aus Essen und Dinslaken. Und sie macht deutlich: Der Versicherungsschutz ist gegeben, egal, mit welchem Bus die Reise angetreten wird. „Es gibt dort keine gesetzlichen Vorschriften“, so Andreas Bergmeier. Außer dieser: Wenn Gur-

te im Bus vorhanden sind, müssen sie auch verwendet werden.

Beim Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) sieht man die Empfehlungen aus Mülheim und die Überlegungen aus Essen eher kritisch. Die Alternativen zum Reisebus - der Transport in Privat-PKW oder die Nutzung von Bus und Bahn im öffentlichen Nahverkehr - beobachtet der Präventionsbeauftragte des DVR Georg Nottelmann mit hochgezogenen Augenbrauen: Private PKW sind häufiger in Unfälle verwickelt und diese sind heftiger: Wenn ein Bus einen anderen PKW rammt, merken die Insassen das aufgrund des hohen Eigengewichts des Busses nicht so dramatisch. Und die Eltern müssen die Kindersitze fachgerecht montieren und dürfen sich auch vom Geschrei fremder Kinder im Auto nicht ablenken lassen.

Auch die Fahrt mit Bussen im öffentlichen Nahverkehr stuft Nottelmann als deutlich risikoreicher ein: „Da gibt es gar keine Sicherheitsgurte und die Fahrgäste müssen oft sogar stehen.“ Seine Empfehlung: „Ausflüge mit Reisebussen sind da durchaus eine gute Wahl. Wenn darauf geachtet wird, dass es sich um moderne Busse mit guten Rückhaltesystemen handelt.“ NRZ

Rheinische Post vom 15.06.2016 , S. 1

Sichere Maghreb-Staaten?

NRW hat Vorbehalte

BERLIN/DÜSSELDORF (RP) Die Chancen sinken, dass der Bundesrat am Freitag dem Vorhaben zustimmt, Algerien, Tunesien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, um Flüchtlinge aus diesen Staaten rascher ausweisen zu können. Die Mehrheit in der Länderkammer erscheint fraglicher denn je. Das vom Bundestag beschlossene Gesetz braucht die Unterstützung mindestens dreier Länder zur grünen Regierungsbeteiligung.

NRW lässt seine Zustimmung zur Ausweitung der Liste sicherer Staaten noch offen. Die Grünen lehnen den Plan allerdings ab; die SPD hat Vorbehalte. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sagte gestern, der Bund solle stattdessen mit den Maghreb-Staaten ein Abkommen aushandeln, das schnelle Abschiebung ermögliche. Die Bundesregierung habe zu dem Fragen zur Menschenrechtssituation vor Ort nicht ausreichend beantwortet. Sollten sich SPD und Grüne nicht einigen, wird sich die Landesregierung enthalten. Enthaltungen zählen im Bundesrat wie Nein-Stimmen. Auch das von einer Ampelkoalition regierte Rheinland-Pfalz will sich enthalten, ebenso die grün mitregierten Länder Thüringen, Hamburg und Sachsen-Anhalt.

Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte Gespräche mit den Ländern an – in den nächs-

ten Tagen „und womöglich auch darüber hinaus“. Das könnte bedeuten, dass sich die Regierung auf ein Vermittlungsverfahren einstellt.

Konsequenter Umgang mit Flüchtlingen

VON EVA QUADBECK

Wenn weit über 90 Prozent von Asylbewerbern eines Landes keine Anerkennung erhalten, dann ist es sinnvoll, das Land zum sicheren Herkunftsstaat zu erklären. Politisch Verfolgte aus diesen Ländern bekommen weiter Schutz – in schnelleren Verfahren.

Während der heißen Phase der Flüchtlingswelle hatten sich Bund und Länder zu Recht darauf verständigt, die Kapazitäten für Aufnahme und Integration in Deutschland für Flüchtlinge vorzuhalten, die an Leib und Leben bedroht sind. Wenn die Grünen von diesem Prinzip nun Abstand nehmen, geben sie parteipolitischen Erwägungen den Vorzug vor einer verantwortlichen Haltung für das Gemeinwohl.

In den Jahren vor der Flüchtlingswelle konnten es sich Bund und Länder leisten, die eigenen Gesetze lax zu handhaben und massenweise Menschen zu dulden, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Diese Politik der Inkonsequenz fällt uns heute auf die Füße. Wir haben hunderttausende Geduldete im Land, die nicht in ihre Heimat zurückkehren werden, die aber auch keine Chance auf Integration haben. Diese Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Deshalb müssen die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

**Rheinische Post
vom 15.06.2016,
S. 5**

Hendricks fördert Integration mit 800 Millionen Euro

BERLIN (jd) Um angesichts hoher Zuwanderungszahlen die Integration von Ausländern in Deutschland voranzutreiben, hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) ein neues Förderprogramm auf den Weg gebracht. Ab dem kommenden Jahr stehen bis einschließlich 2020 jährlich 200 Millionen Euro für einen „Investitionspakt“ des Ministeriums zur Verfügung, der auf Baumaßnahmen in sozialen Einrichtungen abzielt. Einen entsprechenden Beschluss für die Bundesfinanzhilfe soll heute das Bundeskabinett in Berlin fassen.

„Dieses Geld soll vor allem in den Ausbau und die Verbesserung der Bildungseinrichtungen unseres Landes investiert werden“, sagte Hendricks unserer Redaktion. „Wir wollen unsere Kitas und Schulen zu Herzkammern der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausbauen und ihre Verankerung im Stadtteil stärken.“ Mit den baulichen Maßnahmen, die neben Bildungseinrichtungen auch Stadtteilzentren und Bürgerhäusern zugutekommen sollen, will man nach Hendricks' Angaben ehrenamtliche Helfer unterstützen, die sich für das Miteinander der Menschen in ihrer Nachbarschaft einsetzen. Integration meine damit alle Bevölkerungsgruppen – Neuankömmlinge und Einheimische, so die SPD-Politikerin. „Mit diesen Investitionen können wir heute die sozialen Ghettos von morgen verhindern“, sagte Hendricks.

Die Mittel sollen von den Kommunen beantragt werden können, hieß es. Zudem sei die Umsetzung schneller und flexibler möglich als bei herkömmlicher Städtebauförderung.

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Test für Schwarz-Grün

VON ROBERT ROSSMANN

Kanzleramtsminister Peter Altmaier gilt eigentlich als großer Kommunikator. Er genießt öffentliche Auftritte, seine Vorgänger wirkten lieber im Stillen. Doch inzwischen scheint Altmaiers Art an ihre Grenzen zu stoßen. Es ist seine Aufgabe, die Konflikte in der Regierung zu befrieden. Doch der ewige Streit über die Erbschaftsteuer, das Sexualstrafrecht, die Entgeltgleichheit und manches mehr zeigt, dass ihm das immer seltener gelingt. Nicht nur in der SPD, auch in der Union, gibt es Klagen über Altmaier. Im Umfeld Sigmar Gabriels sprechen sie bereits vom „Däumchendreher im Kanzleramt“.

Auch den jetzt wieder aufgeflammt Streit über die sicheren Herkunftsstaaten hätte Altmaier längst lösen müssen, er ist schließlich der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung. Doch bisher ist es ihm noch nicht einmal gelungen, ein einziges der zehn von den Grünen mitregierten Bundesländer auf seine Seite zu ziehen. Dabei braucht er mindestens drei dieser Länder, um den Gesetzentwurf seiner Regierung

durch den Bundesrat zu bekommen. Wie groß die Not Altmaiers vor der Abstimmung in der Länderkammer am Freitag geworden ist, konnte man am Dienstagmorgen erleben. Da sah sich Altmaier gezwungen, via Frühstücksfernsehen Kompromiss-Signale an die Grünen zu senden – so etwas macht man normalerweise nicht vor Kameras.

In Berlin fragen sie, wie gut der Kanzleramtschef seinen Job macht

In dem Streit geht es inzwischen nicht mehr nur um die Sache: Sollen die Verfahren von Asylbewerbern aus den Maghreb-Staaten durch eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten beschleunigt werden? Es geht inzwischen auch darum, ob Altmaier seinen Job noch gut genug macht. Vor allem aber ist der Streit eine Nagelprobe dafür geworden, ob Schwarz-Grün tatsächlich ein Zukunftsmodell für den Bund sein kann.

Die leidgeprüfte SPD ist dabei ausnahmsweise in einer kommoden Lage. Sigmar Gabriel hält die geplante Ausweitung

der sicheren Herkunftsstaaten zwar für richtig. Das Thema ist aber keine Herzensangelegenheit der Sozialdemokraten. Das haben sie bereits im Februar bewiesen. Damals verhinderte die SPD-Bundestagsfraktion, dass das Gesetz zu den Herkunftsstaaten schnell beschlossen werden kann. Die Genossen ließen damit zu, dass die Grünen vor den Landtagswahlen im März nicht Farbe bekennen mussten, ob sie nun für oder gegen das Gesetz sind. Damals kämpften SPD und Grüne noch ‚an Seit‘, sie wollten die gemeinsamen Landesregierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verteidigen.

Doch inzwischen hat sich die Lage geändert. Die SPD ist zunehmend genervt von den schwarz-grünen Liaisonen. Seit den März-Wahlen regieren CDU und Grüne in drei Bundesländern miteinander. Umso größer ist bei der SPD die Freude darüber, wie sich Union und Grüne in der Debatte über die Herkunftsstaaten verhakt haben. Und umso wichtiger wäre es für Altmaier und die Grünen, bis zur Abstimmung am Freitag doch noch eine gemeinsame Lösung zu finden.

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 6

Hilfe, die verpufft

Das Netz bietet viele Webseiten für Flüchtlinge. Doch kaum jemand kennt sie

Berlin – Schon mal von InfoCompass gehört? Das ist eine Webseite, die auf einer Landkarte Serviceangebote für Geflüchtete in Berlin verzeichnet. Oder von Arriving in Berlin? Eine Webseite, die auf einer Landkarte Dienstleistungen für Geflüchtete in Berlin verzeichnet. Oder von Willkommensnetz, HelpCamp und Clarat? Drei Seiten, die genau dasselbe tun.

Als im Sommer und Herbst die Behörden von der Ankunft Hunderttausender Flüchtlinge überfordert waren und allorts Ehrenamtliche spontan einsprangen, da wollten unabhängig voneinander auch viele technikaffine Menschen helfen. Sie investierten Zeit und Energie in die Entwicklung von Apps und Webseiten, die den Helfern die Koordination erleichtern oder den Geflüchteten selbst beim Ankommen helfen sollen. Aber diese Angebote doppeln sich oft, und viele kommen gar nicht bei der Zielgruppe an. Um das zu ändern, hat das Bundesinnenministerium gemeinsam mit verschiedenen Initiativen am Dienstag zu einem „Digitalen Flüchtlingsgipfel“ in der Bertelsmann-Stiftung in Berlin gela-

den. Etwa 130 Menschen sind gekommen, es sind mehr Sakkos als Kapuzenpullis zu sehen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) spricht das Grußwort. Es gebe „viele gute Anwendungen“, sagt er, aber sie erzielten oft nicht die gewünschte Reichweite und Wirkung, und vielfach werde „das Rad immer wieder neu erfunden.“

Joana Breidenbach ist Kulturanthropologin und Gründerin des Thinktanks „betterplace lab“, das die Konferenz mitorganisiert hat. Es gebe viel guten Willen und viel Kreativität, sagt auch sie. Aber eine „Ökonomie der Eitelkeit“ halte verschiedene Gruppen davon ab, ihre Ressourcen sinnvoll zu bündeln. Und die Doppelungen seien nicht das einzige Problem.

Breidenbach und ihre Kollegen haben im Frühling für eine Studie 108 Flüchtlinge in Griechenland, der Türkei und Jordanien befragt und festgestellt: Obwohl die meisten Geflüchteten Smartphones besitzen, kommen digitale Angebote, die ihnen helfen sollen, oft nicht bei ihnen an. Die Seite refugeeinfo.eu etwa. Die sei eigentlich sehr durchdacht und in den griechischen

Lagern massiv beworben worden, sagt Breidenbach, „aber kein Einziger von den Flüchtlingen, mit denen wir dort geredet haben, kannte die Seite.“ Das Problem laut Breidenbach: „Wir schließen von uns auf andere, aber weite Teile der Welt haben ein anderes Konzept davon, was das Internet ist.“ Flüchtlinge nutzten am Handy vor allem Facebook und WhatsApp. Oft hätten sie keine E-Mail-Adresse, wie man sie für viele Dienstleistungen braucht; auch das Konzept einer Webseite sei vielen fremd. Zudem sei in ihren Herkunftsländern das Vertrauen in Institutionen meist niedrig, sie setzten daher bei der Informationsbeschaffung eher auf private Netzwerke als auf fremde Institutionen.

Auch in Deutschland gingen manche Angebote an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbei, sagt Breidenbach. So existierten etliche Apps für frisch angekommene Flüchtlinge nur auf Deutsch. „Die Deutschen planen für die Flüchtlinge, ohne sie zu fragen“, sagt der syrische Youtuber Firas Alshater beim digitalen Flüchtlingsgipfel und erntet dafür den kräftigsten Applaus des Vormittags. **RUTH EISENREICH**

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 2

Realitätstest für die Grünen

Alexander Kohnen
zu Asylgesetzen

Die Grünen wollen der Gegenentwurf zur AfD sein: liberal, modern, weltoffen. Das ist gut und wichtig. Man freut sich über jeden, der sich selbstbewusst gegen den Rechtspopulismus und den Rassismus der selbsternannten „Alternative“ stellt.

Doch aktuell besteht die Gefahr, dass die Grünen es übertreiben. Wo möglich werden sie ein zentrales Asylgesetz der großen Koalition im Bundesrat blockieren. Es geht um die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer. Die Regierung will, dass die Asylverfahren für Menschen aus Algerien, Tunesien und Marokko rascher erledigt werden – und diese Menschen schneller abgeschoben werden können.

Die Frage ist, warum die Grünen das tun. Ziemlich nahegekommen ist bei der Beantwortung dieser Frage Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der der Ökopartei „pure, sinnlose Ideologie“ vorwarf. Da ist was dran: Die Grünen wollen sich wohlfühlen, wollen es allen recht machen, vor allem ihrer Basis und ihren linken Wählern.

Dabei muss kein Mensch, der in seiner Heimat tatsächlich verfolgt wird und nicht nur ein besseres Leben sucht, Deutschland verlassen. Die im Asylrecht verankerte Einzel-fallprüfung gilt nach wie vor – auch für Menschen aus den Maghreb-Staaten.

Ein Blick in die Statistik genügt: Kaum ein Migrant aus Algerien, Tunesien oder Marokko wird als Flüchtling anerkannt. Zum Teil liegt die Quote bei unter einem Prozent. Warum sollte man da gegen schnelle Asylverfahren sein? Es geht doch nur darum, etwas effizienter zu machen. Falls die Grünen jetzt im Bundesrat Nein sagen, befeuern sie auch wieder den alten Vorwurf, sie seien eine Dagegen-Partei.

Wenn ihnen die Argumente de Maizières nicht gefallen, können sie sich vielleicht an den Worten von Bundespräsident Joachim Gauck orientieren. Der fasste das, was wohl viele Deutsche denken, in zwei Sätzen zusammen: „Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Westfälischer Anzeiger vom 15.06.2016, S. 5

„Der Ton wird rauer“

INTERVIEW Cemile Giousouf (CDU) wird bedroht

HAGEN • Nach der Resolution des Bundestages, mit der die türkischen Massaker an Armeniern im Jahr 1915 als Völkermord eingestuft werden, bekommen deutsche Abgeordnete mit türkischen Wurzeln Hassmails und sogar Morddrohungen. Eine von ihnen ist Cemile Giousouf (CDU) aus dem Wahlkreis Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis I. Im Gespräch mit Simone Toure schildert die 38-Jährige ihre Erfahrungen.

Seit Ihrer Zustimmung zur Armenien-Resolution im Bundestag werden Sie bedroht. Wie genau?

Cemile Giousouf: Ich persönlich habe nach der Resolution viele Hassmails und Drohmails bekommen – aber auch viele Solidaritätsmails, aus der Türkei, aus dem europäischen Ausland und auch ganz viele aus meinem Wahlkreis. Das heißt, neben den Durchgeknallten gibt es eine größere Menge von Menschen, die sagen: Auch wenn wir mit der Resolution nicht einverstanden sind: Dass ihr zu einer Zielscheibe erklärt werdet – das geht gar nicht.

Bekommen Sie Morddrohungen?

Giousouf: Ich bekomme jede Art von Drohungen. Für mich ist es die erste Erfahrung mit Drohungen in diesem Ausmaß. Aber ich weiß, dass viele meiner Abgeordneten-Kollegen mit ähnlichen Situationen konfrontiert waren. Was ich bedenklich finde, ist, dass die Menschen diese Drohmails mit ihrem echten Namen unterschreiben und mit ihrem echten Facebook-Profil verfassen. Und das gilt für Bekloppte egal welcher Herkunft oder welcher Religion. Ich bekomme solches Zeug auch von Rechtsextremisten aus Deutschland. Man muss insgesamt feststellen: Der Ton wird rauer. Hier muss die Politik eine Antwort finden.

Fühlen Sie sich von den Behörden gut unterstützt?

Giousouf: Ich fühle mich sehr gut geschützt. Natürlich kann man nie einen hundertprozentigen Schutz haben. Aber die Vorkehrungen, die getroffen werden können, nehme ich in Anspruch und fühle mich dabei sicher.

Sie bekommen viele positive Reaktionen aus der Türkei.

Wie reagieren die türkischen Verbände in Deutschland?

Giousouf: Mittlerweile haben alle eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie die Angriffe auf die türkischstämmigen Abgeordneten klar verurteilen. Ich wünsche mir aber, dass es nicht bei der

Pressemitteilung bleibt, sondern, dass die Verbände diese Botschaft auch nach innen, an ihre Communities weitertragen. Ich wünsche mir, dass sie sich klar von Hetze distanzieren und zur Besonnenheit aufrufen. Es geht nicht darum, dass man die Armenien-Resolution mögen muss, aber man soll seine Kritik sachlich äußern. Hier sind viele Vorstände wichtige Vorbilder. Das Traurige ist ja, dass gerade die türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten sich dafür eingesetzt haben, dass in Deutschland nicht mehr das Abstammungs-, sondern das Geburtsortsprinzip gilt. Und jetzt will man uns nach dem Blut verurteilen. Das ist absurd.

Kann Deutschland mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der gegen Sie und andere Abgeordnete gewütet hat, noch zusammenarbeiten, etwa in der Flüchtlingsfrage?

Giousouf: Das sind zwei unterschiedliche Themen, die sollte man auch nicht vermischen. Wir haben immer wieder auf die Defizite in der Türkei hingewiesen. Obwohl wir mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage eng zusammenar-

beiten, pochen wir darauf, dass zum Beispiel die Anti-Terror-Gesetze in der Türkei verändert werden müssen, weil wir viele Journalisten unberechtigterweise inhaft sehen. Die Bundesregierung hat immer auf die Veräumnisse des Landes und die Menschenrechtsverletzungen hingewiesen. Was die Flüchtlingsfrage angeht: Wir haben hier schon 2013 mit der Türkei ein Abkommen für eine Visaliberalisierung geschlossen. Wenn die Türkei die Kriterien einhält, sollte die Liberalisierung auch kommen.

Sehen Sie die Türkei auf lange Sicht in der EU?

Giousouf: Zu Beginn seiner Amtszeit hat Erdogan Reformen umgesetzt, die die Türkei so nah an die Europäische Union herangebracht haben wie keine Regierung vorher. Leider müssen wir jetzt feststellen, dass viele Errungenschaften wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder die Beteiligung anderer ethnischer Gruppen in der Politik stark eingeschränkt werden. Deshalb sehe ich im Moment mit großer Sorge, dass die Türkei sich in eine andere Richtung entwickeln könnte. Aber ich habe die Hoffnung nicht verloren: Erdogan ist nicht die Türkei. Die türkische Zivilgesellschaft ist in vielen Themen viel weiter, als wir es in Deutschland wahrnehmen.



Cemile Giousouf (38, CDU) sitzt für den Wahlkreis Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis I im Bundestag. Sie ist Integrationsbeauftragte der Unionsfraktion. Ihre Familie stammt aus Griechenland und gehörte dort zur türkischen Minderheit. • Foto: dpa

Aachener Nachrichten vom 15.06.2016, S. 2

Was kann die BleifüÙe bremsen?

Breite StraÙen verlocken manche Autofahrer zum Gasgeben. An sensiblen Stellen vor Kitas, Schulen und Altenheimen sollen sie sich bald aber hãufiger an Tempo 30 halten mÙssen. Kritikern ist das zu wenig.

VON SASCHA MEYER

Berlin. Mit 160 Sachen durch eine Tempo-80-Baustelle auf der Autobahn. Mit 172 statt erlaubter 100 Kilometer pro Stunde auf einer Ortsumfahrung. Mit Tempo 100 an einer Schule entlang. Beim groÙen Blitzmarathon im FrÙhjahr erappte die Polizei binnen 24 Stunden wieder bundesweit mehrere zehntausend Raser. Erhoffte Effekte der zuvor angekÙndigten Aktion: mehr Einsicht und Vernunft. Doch sind die jetzigen GeldbuÙen abschreckend genug? Vor mehr Schulen, Kitas und Altenheimen dÙrfen bald neue Tempo-30-Schilder aufgestellt werden.

Wie gefãhrlich sind Raser – gerade fÙr Kinder?

„Mit BleifuÙ setzt man alles aufs Spiel“, warnte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jãger (SPD) schon zum Blitzmarathon. Tatsãchlich ist zu hohe Geschwindigkeit die hãufigste Ursache fÙr besonders schlimme Unfãlle mit Toten. Nach einer grundlegenden Auswertung des Statistischen Bundesamts mit Daten von 2012 kamen 37 Prozent aller auf den StraÙen getÙteteten Menschen durch ùberhÙhte Geschwindigkeit ums Leben. Anders als auf LandstraÙen und Autobahnen sind innerorts

auch Kinder als FuÙgãnger oder Radler stãrker gefãhrdet. Sie kÙnnen Entfernungen und Geschwindigkeiten noch nicht so gut einschãtzen.

Schrecken GeldbuÙen Raser nicht schon ab?

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius sieht Handlungsbedarf und will die GeldbuÙen drastisch anheben. Strafen mÙssten so hoch sein, dass sie TemposÙnder „bis ins Mark“ treffen, argumentiert der SPD-Politiker und bringt dafÙr auch schon eine GrÙÙenordnung von 1000 Euro ins Spiel. Bisher reicht die Spanne von zehn Euro (bis zu zehn km/h auÙerorts zu viel) bis maximal 680 Euro, wenn extreme Raser innerorts mehr als 70 km/h zu schnell unterwegs sind.

Pistorius schweden noch weitere Verschãrfungen vor: eine automatische BuÙgeldverdopplung fÙrs Rasen an Baustellen und generell schneller drohende Fahrverbote.

Was sagen Experten?

Die Gewerkschaft der Polizei befÙrwortet hÙhere GeldbuÙen. „Am

besten spÙrt man es ùber das Geld“, sagt Bundesvize Arnold Plickert. Die Einnahmen sollten aber nicht im allgemeinen Haushalt landen, sondern fÙr Verkehrssicherheitsarbeit reserviert werden. Und wenn ein Fahrer nicht zu ermitteln ist, solle wie beim Falschparken auch der Halter herangezogen werden.

Der Autofahrerclub ADAC reagiert zurÙckhaltend auf den VorstoÙ aus Hannover. Das erst 2014 reformierte System mit der Kombination aus GeldbuÙen, Punkten in Flensburg und Fahrverboten habe sich bewãhrt. So ist der FÙhrerschein fÙr mindestens einen Monat weg, wenn Raser innerorts 31 km/h oder noch mehr zu schnell waren.

Was ist vor Schulen und Altenheimen geplant?

„Kinder und Senioren brauchen besonderen Schutz“, sagt Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Deswegen soll vor Schulen, Kitas und Altenheimen – wie schon auf kleinen StraÙen – auch auf HauptstraÙen leichter Tempo 30 vorgeschrieben werden

kÙnnen. Die hohen bÙrokratischen HÙrden soll eine Verordnung senken, die Dobrindt heute ins Kabinett bringt. Dazu gibt es aber Vorgaben, die fÙr mehr Akzeptanz bei Autofahrern sorgen sollen. Um den Verkehrsfluss auf Hauptachsen nicht zu sehr zu bremsen, soll Tempo 30 – wo mÙglich – nicht rund um die Uhr gelten, sondern zum Beispiel nur zur Òffnungszeiten einer Kita. Und lãnger als 300 Meter direkt vor der „sensiblen“ Einrichtung sollen die Tempo-30-Zonen in der Regel auch nicht sein.

Wie umstritten ist die Forderung nach mehr Tempo-30-Zonen?

Die Lãnder haben sich fÙr die Neuregelung stark gemacht – und sind nun auch am Zuge, wenn es darum geht, an welchen kritischen Stellen Tempo-30-Schilder aufgestellt werden. KÙnftig ist das auch vorbeugend mÙglich und nicht erst im Nachhinein, wenn es sich nachweislich um einen Unfallschwerpunkt handelt.

Kritikern gehen die Plãne nicht weit genug. „Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 300 Metern sind vÙlliger Unsinn“, sagt Linke-Verkehrsexperte Herbert Behrens. Schulen seien mit Schulwegen verbunden – und Kinder dort ebenfalls zu schÙtzen. ► **Kommentar**



Wer bietet mehr?

HÙhere BuÙgelder fÙr Raser lÙsen nicht das Problem

► **HAGEN STRAUSS (BERLIN)**

1000 Euro BuÙgeld fÙr GeschwindigkeitsÙberschreitungen – wer bietet mehr? Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) scheint MaÙ und Mitte verloren zu haben, wenn er vorschlagt, Autofahrer gleich so massiv zur Kasse zu bitten. Warum nicht 1500 oder 2000 Euro? So kann man den Leuten das Autofahren auch vermiesen.

Dass hãrter gegen notorische Raser durchgegriffen werden muss, ist keine Frage. Doch schon jetzt kÙnnen motorisierte Idioten fÙr Monate von der StraÙe verbannt werden. Und sie mÙssen fÙr ihre Vergehen zum Teil teuer bezahlen. Das Problem ist ein ganz anderes: Es gibt in Deutschland im Verkehrsbereich ein erhebliches Kontrolldefizit.

Viel zu viele VerstÙÙe werden

nicht mehr geahndet, weil die Polizei sie als zu lapidar empfindet, was hãufig in den groÙen Stãdten der Fall ist. Vor allem aber bleiben zahlreiche Delikte schlichtweg unbemerkt. Aus

Mangel an Personal und wegen vieler anderer Aufgaben, die die Beamten stãrker binden. Den Verkehrspolizisten im klassischen Sinne gibt es kaum noch. Wãre es anders, wÙrde dies verrÙckte Raser abschrecken.

Vermutlich glaubt Pistorius, diese Defizite ùber ein extremes BuÙgeld ausgleichen zu kÙnnen. Wer aber wirklich etwas ändern will, muss endlich dafÙr sorgen, dass die Polizei konsequenter durchgreift und dazu personell auch in der Lage ist. Mit den von der Politik so gefeierten Blitzmarathons ein Mal im Jahr ist es

Berliner Zeitung vom 15.06.2016, S. 1

Nun mal langsam

Kommunen können künftig deutlich einfacher Tempo-30-Zonen einführen, entscheidet das Kabinett

VON THORSTEN KNUF

Manchmal kommen große Dinge recht rumpelig daher. Das gilt auch für die Politik: So wird sich das Bundeskabinett an diesem Mittwoch mit der „Ersten Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung“ befassen. Klingt nach einem Beschäftigungsprogramm für Juristen. Ist es aber nicht. Vielmehr wird die Regierung neue Regeln auf den Weg bringen, die schon bald den Alltag von Millionen Verkehrsteilnehmern beeinflussen könnten.

So sollen nach dem Willen des Bundes und der Länder die Hürden für die Einführung von Tempo-30-Zonen in den Städten deutlich gesenkt werden. Auf Hauptverkehrsstraßen dürfen Kraftfahrer innerorts bislang in der Regel mit einer Geschwindigkeit von 50 Kilometer pro Stunde unterwegs sein. Um hier



Die Zahl der Verkehrsoffer soll deutlich sinken.

auf einzelnen Abschnitten Tempo 30 anzuordnen, müssen die Behörden beispielsweise nachweisen, dass dort besonders viele Unfälle passieren.

Diese Anforderung wird künftig entfallen – zumindest im direkten Umfeld von Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen oder Kliniken. Das soll die Verkehrssicherheit, insbesondere von Kindern und älteren Menschen, erhöhen. „Wir wollen die Zahl der Verkehrsoffer weiter reduzieren“, sagt auch der SPD-Verkehrsexperte Sören Bartol.

Die Länder werden in Zukunft jedoch gehalten sein, „verantwortungsvoll“ in jedem Einzelfall zu prüfen, wo die Einrichtung einer Tempo-30-Zone sinnvoll ist. Denn schließlich geht es immer auch darum, den Fluss des weiträumigen Verkehrs aufrecht zu erhalten. Außerdem müsse „ein Ausweichen auf das Wohnumfeld dieser Hauptver-

bindungsachsen“ vermieden werden, heißt es in der Kabinettsvorlage. So weit wie möglich sollte Tempo 30 auf die Öffnungszeiten der jeweiligen Einrichtung beschränkt werden.

Auch andere Regeln der Straßenverkehrsordnung wollen Bund und Länder nun überarbeiten: Bereits bisher müssen Radfahrende Kinder bis zum vollendeten 8. Lebensjahr den Gehsteig benutzen. Nun wird klar gestellt, dass auch Eltern oder andere Aufsichtspersonen mit dem Fahrrad ihre Kinder auf dem Gehweg begleiten dürfen. Radwege wiederum sollen innerorts auch für E-Bikes freigegeben werden können. Und Autofahrer bekommen eine klare Vorschrift an die Hand, wie sie bei Stau oder stockendem Verkehr auf Autobahnen und mehrspurigen Außerortsstraßen eine Rettungsgasse zu bilden haben: Wer auf der linken Fahrspur ist, fährt links ran, alle anderen rechts. Bei dreispurigen Strecken bedeutet dies, dass sich die Autos der mittleren und der rechten Spur weit rechts halten müssen.

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Im Land der Raser

VON BERND KASTNER

Respekt, da traut sich einer was. Tausend Euro sollen Autofahrer künftig zahlen, wenn sie 20 oder 30 Kilometer pro Stunde schneller als erlaubt unterwegs sind. Boris Pistorius, der SPD-Innenminister von Niedersachsen, fordert zehnmal höhere Bußgelder als bisher, und er will auch härtere Sanktionen für jene, die zu dicht auffahren oder keine Rettungsgasse bilden.

Weil sie es bisher nicht kapieren, muss der Staat den Rasern ein klareres Signal setzen: Was ihr tut, wenn ihr mit 120 durch die Baustelle brettert oder mit 60 an einer Schule vorbeifahrt, ist keine lässliche „Sünde“. Auf der Autobahn zu drängeln, ist kein „Kavaliers“-Delikt. Raser ris-

kieren das eigene Leben und das von schwächeren Verkehrsteilnehmern, von Kindern und Senioren, Fußgängern und Radfahrern. Raser tötet, Hunderte, Tausende Menschen, Jahr für Jahr. Dass die Gesellschaft dies weitgehend als normal, ja gottgegeben hinnimmt, ist absurd.

Es ist überfällig, dass der Gesetzgeber den Preis für lebensgefährliche Rücksichtslosigkeit nach oben setzt. Sie bloß teurer zu machen, hilft aber noch nicht. Raser muss den Rasern wehtun, schneller und konsequenter als bisher. Weh tut ihnen, für einige Wochen nicht mehr hinter Lenkrad zu dürfen. Und wer konsequent weiterdenkt, kommt schnell zum Tempolimit auf den Autobahnen. Aber das zu fordern, wagt im Raserland nicht mal der mutigste Politiker.

Westfalenblatt vom
15.06.2016, S. 4

Nicht der Weisheit letzter Schluss

☞ Von Wolfgang Schäffer

Gemach, gemacht Herr Minister. Populistische Verstöße dieser Art führen meist nicht zum Erfolg. Wie im Straßenverkehr sollte man nicht zu sehr aufs Gaspedal drücken, um möglichst schnell sein Ziel zu erreichen. Wer vorausschauend fährt, ist oft besser beraten, kommt vor allem stressfreier an. Unnötiges Drängeln kostet nur Nerven – die eigenen und die der anderen. Das gilt auch für den Ruf des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius nach der extrem harten Bestrafung für Temposünder. Vor allem auch vor dem Hingergrund, dass der Bußgeldkatalog gerade erst komplett überarbeitet wurde und Verkehrsverstöße bereits deutlich höher bestraft werden als zuvor – und das sowohl finanziell als auch bei der Punktevergabe für das Flensburger Register.

Natürlich hat Pistorius recht mit der Aussage, dass überhöhte Geschwindigkeit eine der Hauptursachen für Verkehrsunfälle mit Personenschaden ist. Doch auch Alkohol oder Drogen am Steuer, das Telefonieren während der Fahrt oder auch einfach nur falsches Abbiegen führen zu schweren Unfällen mit oft tödlichen Folgen. Das ist schlimm. Jeder Mensch, der auf der Straße stirbt, ist einer zuviel.

Fest steht nach den Untersuchungen der Fachleute, dass menschliches Fehlverhalten die Hauptursache für das Unfallgeschehen ist. Da nutzt es wohl kaum, den Strafenkatalog wieder neu zu schreiben und für alle Verkehrsverstöße erheblich mehr zu kassieren. Das kann nicht der Weisheit letzter

Schluss sein. Mit Strafen alleine wird man Unfälle auch nicht verhindern.

Doch Pistorius hat außer markigen Worten, dass Verkehrssünder mit den Strafen ins Mark getroffen werden müssten, auch durchaus bedenkenswerte Vorschläge gemacht. Einer davon ist die Staffelung von Bußgeldern nach dem Einkommen, so wie es beispielsweise in der Schweiz gehandhabt wird. Und auch die Überlegung, wie es gelingen kann, dass die lebensrettenden Gasen nach Unfällen auf Autobahnen endlich eine Selbstverständlichkeit sind, ist ein Thema, mit der sich die Innenminister von Bund und Ländern

»Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt.«

Niedersachsens Innenminister
Boris Pistorius

auf der heute beginnenden Konferenz beschäftigen sollten – ohne aber auch hier gleich über höhere Strafen bei Nichteinhaltung der Vorschriften nachzudenken.

Generell ist ohnehin festzuhalten, dass die Zahl der Opfer im Straßenverkehr im vergangenen Jahrzehnt kontinuierlich zurückgegangen ist – bis auf die Jahre 2014 und 2015, als es wieder eine leicht steigende Tendenz gab. Verkehrsforscher sehen milde Winter und eher trockene Frühjahrsmonate als einen wesentlichen Grund dafür. Deshalb sei mehr und vermutlich auch schneller gefahren worden.

Ein Grund dafür, dass Boris Pistorius jetzt derart drängelt, kann das aber wohl kaum sein.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 20

Rangelei um die deutschen Autobahnen

Eine neue Gesellschaft soll für bessere Planung und Verwaltung sorgen – aber Bund und Länder streiten sich. Dabei drängt die Zeit.

enn. BERLIN, 14. Juni. Bald ist Alexander Dobrindt wieder mit dem Füllhorn unterwegs. Der Bundesverkehrsminister von der CSU wird in einigen Wochen wieder Mittel verteilen für die Sanierung maroder Bundesstraßen und Autobahnen. Nicht überall jedoch wird der Geldregen auf vorbereiteten Boden fallen: In einigen Bundesländern fehlt es schlicht und einfach an baureifen Projekten, besonders im Norden des Landes und auch im Westen. Dobrindt hat eine Lösung parat, damit die Milliarden wirklich verbaut werden können: die Gründung einer Bundesgesellschaft, die künftig das Planen, Bauen und Finanzieren der Fernstraßen übernimmt – zumindest bei den Autobahnen.

Eine derartige Neuordnung wäre ein fundamentaler Wandel in der Verkehrspolitik. Bislang sind die Aufgaben klar verteilt: Der Bund finanziert Ausbau und Sanierung des 13000 Kilometer langen Autobahnnetzes, die Länder planen und verwalten es. Künftig will der Bund mehr Einfluss darauf nehmen, was mit „seinem“ Geld passiert, also dem Geld der Maut- und Steuerzahler. Eine privatrechtlich organisierte Autobahngesellschaft könnte außerdem Kredite aufnehmen. Dobrindts stärkster Verbündeter ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er klagte kürzlich auf einer Konferenz der Bauindustrie: „Die Mittel fließen nicht ab. Und das kann nicht sein, dass Länder und Kommunen nicht in der Lage sind, die notwendigen Planungs- und Genehmigungskapazitäten zu schaffen.“ An diesem Donnerstag nimmt Schäuble das Thema mit in die Bund-Länder-Finanzverhandlungen.

Aber die Länder sperren sich, die meisten jedenfalls. Sie wollen sich die Aufgabe nicht aus der Hand nehmen lassen. Vor allem in Dobrindts Heimat ist der Widerstand gegen eine neue Bundesverwal-

tung groß. Unbestritten ist, dass die bayerische Verwaltung ihr Handwerk beherrscht, dass dort die Schubladen voll sind mit baureifen Projekten, für die nur Geld fehlt. Diese Verwaltungskompetenz müsste der Bund nutzen, sind sich Dobrindt und Schäuble einig. Von der Übernahme von Personal bis hin zu den Pensionslasten ist vieles möglich. Aber nicht nur die Sorge vor Kompetenzverlust bringt die Länder gegen den Bund auf, auch die Sorge vor Machtverlust. So stemmt sich etwa auch Nordrhein-Westfalen, dessen Verwaltung nicht so viel auf sich halten kann, gegen die Neuordnung des Straßenbaus. Andere Länder wie Thüringen oder Schleswig-Holstein wären dagegen froh, wenn sie die Arbeit dem Bund überlassen könnten.

Da die Wahlperiode bald endet, drängt die Zeit. Am Donnerstag müssen Beschlüsse gefasst werden, damit bis Jahresende die parlamentarischen Verfahren eingeleitet sind. Mit einem bloßen Gründungsgesetz ist es dabei nicht getan, für die Neuorganisation ist eine Verfassungsänderung nötig. Denn bisher steht in Artikel 90 des Grundgesetzes, dass die Länder die Autobahnen im Auftrag des Bundes verwalten. Die neue Fassung könnte lauten: „Aufgaben der Planung, des Baus, des Betriebs, der Erhaltung, der vermögensmäßigen Verwaltung und der Finanzierung der Bundesautobahnen können durch Bundesgesetz einer Gesellschaft in privatrechtlicher Form übertragen werden.“

Der Tenor der Änderung ist umstritten. Schäuble würde gern die Möglichkeit verankern, eine Minderheit der Bundesgesellschaft dereinst zu privatisieren. Die Idee entstammt der Arbeit der Fratzscher-Kommission, die vor gut einem Jahr vorschlug, zur Deckung der Investitionslücke in der Infrastruktur vermehrt privates Kapital zu nutzen – und so gleichzeitig das Bedürfnis von Versicherungen und Fondsgesellschaften zu stillen, lukrative Anlageobjekte für das Sparkapital zu finden. Denn die Haupteinnahmequelle der Autobahngesellschaft ist die Maut der Lkw – zwar in Milliardenhö-

he, aber nicht beliebig zu vermehren. Schäuble brachte bei der Werbung für die Gesellschaft kürzlich auch die Pkw-Maut wieder ins Gespräch: „Natürlich muss es ein Schritt sein, um die Nutzung öffentlicher Infrastruktur, besonders der Autobahnen, allmählich stärker nutzerorientiert zu finanzieren.“

Nicht nur Linke wehren sich indes gegen Privatisierungsgedanken, die man gerade erst bei der Deutschen Bahn endgültig ad acta gelegt hat. Auch Dobrindt beharrt darauf, dass die Autobahngesellschaft zu 100 Prozent in Staatshand bleibt. Nur die Zusammenarbeit in Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) soll es weiter geben. Ein Kompromiss könnte vorsehen, die Privatisierungsoption nicht in der Verfassung, sondern nur im Gründungsgesetz festzuschreiben. Nicht nur in der Union ist man uneins bei der Privatisierung: In der SPD ist Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel dafür, viele in der Fraktion halten dagegen.

Die Wirtschaft dringt auf Entscheidungen. „Das Zeitfenster für die notwendige Grundgesetzänderung in Bundestag und Bundesrat wird immer enger“, warnt der Präsident des Verbandes Deutsches Verkehrsforum, der frühere Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum. „Diese komplexe Reform, die in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden muss, ist dringend erforderlich, um die ansteigenden Investitionsmittel für die Bundesfernstraßen künftig noch effizienter im Sinne einer Stärkung des gesamten Straßennetzes umzusetzen.“

Die Bundesautobahngesellschaft würde voraussichtlich frühestens im Jahr 2020 die Arbeit aufnehmen. An diesem Donnerstag könnte dafür eine Vorentscheidung fallen. Ein Schankerl für die murrenden Länder hält Schäuble bereit: Sollten sie der Autobahngesellschaft zustimmen, wäre er wohl bereit, die Regionalisierungsmittel für den Schienennahverkehr von 8 Milliarden Euro noch mal um 300 Millionen Euro aufzustocken. Und die Stimmung dürfte passen, zumal sich im Streit um die Flüchtlingsmilliarden – für die Kosten der Unterkunft und die Minderjährigen – eine rasche Einigung abzeichnet.

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 7

DB - wie Dauerbaustelle

Konzernchef Grube muss rote Zahlen und mangelnde Investitionen erklären. Vizechef tritt zurück

Von Hannes Koch

Berlin. Drei Viertel der Reisenden seien mit der Deutschen Bahn AG zufrieden – sagt das Unternehmen. Wie passt das zum schlechten öffentlichen Image? Jeder Bahnkunde kennt Verspätungen, kaputte Klimaanlagen im Sommer und nicht funktionierende Internetverbindungen im ICE. Die scheinbar widersprüchlichen Befunde passen gut zusammen. Denn andere Konzerne, die Autos, Smartphones oder Kühlschränke verkaufen, erreichen Werte von 90%. „Die Kundenzufriedenheit von 76% bei der Bahn ist ein Armutszeugnis“, sagt Verkehrsforscher Heiner Monheim, „gerade die mangelnde Zufriedenheit unter den Neukunden ist alarmierend.“

Auch die Stimmung an der Unternehmensspitze ist schlecht. Gestern gab Vizebahnchef Volker Kefer seinen Posten auf. Der 60-Jährige, im Vorstand zuständig für Infrastruktur und Technik, zieht mit seinem Schritt offenkundig die Konsequenzen aus der Kritik am Bahnprojekt Stuttgart 21, das schon wieder teurer wird und dessen Bauarbeiten sich weiter hinziehen. Dem Aufsichtsrat muss Kefers Chef, Vorstandsvorsitzender Rüdiger Grube, am Mittwoch erklären, warum er die Probleme nicht in den Griff bekommt. So nimmt der Güterverkehr ab und verursacht Verluste. Der Druck auf den Vorstand wächst. Wird der Aufsichtsrat Grube vor dessen Vertragsende im Dezember 2017 ersetzen? Christian Böttger, Professor für Verkehrswesen an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: „Wäre die Bahn ein rein privatwirtschaftliches Unternehmen, müsste Grube wohl gehen. Aber sie ist ein Konzern unter starkem Einfluss der Politik.“ Noch kann sich der Bahnchef auf die Unterstützung von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) verlassen. Ronald Pofalla, Ex-Kanzleramtschef und jetzt im Bahn-Vorstand, wird noch warten müssen, bis er die Nachfolge Grubes antreten kann.

Die Lage der Bahn AG ist misera-

bel. 2015 verbuchte der Konzern einen Verlust – erstmals seit zehn Jahren. Das Minus: 1,3 Mrd Euro. Und die Talfahrt geht weiter. Im ersten Quartal 2016 sank der Umsatz. Die Bahn transportiert weniger Güter, will darauf nun mit einem Sparprogramm reagieren. Gewerkschafter und Betriebsräte laufen Sturm.

Wird aus Stuttgart 21 Stuttgart 23?

Besonders heikel ist das Projekt Stuttgart 21. Die wahrscheinlichen Kosten erreichen bereits jetzt die geplante Gesamtsumme von 6,5 Milliarden Euro. Das heißt: Der im Finanzierungskonzept enthaltene Kostenpuffer von 500 Millionen Euro ist aufgebraucht. Möglicherweise wird das Projekt bis zur Inbetriebnahme noch deutlich teurer. Diese verschiebt sich wohl um mindestens zwei Jahre auf 2023.

Die Verantwortung sehen Experten beim Vorstand. Weil jeder fünfte Zug verspätet fährt, sagt Bernhard Knierim vom Bündnis „Bahn für Alle“: „Die Unpünktlichkeit der Züge beruht vor allem auf Managementfehlern.“ Es sei zu wenig in die Instandhaltung von Netz und Material investiert worden. NRZ/Dazu **Klartext**

KLARTEXT

Von Michael Minholz

Verdienter Kredit

Bahnchef Rüdiger Grube steht in der brenzlichsten Situation seiner Amtszeit. Miserable Geschäftszahlen, neue Probleme beim Renommierprojekt Stuttgart 21, eine vergleichsweise unzufriedene Kundschaft, die Güterbahn rumpelt in die Dauerkrise – jetzt fehlt eigentlich nur noch der nächste flächendeckende Lokführerstreik.

Grube genießt dennoch Kredit bei der Bundesregierung, und den hat er sich verdient. Er agiert sicher nicht fehlerlos. Aber man sollte einfach sieben Jahre zurückblicken, als Grube den hemdsärmeligen Sanie-

rer Hartmut Mehdorn ablöste. Da war die Bahn gerade im Regionalverkehr schlechter unterwegs, das Klima in der Belegschaft nach einer Spitzelaffäre am Boden.

Grube hatte bei seinem Amtsantritt versprochen, sich ums Brot- und Butter-Geschäft zu kümmern. Das hat er umgesetzt. In seiner Ära wird gebuddelt, statt von Börsengängen zu fabulieren. Bahnhöfe werden auf Vordermann gebracht, die Fahrzeugflotte wird peu à peu modernisiert.

Diese Runderneuerung eines Verkehrsriesen wie der Bahn erfordert eben Zeit – und Geduld.



Rheinische Post vom 15.06.2016, S. 3 „Section Control“ soll Zahl der Unfälle auf A1 reduzieren

KÖLN/LEVERKUSEN (sef) Nachdem die Zahl tödlicher Unfälle auf der Autobahn 1 zwischen Burscheid und dem Leverkusener Kreuz in diesem Jahr drastisch gestiegen ist, hat eine Sonderunfallkommission gestern Maßnahmen beschlossen, die den Streckenabschnitt vor der Leverkusener Rheinbrücke sicherer machen sollen.

Bis Ende des Jahres soll dort eine neue Blitzanlage errichtet werden. Die Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge wird um 1000 Meter vorgezogen. Lkw dürfen vor der Brücke nur 60 km/h fahren, für Pkw gilt Tempo 100. Bis die neue Anlage steht, soll eine provisorische installiert werden. Die Präsidentin des Regierungsbezirks Köln, Gisela Walsken, will sich überdies „dafür einsetzen, dass eine Verkehrsüberwachung mittels Section Control

vor dem Leverkusener Kreuz diskutiert wird“.

„Section Control“ ist eine Geschwindigkeitskontrolle, bei der die Durchschnittsgeschwindigkeit eines Fahrzeugs zwischen zwei Kontrollpunkten gemessen wird. Ist ein Autofahrer schneller als bei vorgegebener Geschwindigkeit möglich, muss er mit einem Bußgeld rechnen. Das System hat den Vorteil, dass es schwierig zu überlisten ist. Wer weiß, wo ein Blitzer steht, kann davor abbremsen. Section Control entlarvt derartige Versuche.

In NRW wäre es die erste Anlage dieser Art. Das bestätigte eine Sprecherin des Innenministeriums. Zum ersten Mal in Deutschland soll die Technologie diesen Sommer in Niedersachsen in einem Pilotprojekt getestet werden. Österreich nutzt sie seit Jahren erfolgreich.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 3

Minister Groschek: Nicht für mehr Flüge ausgesprochen

Essen. NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) widerspricht der Darstellung in unserer gestrigen Ausgabe, er unterstütze den Antrag des Flughafens Düsseldorf auf eine Kapazitätserweiterung. Richtig sei vielmehr: „Minister Groschek hat sich zu keiner Zeit für oder gegen den Antrag des Flughafens Düsseldorf ausgesprochen“, wie sein Ministerium gestern betonte. Er habe erst im Mai in einer Aktuellen Stunde des Landtags gesagt: „Das Verfahren wird nach Recht und Gesetz entschieden und nicht nach Parteitagelust und -laune.“

Sein Haus wies darauf hin, der Flughafen habe Anspruch auf eine ordnungsgemäße Durchführung des Planfeststellungsverfahrens. Das Verkehrsministerium müsse die entsprechenden Verfahrenshandlungen veranlassen sowie die Abwägung aller privaten und öffentlichen Interessen vornehmen, wenn ein Antrag regelkonform gestellt wurde.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 17

Grünen-Fraktion diskutiert Mindestpreise für Fleisch

Agrarpolitischer Sprecher will „Dumpingpreise“ verbieten / Fraktionsspitze setzt lieber auf neue Agrarstrukturen

BERLIN, 14. Juni. Was sollte ein Kotelett im Supermarkt kosten? Über diese Frage ist in der Grünen-Fraktion im Bundestag eine Debatte entbrannt. Für Aufregung sorgte am Dienstag der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Friedrich Ostendorff, indem er einen Mindestpreis für Fleisch forderte. „Wir brauchen Mindestpreise und müssen Dumpingpreise verbieten“, sagte Ostendorff, der selbst Biobauer ist, der „Saarbrücker Zeitung“. „Für 2,99 Euro kann niemand ein Kotelett gewinnbringend produzieren, bei dem es dem Tier auch noch gutgegangen ist.“

Der Fraktionsspitze passte das nicht wirklich in den Kram. Zwar hat auch Fraktionschef Anton Hofreiter gerade erst sein Buch „Fleischfabrik Deutschland“ vorgestellt, in dem er die Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft fordert. Damit, den Deutschen beim Fleisch etwas verbieten zu wollen, sind die Grünen seit dem Veggie-Day aber vorsichtig geworden. Und so beeilte sich Hofreiter, die Fleischpreis-Debatte wieder einzufangen. Zwar sei eine Diskussion über „Dumpingpreise“ angesichts der Krise der Bauern richtig, sagte er. Aber: „Die Einführung von Mindestpreisen ist ein Debattenbeitrag eines einzelnen Abgeordneten dazu. Ich halte staatlich verordnete Mindestpreise nicht für den richtigen Weg.“ Er wolle „die Vermachtung im Handel aufbrechen, Marktstrukturen fairer gestalten und die Fördergelder neu verteilen“.

Beschäftigen wird das Thema die Grünen am Samstag auf einer Tierhaltungskonferenz der Fraktion in Hannover. Im Impulspapier für diese Veranstaltung, an dem Hofreiter, Ostendorff und die ver-

braucherpolitische Sprecherin Nicole Maisch mitgeschrieben haben, taucht der Mindestpreis nicht auf. Dennoch konstataren die Autoren: „Das System immer mehr, immer billiger ist gescheitert.“ Eine „erhebliche Verbesserung des Tierschutzniveaus“ würde drei bis fünf Milliarden Euro kosten; dafür sollten die EU-Subventionen anders verteilt und mehr Bundesmittel bereitgestellt werden. Für Fleisch und Milch fordern die Grünen eine Kennzeichnung wie für Eier, damit Verbraucher im Laden erkennen können, wie welches Tier gehalten wurde. „Sonderangebote und Billigbewerbung“ von Fleisch soll es dagegen nicht mehr geben.

Handelspräsident Josef Sanktjohanser betonte: „Händler müssen selbst entscheiden dürfen, zu welchem Preis sie welche Ware an die Verbraucher abgeben.“ Ein Sprecher ergänzte, jeder Händler orientiere sich an der Kaufkraft der Nachbarschaft. Sollte die Nachfrage nach hochwertigem Fleisch steigen, wäre der Handel der Letzte, der sich verweigern würde.

Ein Sprecher des Bauernverbands sagte, derzeit bekämen die Bauern für ihre Schweine 1,50 Euro je Kilo Schlachtgewicht; man habe aber auch schon 1,25 und 1,95 Euro gesehen. Durch das Russland-Embargo und die Konjunkturschwäche in China sei die Nachfrage gesunken; Grillseason und Fußball-EM ließen die Preise aber wieder steigen. Mehr Tierwohl müsse außerhalb der Marktpreise entlohnt werden, so wie es in der Initiative Tierwohl von Handel und Landwirtschaft geschehe. Und auch wenn Grüne und Bauernverband selten einer Meinung sind: Diese Initiative ausweiten wollen beide.

Preisfürsorge

Von Heike Göbel

Der Agrarsprecher der Grünen fordert einen Mindestpreis für Fleisch, einige Linke wünschen sich Mindestpreise für Milch. Es sind bisher zwar nur einzelne Stimmen, die glauben, der Staat könne auf diese Weise die Nöte der Bauern mit dem Markt wegzaubern, doch sollte man die Faszination der Vorschläge nicht unterschätzen. Das zeigt der Siegeszug des gesetzlichen Mindestlohns und der Zuspruch zur Mietpreislösung. Zunehmend wird verkannt, welchen enormen Wert im Wettbewerb gebildete Preise haben. Sie liefern Anbietern eine ehrliche Information darüber, was sich Kunden wünschen, und sorgen so dafür, dass Unternehmen ihre Mittel dahin lenken, wo die Nachfrage ist. Ob Fleisch oder Milch: Der Preisverfall signalisiert den Landwirten, dass sie von beidem zu viel produzieren, und zwingt sie, sich über gewinnbringendere Güter Gedanken zu machen. Ein staatlicher Mindestpreis liefert die falsche Information, er verführt zur Überproduktion und dämpft die Nachfrage. Das hilft den Bauern bestenfalls vorübergehend, auf Kosten der Kunden. Manipulierte Preise sind eine verdeckte Form der Fürsorge, die besonders gefährlich ist, weil sie das Herz der Marktwirtschaft aus dem Takt bringt.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
vom 15.06.2016, S. 1

Grüner Streit um Mindestpreis für Fleisch

Essen. Der Agrarexperte der Grünen-Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff, hat eine Debatte über Mindestpreise für Fleisch im Supermarkt ausgelöst – und ist damit auf Ablehnung der Fraktionsspitze gestoßen. „Wir brauchen Mindestpreise und müssen Dumpingpreise verbieten“, sagte der Bio-Landwirt aus Bergkamen. Für 2,99 Euro könne niemand ein Kotelett gewinnbringend produzieren.

Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter bremste Ostendorff aus:

Der Preis für das Fleisch

Michael Kohlstadt
zum Billigfleisch

Die Debatte um staatlich verordnete Mindestpreise an der Fleischtheke erinnert verdächtig an den „Veggie Day“, den Sommerloch-Schlager der Grünen im letzten Bundestagswahlkampf. Mit ihrer Kampagne, einen fleischlosen Tag in öffentlichen Kantinen einzuführen, waren die Grünen damals krachend gescheitert. Seither fürchten grüne Spitzenpolitiker das immer mal wieder hochkochende Stigma der „Verbotspartei“. Nicht von Ungefähr also fuhr Fraktionschef Anton Hofreiter seinem Fraktionskollegen Friedrich Ostendorff gestern deutlich vernehmbar in die Parade.

„Ich halte staatlich verordnete Mindestpreise nicht für den richtigen Weg.“ Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) sagte: „Das wöchentliche Einheitsschnitzel zum Einheitspreis wird es mit mir nicht geben.“ Der Streit weckt Erinnerungen ans „Veggie Day“-Debakel vor der Bundestagswahl 2013. Die Forderung nach einem fleischlosen Kantinentag brachte den Grünen den Ruf einer „Bevormundungspartei“ ein. *Komm. Seite 1/Bericht Politik*

Doch der Umgang der Bundesbürger mit ihrem Fleischkonsum ist viel wichtiger, als dass man sich bei diesem Thema innerparteilich zetteln dürfte. Schon der Veggietag war ja ein ehrbares Anliegen. Er sollte die überfällige Diskussion darüber befördern, wie man den hohen Fleischverbrauch der Deutschen mit seinen Negativfolgen für die Gesundheit, für den Tier- und Klimaschutz stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert. Die Preise an der Fleischtheke spielen dabei eine große Rolle, auch wenn Eingriffe in den Markt heikel sind. Im Land der Buchpreisbindung sollte man über Mindestpreise für ein wichtiges Lebensmittel aber nachdenken dürfen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Abkehr vom Billigkotelett

Die Grünen diskutieren über Fleischmindestpreise. Den Anstoß dazu gibt ein Bundestagsabgeordneter aus dem Revier. Bauern zweifeln an Praxistauglichkeit

Von Michael Kohlstadt
und Stephanie Weltmann

Essen. Wenn sich Heinz Lax im Supermarkt umschaut, ist er nicht gerade begeistert. Der 57-Jährige arbeitet als Landwirt in vierter Generation, auf seinem Hof in Wachtendonk am unteren Niederrhein hält er 750 Ferkel und Säue. Die Arbeitstage seien lang, der Stress werde mehr, dennoch erfülle ihn sein Beruf mit Freude. Für Verdruss kann da der Gang durch den Supermarkt sorgen, wo Fleischwaren, wie sie auch von Lax' Hof kommen, oft zu Billigpreisen angeboten werden. „Das nagt an vielen Landwirten. Gutes Essen hat einen Wert, das müssen wir wieder lernen.“

Dafür will Friedrich Ostendorff sorgen. Der Agrarexperte der Bundestagsfraktion der Grünen will Billigschnitzel und Fleisch zu Dumpingpreisen aus deutschen Supermärkten verbannen. „Wir brauchen Mindestpreise“, sagte der Biolandwirt aus Bergkamen der Saarbrücker Zeitung.

„Keine Preisschlachten an der Fleischtheke“ heißt das elfseitige Papier, mit dem der gebürtige Dortmunder die Landwirtschaft in den kommenden 20 Jahren tierfreundlicher umbauen will. Ostendorff will dafür die Einzelhändler in die Pflicht nehmen. „Der Handel sagt selbst, dass 70 Prozent der Fleischmenge im Supermarkt verramscht wird und im Sonderangebot erhältlich ist“, sagte Ostendorff. Jeder Verbraucher müsse wissen, dass von Billigfleisch kein Bauer existie-

ren könne. „Für 2,99 Euro kann niemand ein Kotelett gewinnbringend produzieren, bei dem es dem Tier auch noch gut gegangen ist.“ Tierwohl und Qualität seien zu Dumpingpreisen nicht möglich.

Solch einen Zuspruch hört Bauer Heinz Lax gerne – Mindestpreise fürs Fleisch beim Discounter aber hält der Sprecher des Rheinische Landwirtschaftsverbandes für wenig praktikabel. „Wie soll das in der Zeit des Freihandels genau gehen?“ Es seien auch nicht die Billigangebote der Discounter, die den Schweinebauern zu schaffen machten. Wegen der Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland sei ein wichtiger Absatzmarkt weggefallen. „Der Preis ging in den Keller, die letzten zwei Jahre waren für uns katastrophal.“

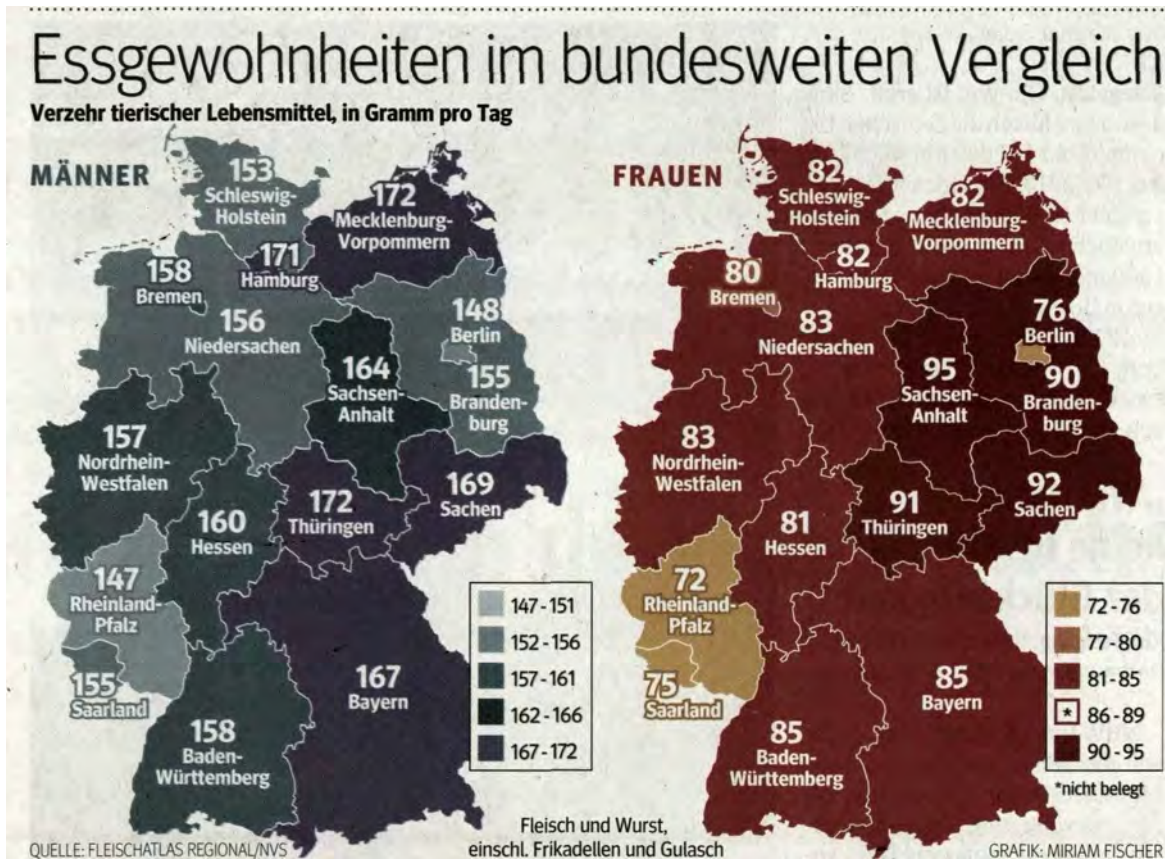
Auch die Verbraucherzentrale NRW hält Ostendorffs Mindestpreis-Idee für falsch. Stattdessen brauche es eine bessere Kennzeichnung tierischer Produkte, meint Verbraucherexpertin Sabine Klein: „Aus Verbrauchersicht ist es erforderlich, transparent über Tierhaltung, Produktqualität und Tiererschutz zu informieren.“ Eine gute Kennzeichnung werde letztlich sogar dafür sorgen, dass Kunden höhere Preise bezahlen, meint die Expertin für tierische Lebensmittel: „Wenn Verbraucher zuverlässig erkennen, dass es sich bei einem Produkt um gutes Fleisch handelt, dann sind sie auch bereit, einen höheren Preis zu bezahlen.“

Gegenwind vom Einzelhandel

Verbindliche Mindestpreise für Fleisch lehnt auch der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels in Berlin ab. „Wir halten nichts von Eingriffen in die freie Preisgestaltung“, sagt Sprecher Christian Böttcher. Auch sei der Eindruck falsch, dass es im deutschen Lebensmittelhandel nur billiges Fleisch geben. Böttcher: „Der Verbraucher kann sich auch ganz bewusst für sehr hochwertige Teilstücke entscheiden.“

Aufgerüttelt hat der Vorstoß aus NRW die Grünen selbst. Von dieser Zeitung auf das Thema Mindestpreise angesprochen, gab sich Friedrich Ostendorffs Berliner Bundestagbüro gestern überraschend einsilbig. Deutlicher wurde Anton Hofreiter. Der „Passauer Neuen Presse“ sagte der Grünen-Fraktionschef: „Ich halte staatlich verordnete Mindestpreise nicht für den richtigen Weg.“ Zwar sei eine Debatte über Dumpingpreise richtig, angesichts der Krise, in der Bauern steckten. Es handele sich aber um den Debattenbeitrag eines einzelnen Abgeordneten. Er selbst wolle Marktstrukturen fairer gestalten und die Fördergelder neu verteilen, so Hofreiter.

Am Samstag können Hofreiter und Ostendorff persönlich diskutieren. Beide nehmen an einer von der Fraktion organisierten Konferenz zum Thema faire Tierhaltung in Hannover teil. Ostendorff will sein Papier dort vorstellen.



Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 28

Wenn der Postmann Scooter fährt

UMWELT Die Klima-Expo in NRW zeichnet Vorreiterprojekte in Sachen Energiewende aus

VON HILMAR RIEMENSCHNEIDER

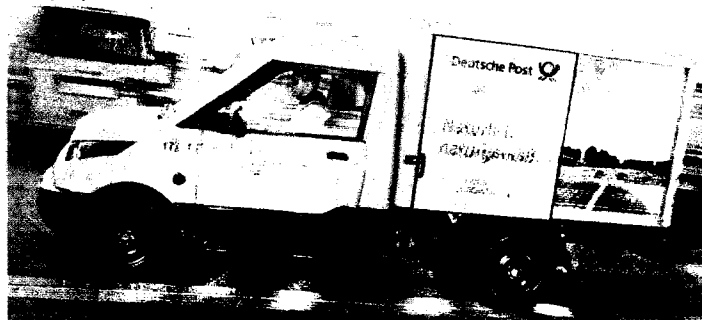
Düsseldorf. Die blaue, gut 15 Meter hohe Betonfassade verdeckt geschickt, dass dahinter ein Stück Energie-Geschichte geschrieben wird, ebenso Energie-Zukunft. Hier in Essen, an einer vierspurigen Straße, beginnt die rund einen Kilometer lange Strecke für ein Supraleiter-Stromkabel. Interessenten aus aller Welt seien schon da gewesen, sagt Stefan Küppers vom Versorgungsunternehmen Westnetz. Die hat man die weltweit längste Teststrecke für neue Stromnetze ins Essener Stadtnetz integriert.

Die Nobelpreis-gekürte Idee dahinter: Wenn die Kabel auf minus 200 Grad gekühlt werden, kann der Strom fast ohne Widerstand

„ Von überall kommen Interessenten nach Essen, um die neue Technologie zu studieren

fließen. In dünneren Kabeln kann er effizienter und mit deutlich geringerer Spannung verteilt werden – 10 000 statt 110 000 Volt. Das sei ein Modell für Ballungsräume mit wachsendem Energiebedarf. Warschau und Chicago planten den realen Einsatz, erzählt Küppers. Interessenten kommen von überall nach Essen, um den von RWE betriebenen Härtetest zu studieren. Der Vorteil der Supraleiter: In verdichteten Stadtteilen könnten bestehende Schächte genutzt werden, statt neue flächenfressende Infrastruktur zu schaffen.

Essen ist einer von vielen Orten, wo die Energiewende greifbar wird. Stromnetze der Zukunft – in



Die Post hat in und um Bonn auf Elektroscooter umgestellt. Foto: dpa



Umweltminister Rommel, Ministerpräsidentin Kraft, Post-Vorstandsvorsitzender Appel und Jörg Lüken, Akademisches Förderungswerk

NRW entworfen: „Ein Teil dieser Zukunft läuft bereits“, sagt Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD), die sich über wegweisende Projekte informiert hat. „Hier gibt es das Knowhow, das wir brauchen, damit wir solche Netze zu bezahlbaren Kosten betreiben können.“ Das Land hat sich vorgenommen, in Sachen Energiewende und Klimaschutz eine Pilotfunktion zu übernehmen. Den Anspruch vertritt ebenso die Klima-Expo NRW, die kommende Woche zwölf Projekte als Vorreiter beim Klimaschutz auszeichnet. Prämiert wird das Modell einer nachhaltigen Holzenergiewirtschaft im Oberbergischen Kreis, das als besonders nachhaltig gilt.

Als mustergültig wurde auch die CO₂-freie Zustellung der Deutschen Post in und um Bonn ausgezeichnet, wo die gesamte Zustellflotte auf etwa 130 Elektrofahrzeuge umgestellt wurde – darunter ei-

„ In Wuppertal hat die Zukunft der intelligenten Stromnetze schon begonnen

gens entwickelte Street Scooter. Ausgezeichnet wird auch die „Klimakommune Saerbeck“ als Vorbild für den konsequenten Einsatz erneuerbarer Energieträger als Beitrag zum Klimaschutz. Die Münsterland-Gemeinde deckt ih-

ren Bedarf nur aus Bioenergie. Diesen Weg hätten inzwischen viele andere Kommunen für sich entdeckt, berichtet Professor Christian Rehtanz von der Technischen Universität in Dortmund. Am Lehrstuhl für Hochspannungstechnik berät er unter anderem Bad Neuenahr. Energieautark zu sein, reiche aber nicht mehr. Kommunen müssten mit ihrem Strom auch benachbarte Städte versorgen. Rehtanz und sein Kollege Frank Jenau denken in Netzen, denn in Dortmund errichten sie gerade ein europaweit einmaliges Testfeld: Hier erproben sie Material und Bedingungen für die Hochspannung-Gleichstrom-Übertragung – ein Schlüssel für den Transport des Stroms aus Windkraft vom Norden in den Süden. Ein erstes Testfeld am Eon-Kraftwerk in Datteln haben die Forscher abgebaut, es soll nun in Dortmund stehen.

In Wuppertal hat derweil längst die Zukunft der intelligenten Stromnetze begonnen. Oben auf dem Campus der Bergischen Universität Wuppertal hat Professor Markus Zdrallek sie mit seinem Team „Ines“ entwickelt: Die intelligente Einheit steuert den Strombedarf in einem lokalen Netz, kann bei Abweichungen einzelne Verbraucher drosseln oder mehr Strom ins Netz einspeisen lassen. In Wuppertal wird so ein großes Rechenzentrum neben einer Ladestation für mehrere Elektroautos gespeist. Intelligente Stromzähler würden so überflüssig. Das zeige die Praxis bei einer Reihe von Versorgern wie Leverkusen oder Ratingen. Die bestätigen: „Die Märchen vom Blackout wegen der Energiewende sind Unsinn.“

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 10

Verbotene Tierfalle aufgestellt

Jagdfunktionär wird vom Gericht zur Zahlung einer Geldstrafe verurteilt

VON CARSTEN LINNHOFF

Ahlen. Eine Greifvogelfalle scharf zu schalten, ist verboten. Das betonte der vom Gericht eingeschaltete Gutachter, und das sahen auch Anklage und Verteidigung so. Ein Jagdfunktionär musste sich gestern wegen illegaler Tierfallen vor dem Amtsgericht Ahlen verantworten.

Heftig umstritten war gestern aber vielmehr die Frage, ob der angeklagte Jäger diese Falle auch aufgestellt hatte. Der 61-Jährige bestreitet das. Ihm sei die Falle in der Nähe seines Wohnhauses untergejubelt worden, erklärte er. Brisant ist der Fall deshalb, weil der Mann Präsidiumsmitglied des Landesjagdverbandes NRW ist.

Nur zufällig habe er die Falle entdeckt, nachdem er ein paar Tage nicht zu Hause gewesen war. Sofort habe er sie entschärft und den toten Köder, einen Fasan, entfernt. Dann will er sich auf den Weg nach Hause gemacht haben, um von dort den Jagdpächter über den Vorfall zu informieren.

Auch Tierschützer hatten die Falle entdeckt und im August 2015

die Polizei gerufen. Als Polizisten sich auf den Weg machten, lief ihnen der Angeklagte mit dem toten Fasan in die Arme. Für den Staatsanwalt war klar: Hier sollte eine Straftat verdeckt werden.

Das sah das Gericht genauso und verurteilte den Kaufmann zu einer Geldstrafe von 3500 Euro. „Das Gericht berücksichtigt, dass der Angeklagte nicht vorbestraft ist und dass er nicht gewohnheitsmäßig gehandelt hat“, sagte Richterinnen Kristina Henningsen in der Urteilsbegründung.

Mit dem Strafmaß von 50 Tagesstrafen zu 70 Euro blieb das Gericht

bewusst unter der Grenze von 60 Sätzen. Damit habe der 61-Jährige eine Chance, seinen Jagdschein zurückzubekommen. Die Firma des Mannes handelt mit Waffen und Munition. Ohne Jagdschein darf er die Produkte nicht zu Kunden transportieren.

Warum der Jagdfunktionär mit dem Köder in der Hand erwischt wurde, darüber stritten sich Verteidigung und Staatsanwaltschaft heftig. Der Ankläger warf dem 61-Jährigen vor, dass er als Präsidiumsmitglied um die Problematik wissen müsse. Der Habicht zählt zu den besonders geschützten Arten. „Wenn es so ist, wie Sie sagen, hätten Sie die illegale Tierfalle nicht anrühren und auch das Tier nicht entnehmen dürfen“, sagte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer. Die Verteidigung sah das anders: „Jeder Jäger hätte die Falle zuerst entschärft und sich dann das Tier angeschaut.“

Der Verteidiger kündigte noch im Gerichtssaal an, das wegen eines Verstoßes gegen das Bundesnaturschutzgesetz verhängte Urteil nicht zu akzeptieren und in Berufung zu gehen.



Wegen verbotener Tierfallen stand ein Jagdfunktionär gestern in Ahlen vor Gericht. Foto: Felix Kästle/dpa

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Neue Sorgen wegen PCB unter Tage

Möglicherweise wurde im Revier-Bergbau früher viel mehr giftiges Hydrauliköl eingesetzt als angenommen. Grubenwasser steigt auch in belasteten Bereichen

Von Holger Dumke

An Rhein und Ruhr. Möglicherweise befinden sich in den Bergwerkschächten des Ruhrgebietes noch viel mehr Rückstände des hochgiftigen PCB als angenommen. Bislang war davon ausgegangen worden, dass zwischen 1969 und 1986 rund 10 000 Tonnen PCB im Revier-Bergbau eingesetzt wurden, von denen der weitaus meiste Teil (95%) wohl noch unter Tage lagert. Tatsächlich aber können die von der Landesregierung beauftragten Gutachter den gesamten PCB-Einsatz während dieser Zeit gar nicht überblicken, weil für die ersten Jahre – von 1969 bis 1974 – alle Dokumentationen fehlen. Das sei bekannt geworden auf der jüngsten Sitzung des Arbeitskreises „Bruchhohlraumverfüllung/PCB“, berichtet der Umweltverband BUND Nordrhein-Westfalen.

„Statt der 10 000 könnten im schlimmsten Fall bis zu 15 000 Tonnen PCB eingesetzt worden sein“, so BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen im Gespräch mit der NRZ. Die Ruhrkohle AG hatte die Chemikalie seinerzeit als Hydraulikflüssigkeit eingesetzt, nicht wissend um die erst später bekannt gewordenen Umwelt- und Gesundheitsgefahren. PCB ist nicht brennbar, deshalb galt dessen Einsatz zunächst als enormer Fortschritt für die Arbeitssicherheit unter Tage.

Vielfach bestanden die Öle zu 100 Prozent aus PCB

Tatsächlich, so BUND-Mann Jansen, seien in den Bergwerksmaschinen keineswegs nur „PCB-haltige Öle“ zum Einsatz gekommen. Bei vielen Anwendungen hätten die Öle zu 100% aus PCB bestanden, so der Bericht der Gutachter unter Führung der Aachener Gesellschaft Ahu. Der Bedarf sei auch sehr groß gewesen. Ein Walzenlager etwa – von denen es unter Tage viele gab – habe pro Jahr sieben Tonnen PCB verbraucht.

Fest steht: Große Mengen des Giftes sind in den Zechen ins Erdreich versickert, teils achtlos abgelassen worden. Zum großen Umweltproblem werden diese Rückstände insbesondere nach Ende des Bergbaus, weil in stillgelegten Schächten Pumpen nach und nach abgeschaltet werden und das Grubenwasser steigt.

Das für die Bergbauaufsicht zuständige Wirtschaftsministerium vermag diesen Grundwasseranstieg nach eigenen Angaben nur zu verhindern, wenn neue Genehmigungen nötig sind. Auch das ist nach BUND-Angaben auf der Sitzung bekannt geworden – zur großen Verblüffung des Umweltministeriums. Im Rahmen bestehender Genehmigungen steige das Grubenwasser auch in PCB-belasteten Bereichen weiter an. Umwelt- und Wirtschaftsministerium wollten dies noch mal gemeinsam erörtern.

Aus BUND-Sicht führt kein Weg daran vorbei, dass Grubenwasser in Zukunft nur noch geklärt in Flüsse geleitet werden kann. „PCB ist ein Ultragift, das hat in der Umwelt nichts zu suchen“, sagt BUND-Mann Jansen. Er verweist auch darauf, dass sich PCB in der Nahrungskette anreichere. Was bislang fehlt, ist die geeignete Technik zur Klärung des Grubenwassers von PCB: „Das ist technisch nicht so einfach“, sagt Jansen. Das NRW-Umweltministerium habe dazu ein Gutachten ausgeschrieben. NRZ

PCB SEIT 2001 WELTWEIT VERBOTEN

Das Kürzel PCB steht für Polychlorierte Biphenyle. Gemeint sind organische Chlorverbindungen, die früher in Transformatoren, Kondensatoren und anderen Anlagen als Hydraulikflüssigkeit eingesetzt wurden. „Damals wusste man nicht, was das für ein Teufelszeug war“, so BUND-Mann Dirk Jansen.

Denn: PCB sind hochgiftig, gelten als krebserregend. Ende der 90er-Jahre wurden sie nach und nach in immer mehr Ländern verboten, 2001 schließlich durch die Stockholmer Konvention weltweit. NRZ

**Rheinische Post
vom 15.06.2016,
S. 3**

NRW-Bauern erhalten 9,5 Millionen Euro

BERLIN (dpa) Angesichts stark gesunkener Agrarpreise sind aus einem ersten EU-Programm 9,5 Millionen Euro an Bauern in NRW ausbezahlt worden. Hilfe für ihre Liquidität bekamen mehr als 900 Milchbauern und rund 400 Schweinehalter, wie das Bundesagrarministerium gestern in Berlin mitteilte. Neben NRW wurden die meisten Beihilfen nach Bayern und Niedersachsen überwiesen (insgesamt 71 Prozent). Das Geld stammt aus einem 500-Millionen-Euro-Programm der EU. Insgesamt haben fast 9000 Betriebe auf Antrag Beihilfen in Höhe von über 65 Millionen Euro erhalten. Agrarminister Christian Schmidt (CSU) fordert ein zweites EU-Programm. Für Milchbauern müssten weitere Hilfen an eine Begrenzung der derzeit hohen Mengen gekoppelt werden, betonte er.

Westfalenblatt vom 15.06.2016, S. 3

Jagdfunktionär verurteilt

Verbotene Tierfalle eingesetzt – 3500 Euro Geldstrafe

Ahlen (WB/am/bex). Wegen eines Jagdvergehens hat das Amtsgericht Ahlen gestern ein Präsidiumsmitglied des Landesjagdverbands Nordrhein-Westfalen zu einer Geldstrafe von 3500 Euro verurteilt.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 61-jährige gegen das Bundesnaturschutzgesetz verstoßen hat. Wie im WESTFALENBLATT berichtet, hatten im August 2015 Polizisten den Angeklagten nach einem Tipp von Mitgliedern des »Komitees gegen den Vogelmord« auf einem Gelände in Sendenhorst-Albersloh (Kreis Warendorf) auf frischer Tat ertappt: Er soll einen toten Fasan in der Hand gehalten haben, den er zuvor aus einer Habichtfalle entfernt hatte. Das Tier hatte offenbar als Köder gedient.

Der Sendenhorster beteuerte gestern vor Gericht, er habe die Falle erst an diesem Tag zufällig in der Nähe seines Wohnhauses ent-

deckt, nachdem er ein paar Tage nicht zu Hause gewesen sei. Ihm sei die Falle, wenige Meter entfernt von seinen Hühnerställen und seiner Fasanenzucht, untergejubelt worden. Er sei von der Situation überrascht gewesen, so beschrieb es der Anwalt des Angeklagten. Er habe das getan, was jeder Jäger getan hätte: Er habe die Falle geschlossen und den Fasan aufgenommen. Jeder hätte die Falle in dem freizugänglichen Areal aufstellen können, meinte der Verteidiger. Man müsse sich aber die Frage stellen, wer ein Motiv habe. Das könnten ja auch die Tierschützer sein – lautes Raunen auf den Zuschauerbänken.

Der Staatsanwalt hingegen sah in den Ausführungen des Anwalts eher den Versuch der Vertuschung. Es sei für ihn völlig unverständlich, dass ein Jäger, der zudem Mitglied im Präsidium des Landesjagdverbands sei und sich mit der Materie auskenne, den Fasan aus der Falle genommen habe, anstatt die Polizei zu informieren.

Ein Gutachter verglich die Vorrichtung mit einem Waffeisen. Gerät ein Habicht in diese Falle, bleibe ihm nur wenig Lebensraum.

Richterin Kristina Henningsen folgte mit dem Strafmaß der Forderung der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger hatte auf Freispruch plädiert und beklagt, die Anklage stütze sich nur auf Indizi-

en: Er kündigte noch im Gerichtssaal an, er werde gegen das Urteil vorgehen.

Mit dem Strafmaß von 50 Tagessätzen zu 70 Euro blieb das Gericht bewusst unter der Grenze von 60 Sätzen. Damit habe der 61-jährige weiterhin eine Chance, seinen Jagdschein zurückzubekommen. »Er ist beruflich darauf angewiesen. Das will das Gericht ihm als Ersttäter nicht verbauen«, hieß es in der Urteilsbegründung. Die Firma des Mannes handelt mit Waffen und Munition. Ohne Jagdschein dürfte er nach seiner Schilderung die Produkte zum Beispiel nicht zu Kundenpräsentationen

transportieren.

Nach dem Vorfall hatte der 61-jährige sein Amt im Landesjagdverband ruhen lassen. Heftige Kritik kam gestern erneut vom »Komitee gegen den Vogelmord«: »Nach dem Urteil fällt es uns schwer, den Landesjagdverband noch als Partner im Kampf gegen die illegale Greifvogelverfolgung ernst zu nehmen«, sagte Sprecher Axel Hirschfeld. **Az.: Ds 291/15**

Westfälischer Anzeiger vom 15.06.2016, S. 4

Oberjäger in der Falle

Habicht nachgestellt: Geldstrafe für Präsidiumsmitglied des Landesjagdverbandes

Von Robert Vornholt

AHLEN • Ein 61-jähriger Jäger aus Sendenhorst-Albersloh, der auch Vorstandsmitglied des Landesjagdverbandes (LJV) ist, wurde vom Amtsgericht Ahlen zu einer Geldstrafe von 3500 Euro verurteilt. Er wurde schuldig gesprochen, streng geschützte Wildvögel – insbesondere Habichte – mit einer verbotenen Falle fangen zu wollen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, weil die Verteidigung Rechtsmittel gegen den Richterspruch einlegen will.



Habichte sind in Deutschland streng geschützt. • Foto: dpa

fängisch gestellten Habichtfangkorb, dessen Auslösemechanismus der Jäger deaktiviert hatte. Der 61-Jährige hielt den Kadaver einer Fasanhenne, die vermutlich als Köder zum Anlocken von Greifvögeln diente, noch in den Händen, als die Komiteemitglieder nebst zwei Polizisten am Tatort eintrafen.

„Ich habe diesen Korb nicht aufgestellt. Die Existenz ist für mich nicht nachvollziehbar“, beteuerte der in der Nähe der Fangrichtungen wohnende, bisher unbescholtene Kaufmann. Als „häufiger

Jagdschein weg

Der Jagdschein des verurteilten Jägers, der als Kaufmann bei einem Munitionshersteller tätig ist, wurde wegen des schwebenden Verfahrens von der Unteren Jagdbehörde des Kreises Warendorf nicht verlängert. Das Gericht blieb mit seinem Strafmaß von 50 Tagessätzen zu 70 Euro bewusst unter der Grenze von 60 Sätzen. Damit hat der 61-jährige Jäger weiterhin eine Chance, seinen Jagdschein zurückzubekommen, auf den er beruflich angewiesen ist. Nun muss die Kreisverwaltung über die Zuverlässigkeit des 61-Jährigen entscheiden. • vor

Jagdgest“ übt er im Eigenjagdbezirk von Philipp Freiherr von Heereman Jagdaufsichtsfunktionen aus. Sein Mandant sei Opfer eines „halben Rufmordes“, zumal er im LJV-Präsidium tätig gewesen sei, sagte sein Rechtsanwalt

Marcus Schuck. „Jeder Jäger hätte die Falle geschlossen“, dementierte er zudem, dass der Angeklagte mit dem toten Tier ein Beweismittel habe vernichten wollen. Es sei „normal“, dass er zunächst den Jagdpächter und dann die Polizei habe verständigen wollen. Wegen fehlendem Netzempfangs hätte er vom heimischen Festnetzanschluss telefonieren müssen, aber dazu sei es nicht mehr gekommen.

~ Doch die Richterin stufte die Aussagen der Belastungszeugen aber als glaubwürdig ein. Der Fangkorb sei frisch aufgestellt worden, die anderen Fallen untermauerten den Vorwurf des Nachstellens von Beutekonkurrenten des Jägers. Wäre ein Habicht gefangen worden, hätte er besonders schwere Qualen erlitten, teilte die Richterin die Einschätzung eines Sachverständigen. „Wie in einem Waffeisen“ wäre das Tier dann gefangen gewesen.

Westfälische Nachrichten vom 15.06.2016 , S. 1

Remmel will Urenco stilllegen

-kw/fpl- **GRONAU/DÜSSELDORF.** NRW-Umweltminister Johannes Remmel will offenbar die Urananreicherungsanlage in Gronau (UAA) mittelfristig stilllegen. „Es ist nicht vermittelbar, dass Gronau trotz Ausstiegsbeschlusses in Deutschland weiterhin Brennstoffe auch für sicherheitstechnisch problematische ausländische Atomkraftwerke herstellt“, sagte

der Grünen-Politiker gestern in Düsseldorf. Auf einer heute beginnenden Tagung der Landes-Umweltminister will Remmel eine entsprechende Initiative unter Federführung des Landes NRW auf den Weg bringen. Die Urenco in Gronau versorgt nach unbestätigten Angaben die belgischen Pannen-Kernkraftwerke Doel und Tihange mit Brennstoff.

Eine mögliche Urenco-Stillegung war zuletzt 2011 im Wirtschaftsausschuss des Landtages intensiv diskutiert worden. Tenor: Ein Widerruf der Genehmigung komme nur infrage, wenn ein im Atomgesetz verankerter Widerrufsgrund vorliege – der nach damaliger Einschätzung aber nicht vorlag. Zudem wäre bei einer Schließung eine „angemessene

Entschädigung in Geld“ fällig, so das Wirtschaftsministerium seinerzeit. Urenco selbst sprach von „Milliardenverlusten“, die kompensiert werden müssten.

Für die Stadt Grönau wäre eine Urenco-Stillegung finanziell ein schwerer Schlag: Mehr als 30 Millionen Euro Gewerbesteuer spült das Unternehmen jährlich in die Stadtkasse.

Westfälische Nachrichten vom 15.06.2016, S. 3

Zukunft in NRW geschmiedet

Klima-Expo NRW zeichnet zwölf Projekte aus / Supraleiter-Stromkabel lockt weltweit Interessenten

Von Hilmar Riemenschneider

SAERBECK/DORTMUND/DÜSSELDORF. Die blaue, gut 15 Meter hohe Betonfassade an einer vierspurigen Straße mitten in Essen verdeckt geschickt, dass dahinter ein Stück Energie-Geschichte geschrieben wird. Eigentlich Energie-Zukunft: Hier beginnt die mit rund einem Kilometer längste Teststrecke für ein Supraleiter-Stromkabel. Interessenten aus aller Welt seien schon da gewesen, sagt Stefan Küppers vom Versorgungsunternehmen Westnetz. Die hat das hochmoderne Kabel inzwischen ins Essener Stadtnetz



»Hier gibt es das Know-how, das wir brauchen.«

NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD)



integriert. Die Nobelpreis-gekürte Idee dahinter: Wenn die Kabel auf minus 200 Grad gekühlt werden, fließt der Strom fast ohne Widerstand. In dünneren Kabeln kann er effizienter und mit geringerer Spannung – 10 000 statt 110 000 Volt – verteilt werden. Das sei ein Modell für Ballungsräume mit wachsendem Energiebedarf. Warschau und Chicago setzten auf Supraleiter, erzählt Küppers. Der Vorteil: In verdichteten Stadtteilen könnten kleine Schächte genutzt werden, statt neue flächenfressende Infrastruktur zu schaffen.

Essen ist einer von vielen Orten, an denen die Energiewende geschmiedet wird. Stromnetze der Zukunft – in NRW entworfen: „Ein Teil dieser Zukunft läuft bereits“, sagt Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, die einige der wegweisenden Projekte besichtigt hat. „Hier gibt es das Know-how, das wir brauchen, damit wir solche Netze zu bezahlbaren Kosten betreiben können.“ Das Land will bei Energiewende und Klimaschutz eine Pilotfunktion übernehmen. Den Anspruch vertritt ebenso die Klima-Expo NRW, die kommende Woche zwölf Projekte als Vorreiter in Sachen Klimaschutz auszeichnet. Prämiert werden

Ausgezeichnete Projekte der Klima-Expo 2016 sind unter anderem das Projekt „Nachhaltige Holzenergiewirtschaft“ im Kreis Oberberg (Bild unten rechts), die Idee, Ressourcen in einer Großküche der Ruhr-Uni Bochum (unten links) zu schonen, das Konzept der Innovationscity Ruhr in Essen (oben rechts) sowie die Klimakommune in Saerbeck.

Foto: KlimaExpo.NRW

Beispiele einer mustergültigen Abfallnutzung in Lünen oder zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung an der Uni Bochum. Ausgezeichnet wird auch die „Klimakommune Saerbeck“ als Vorbild für den konsequenten Einsatz erneuerbarer

Energieträger. Die Gemeinde deckt ihren Bedarf nur aus Bioenergie.

Diesen Weg haben inzwischen viele andere Kommunen für sich entdeckt, berichtet Professor Christian Rehtanz von der Technischen Universität in Dort-

mund. Am Lehrstuhl für Hochspannungstechnik berät er unter anderem Bad Neuenahr: Energieautark zu sein, reiche aber nicht mehr, Kommunen müssten mit ihrem Strom auch benachbarte Städte versorgen. Rehtanz und sein Kollege Frank

Jenau denken in Netzen, denn hier in Westfalen errichten sie ein europaweit einmaliges Testfeld: Hier erproben sie Material und Bedingungen für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung, die Ökostrom verlustarm vom Norden in den Süden transportiert.

50 Kilometer westwärts hat die Zukunft der intelligenten Stromnetze begonnen. Auf dem Campus der Uni Wuppertal hat Professor Markus Zdrallek mit seinem Team „iNES“ entwickelt: Die intelligente Einheit steuert den Strombedarf innerhalb eines lokalen Netzes, kann notfalls einzelne Verbraucher drosseln oder mehr Strom einspeisen. Smarte Stromzähler im Haus würden überflüssig, sagt Zdrallek. Viele Städte wie Leverkusen und Ratingen setzen das System ein.

KOMMENTAR

Die Zeit wird genutzt

Es kann einen schon verunsichern: Die EU setzt auf mehr statt weniger Atomenergie, Belgien lässt auch älteste Meiler ans Netz, die meisten Nachbarstaaten beäugen den deutsche Kurs der Energiewende skeptisch. Obwohl sie wissen, dass sie genau diesen Weg auch einschlagen müssen. Da hilft ein Blick auf die konkreten

Projekte, wie Energiewende und Nachhaltigkeit vor Ort funktionieren, wie alltags-taugliche und sichere Systeme entwickelt werden. Der lange umstrittene Kurswechsel in der Energiepolitik ist inzwischen nicht nur unumkehrbar. Der Blick auf die Praxis und die beeindruckenden Forschungsvorhaben in NRW zeigt: Er ist auch kein Hirn-

gespinnst. Die Sorgen vor dem Blackout sind passé. Dafür sorgen bereits angewandte Lösungen wie die in Wuppertal entwickelte intelligente Verteilnetz-Steuerung „iNES“. Andere Entwicklungen treffen zwar den Bedarf, aber brauchen noch Zeit. Die wird in Nordrhein-Westfalen genutzt.

Hilmar Riemenschneider

Westfalenblatt vom 15.06.2016, S. 3

Wisent-Projekt vor dem Aus

Nach Angriff auf Wanderin Konsequenzen gefordert

Siegen (dpa/WB). Das europaweit beachtete Projekt einer freilebenden Wisentherde im Rothaargebirge steht möglicherweise kurz vor dem Aus. Nachdem eine Wisentkuh am 22. Mai eine Wanderin angegriffen hatte, entbrannte eine Diskussion um die Gefährdung von Menschen durch die Ur-Rinder.

Karl Schneider (CDU), der Landrat des Hochsauerlandkreises, forderte Konsequenzen: Der Trägerverein des Projekts im benachbarten Kreis Siegen-Wittgenstein müsse sicherstellen, dass Wanderer geschützt sind, sagte er am Montag in einer Sitzung der für das Projekt zuständigen Koordinierungsgruppe. »Als Ultima ratio könnte das auch heißen, dass ein Zaun gebaut wird.« Doch ein Zaun

würde der Auswilderung der Wisente widersprechen, meint Andreas Müller (SPD), der Landrat von Siegen-Wittgenstein. Wenn sich die Bedenken nicht beiseite räumen ließen, sei das Projekt gescheitert, sagte er. Er gab allen Beteiligten noch eine Frist von vier Wochen, in denen der Trägerverein nach einer »geeigneten Lösung« suchen solle. »Wenn dann nur eine Zaunlösung bleibt, ist das Projekt am Ende«, machte Michael Emmrich, der Sprecher des Vereins, gestern klar. »Dann wäre dies das x-te Gehege in Deutschland und kein Artenschutz-Projekt mehr.« Er sagte, dass es die vom Hochsauerlandkreis geforderte hundertprozentige Sicherheit nie geben könne. »Das gilt auch für

viele andere Lebensbereiche.« Das NRW-Umweltministerium reagierte zurückhaltend auf die Querelen. Man habe das Projekt in den vergangenen zehn Jahren gefördert und biete an, auf Basis fachlicher und juristischer Einschätzungen mit den lokalen Verantwortlichen aktuelle Situationen zu analysieren.

Die Wisentkuh hatte die Wanderin aus Neuss mit dem Kopf gestoßen. Die 47-jährige erlitt Prellungen und eine Schürfwunde. Vermutlich hatte das Tier seinen gerade geborenen Nachwuchs schützen wollen. Abgesehen von der aktuellen Debatte um die Sicherheit von Wanderern bedroht auch die Diskussion um Schälschäden durch die Wisente in Privatwäldern das Projekt.

Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 5

Kommen die Wisente wieder hinter Gitter?

Das Auswilderungsprojekt im Rothaargebirge steht nach einem Angriff auf eine Wanderin vor dem Aus.

VON JÖRG TARON

Siegen. Wisente gelten als bedrohte Tierart und sind immer noch vom Aussterben bedroht. Im Rothaargebirge in Nordrhein-Westfalen lebt seit drei Jahren eine Herde dieser Rinder-Art erstmals seit Jahrhunderten wieder in freier Wildbahn. Doch das europaweit beachtete Auswilderungsprojekt steht auf der Kippe. Mit ihrem Angriff auf eine Wanderin hat eine Wisent-Kuh vor drei Wochen dem Artenschutz-Projekt möglicherweise den Todesstoß versetzt.

Das Tier fühlte sich vermutlich von einer Gruppe Wanderer mit einem Hund bedroht und wollte sein neugeborenes Kalb schützen. Die Frau wurde von dem Wisent in eine Böschung gedrückt und leicht verletzt.

An diesem Vorfall entzündet sich nun eine Diskussion um den Fortgang des Projektes. „Ich möchte nicht die Staatsanwaltschaft im Haus haben und Fragen beantworten müssen, warum ich nichts getan habe“, sagt der Landrat des Hochsauerlandkreises, Karl Schneider (CDU). Er forderte „geeignete Maßnahmen“, damit sich ein solches Zusammentreffen zwischen Mensch und Tier nicht wiederhole. Als „Ultima Ratio“ müsse

notfalls ein Zaun gezogen werden.

Doch den wird es nicht geben. „Ein Zaun widerspricht dem Ziel des Projekts, nämlich der Auswilderung“, sagt der Landrat des benachbarten Kreises Siegen-Wittgenstein, Andreas Müller (SPD). Dann sei das Projekt gescheitert.

Die 100-prozentige Sicherheit, die Schneider fordere, könne es nicht geben, sagt auch der Sprecher des Projekt-Trägervereins Wisent-Welt-Wittgenstein in Bad Berleburg, Michael Emmrich. Ein Zaun nehme dem Projekt seinen Auswilderungs- und Artenschutz-Charakter: „Dann wäre das das x-te Gehege in Deutschland.“

In vier Wochen wird beraten

Der Siegener Landrat will die für das Projekt Verantwortlichen in vier Wochen an einen Tisch bringen, um über die Konsequenzen aus dem Angriff zu entscheiden. Er hofft, dass dem Verein und den Wisent-Experten noch eine Lösung einfällt. Bis dahin will er die Debatte beruhigen.

Das nordrhein-westfälische Umweltministerium in Düsseldorf, das die Wisent-Wiederansiedlung

von Beginn an unterstützte, reagierte zurückhaltend auf die Querelen. Man biete an, auf Basis fachlicher und juristischer Einschätzungen mit den lokalen Verantwortlichen aktuelle Situationen zu analysieren und weitere Entwicklungsschritte zu beraten, teilte das Ministerium mit. Auch die Bezirksregierung in Arnsberg will die Vier-Wochen-Frist abwarten. Erst dann werde man die Situation einschätzen und bewerten.

Unterdessen streiten auch die Touristiker der Region über das Projekt. Während die Schmallenberger, in deren Wäldern die Frau angegriffen wurde, ihre grundsätzlichen Bedenken bestätigt sehen, habe der Tourismus in der gesamten Region von dem Interesse an dem Projekt profitiert, sagt Sauerland-Tourismus-Chef Thomas Weber.

Der Schmallenberger Bürgermeister rät ebenfalls zur Versachlichung. „Man muss den Vorfall ernst nehmen“, sagt er. „Aber man muss auch sagen, dass es seit der Freisetzung Hunderte von ähnlichen Begegnungen zwischen Wanderern und Wisenten gegeben hat, die alle problemlos verlaufen sind.“

Neue Rhein Zeitung vom 15.06.2016,
S. 4

„Duisburg ist beides“

Stadt will in Rheinland und Ruhrgebiet mitarbeiten

Duisburg. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Duisburg hatte den Schritt bereits vollzogen: Die Kammer schloss sich den Partnern für eine Metropolregion Rheinland an (die NRZ berichtete), arbeitet aber zugleich weiter bei den Ruhrgebiets-IHKs mit. Ganz ähnlich positioniert sich nun auch die Stadt Duisburg selbst. Ein Aufnahmeantrag für die künftige „Metropolregion Rheinland“ ist dem Vernehmen bereits gestellt worden. Zugleich betont die Stadt weiterhin ihre Zugehörigkeit zum Ruhrgebiet.

Mit Blick darauf, dass das Thema erst Montag im Stadtrat ist, wollte sich eine Stadtsprecherin gestern nicht zur Metropolregion Rheinland äußern. Sie betonte aber: „Das Ruhrgebiet ist selbstverständlich identitätsstiftend für Duisburg.“ Die Stadt gehöre aber nicht nur dem Ruhrgebiet, sondern auch dem Niederrhein

an, ebenso der Rheinschiene. Heißt wohl im Klartext: Regionale Verbundenheit ist keine Entweder-Oder-Entscheidung. Duisburg ist aus Überzeugung beim Regionalverband Ruhr dabei, auch wenn man zugleich im Rheinland mitarbeitet.

Die künftige Metropolregion Rheinland umfasst ein Gebiet von rund elf Millionen Einwohnern. Ein Verein soll Anfang 2017 gegründet werden. Rund 35 Partner arbeiten mit. Neben den Städten und Kreisen aus den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf (außer Essen, Mülheim, Oberhausen) sind IHKs und Handwerkskammern engagiert. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen IHK, verweist auf Duisburgs starke Bezüge ans Rheinland, wenn es z. B. um Stahl, Chemie oder Logistik geht. Er betont aber: „Duisburg ist beides: Rheinland und Ruhrgebiet.“ *dum*

Süddeutsche Zeitung vom 15.06.2016, S. 6

Wenn nur die Kirche im Dorf bleibt

Die ländlichen Regionen in Deutschland verweisen. Wo Arbeitsplätze fehlen, Geschäfte, Gaststätten oder Arztpraxen schließen, zieht es nicht nur die Jungen in die großen Städte. Wie lässt sich dieser Trend aufhalten?

VON KLAUS BRILL

Luisenthal – Er spricht nicht gern von Schrumpfung, denn das klingt so negativ. Udo Knapp sagt lieber, es gehe ums „Kleinerwerden“, und er hat das so in alle Vorlagen hineingeschrieben, als er noch Beamter im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen war. Seiner Meinung nach kann man den berüchtigten „demografischen Wandel“ ja auch als „positiven Prozess“ sehen, wengleich das Stichwort in der Regel bei Politikern und Bewohnern kleiner Städte und Dörfer eher eine Katastrophenstimmung heraufbeschwört.

Deutschland verliert Bevölkerung, Jahr für Jahr, und zwar vor allem auf dem Land. Für den promovierten Politologen Knapp, der sowohl in Bundes- als auch in Landesbehörden tätig war, ist das aber kein Anlass zum Lamento. Mehr Realismus in der Planung tue not, sagt er ungerührt, und das heißt für ihn: Weitere Zentralisierung ist unvermeidbar. „Die Zukunft der Bundesrepublik wird nicht in den ländlichen Räumen und den kleinen Städten geschrieben.“

Dass Knapp mit solchen Thesen nicht allenthalben Begeisterung auslöst, verwundert kaum. Bei einem Dorfsymposium, das jetzt in Luisenthal im Thüringer Wald stattfand, erhob sich lebhafter Widerspruch nicht nur von anwesenden Bürgermeistern, sondern auch von Wissenschaftlern wie dem westfälischen Geografie-Professor Gerhard Henkel, der als „deutscher Dorf-Papst“ gilt. Er hatte das nun zum 20. Mal veranstaltete Dorfsymposium 1979 in Bleiwäsche bei Paderborn begründet und damit ein Forum geschaffen, das Praktiker aus Rathäusern und Landratsämtern mit Regionalplanern, Architekten, Ministerialbeamten und Forschern aus ganz Deutschland zusammenführt. Sie alle eint die Sorge um die Zukunft des Dorfes und der kleinen Stadt als ein Lebensraum, der von der großen Politik nur allzu gern miss-

achtet wird.

Bisher gibt es nicht einmal verlässliche Daten darüber, wie der Rückgang der Bevölkerung und der damit verbundene Zuwachs des Anteils älterer Bewohner sich etwa in den deutschen Kleinstädten auswirken. Dabei ist das, was geschieht, „historisch neu“, wie die Soziologin Annett Steinführer sagt. „Wir hatten noch nie so viele Hochbetagte in unseren kleinen Städten und in den Dörfern“, fand die Forscherin vom Thünen-Institut in Braunschweig für eine Studie heraus.

Zu beobachten ist eine neuartige, mikrokosmische Migration, deren Orientierungspunkt die vorhandenen oder nicht vorhandenen Versorgungseinrichtungen sind, also Geschäfte, Gaststätten, Arztpraxen, Ämter und kulturelle Institutionen. Manche Menschen wandern im Alter vorsorglich in eine Metropole ab, andere ziehen aus einem dörflichen Ortsteil in die Kernstadt, wieder andere begeben sich dorthin, wo eine soziale Einrichtung eröffnet wird. „Was wir aus vielen, vielen Kleinstädten jetzt hören: dass die Menschen auf Infrastrukturangebote reagieren“, resümiert Steinführer. Eröffnet beispielsweise in einer Kernstadt eine neue Wohnanlage, gibt es dort binnen Tagen lange Wartelisten. „Es wird gesagt: Einen alten Baum verpflanzt man nicht, aber die alten Bäume verpflanzen sich eben zum Teil selbst.“

Ein Problem kleiner Gemeinden sind die fehlenden öffentlichen Verkehrsmittel

Dies bestätigt Karin Barwisch, Bürgermeisterin des oberfränkischen 5000-Einwohner-Städtchens Hollfeld bei Bayreuth. In den dörflichen Teilen Hollfelds – es sind immerhin 19 – hätten bereits viele Witwen ihre alten Bauernhäuser verkauft und kleinere Wohnungen im Zentrum bezogen. Trotz Sanierungsmaßnahmen, Kulturpro-

jekten oder Leerstandsmanagements sei die Bevölkerungsprognose für Hollfeld vorerst negativ.

Ein Problem kleiner Gemeinden sei das chronische Defizit bei öffentlichen Verkehrsmitteln, sagt Knapp, der auch kommunalpolitische Erfahrung als stellvertretender Landrat von Rügen hat. Zudem äußert er die Befürchtung, bis zur erwarteten Umkehr des Bevölkerungsrückgangs im Jahr 2036 werde die finanzielle Last der Überalterung gnadenlos den kleinen Städten aufgebürdet. Alles sei von Fördermitteln abhängig.

Dem widerspricht Stefan Krämer, der Forschungsleiter der Wüstenrot-Stiftung, die zahlreiche Dorfprojekte fördert: „Die Lösung kommt nicht zentral.“ Es gebe sehr wohl Perspektiven für kleine Gemeinden. Nötig sei allerdings das Engagement der unmittelbar Betroffenen. Dies bestätigt auch Wolfgang Rückert, Aktivist eines erfolgreichen Dorfprojekts im fränkischen Langenfeld: „Diese Dinge stehen und fallen sehr stark mit den handelnden Personen.“

Ein Zeichen der Hoffnung setzte in Luisenthal Thomas Herker, der junge Bürgermeister von Pfaffenhofen an der Ilm mit 25 000 Einwohnern. Der Ort liegt in der Boom-Region München-Ingolstadt. Sein Städtchen verfolgt unter seiner Leitung mit solcher Energie das Ziel der „Lebensqualität in allen Lebenslagen“, sodass ihm nicht nur der Deutsche Nachhaltigkeitspreis verliehen wurde, sondern auch 2011 eine internationale Auszeichnung als „lebenswerteste Kleinstadt“ der Welt.

Herker mahnte, bei allen Erwägungen über effektive Strukturen und chronische Defizite nicht außer Acht zu lassen, dass im Dorf und in der kleinen Stadt vor allem auch die Demokratie zu bewahren und zu verteidigen ist. „Der Glaube an unser System beginnt vor der Haustür, im Rathaus.“

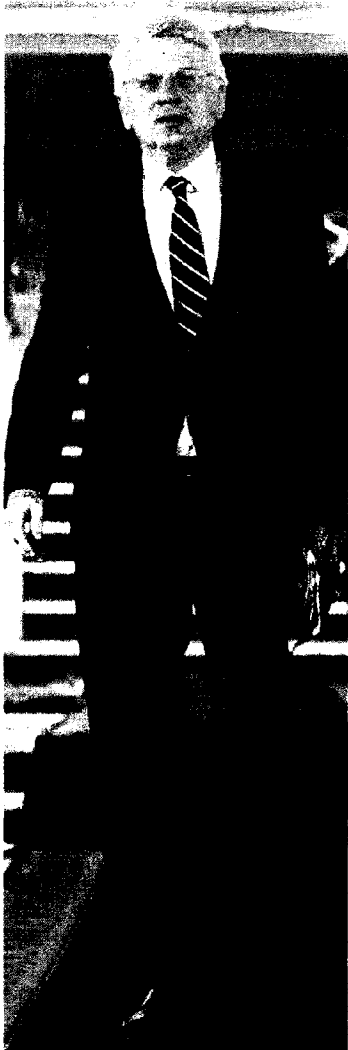
Aachener Zeitung vom 15.06.2016, S. 4

Rücktritt mitten in der Krise mit der Türkei

Der deutsche EU-Botschafter in Ankara räumt seinen Posten. Flüchtlingsabkommen auf der Kippe.

VON CAN MEREY

Ankara. Als Hansjörg Haber das letzte Mal seine Koffer in Ankara packte, geschah das unter günstigeren Umständen. 1996 räumte der Diplomat turnusgemäß nach vier Jahren an der deutschen Bot-



Abgang aus der Türkei: Der deutsche EU-Botschafter Hansjörg Haber tritt von seinem Posten in Ankara zurück. Foto: dpa

schaft seinen Posten, um nach Bonn zu wechseln. Im vergangenen September kehrte Haber als Leiter der EU-Delegation nach Ankara zurück. „Ich bin begeistert, wieder in der Türkei zu arbeiten, nachdem ich 20 Jahre weg war“, meinte der Botschafter damals. Von dieser Begeisterung dürfte heute nicht mehr viel übrig sein.

Haber tritt von einem der schwierigsten EU-Diplomatenposten zurück – ausgerechnet zu einer Zeit, in der die Spannungen zwischen Brüssel und Ankara eskalieren. Nicht einmal ein Jahr bleibt der Deutsche diesmal in Ankara: Zum 1. August wird er sein Büro räumen, wie die EU gestern mitteilte – ohne Gründe zu nennen.

Für Schlagzeilen hatte Haber aber im vergangenen Monat gesorgt, als er ins Außenministerium in Ankara einbestellt wurde – wohin auch der deutsche Botschafter immer wieder zum Gespräch gebeten wird. Vielleicht wurden dem 53-jährigen Münchner seine guten Türkischkenntnisse zum Verhängnis. Jedenfalls meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu, Haber sei einbestellt worden, weil er mit Blick auf den Streit um die EU-Visumfreiheit ein Sprichwort zitiert habe – das eigentlich nur Türken kennen. „Beginnen wie ein Türke und beenden wie ein Deutscher“, soll Haber gesagt haben. „Hier ist es umgekehrt.“ Mit der Redewendung ist gemeint, eine

Arbeit nicht nur mit großem Eifer anzugehen, sondern sie dann auch diszipliniert zu Ende zu bringen.

Die EU hat nie bestätigt, dass Haber diese Sätze wirklich gesagt hat. Damit bleibt auch offen, ob Haber darauf anspielen wollte, dass der Prozess für die Visumfreiheit auf den letzten Metern steckengeblieben ist – aus Sicht der EU, weil die Türkei sich weigert, die wenigen noch offenen Bedingungen zu erfüllen. Ankara verdächtigte den Diplomaten jedenfalls, die Türken verächtlich machen zu wollen. „Dieser deutsche Botschafter der EU soll dem türkischen Volk erklären, was er meint, wenn er „wie ein Deutscher und wie ein Türke“ sagt“, schimpfte der damalige EU-Minister Volkan Bozkir.

Falscher Vorwurf wiederholt

Wie angespannt die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind, dafür ist Habers Rücktritt nur das jüngste von vielen Anzeichen. Ministerpräsident Binali Yildirim warf der EU gestern vor, den Anti-Terror-Kampf der Türkei unterlaufen zu wollen. Hintergrund ist die Forderung nach einer Änderung der Anti-Terror-Gesetze, womit die EU erreichen will, dass diese nicht gegen politische Gegner missbraucht werden.

Der Regierungschef erneuerte auch die Anschuldigung, Brüssel habe diese Forderung nachträglich

erhoben. Auch durch Wiederholungen wird dieser Vorwurf allerdings nicht richtiger: Die 72 Bedingungen für die Visumfreiheit – darunter die zu den Anti-Terror-Gesetzen – hat die Türkei selber mit der EU am 16. Dezember 2013 vereinbart.

Yildirim sagte nun, die Türkei verzichte lieber auf die Visumfreiheit, als dass sie die Anti-Terror-Gesetze ändere. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat bereits deutlich gemacht, dass sich die Türkei ohne Visumfreiheit allerdings auch nicht dazu verpflichtet fühlt, Flüchtlinge aus der EU zurückzunehmen – die beiden Punkte wurden als Paket vereinbart. Damit droht der Kollaps des Flüchtlingsabkommens der EU mit der Türkei.

Erdogan sprach am Montagabend ein weiteres heikles Thema an, bei dem sich die Türken seit mehr als einem halben Jahrhundert von Europa über den Tisch gezogen fühlen: den EU-Beitritt der Türkei, für den mit dem Assoziierungsabkommen 1963 der Grundstein gelegt wurde. „Niemand soll unsere Geduld auf die Probe stellen“, warnte Erdogan laut Anadolu. Ganz sicher halte die Geduld nicht so lange vor, wie sich das der britische Premierminister David Cameron vorstelle. Cameron hatte kürzlich prognostiziert, beim Tempo der derzeitigen Fortschritte werde die Türkei „etwa im Jahr 3000“ EU-Mitglied werden.

Türkei-Experte beklagt „Unterwürfigkeit“ der Politik unter Ditib

Der Berliner Türkei-Experte Ralph Ghadban wirft der deutschen Politik einen naiven Umgang mit dem türkischen Islamverband Ditib vor. Die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ sei von Bundesregierungen „geradezu unterwürfig“ als Dialogpartner aufgebaut worden, sagte Ghadban gestern der Katholischen Nachrichten-Agentur.

Dabei stehe die von der türkischen Religionsbehörde in Ankara finan-

zierte und gelenkte Organisation für türkischen Nationalismus statt Integration und einen tief konservativen Staats-Islam. „Ziel ist, dass die Migranten ihre Loyalität gegenüber Ankara über die Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft stellen.“ Dies erkläre auch die harten Attacken von Ditib-Vertretern gegen türkischstämmige Bundestagsabgeordnete, die für die Armenien-Resolution gestimmt hatten. Darin werden die Massaker an den Armeniern während

des Ersten Weltkriegs als Völkermord eingestuft.

Ghadban forderte die deutsche Politik auf, stärkeren Einfluss auf das Islamverständnis der rund 900 Ditib-Moscheevereine zu nehmen. Dort stehe die Abgrenzung von westlich-individualistischen Werten im Vordergrund. Zudem pflege die Ditib Kontakte zu der islamistischen Gruppierung Milli Görüs, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 2

Brüssel: Erfolge bei Abkommen mit Türkei „labil“

now./Her. BRÜSSEL/FRANKFURT, 14. Juni. In einem für einen Diplomaten ungewöhnlichen Schritt hat der Botschafter der Europäischen Union in Ankara, Hansjörg Haber, am Dienstag seinen Rücktritt erklärt. Eine Sprecherin der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, der Vorgesetzten Habers, wollte sich nicht zu den Umständen für Habers Rücktritt äußern. Sie bestätigte lediglich, dass der deutsche Spitzendiplomat, der im September 2015 die Leitung der EU-Delegation in Ankara übernommen hatte, „zurückgetreten ist und seinen Posten zum 1. August aufgeben wird“. Offen bleibt, was der 63 Jahre alte Diplomat künftig tun wird. Nicht ausgeschlossen ist, dass der ranghohe Beamte ins Auswärtige Amt zurückkehren wird. Dafür spricht, dass es am Dienstag nicht nur aus der Türkei Hinweise darauf gegeben hat, dass das persönliche Verhältnis Habers zu Mogherini nicht frei von Reibungen gewesen sein könnte. Auch zum umtriebigen niederländischen Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, der mit der Aushandlung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei vertraut war, soll das Verhältnis kühl gewesen sein. In Ankara kursierten am Dienstag Gerüchte über Spannungen zwischen Mogherini und Haber, der Anweisungen Mogherinis nicht befolgt oder aber nicht zu deren Zufriedenheit umgesetzt haben soll. Offiziell gab es dafür in Brüssel keine Bestätigung. Haber gilt als ein Diplomat, der auch im Amt durchaus seine Überzeugungen nicht versteckt.

In Brüssel wurde darauf hingewiesen, dass Habers Rücktritt nicht vor dem Hintergrund der zuletzt verstärkten Spannungen zwischen Ankara und

der EU gesehen werden dürfe. Allerdings wurde in der Europäischen Kommission durchaus vermerkt, dass am vergangenen Wochenende 200 Flüchtlinge aus der Türkei über die Ägäis auf die griechischen Inseln gelangt sind. Dies verdeutliche, dass die bisher erreichten Erfolge „labil“ seien. „Die erfolgreiche Verwirklichung hängt vor allem von der politischen Entschlossenheit aller Seiten ab, die notwendigen Schritte zu unternehmen“, hieß es in der Kommission.



Hansjörg Haber

Dennoch wird darauf verwiesen, dass das Flüchtlingsabkommen mit Ankara „konkrete Ergebnisse“ gezeigt habe. So sei seit Ende März die Zahl der Flüchtlinge, die täglich in Griechenland eintreffen, von täglich rund 1200 auf – seit Anfang Mai – im Durchschnitt 44 gesunken. Mehr Einzelheiten zur Verwirklichung des Abkommens werden in dem neuen Fortschrittsbericht erwartet, den an diesem Mittwoch die EU-Kommission zur Türkei vorlegen will.

Haber war in den vergangenen Monaten etwa ein halbes Dutzend Mal in das türkische Außenministerium einbestellt worden, und regierungsnahen Medien führten eine Kampagne gegen ihn. Scharf wurde er für eine Äußerung kritisiert, die er am 18. Mai in einem Hintergrundgespräch fallen ließ, die aber den Weg in die türkische Öffentlichkeit fand. Haber sagte: „Wir haben ein Sprichwort: Anfangen wie ein Türke und aufhören wie ein Deutscher. Hier ist es umgekehrt.“ Er habe diese Äußerung positiv und als Wert-

schätzung für die geleistete Arbeit gemeint, kommentierte Haber. Sie habe seinen Optimismus ausdrücken sollen.

Allerdings hatte Haber auch erfahren müssen, wie langsam die Türkei an der in Aussicht gestellten Befreiung von der EU-Visumpflicht gearbeitet hat. Auf diese hatten sich die EU und die Türkei im November 2013 in ihrem ersten Flüchtlingsabkommen geeinigt. Dazu hätte die Türkei 72 Kriterien erfüllen müssen. Am Dienstag aber erklärte Ministerpräsident Binali Yıldırım, die Türkei verzichte lieber auf die Visumfreiheit, als dass sie ihr Antiterrorgesetz dem EU-Standard angleiche.

Der 1953 in München geborene Haber war in kein unbekanntes Land gekommen. Er kannte die Türkei aus einem ersten Einsatz, als er von 1993 bis 1996 als politischer Referent an der Deutschen Botschaft in Ankara tätig war. Seine Frau Emily Haber, die heutige Staatssekretärin im Innenministerium, arbeitete damals als Kulturreferentin der Botschaft in Ankara. Haber hat immer gesehen, wie schwer sich die Türkei mit der Abtretung von Souveränitätsrechten getan hat. Zuvor war Haber in Paris, Moskau und Manila stationiert, später war er wieder in Moskau und in Berlin mit der Planung von UN-Friedensmissionen in regionalen Konflikten betraut. Nach einer Zeit als Botschafter in Beirut leitete er von 2008 bis 2011 die EU-Beobachtermission in Georgien. 2011 berief ihn Catherine Ashton zum Leiter des zivilen Planungsstabs des Europäischen Auswärtigen Diensts, was er bis 2014 blieb. Nach einem kurzen Abstecher als deutscher Botschafter in Kairo wurde er im September 2015 als EU-Botschafter nach Ankara entsandt.

**Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 15.06.2016, S.
8**

Erratischer Erdogan

Die Signale, die aus der Türkei kommen, sind nicht gut: Ankara bedeutet der Europäischen Union, dass es an der Aufhebung der Visumpflicht nun doch nicht interessiert ist, dass es also die Voraussetzungen dafür nicht erfüllen will; gleichzeitig lässt es Friedenstauben gen Moskau aufsteigen. Am selben Tag tritt zudem der Botschafter der EU in Ankara entnervt von seinem Posten zurück. Nun wird der Blick darauf gerichtet, ob die Türkei ihre Schleusen wieder öffnet und den Druck auf Europa erhöht, indem sie wieder mehr Flüchtlinge in Richtung griechische Inseln aufbrechen lässt. Die Politik des Präsidenten Erdogan ist erratisch, und sie ist für die Türkei gefährlich. Viele Freunde hat das Land nicht mehr, und ob der russische Präsident Putin schon das Gefühl hat, dass Erdogan nach dem Abschuss eines russischen Flugzeugs lang genug gezappelt hat, darf bezweifelt werden. Die Türkei verschanzt sich gerade in einer Wagenburg. Erdogan glaubt vermutlich, die Flüchtlingskrise gebe ihm Macht über Europa. Dabei ist kein Land von dem Krieg in Syrien so betroffen wie die Türkei. Her.

Spiegel Online vom 14.06.2016, S. 1

S.P.O.N. - Der Schwarze Kanal

Was erlaubt sich der Türke?

Eine Kolumne von Jan Fleischhauer

Guter Despot, böser Despot: Während Wladimir Putin in Deutschland Respekt genießt, hat Recep Tayyip Erdogan hierzulande nicht einen Fürsprecher. Liegt es daran, dass die Türken nie mit dem Panzer im deutschen Wohnzimmer standen?

Auch die Linkspartei ist für die Einhaltung von Menschenrechten. "Mal wieder reist Kanzlerin Merkel in die Türkei und will sich dort mit dem Despoten Erdogan treffen", schrieb die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht vor Kurzem auf ihrer Facebook-Seite. Die Kanzlerin sollte das Gespräch lieber zu Oppositionspolitikern suchen, die für Demokratie und Frieden stünden, "statt für Terrorpatenschaft, Ausgrenzung und Abbau von Grundrechten."

Terrorpatenschaft, Abbau von Grundrechten? Keine Frage, dass da eine gepfefferte Antwort nötig ist. Wenn es um die Verteidigung der Freiheit geht, darf man als Demokrat nicht zurückweichen. Nur, wer hätte gedacht, dass ausgerechnet Sahra Wagenknecht in der ersten Reihe stehen würde. Kann man sich vorstellen, dass sie so auch über einen Besuch der Kanzlerin in Moskau schreiben würde? Wohl eher nicht. Man muss nur dort, wo der Name Erdogan steht, den Namen Putin einsetzen, um zu erkennen, dass Despot offenbar nicht gleich Despot ist.

Wenn es um die Türkei geht, sind sich alle einig. Von links bis rechts reicht die Empörung über den unverschämten Herrscher am Bosphorus. Wenn man eine Liste der größten Unsympathen erstellen müsste, stünde Recep Tayyip Erdogan ganz oben, noch vor Trump, Kim Jong Un und dem chinesischen KP-Chef, bei dem die Kanzlerin diese Woche zu Besuch ist. Erst den deutschen Humor nicht verstehen, dann noch unsere Vergangenheitspolitik madig machen: Das ist schlimmer, als in die Ukraine einzumarschieren.

Kein türkisches Problem

Damit man mich nicht falsch versteht: Ich hege keine besondere Sympathie für Erdogan und seine Leute. Wäre ich sein Berater, würde ich ihm dringend den Besuch eines Anger-Management-Seminars empfehlen. Wie man weiß, kann ihn schon eine Zeichnung, auf der jemand zwei Finger zum O formt, so in Rage bringen, dass er den Zeichner ins Gefängnis wünscht (angeblich ist der Kreis das heimliche Zeichen für Homosexualität). Zählt man alle Beleidigungsklagen zusammen, die Erdogan seit seinem Wechsel in den Präsidentenpalast angestrengt hat, ärgert er sich drei mal am Tag so sehr, dass er den Anwalt einschaltet.

Andererseits ist Dünnhäutigkeit kein türkisches Problem, die Kränkungsbereitschaft verbindet Erdogan mit vielen mächtigen Männern. Es gibt dabei auch eine regionale Komponente: Je weiter man nach Süden kommt, desto stärker kreist die Welt um Begriffe wie Ehre und Ansehen.

Normalerweise kann sich jeder einigermaßen einflussreiche Despot darauf verlassen, dass sich in Deutschland jemand findet, der ein gutes Wort für ihn einlegt. Die Russen verfügen sogar über eine ganze Partei im Bundestag, die ihre Sache in der Öffentlichkeit vorträgt. Der Türke hat keine Fürsprecher. Vergeblich wartet man auf die ehemaligen ARD-Korrespondentin, die erklärt, warum wir mehr Rücksicht auf die türkische Befindlichkeit nehmen sollten. Es gibt auch keinen brandenburgischen Ministerpräsidenten im Vorruhestand, der die Tiefen der türkische Seele auslotet und vor übereilten Reaktionen warnt, wenn die Erregung hochkocht.

Vor dem Russen habe man Respekt und ein bisschen Angst

Erdogan hat keinen Teil eines fremden Landes annektiert, er führt auch nicht heimlich einen kalten Krieg gegen die Deutschen. Er schwingt wilde Reden. Dennoch gilt er im Vergleich mit dem Mann im Kreml als der schlimmere Despot. Wenn die Deutschen darüber abstimmen könnten, müsste man die Sanktionen gegen Moskau aufheben und sie stattdessen gegen Ankara verhängen. Leider hält es Angela Merkel genau andersherum, was ihren außenpolitischen Kurs bei der Mehrheit der Bürger nicht populärer macht.

Ein Freund, der sich auf Ressentiments versteht, hat mir eine Erklärung angeboten, warum die Deutschen auf Erdogan anders reagieren als auf Putin. Sie ist nicht schön, aber möglicherweise wahr. Vor dem Russen habe man Respekt und auch ein bisschen Angst, sagte er, schließlich stand der schon einmal mit dem Panzer im Wohnzimmer. Außerdem ist der Russe Christ und liebt den Wald, damit kann jeder Deutsche etwas anfangen. Vor dem Türken hat niemand in Deutschland Angst. Er evoziert nie das Bild eines Panzers, sondern immer nur das eines Dönerspießes.

Frau Wagenknecht hat sich am Wochenende in Sachen Türkei wieder zu Wort gemeldet. "Die Nationalität über Blut zu definieren und die Abstammung ins Zentrum zu stellen, das ist wirklich der Kern der Rassenideologie", sagte sie in einem Interview mit dem SWR. Vielleicht tut es ihr ja im Nachhinein leid, dass sie nichts gesagt hat, als sich der russische Präsident als "Sammler russischer Erde" feiern ließ. Ich fürchte allerdings, dass ihr nicht einmal bewusst ist, dass Putin eine ähnliche Blut-und-Boden-Ideologie vertritt, wie sie jetzt bei Erdogan alle zu Recht so schrecklich finden. In dem Fall ist sie ausnahmsweise einmal nicht in der Minderheit.

**Bild vom 15.06.2016,
S. 2**

AfD reicher als FDP

Berlin - Die AfD hat wegen ihres (mittlerweile gestoppten) Gold-Handels ein Vermögen von mehr als 4 Mio. Euro! Das zeigt der Rechenschaftsbericht 2014 (liegt BILD vor). Demnach erhielt die AfD gut 2 Millionen Euro an Spenden. Mitgliedsbeiträge brachten 2,4 Mil-

lionen, der Gold-Shop im Internet rund 2,5 Millionen. So sicherte sich die Partei staatliche Zuschüsse (u. a. Wahlkampfkostenerstattung) von 5,4 Mio. Euro. Ergebnis: Das AfD-Reinvermögen 2014 war laut Rechenschaftsbericht höher als das der FDP (3,4 Mio). **(flk)**

Berliner Zeitung vom 15.06.2016, S. 9

Studie Frauke Petry trifft in Talkshows die meisten Falschaussagen

Wie halten es Politiker in Talkshows mit der Wahrheit? Oft fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit den gemachten Aussagen. Statements werden als Wahrheiten aufgefasst. Sie stehen im Raum und bleiben dort.

Zwölf Kölner Nachwuchsjournalisten haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, Behauptungen von Politikern zu überprüfen. Vier Monate lang haben die Schüler der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft Talkshows geschaut und dabei mehr als 700 Politiker-Aussagen dokumentiert. Herausgekommen ist das Projekt Faktenzoom, das in Kooperation mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ entstanden ist.

Das Ergebnis der Studie ist ernüchternd: Jede siebte Aussage entsprach nicht der Wahrheit - das sind immerhin 14 Prozent der überprüften Aussagen. Negativer Spitzenreiter ist Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD. Bei ihr hatte mehr als jede vierte Aussage (28,9 Prozent) nur wenig mit der Wahrheit zu tun. Ganz anders der CDU-Politiker Armin Laschet. Er ist mit 6,5 Prozent unwahren Aussagen positiver Spitzenreiter des Faktenzoom-Rankings.

Berliner Zeitung

Die Nachwuchsjournalisten weisen ausdrücklich darauf hin, dass der Anteil falscher Aussagen zwar einen Hinweis darauf gibt, wie genau es ein Politiker mit der Wahrheit nimmt. Ein Vergleich der Politiker untereinander sei nur mit Vorsicht möglich. Schließlich ist die Datengrundlage unterschiedlich. Katja Kipping (Die Linke) hatte im Beobachtungszeitraum fünf Talkshow-Auftritte. Frauke Petry (AfD), Markus Söder (CSU) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) waren nur dreimal in Talkshows zu Gast. Hinzu kommt, dass sich die Protagonisten in den Talkshows mal mehr und mal weniger oft zu Wort meldeten. Die Zahl der Tatsachenbehauptungen variiert deshalb von 72 Aussagen (Markus Söder) bis zu 148 (Thomas Oppermann). (red)

faktenzoom.de

Express vom 15.06.2016 , S. 2
schnell schneller **EXPRESS**



Wolfgang Bosbach ist auf der Bühne zusammengesackt.

Bei einem Vortrag in Hamburg

Politiker Wolfgang Bosbach erleidet Schwächeanfall

Hamburg - Der rheinische Bundestagsabgeordnete und Innen-Experte Wolfgang Bosbach (64) hat bei einem Firmen-Vortrag in Hamburg am Dienstagabend einen Schwächeanfall erlitten. Laut „bild.de“ ging es ihm jedoch kurze Zeit später wieder besser. Dies bestätigte Bosbach ebenso.

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 7

Der Glaube an die besseren Argumente

So wichtig der öffentliche Diskurs ist: Auch die Argumentation, der AfD öffentliche Bühnen zu entziehen, muss ihren Raum haben und bedeutet nicht zwangsläufig eine Absage an Toleranz

VON NAIKA FOROUTAN

In der hitzigen Debatte um den Abbruch der Veranstaltung zwischen Konrad Adam und mir beim Birlikte-Kulturfestival am 5. Juni fehlt eine wichtige Perspektive: Auch die Argumentation, der AfD öffentliche Bühnen zu entziehen, muss ihren Raum haben.

Vorab: Ich teile die Position von Meral Sahin (IG Keupstraße), dass es Fragen gibt, die in Konfrontation mit der AfD auszutauschen sind. Auch glaube ich, dass es Räume braucht, in denen man sich stark fühlen und den Rückhalt der Zuhörer spüren muss, um diese Fragen stellen und selbst argumentative Kraft entwickeln zu können. Diese Räume sind in Talkshows nicht gegeben – eventuell hätte Birlikte einen solchen Raum bieten können. Ich habe diese Intention der Veranstalter sehr ernst ge-

Ich habe mich früher mit Thilo Sarrazin auseinandergesetzt und täte es auch mit Islamisten genommen und den als solchen inszenierten Diskursraum auch akzeptiert. Ich habe mich früher bereits mit Thilo Sarrazin auseinandergesetzt und würde es auch mit Islamisten tun, aus einer ähnlichen Grundlogik: dem Glauben an die besseren Argumente und dem Wissen, dass meine Arbeit mir gewisse empirische Daten an die Hand gibt, die es sich im öffentlichen Raum zu platzieren lohnt, damit noch mehr Menschen sie nutzen können.

Aber: Aus einem politischen Protest in einem Theater eine Ab-

sage an Grundgesetz, Toleranz und Dialog zu machen, führt in die falsche Richtung. Wo, wenn nicht im Theater, hätte ein solcher performativer Akt des Protestes seinen Raum? Seit Monaten werden die Besetzung des öffentlichen Raumes, das rassistische Auffüllen der Diskursräume und die Verschiebung der Sagbarkeitsgrenzen durch Pegida und AfD als schwer erträgliche Last charakterisiert, die aber gleichwohl im Rahmen einer pluralen Demokratie ausgehalten werden müsse. Zumal in alledem Ängste und Sorgen des „kleinen Mannes“ artikuliert oder Probleme benannt würden, welche die etablierten Parteien in ihrer Konsenslogik nicht ansprächen.

Nun aber sollte ein offensiv gesetztes Zeichen des Protests von Seiten der Antifa der Untergang der demokratischen Kultur sein?

Die geplante Veranstaltung hieß: „Was gilt es zu verteidigen?“ Die Demonstranten haben in einer aufwühlenden, an die emotionalen Grenzen gehenden Aktion den Raum verteidigt, der für sie Ausdruck eines Schutzraumes sein sollte. Auf dem Birlikte-Festival sollten Menschen sprechen und Position beziehen, denen bewusst ist, dass die rechtsextreme Terrorzelle NSU Menschen ermordete, weil sie als „raum- und kulturfremd“ und damit als „Schädigung des deutschen Volkes“ (AfD-Vize Alexander Gauland) wahrgenommen wurden.

Unzweifelhaft spülen die Führungsfiguren der AfD einen völkischen, nationalistischen und auf

Rasse und Abstammungslogik basierenden Diskurs in den öffentlichen Raum. Es gilt, die Inszenierung aufzudecken, derer sie sich dabei bedienen. Die Antifa kann für sich in Anspruch nehmen, dafür durch jahrzehntelange antirassistische Schulung besonders gut gerüstet zu sein. Sie will auf die Gefahr aufmerksam machen, den Strategien der AfD zu erliegen. Dazu gehören inszenierte „Flügelkämpfe“ zwischen dem Führungspersonal der AfD. Sie dienen dazu, rassistische Positionen vorzutragen, die im ersten Schritt für Empörung und Aufmerksamkeit sorgen. Im zweiten Schritt kommen die Schein-Beschwichtigter der AfD und platzieren das Gedankengut ihrer Partei mit einer vermeintlich erklärenden Position breitflächig im Diskurs. Damit verschieben sich nach jeder Provokation die Sagbarkeitsgrenzen mit den Koordinaten „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ und „Den oder das kann man doch nicht ernst nehmen“. Der Protestraum wird damit immer weiter eingeeengt, und die menschenverachtenden Positionen der AfD erscheinen als immer weniger radikal.

Der Protest auf dem Birlikte-Festival könnte auch als Ausdruck der Verweigerung gegenüber diesem schleichenden Prozess verstanden werden. Die Antifa stünde damit nicht in einer einseitigen Logik als die am Gang des Geschehens allein Schuldige da. Die Ver-

Die Veranstalter müssen sich zumindest

mangelnde Flexibilität vorwerfen lassen

anstanter waren nicht bereit, einen alternativen Rahmen für das Streitgespräch zwischen Konrad Adam und mir in Betracht zu ziehen. Ihre Argumente waren wohlgedacht, ihr Anliegen zu Beginn nachvollziehbar, und sie haben sich ihr Festhalten an der Ausgangsplanung nicht leicht gemacht. Trotzdem müssen sie es sich zumindest als Indiz mangelnder Flexibilität vorhalten lassen. Mit einer Verlegung des Streitgesprächs zwischen Adam und mir etwa wären zentrale Protestierenden einverstanden gewesen. Die Frage der Veranstalter, „wo, wenn nicht hier – wann wenn nicht heute?“ – ist der Gegenfrage der Protestierenden, „warum hier und warum heute?“, am Ende nur als kompromisslose Verteidigungsrhetorik überlegen.

In Kenntnis der Proteste gegen das geplante Podium schon im Vorfeld hätte ich nicht nur meinen Rückzug anbieten, sondern konsequent auf einer Verlegung des Gespräches an einen anderen Ort bestehen sollen. Das hätte nicht nur die fatale Brandmarkung des „antidemokratischen Verhaltens“ und der „Aufkündigung eines Dialog-Konsens“ vermieden, sondern vielmehr verdeutlicht, dass es neben den besseren Argumenten gegen den wachsenden Rechtspopulismus auch Formen eines aktiven Protests gibt, welche die von der AfD gesetzten Grenzen des Dialogs reflektieren.

Zur Person

Naika Foroutan, geboren 1971 in Boppard, ist stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und leitet dessen Arbeitsbereich „Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik“. Die Soziologin hat in Köln studiert und ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Berliner HU.



Foto: HU

Am 5. Juni sollte Foroutan im Rahmen eines „Dialogmarathons“ auf dem „Birlikte“-Kulturfestival mit dem AfD-Mitbegründer Konrad Adam zum Thema „Was gilt es zu verteidigen?“ sprechen. Vor Beginn stürmten Demonstranten der Antifa die Bühne des Schauspiels, so dass die Debatte nicht zustande kam. Adam nannte die Antifa daraufhin die „neue SA“. (jf)

Rundschau online vom 14.06.2016 , S. 1

Trauerfeier für Rupert Neudeck Abschied von Cap-Anamur-Gründer in Köln

14.06.16. 13:40 Uhr

Köln - Abschied von Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck: In einem Gottesdienst in Köln haben mehrere Hundert Trauergäste den unermüdlichen Einsatz des Menschenrechtsaktivisten für Notleidende und Flüchtlinge gewürdigt.

Neudeck sei ein entschlossener Humanist und Samariter gewesen, der sich mutig, konsequent und kompromisslos der Lebensrettung verschrieben habe, sagte der Kölner Erzbischof Rainer Woelki am Dienstag in der Kirche St. Aposteln. „Viele von denen, die heute hier sind, verdanken ihm das Leben.“

Neben Familie, Freunden und zahlreichen Wegbegleitern waren viele Vietnamesen aus allen Teilen Deutschlands zum Teil mit Sonderbussen angereist. Neudeck war am 31. Mai im Alter von 77 Jahren nach einer Herzoperation gestorben. Der Journalist und Christ hatte 1979 Cap Anamur gegründet, 2003 das Friedenskorps Grünhelme. Cap Anamur hatte in den 1980er Jahren mehr als 10 000 vietnamesische Flüchtlinge vor dem Ertrinken aus dem Chinesischen Meer gerettet. Die beiden Organisationen leisten medizinische Hilfe in Dutzenden Kriegs- und Krisenländern, bauen Schulen oder Kliniken.





Der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet (r) der Schriftsteller Navid Kermani (M) und der SPD Politiker Wolfgang Thierse (l) nehmen am 14.06.2016 in Köln an der Trauerfeier für Rupert Neudeck teil.

Foto: dpa

Der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani mahnte angesichts der Flüchtlingstragödie im Mittelmeer mit vielen Tausend Toten mehr Mitgefühl, Menschlichkeit und Engagement an. Neudeck habe „Aufopferung und Hingabe“ vorgelebt. (dpa)

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 5

„Seine Tat in der Not fehlt“

RUPERT NEUDECK Kardinal Rainer Woelki und Navid Kermani würdigen den großen Humanisten

VON PETRA PLUWATSCH

Köln. Mai Thingoe Huong und ihre Freunde haben ein Banner mitgebracht. „In ewiger Dankbarkeit“ steht darauf. In den frühen Morgenstunden ist die Gruppe ehemaliger Vietnam-Flüchtlinge losgefahren in Wiesbaden, um an diesem Morgen dem Mann die letzte Ehre zu erweisen. „dem wir unser Leben verdanken“: Rupert Neudeck, Mitbegründer der Organisation Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte, Vorsitzender des Friedenskorps Grünhelme. Menschenfreund und überzeugter Christ. Gestorben am 31. Mai im Alter von 77 Jahren.

Jetzt stehen die Freunde, das aufgespannte Tuch zwischen sich, vor dem Portal von St. Aposteln im Herzen von Köln, wo an diesem Dienstag der Trauergottesdienst für Neudeck stattfindet. Einige tragen weiße Rosen in der Hand. Jemand hat in einem unbeobachteten Moment ein Porträt von Neudeck

„Ohne ihn wären wir damals alle ertrunken“
Ho Thingoc über Rupert Neudeck

und ein kleines Boot auf das Banner gekritzelt. Wenig später wird die Kritzelei mit weißen Plastikstreifen überklebt sein.

Wie Mai Thingoe Huong und ihre Freunde sind Hunderte Boat-People und ehemalige vietnamesische Flüchtlinge aus ganz Deutschland nach Köln gekommen, um an der Trauerfeier für den Mann teilzunehmen, den sie „einen ganz Großen“ nennen. Er war „ein wahrhaftiger Mensch“, sagt Nguyen Dac Tuan, der heute in Stuttgart lebt. Er floh 1981 vor dem Vietcong hinaus aufs Meer und wurde von der Mannschaft der Cap Anamur aus dem Wasser geholt. Ho Thingoc aus Frankfurt,

die seit zehn Uhr in der Kirche sitzt, wurde gemeinsam mit 126 weiteren Flüchtlingen aus dem Meer gerettet, bevor ein Sturm losbrach. Auch sie verneigt sich heute vor dem Toten. „denn ohne ihn wären wir damals alle ertrunken.“

Viele finden an diesem Morgen bewegende Worte für Neudeck, den rastlosen Kämpfer und unbeirrbar Christen, neben dem sich manch einer ganz klein fühlte. Schon gegen 10.30 Uhr ist die romanische Kirche gefüllt bis auf den letzten Platz. In den Seitenschiffen drängen sich die Menschen: Politiker, Freunde und Weggefährten sind gekommen, Neugierige und all jene, denen Neudeck ein Vorbild war.

Ein Kondolenzbuch liegt aus, vor dem die Trauergäste Schlange stehen, um einen letzten Dank an den Verstorbenen zu formulieren. Ehefrau Christel, fast 50 Jahre lang Weggefährtin und Mitstreiterin Neudecks, sitzt mit der Familie in der ersten Reihe. Wolfgang Thierse, langjähriger Präsident des Deutschen Bundestages, wird eine Fürbitte für den Freund sprechen („Hilf uns, unsere Feindbilder und den Hass abzubauen“). Der in Köln lebende Schriftsteller Navid Kermani wird ihn als einen jener selbstlosen, fast kindlichen Menschen schildern, „die man früher Heilige nannte“. Und Nguyen Dinh Quang, der als Dreijähriger von den deutschen Helfern aus dem Südchinesischen Meer gerettet wurde und der heute als Kardiologe am Kölner St. Vinzenz-Krankenhaus arbeitet, wird in einer berührenden Dankesrede feststellen: „Wir haben unseren geistigen Vater verloren.“

Mehr als 10 000 Menschen retteten die Hilfsschiffe der Organi-

sation Cap Anamur zwischen 1979 und 1986 aus dem Südchinesischen Meer. „Einen wahren Christen“ nennt der Kölner Erzbischof, Kardinal Rainer Woelki, den Mitinitiator dieser beispiellosen Hilfsaktion und schildert, was Neudeck für die Menschen war. Einer, „der konsequent und kompromisslos für das Leben eintrat“. Neudecks Tod empfinde er als Abbruch, gab Woelki zu. „Seine Mission schien noch lange nicht beendet. Wenn man ihm in die Augen sah, dann wurde einem unmittelbar bewusst, wie lasch das eigene Leben verstrich. Wäre er einer gewesen, der leise verhandelte – die Cap Anamur hätte es nie gegeben.“

Doch woher nahm einer wie Neudeck, „der Theologe, der Samariter, der treue Freund“, die Kraft und den Mut zu kämpfen? Woher nahm er „diese Entschiedenheit für das Leben?“ Nicht nur der Kölner Erzbischof fragte sich das in seiner bewegenden Rede. Neudeck, so Woelki, habe das Leid der Menschen verinnerlicht, ihre Ängste, ihre Krankheiten, und er habe entsprechend gehandelt.

„Er lebte seinen christlichen Glauben. Für ihn war das Evangelium konkret. Jeder hatte für ihn Würde und Größe, unabhängig von seiner Herkunft und seiner Religion. In einem Menschen wie Rupert Neudeck zeigt sich die Güte Gottes unmittelbar. Ich danke Gott von Herzen, ihn kennengelernt zu haben.“

Doch wie geht es weiter, nach dem Tod dieses „bärbeißigen, sturen und unbelehrbaren alten Mannes“? Woelki ist da optimistisch. „Lieber Rupert Neudeck“, wendet

„Für ihn war das Evangelium konkret. Jeder hatte für ihn Würde

und Größe, unabhängig von seiner Herkunft und seiner Religion

Kardinal Rainer Woelki

er sich unter aufbrandendem Beifall an den Verstorbenen. „Ruhe in Frieden. Denn wir übernehmen.“

Einen Wunsch, eine Hoffnung, die auch Kermani formuliert. Dem deutsch-iranischen Schriftsteller und Orientalisten gebührte die Ehre des letzten Worts in dieser bewegenden Trauerfeier. „Rupert Neudeck fehlt unserem Gemeinwesen“, das stand auch für ihn außer Frage. „Seine Tat in der Not fehlt, seine Menschenfreundlichkeit, die über das übliche Maß hinausging.“ Viele Menschen, so Kermani, empfänden beim Anblick des Flüchtlingsleids zwar „ein mulmiges Gefühl“, handelten jedoch nicht. Er selber wolle sich da nicht ausschließen. Neudeck hingegen habe reagiert, habe geholfen. „Er trug mehr als andere Menschen.“ Nun, wo er nicht mehr lebe, müsse jeder von uns ein bisschen mehr tragen als sonst. „Sonst schaffen wir das nicht. Ein mulmiges Gefühl zu haben genügt nicht mehr.“

Prominente Gäste

An der Trauerfeier nahmen unter anderem der frühere Bundestagspräsident und SPD-Politiker Wolfgang Thierse, der ehemalige Fernsehmoderator Alfred Biolek, der Journalist Franz Alt, der stellvertretende CDU-Bundvorsitzende Armin Laschet sowie die ehemaligen Bundesminister Gerhart Baum (FDP) und Franz Müntefering teil. Unter den Gästen war auch Aiman Mazyek – der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime gehörte mit Neudeck zu den Mitbegründern der Grünhelme.

Kölner Stadtanzeiger vom 15.06.2016, S. 1

TRAUERFEIER IN ST. APOSTELN Abschied von Rupert Neudeck

In einem Gottesdienst in Köln haben mehrere Hundert Trauergäste den unermüdeten Einsatz von Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck für Notleidende und Flüchtlinge gewürdigt. Neudeck sei ein entschlossener Humanist und Samariter gewesen, der sich mutig, konsequent und kompromisslos der Lebensrettung verschrieben habe, sagte der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki in der Kirche St. Aposteln. „Viele von denen, die heute hier sind, verdanken ihm das Leben.“ Neben Familie, Freunden und zahlreichen Wegbegleitern waren viele Vietnamesen aus allen Teilen Deutschlands angereist. Rupert Neudeck war am 31. Mai im Alter von 77 Jahren nach einer Herz-Operation gestorben. Der Journalist hatte im Jahr 1979 Cap Anamur gegründet, 2003 die Grünhelme. (ksta)



Unter den Trauergästen waren viele Vietnamesen, denen Rupert Neudeck mit der „Cap Anamur“ das Leben gerettet hat. Foto: Peter Rakoczy

Aachener
Zeitung vom
15.06.2016, S. 2

Neue Umfrage besänftigt die CSU

München. Vor einer Woche hatte eine 40-Prozent-Umfrage die CSU aufgeschreckt und verärgert, jetzt ist die Partei wieder besänftigt: Nach einer Erhebung des Instituts Insa für das Magazin „Cicero“ könnte die CSU derzeit bei einer Landtagswahl mit 47,5 Prozent der Stimmen rechnen – und damit ihre absolute Mehrheit verteidigen. Insa hatte zwischen dem 17. Mai und dem 8. Juni in einer repräsentativen Telefonbefragung 1698 Wahlberechtigte befragt. Gegen die Forsa-Untersuchung für das Magazin „Stern“, in der die CSU nur auf 40 Prozent gekommen war, hatte sich die Partei mit heftigen Attacken gewehrt. (dpa)

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.06.2016, S. 8

Vertrauensverluste und Polarisierung

Das Vertrauen der Bevölkerung, dass die traditionellen Parteien Konzepte für die Zukunft haben, nimmt ab. Die Flüchtlingskrise legte dies offen.

Von Professor Dr. Renate Köcher,
Institut für Demoskopie Allensbach

Wenn eine Partei an Zustimmung verliert, setzen intern und extern kontroverse Debatten über Ursachen und Verantwortung ein. Beide Volksparteien sind zurzeit Gegenstand solcher Diskussionen, die SPD seit gut zehn Jahren, die CDU erst seit einigen Monaten. Der Rückhalt für die SPD ging von der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition an zurück, als die anhaltende Wachstumsschwäche und eine hohe Arbeitslosigkeit Reformen erzwangen, die die Klientel der SPD nie von dieser Partei erwartet hätte.

Mit Blick auf den steilen Rückgang der Sympathien für die CDU stellt sich die Frage, ob auch sie einem Teil ihrer Wähler so fremd geworden ist, dass die Schwächung nachhaltig sein könnte. Wenig plausibel sind Hypothesen, dass dies auf Positionen, die in den letzten Jahren geräumt wurden, und auf Profilverluste in der Phase der großen Koalition zurückzuführen sei. Die Abschaffung der Wehrpflicht wurde jedoch von der großen Mehrheit der Bürger mitgetragen, auch von der Mehrheit der Unionswähler. Noch mehr gilt dies für den Ausstieg aus der Kernenergie. In der Familienpolitik lässt sich heute kaum noch mit verbindlichen Leitbildern arbeiten; die Familien erwarten, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft, die es ihnen erleichtern, den Lebensentwurf umzusetzen, der ihrer individuellen Situation und ihren Bedürfnissen entspricht. Und die Umsetzung sozialdemokratischer Anliegen wie Mindestlohn, Rente mit 63 oder veränderte Regelungen für Leiharbeit wurde den Unionsparteien von der großen Mehrheit ihrer Wähler schon deshalb nicht verübelt, weil sie diese Beschlüsse

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist für die Bürger nach wie vor die wichtigste Herausforderung.

ähnlich unterstützten wie die Anhänger der SPD. Entsprechend hielt sich die Unterstützung für die Unionsparteien bis in den Spätsommer letzten Jahres hinein stabil bei über 40 Prozent.

Rückschlüsse auf die Auslöser der Sympathieverluste lässt indes die zeitliche Abfolge zu: Es war die tiefe Beunruhigung

über die Eskalation der Flüchtlingskrise, verbunden mit der Wahrnehmung, dass die Regierung vorübergehend die Kontrolle über die Ereignisse verloren hatte. Im Herbst erreichte die Besorgnis der Bevölkerung ihren Höhepunkt und blieb bis zum Jahresbeginn 2016 auf hohem Niveau. Im selben Zeitraum verloren die Unionsparteien an Rückhalt: Im August 2015 erreichten sie zusammen noch 41,5 Prozent, im Dezember 38 Prozent und im April dieses Jahres 33,5 Prozent der Zweitstimmenwahlabsichten, ein Ergebnis, das sie auch zurzeit erzielen würden.

Seit Jahresbeginn hat sich die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, gravierend reduziert. Parallel geht die Besorgnis in der Bevölkerung zurück. Waren im Januar noch 48 Prozent der Bürger zutiefst besorgt, sind es aktuell noch 32 Prozent (Schaubild 1). Allerdings befürchtet die Mehrheit, dass die Zahlen schon bald wieder ansteigen. Überdurchschnittlich gehen die politisch Interessierten davon aus, dass die Verringerung des Zustroms vorübergehend ist. 40 Prozent der Bürger glauben, dass die größte Welle erst noch bevorsteht.

Der Rückgang der Flüchtlingszahlen wird nicht der Politik in Deutschland oder den Anstrengungen in der EU zugerechnet, sondern den Grenzsicherungen einzelner Länder wie Österreich und Mazedonien. 83 Prozent der Bevölkerung sehen dies als wesentlichen Grund für die Verringerung, nur 21 Prozent die Politik von Deutschland und der EU. Das Zutrauen, dass sich die deutsche Regierung intensiv um eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen bemüht, nimmt seit Jahresbeginn kontinuierlich zu. Nach wie vor hat hier jedoch die Mehrheit Zweifel. Am Jahresbeginn waren lediglich 15 Prozent überzeugt, dass sich die Regierung intensiv bemüht, jetzt sind es 38 Prozent. Nach wie vor kritisiert die Mehrheit die Flüchtlingspolitik der Regierung. Allerdings schlägt dieses Urteil mit jedem Monat weniger auf das Gesamturteil über die Politik der Kanzlerin durch. Zu Jahresbeginn zog noch knapp die Hälfte der Bevölkerung eine kritische Bilanz ihres generellen politischen Kurses, aktuell noch 35 Prozent.

Die Unionsparteien haben sich bisher jedoch nicht erholt. Dies hat auch mit Ein-

bußen auf Feldern zu tun, bei denen die Unionsparteien immer als anderen Parteien überlegen eingeschätzt wurden. So gal-

ten CDU und CSU stets als Anwalt innerer Sicherheit. Vor fünf Jahren sahen noch 56 Prozent der Bürger die Unionsparteien in dieser Rolle, jetzt nur noch 38 Prozent. Seit vielen Jahren wächst die Besorgnis der Bürger über die Entwicklung der Kriminalität, insbesondere der Einbruchdiebstähle. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle befürchtet die Mehrheit eine Verschärfung der Probleme. Unter einer solchen Entwicklung leidet zwangsläufig das Vertrauen in die Partei, die bisher mit Abstand als Garant innerer Sicherheit angesehen wurde (Schaubild 2).

Manches erscheint der Bevölkerung unter dem Eindruck der letzten Monate anders und dringlicher als zuvor. Das gilt gerade auch für die Regelung von Zuwanderung, für die Flüchtlings- und Asylpolitik. Die große Mehrheit votiert für ein Zuwanderungsgesetz – viele in der irrigen Annahme, dass dies generell die Zahl derjenigen, die nach Deutschland kommen, strikt begrenzen würde. Bis gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts galt die CDU als Anwalt einer restriktiven Zuwanderungspolitik, eine Positionierung, die in dieser Zeit auch von weiten Bevölkerungskreisen gutgeheißen wurde. Mit dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften änderte sich die Haltung. Immer mehr setzte sich die Einschätzung durch, dass die deutsche Wirtschaft Zuzug insbesondere von qualifizierten Kräften braucht – eine Einschätzung, die von Wirtschaft und Politik bestärkt wurde, auch von Politikern der Unionsparteien. Entsprechend wurde die Partei immer weniger als Anwalt einer Begrenzung der Zuwanderung gesehen, 2008 noch von 54 Prozent, 2011 von 40 Prozent, jetzt von 34 Prozent. Dies schmälerte die Akzeptanz der Unionsparteien so lange nicht, bis die unkontrollierte Zuwanderung im letzten Jahr von weiten Kreisen der Bevölkerung als Bedrohung empfunden wurde. Viele suchten einen Anwalt einer restriktiven Linie, fanden ihn weder bei der CDU noch bei der SPD oder den Oppositionsparteien im Parlament. Ein Ergebnis ist das Erstarken der AfD.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise

ist für die Bürger nach wie vor mit die wichtigste politische Herausforderung. Umso beunruhigender ist das geringe Vertrauen, dass irgendeine Partei ein gutes Konzept für dieses Problem hat. Lediglich 13 Prozent setzen Vertrauen in die CDU, 8 Prozent in die CSU, 9 Prozent in die AfD, 6 Prozent in die SPD. Die große Mehrheit traut auf diesem Feld keiner Partei gute Konzepte zu.

Genauso gering ist das Vertrauen, dass die Parteien überzeugende Konzepte für die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen haben. Ein Teil der politischen Stellungnahmen und Diskussionen nährt in der Bevölkerung die Besorgnis, dass die Vorstellungen der Politik und der Bürger von einer gelungenen Integration weit auseinandergehen. Wenn Vielfalt absolut als Wert an sich gepriesen wird oder verheißungsvoll angekündigt wird, das Land werde sich durch den Zuzug tiefgreifend verändern, wird den meisten eher beklommen. Der These, dass der Islam zu Deutschland gehöre, wird von der überwältigenden Mehrheit widersprochen, lediglich 13 Prozent stimmen hier zu. Dagegen ist Religionsfreiheit für die Bürger ein Wesensbestandteil unserer Kultur – und damit auch die Akzeptanz, dass jemand in Deutschland Anhänger des Islams sein kann wie des Christentums oder gar keiner Religion angehören kann.

Für die überwältigende Mehrheit steht außer Frage, dass Integration nur gelin-

gen kann, wenn sie sich an der deutschen Kultur als Leitkultur orientiert. Drei Viertel der Bevölkerung plädieren dafür, dass bei aller Toleranz gegenüber anderen religiösen Überzeugungen, kulturellen Prägnungen und Lebensweisen im Konfliktfall die deutsche Werteordnung Vorrang haben muss. Diese nationale Kultur ist nach Überzeugung der überwältigenden Mehrheit vor allem eine Freiheitskultur, die gleichzeitig auf den Prinzipien der Gleichstellung aufbaut: Freiheit und speziell Meinungsfreiheit, Gleichstellung vor dem Gesetz und Gleichberechtigung von Mann und Frau sind für die Bürger die konstituierenden Merkmale unserer Kultur neben der allgemeinen Pflicht zur (Schul-)Bildung, der Religionsfreiheit, der Sprache und Leistungsbereitschaft. Die Religionsfreiheit ist für die Bevölkerung weitaus eher Kernbestandteil unserer Kultur als das Christentum.

Treten Konflikte mit dieser Leitkultur auf, plädiert die überwältigende Mehrheit für die Durchsetzung der hier gültigen Prinzipien, gerade was die Gleichstellung

Der Islam gehört nicht zu

Deutschland, aber die

Religionsfreiheit ist

Kernelement unserer Kultur.

von Frauen angeht. Die Bürger halten auch eine Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache für unabdingbar wie einen verpflichtenden Kindergartenbesuch

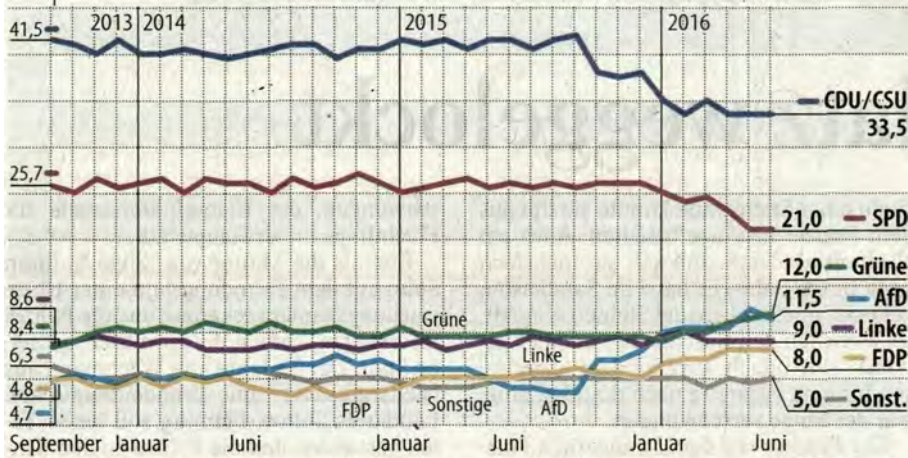
für ausländische Kinder. Integration heißt für die Bevölkerung: Hereinnehmen in eine Gesellschafts- und Werteordnung mit der Verpflichtung zur Akzeptanz ihrer Grundprinzipien. Sie ist jedoch zurzeit unsicher, ob die etablierten Parteien diese Vorstellung teilen. Die letzten zwei Jahre haben auch das Vertrauen angegriffen, dass die Parteien überzeugende Konzepte für die Gestaltung der Zukunft des Landes haben. Vor zwei Jahren trauten noch 31 Prozent den Unionsparteien am meisten zu, jetzt 19 Prozent. Das Zutrauen, dass die SPD überzeugende Konzepte für die Gestaltung der Zukunft hat, ist im selben Zeitraum von 17 auf 9 Prozent zurückgegangen (Schaubild 3). Die Hälfte traut keiner Partei viel zu oder ist unsicher.

Zurzeit gibt es eine ungemütliche Gemengelage aus komplexen Problemen, für die es keine schnellen Lösungen gibt, bei sinkendem Vertrauen in die Lösungskompetenz der Parteien und einer zunehmenden Polarisierung in der politischen Debatte. Die Mehrheit der Bevölkerung hat den Eindruck, dass die politischen Überzeugungen die Menschen stark trennen. Das ist neu; über viele Jahre hinweg hatte nur eine Minderheit das Empfinden, in einer politisch polarisierten Gesellschaft zu leben (Schaubild 4). Der Blick auf Amerika, wo die Vertrauensverluste der etablierten Parteien und das Ausmaß der Polarisierung der Gesellschaft beängstigend sind, mahnt, Ansätze ähnlicher Entwicklungen in Europa und auch Deutschland besonders ernst zu nehmen.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?
(Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

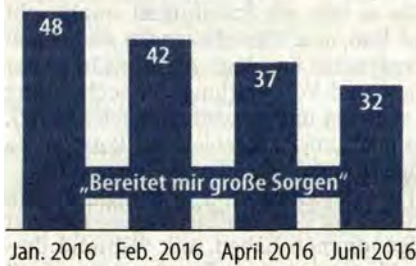
Bundestagswahl Sept. 2013



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 27. Mai bis 9. Juni: 1396 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Vertrauensverlust und Polarisierung

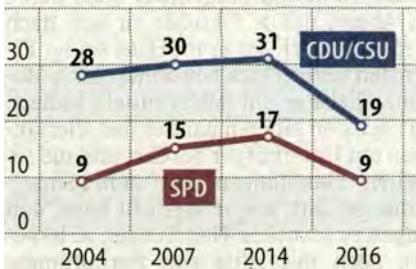
Bereitet Ihnen die derzeitige Flüchtlingssituation in Deutschland Sorgen? (in Prozent)



Welche Partei setzt sich am meisten dafür ein, dass die Innere Sicherheit verbessert wird? (in Prozent)



Welche Partei hat die besten Ideen für die Zukunft Deutschlands? (in Prozent)



Was trennt die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem? (in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

F.A.Z.-Grafik Walter

Die Welt vom 15.06.2016, S. 5

So pazifistisch wie die Deutschen sind nur wenige

Die anderen Europäer denken weniger idealistisch

Die Mehrheit der Deutschen ist auf einer Linie mit Bundeskanzlerin Angela Merkel – zumindest in Sachen Außenpolitik. Das Pochen auf Menschenrechte, wie es die Bundeskanzlerin jüngst bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde in Peking tat, ist für viele Deutsche ein wichtiges Herzenthema.

VON JAN LINDENAU

Hartes militärisches Durchgreifen als Reaktion auf Terrorismus ist beim Großteil der deutschen Bevölkerung ebenfalls keine Option. Ein solch pazifistisch-idealisiertes Weltbild ist in anderen Staaten Europas jedoch kaum zu finden. Hier vertreten die Bürger einen pragmatischen Ansatz an die Außenpolitik ihres Landes.

Deutlich wird dies in der Frage nach dem richtigen Umgang mit Terroristen, wie eine neue Meinungsumfrage des in Washington ansässigen Pew Research Center zeigt: Zwar sieht die Mehrheit jedes befragten EU-Staats die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) als große Bedrohung für ihr Land an, doch wie auf potenzielle Anschläge reagiert werden sollte, ist umstritten. So wünscht sich eine Mehrheit von 64 Prozent der Deutschen keine militärische Gewalt im Kampf gegen den Terrorismus. In kaum einem Land ist die Meinung so verbreitet, dass eine militärische Antwort das Terrorproblem weiter anheizen würde; lediglich in den Niederlanden trifft diese Aussage auf noch breitere Zustimmung (66 Prozent).

Hartes militärisches Eingreifen als Antwort auf den Terror, das wünschen sich dagegen etwa 52 Prozent der Bewohner von Polen und Italien, gefolgt von Ungarn (51 Prozent). 52 Prozent der Polen wünschen sich außerdem höhere Militärausgaben, obwohl Polen schon Gelder in Höhe von 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukt für das Militär bereitstellt; europaweit sind es durchschnittlich 1,2 Prozent. In Deutschland sind hingegen 47 Prozent der Befragten der Meinung, dass der Verteidigungshaushalt weder aufgestockt noch beschnitten werden sollte.

In Deutschland spielt andererseits der Schutz der Menschenrechte eine übergeordnete Rolle. Eine Mehrheit von 62 Prozent stimmt der Aussage zu, dass es eines der Hauptziele der Außenpolitik sein sollte, sich auf der Welt für Menschenrechte starkzumachen. Einen pragmatischeren Ansatz wünschen sich die Bewohner von Ungarn, Polen und Italien: Auch hier betrachtet zwar die Mehrheit die Außenpolitik als Mittel, die Lage der Menschenrechte auf der Welt zu verbessern. Oberste Priorität habe das allerdings nicht.

Einige, wenn auch wenige Europäer sehen Menschenrechte in der Außenpolitik fehl am Platz und bezeichnen deren Schutz als „kein wichtiges Ziel der Außenpolitik unseres Landes“. In Italien und Polen sind das 13 Prozent, in Ungarn sogar jeder Fünfte. Solche Stimmen sind in Deutschland kaum zu vernehmen; lediglich vier Prozent der Deutschen würden diese Aussage unterschreiben.